



**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

X Legislatura - X Gesetzgebungsperiode
1988 - 1993

SEDUTA **5** SITZUNG
20.4.1989

Ufficio resoconti consiliari - Amt für Sitzungsberichte

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

FRANZELIN WERTH Rosa (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	pag. 1
BOATO Alessandro (Gruppo Lista Verde - Grüne Fraktion- Grupa Vërc)	" 9
CASAGRANDA Sergio (Gruppo Partito Autonomista- Trentino Tirolese)	" 19
BENEDIKTER Alfons (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	" 22-162
ROBOL Alberto (Gruppo Democrazia Cristiana)	" 47
KLOTZ Eva (Gruppo Südtirol)	" 54
PETERLINI Oskar (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	" 64
FERRETTI Remo (Gruppo Democrazia Cristiana)	" 96
LEVEGHI Mauro (Gruppo Socialdemocratico Italiano)	" 109
TAVERNA Claudio (Gruppo Movimento Sociale Italiano- Destra Nazionale)	" 112
FRASNELLI Hubert (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	" 118-163-164
MONTALI Luigi (Gruppo Movimento Sociale Italiano- Destra Nazionale)	" 150
MITOLO Pietro (Gruppo Movimento Sociale Italiano- Destra Nazionale)	" 161-163-164-165

INDICE

Elezione del Presidente
della Giunta regionale
pag. 1

INHALTSANGABE

Wahl des Präsidenten des
Regionalausschusses
Seite 1

Presidenza del Presidente Franco Tretter

Ore 10.13

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale

MORELLI: (segretario): (fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Hanno giustificato la loro assenza i cons. Hosp, Kofler, Frick, Alber, Achmüller, Valentin, Feichter e Berger.

Prego il cons. Romano di dare lettura del processo verbale della precedente seduta.

ROMANO: (segretario): (legge il processo verbale)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al processo verbale? Nessuna. Il processo verbale si intende approvato.

Riprendiamo la trattazione del punto 3) dell'ordine del giorno: "Elezione del Presidente della Giunta regionale".

E' iscritta a parlare la cons. Franzelin. Prego.

FRANZELIN: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr designierter Präsident des Regionalausschusses! In Ihrem Regierungsprogramm haben Sie die verschiedensten Befugnisse der Region angesprochen. Meine Vorredner haben die einen und anderen positiven Punkte bereits hervorgehoben. Auch ich stelle fest, daß einige gute Vorsätze im Koalitionsabkommen und in der Regierungserklärung zu finden sind: "Ja" zur Autonomie und zum Willen zur Verteidigung und Verbesserung derselben. Es wird hervorgehoben, daß sich das Zusammenleben auch als Modellcharakter für Europa darstellt und überhaupt spürt man das Abstreifenwollen der Fesseln, um auf das Jahr 1992 gerüstet zu sein. Es wird die Verbesserung des Accordinos angesprochen, dabei spricht man aber nur den verbesserten Warenaustausch an. Ich bin der Meinung, daß es auch notwendig sein wird, wenn man hier diesen Bereich neu anspricht, vielleicht darüber nachzudenken, inwieweit ein verbesserter Austausch auch im Hinblick auf die Arbeitskräfte möglich sein kann, denn es darf nicht so bleiben, wie wir es derzeit haben, daß wir nur eine Einbahnstraße hinaus nach Österreich, nicht aber die Möglichkeit haben, unserem Lande auch einmal einem Österreicher eine Arbeit zu bieten. Dies, weil ja Österreich noch nicht zur EG gehört.

Im Lichte des Hinsehens zu mehr Öffnung und im Hinblick auf ein Europa sehe ich auch das Ansprechen der

Qualifizierung des Verwaltungsapparates und die Weiterbildung der Mitarbeiter. In diesem Zusammenhang bewerte ich auch positiv, daß die neue Regionalregierung eine Verbesserung der Dienste in Grundbuch und Kataster gewährleisten will. Ich möchte dies unterstreichen, weil es einfach eine Notwendigkeit ist, daß diese Dienste zum Wohle der Bürger besser funktionieren. Das sind sicher die Ämter, die am meisten frequentiert werden und es geht hier um sehr viel Geld. Zeit ist Geld, heißt es generell, und in diesem Falle ist es eine Tatsache, daß der Bürger viel Zeit aufwenden muß, um die Unterlagen zu beschaffen, da es immer wieder zu Ausnahmen kommt, weil es dazu kommen muß. Das sollte nicht sein. Jeder Bürger muß das Recht haben, chronologisch seine Forderungen auch zu erhalten. Ich wünsche mir, daß es gelingen möge, die notwendigen Mitarbeiter ehestens einzustellen, daß alle Kritiken, die in diesem Zusammenhang immer wieder laut werden, endlich verstummen.

Nur um es kurz zu machen, eben positive Dinge, die ich unterstreichen wollte, möchte ich darauf hinweisen, daß ich mich mit den Aussagen hinsichtlich des sozialen Bereiches nicht einverstanden erklären kann. Ich kann mich nicht zufrieden erklären. Die Aussagen diesbezüglich sind mir zu vage. Man hat alles aber auch nichts angesprochen. Es wird wohl unterstrichen, daß man den Familien eine größere Bedeutung beimessen sollte. Es ist angesprochen worden, daß man in Ausübung des Art. 6 versuchen will, die ergänzenden Tätigkeiten im sozialen Bereich wahrzunehmen. Man hat aber versäumt, den Bereich wörtlich anzusprechen, für den wir in der abgelaufenen Legislaturperiode, ganz besonders im letzten Jahr der letzten Legislaturperiode, immer wieder gekämpft haben. Ich verweise auf den Beschlußantrag, der im Regionalrat im Dezember 1987 verabschiedet worden ist, einstimmig verabschiedet worden ist, wonach für das Jahr 1988 bereits die Verpflichtung eingegangen worden ist, daß die Geburtenbeihilfe für alle Mütter bereits im Jahre 1988 ausgezahlt wird. Es war ja damals 1 Milliarde Lire für selbständig erwerbstätige Frauen im Haushalt vorgesehen worden. Nachdem das Staatsgesetz die Region diesbezüglich entlastet hatte, weil ein entsprechendes Gesetz erlassen wurde und somit die Region in Ausübung ihrer ergänzenden Tätigkeit sich dieses Geld ersparen konnte, waren wir damals der Meinung, daß es möglich sein müßte, diese Milliarde zumindest als ersten Schritt in diese Richtung zu verwenden. Das ist nicht der Fall gewesen. Die Milliarde ist trotzdem für andere Zwecke ausgegeben worden und die Verpflichtung ist eingegangen worden, so ungefähr an die fünf Milliarden zumindest für

diesen Bereich einzusetzen. Es ist im Koalitionsabkommen und in der Regierungserklärung wohl angeschnitten worden, daß durch die bessere finanzielle Ausstattung des Regionalhaushaltes eben die Notwendigkeiten der Region besser zur Verwirklichung kommen können. Man hat aber mit keinem Wort genau diese Verpflichtung angesprochen. Nun kann gesagt werden, daß allgemein das Programm bzw. die Studie angesprochen worden ist, die diesbezüglich für eine Besserstellung oder Hilfestellung für die Familien angeführt wird. Das stimmt. Aber je vager das formuliert ist, umso weniger verpflichtet fühlen sich diejenigen, die morgen die Regierungsverantwortung in diesem Hause haben. Deshalb ersuche ich Sie, Herr designierter Präsident, in Ihrer Replik präzise Aussagen dazu zu geben, inwieweit und innerhalb welcher Zeit - wenn möglich in diesem Jahr - Sie bereit sind, sich dafür stark zu machen, daß dieser Beschlußantrag durchgeführt wird. Er ist wohl in der abgelaufenen Legislaturperiode eingebracht worden, aber wie ich damals bei der Debatte über die Haushaltsänderung gesagt habe, hat er als Testament für die kommende Legislaturperiode zu gelten, als Verpflichtung, die auch in diese Legislaturperiode herübergenommen wird, um endlich den Frauen tatsächlich heute das zu gewährleisten, auf was sie für etwas Anrecht haben, das wir immer als selbstverständlich hinnehmen, nämlich daß sie in der Familie die Arbeit machen ohne die wir nicht auskommen können. Die Arbeit der Hausfrau und Mutter ist doch der umfassendste aller Berufe und in einer Zeit, in der der Dienstleistungssektor so aufgewertet wird, ist es nicht verständlich, daß man diesem Bereich so wenig Aufmerksamkeit schenkt.

Ich ersuche Sie also zumindest in Angleichung dessen, was das Staatsgesetz für die selbständig erwerbstätigen Mütter zur Verfügung gestellt hat, in Rom zu intervenieren, daß man die Hausfrauenarbeit auch als selbständige Arbeit ansieht. Somit würde dies in den selben Topf fallen. Wir müssen in Ausübung unserer Zuständigkeit so schnell wie möglich diese Maßnahme, dieses Gesetz, hier verabschieden und darüber hinaus auch all das, was in dieser Studie aufgezeigt worden ist. Es ist ja bereits in einer Broschüre formuliert worden, d.h. daß man es auch nachlesen kann, und wie ich positiv vermerken möchte, hat man sich die Mühe gemacht, Vergleiche anzustellen, welche Möglichkeiten der Hilfestellung für die Familien in Österreich, in Deutschland, in der Schweiz oder in Italien gegeben sind. Es müssen darauf Resultate folgen, denn es kann nicht nur in Publikationen gesagt werden: Das wäre schön, wenn es so gemacht werden könnte. Es wird wohl

versucht, es gründlich zu behandeln, man schlägt etwas vor, aber man verpflichtet sich zu nichts. Ich bitte Sie, daß man einmal das, was wir uns vorgenommen haben, als ersten Schritt durchführt. Darüberhinaus sollte die Familie als Ganzes gesehen und die Hilfe vorgesehen werden, die wir für notwendig halten. Denn wenn wir die Familie aufwerten, dann haben wir sehr viel getan, denn immer wieder wird in Sonntagsreden angeschnitten, daß die Familie die Keimzelle unserer Gesellschaft ist und daß ihr das größte Augenmerk zu schenken ist. Aber damit können nicht alle leben. Ich glaube, daß endlich Taten gesetzt werden müssen und nicht nur schöne Worte in den Mund genommen werden können. Ich erwarte mir also, sehr geehrter Herr designierter Präsident, daß Sie diesen Punkt ganz präzise ansprechen.

Ich möchte noch einen anderen Punkt ansprechen und damit möchte ich es bewenden lassen. Nämlich meine Sorge, die die neueste Entwicklung im Bereich der Baulandbeschaffung nimmt. Wir wissen, daß das staatliche Enteignungsgesetz, aber auch das Enteignungsgesetz des Landes Südtirol, vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig erklärt worden ist und daß demgemäß das Regionalgesetz Gültigkeit hat, nämlich daß bei der Enteignung der Marktwert zugrunde gelegt werden muß. Das bedeutet, daß Preise derzeit festzustellen sind, die in keiner Weise mehr als angemessen zu betrachten sind. Was heißt Marktwert? Marktwert heißt Angebot und Nachfrage. Und wenn es kein Angebot mehr gibt und die Nachfrage groß ist, dann ist das, was dann irgendwann angeboten wird, einfach so kostbar, daß es überzahlt wird. Wenn ich heute in Erfahrung gebracht habe, daß in Bozen Baugründe mit 700-800.000.- und 1.000.000.- Lire gehandelt werden, sofern irgendein Grundstück noch zu verkaufen ist, und - wie wir die Handhabe vorgesehen haben -, daß der geförderte Teil die Hälfte des Marktwertes ausmacht und mir gesagt worden ist, daß heute ein geförderter Grund mit 350.000.- Lire als Enteignungspreis geschätzt werden müßte, wengleich wir dann auf der anderen Seite eine Abänderung zu den Urbanistikgesetzen gemacht haben, mit denen wir vorsehen, daß auch der freie Teil zum Marktpreis im Sinne des Regionalgesetzes enteignet werden kann, dann heißt das, daß man 700-800.000.- Lire pro qm² zahlen müßte, obwohl in diesem Falle keine Wertzuwachssteuer zu zahlen ist. Das heißt also, daß wir dieses Geld für ein Grundstück ausgeben, wofür überhaupt in der Vergangenheit keine Steuern bezahlt wurden, daß beim Übertrag mit einem so enormen Wertzuwachs keine Wertzuwachssteuer gezahlt wird, d.h., daß davon, von diesem Geld, nichts hereinkommt. In diesem Zusammenhang möchte ich eben unterstreichen, daß man

sich überlegen muß, ob hier nicht etwas gemacht werden muß, um die Dinge zu normalisieren. Es ist auch ungerecht, wenn man es auf der einen Seite mit einem Bauern vergleicht, der von seiner Scholle leben muß und vielleicht ein Grundstück irgendwo draußen hat. Er bräuchte auch etwas mehr Einnahmen, er hat für ewige Zeiten Kulturgrund. Und beim anderen geht man her und nur dadurch, daß man einen braunen Klecks in den Bauleitplan macht, gibt man über Nacht einer Person ein Milliardenvermögen.

Ich glaube, daß wir diesen Problembereich anschneiden müssen, um auch gegenüber den anderen Grundbesitzern etwas gerechter zu sein. Sonst weiß ich nicht, inwieweit man von öffentlichem Interesse reden kann, wenn man bei der Auswahl, die man im Bauleitplan zur Verfügung stellt, nur jemand einseitig bevorteiligt. Ich habe mich einfach veranlaßt gefühlt, auch diesen Bereich hier anzuschneiden, weil eine veränderte Situation gegeben ist und veränderte Maßnahmen notwendig sind.

Ich möchte damit abschließen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß die neue Regionalregierung auch für den Sozialbereich aufgeschlossen ist; daß die neuen Gelder, die zusätzlich aufgrund der Finanzregelung in die Kassen des Regionalhaushaltes fließen, nach einem ausgewogenen Verhältnis verteilt werden, denn das Mehr verteilen ist leichter als das Umverteilen, wenn es einmal zugeteilt ist. Deshalb ersuche ich Sie alle hier in diesem Hause wachsam zu sein, daß die Probleme, die wir jetzt schon längere Jahre anschneiden, in dieser Legislaturperiode endlich gelöst werden. Ich danke!

(Signor Presidente del Consiglio regionale!
Signor Presidente designato della Giunta regionale! Nel Suo programma di governo Lei ha menzionato le varie competenze della Regione. I relatori precedenti hanno già parlato di alcuni dei punti positivi di questo programma. Anch'io vorrei ribadire che l'accordo di coalizione e il programma di governo contengono alcuni buoni propositi: un "sí" all'autonomia e all'intenzione di difenderla e di migliorarla; si sottolinea il fatto che la convivenza si configura anche come modello per un' Europa unita e si avverte la volontà di liberarsi da certi condizionamenti per essere preparati al 1992; si parla pure di un miglioramento dell'Accordino, ma ci si riferisce solo ad un miglioramento dello scambio merci. A mio avviso sarebbe necessario, nell'ambito di una riforma di questo settore, studiare anche la possibilità di migliorare lo scambio di manodopera: attualmente c'è soltanto un senso unico verso l'Austria ma non c'è la possibilità di dare lavoro ad un

austriaco nel nostro territorio; questa situazione dobbiamo cambiarla, anche se il motivo sarà da ricercarsi nel fatto che l'Austria non fa parte della CEE.

Nella prospettiva di una maggiore apertura e alla luce di un'Europa unita dobbiamo tendere anche ad una maggiore qualificazione dell'apparato amministrativo e all'aggiornamento dei dipendenti. A tale proposito giudico positivo che la nuova Giunta regionale intenda assicurare un miglioramento nei servizi del libro fondiario e del catasto. Vorrei sottolineare specificamente questo intento perché è necessario che questi servizi funzionino meglio per il bene del cittadino. Essi vengono frequentati dai cittadini più di altri uffici, e si tratta di molto denaro. Il tempo è denaro, si dice generalmente, ed è vero che il cittadino perde tanto tempo per procurarsi i documenti che gli servono, perché continuamente ci sono delle eccezioni che non dovrebbero esserci affatto. Ogni cittadino ha il diritto di ricevere nel giusto ordine cronologico i documenti richiesti. Mi auguro che si riesca ad assumere al più presto possibile il personale necessario per far cessare le critiche che si sentono continuamente al riguardo.

Con questo ho brevemente sottolineato i lati positivi, ma vorrei ribadire che non sono d'accordo con le dichiarazioni riguardanti l'ambito sociale. Non ne sono affatto soddisfatta: sono troppo vaghe. Si è parlato di tutto e di niente. E' vero, si dice che deve essere data più importanza alla politica familiare. E' stato detto pure che in base all'articolo 6 la Regione intende esercitare con opportune attività la propria competenza integrativa in questo settore. Si è però tralasciato di fare delle proposte concrete proprio in quel settore che è stato continuamente oggetto delle nostre istanze nella passata legislatura, soprattutto nell'ultimo anno. Rammento la mozione approvata nel dicembre del 1987, approvata all'unanimità, con l'impegno che l'assegno di natalità per tutte le madri verrà concesso già nel 1988. Allora era stato previsto un miliardo per le lavoratrici autonome. Poiché lo Stato, con una legge successiva, aveva provveduto direttamente esonerando la Regione in questo senso ed essa poteva risparmiare questi fondi nell'esercizio della sua competenza integrativa, doveva essere possibile, a nostro avviso, fare un primo passo e stanziare questo miliardo per provvedimenti nel senso da noi auspicato. Purtroppo non è stato così. Questo miliardo è stato destinato ad altri scopi e ci si è assunti l'impegno di destinare a questo settore più o meno cinque miliardi di lire. Nell'accordo di coalizione e nelle dichiarazioni programmatiche si dice che

in base alla migliore dotazione finanziaria del bilancio regionale si potrà venire incontro meglio alle esigenze della regione, ma non si accenna con alcuna parola a questo impegno. Si parla, è vero, di un programma, di uno studio sulle possibilità di aiuto alla famiglia in genere. Questo è vero. Ma quanto più vaga si presenta la formulazione, tanto meno obbligati si sentono coloro che domani assumeranno la responsabilità in Giunta. La prego quindi, signor Presidente designato, di dare indicazioni precise nella Sua replica, se e entro quando - sarebbe da augurarsi che fosse ancora quest'anno - Si impegnerà a realizzare la mozione. E' vero che tale mozione era stata presentata nella legislatura passata, ma come ebbi a dire in occasione del dibattito sulla variazione di bilancio, essa deve essere considerata come testamento per la legislatura che segue, un impegno che deve essere valido anche per questa legislatura, per garantire finalmente alle donne quello di cui hanno diritto. Consideriamo sempre ovvio che lavorino in famiglia, ed è in realtà un lavoro di cui non potremo fare a meno. Il lavoro di madre e casalinga è la professione più ampia che esista, ed è incomprensibile che in un periodo in cui viene tanto valorizzato il settore dei servizi si presti così poca attenzione a questa attività.

La prego quindi, signor Presidente, di intervenire a Roma per ottenere che il lavoro della casalinga venga considerato come lavoro autonomo e venga quindi concesso alle casalinghe quello che la legge dello Stato garantisce alle lavoratrici autonome, dal momento che si tratterebbe della stessa categoria. Nell'ultimo esercizio delle nostre competenze dobbiamo approvare questo provvedimento, questa legge, e inoltre tutto quello che viene proposto in questo studio. E' già stato stampato un opuscolo e quindi ognuno può leggerlo. Trovo positivo che si sia fatto lo sforzo di fare dei raffronti, di citare anche gli interventi di sostegno alle famiglie realizzati in Austria, in Germania, in Svizzera o in Italia. Devono però seguire dei fatti, perché non si può limitarsi ad affermare in una pubblicazione che sarebbe bello che venisse fatto questo o quell'intervento. E' vero, si approfondisce la questione e si fanno delle proposte, ma non ci si assume nessun impegno concreto. La prego, signor Presidente, di realizzare come primo passo quello che ci siamo proposti. La famiglia andrebbe inoltre vista nel suo insieme, prevedendo l' aiuto di cui ha bisogno. Se valorizzeremo la famiglia, avremo fatto molto. Nei discorsi solenni si dice sempre che la famiglia è il nocciolo della società e che occorre dedicarle la massima attenzione. Ma non tutti possono vivere di belle parole. A mio avviso

devono finalmente seguire i fatti. La prego quindi, signor Presidente designato, di trattare specificamente questo settore nella Sua replica.

Infine vorrei parlare ancora di un altro punto che mi preoccupa, e cioè quanto sta accadendo nel settore dei terreni per l'edilizia. Sappiamo che la Corte costituzionale ha dichiarato anticostituzionale sia la legge statale che la legge della Provincia di Bolzano sugli espropri, quindi vale la legge regionale che prevede come base in caso di esproprio il valore di mercato. Ciò significa che attualmente sono in vigore dei prezzi che non risultano più adeguati. Che cosa vuol dire valore di mercato? Vuol dire offerta e domanda. Ma se non c'è più offerta e invece la domanda è molto forte, la rara offerta diventa preziosissima e si finisce per pagare un bene a prezzi esosi. Sono venuta a sapere che a Bolzano si pagano per un terreno edificabile 700-800.000 lire e anche 1.000.000, ammesso che ci siano ancora terreni da vendere. La parte agevolata ammonta, in base alle norme, alla metà del valore di mercato, e mi è stato detto che il prezzo di espropriazione di un terreno agevolato dovrebbe essere stimato oggi in 350.000 lire. D'altro canto abbiamo approvato una variazione alle leggi sull'urbanistica, le quali prevedono che anche la parte libera può essere espropriata al prezzo di mercato ai sensi della menzionata legge regionale. Ciò significa che si dovrebbero pagare 700-800.000 lire per m², anche se in questo caso non è dovuta l'imposta sull'incremento di valore degli immobili. Spendiamo quindi tutti questi soldi per un terreno per il quale non fu mai pagata un'imposta in passato, nè essa è dovuta al momento del trasferimento nonostante l'immenso incremento di valore. Non c'è pertanto nessun introito. A questo proposito vorrei sottolineare la necessità di ricercare una soluzione che possa normalizzare questo stato di cose. Ed è anche una situazione ingiusta: facciamo il confronto con un contadino che deve vivere dalla coltivazione di un terreno dislocato in periferia. Anch'egli egli avrebbe bisogno di aumentare il proprio reddito, ma si ritrova un terreno destinato per sempre a scopi agricoli, mentre altre persone, per il solo fatto di avere semplicemente una macchia marrone sul piano urbanistico, si ritrovano improvvisamente con la possibilità di acquisire un patrimonio di miliardi.

Sono dell'opinione che dobbiamo provvedere in merito a questo problema ed arrivare a una situazione di maggior giustizia anche nei confronti degli altri proprietari di fondi, altrimenti non possiamo parlare di interesse pubblico se poi nel piano urbanistico

avvantaggiamo solo alcune persone e non altre. Ho ritenuto inevitabile parlare anche di questo problema, perché la situazione è cambiata ed è dunque necessario provvedere con misure diverse.

Vorrei concludere il mio intervento auspicando che la Giunta regionale si dimostri aperta anche nei confronti del settore sociale distribuendo secondo un rapporto equo i fondi che entreranno nelle casse regionali con la nuova norma finanziaria. E' più facile infatti distribuire le maggiori entrate che non ridistribuire quello che è già destinato per qualche scopo. Chiedo a tutti i presenti di vigilare al massimo affinché in questa legislatura si possano finalmente condurre a soluzione i problemi di cui parliamo già da anni. Grazie!)

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Boato.

BOATO: Grazie, signor Presidente. Ho piacere di essere stato preceduto dalla cons. Rosa Franzelin, perché mi ha suggerito l'idea di questa aria nuova che lei ha sottolineato esserci in questo Consiglio e di cui hanno parlato ieri alcuni consiglieri, peraltro preannunciata dall'intervento del cons. Brugger, il primo esponente del S.V.P., che storicamente è entrato nel merito delle competenze, dei contenuti e delle "aspirazioni", - il tutto è da porsi fra virgolette data l'esiguità delle competenze di questa Regione - ma comunque dicevo che la cons. Rosa Franzelin ha trovato, e confermo questo riscontro, un'aria nuova e mi piacerebbe, o meglio mi sarebbe piaciuto, senza togliere nulla al Presidente designato Tarcisio Andreolli, che lei stessa avesse potuto essere candidata dal suo partito e da noi votata, anche perché come donna rappresenterebbe più sensibilmente il nuovo, alla Presidenza della Regione per segnalare in maniera totale questa novità, questa terza fase dell'autonomia che stiamo intraprendendo e che non sappiamo ancora quali frutti darà, ma che almeno ora lancia sicuramente per la prima volta, segnali di ottimismo.

Questa fase sarebbe stata interpretata sicuramente con più vigore e credibilità per la forza politica che rappresenta, e non soltanto, per il gruppo linguistico che è stato il fondamento traumatico di tutte le vicende della Regione - traumatico non è un giudizio di valore, è un riscontro oggettivo - ma anche per la sua particolare apertura e sensibilità sociale.

Mi fermo qui, non voglio candidarla da parte dei Verdi, ma un esponente del Sudtirolo come Rosa Franzelin avrebbe potuto, a prescindere dalla forza politica,

rappresentare meglio questa nuova epoca per aver tanto combattuto per un'apertura di contatti e di rapporti all'interno del Sudtirolo e fra le due Province, come d'altronde il cons. Alexander Langer. Questa è una legislatura importante che spero sapremo rappresentare, anche noi delle minoranze - il dubbio è di dovere - ma comunque, ribadisco, questa legislatura si preannuncia importante, e tale lo è oggettivamente e storicamente al di là delle nostre capacità.

Ci troviamo nella fase tra la conclusione del pacchetto, anche se ieri ci sono state molte considerazioni sul non essere ancora formalmente concluso, ma è una conclusione annunciata e desiderata, e l'apertura delle frontiere della C.E.E., quindi fra Scilla e Cariddi, da intendersi come due grandi dimensioni, per cui la mia la citazione è rivolta al positivo, apertura delle frontiere, ribadisco, che formalmente si concretizzerà nel 1993, quindi alla scadenza della nostra legislatura, che dovrà essere pertanto di preparazione, anche se la Comunità europea non è ancora l'Europa che tutti credo desideriamo, l'Europa nella sua grandezza che comprenda altri Paesi, cioè l'altra metà che per ora è esclusa, Austria compresa.

E' nostro auspicio comunque che l'Austria faccia parte di questa nostra parziale Europa, la qual cosa sarebbe oggettivamente e storicamente importante perché, al di là di quello che noi pensiamo soggettivamente, si è conclusa l'epoca dell'isola felice, Sudtirolo, che per la verità non è mai stata felice, ma molto combattuta, e si è combattuta, chiudendosi verso l'esterno, cioè in un certo senso ha vissuto ed in parte risolto le sue contraddizioni guardando molto poco, o rifiutando addirittura di guardare all'esterno.

Un'isola felice è stato ritenuto anche il Trentino in un'unica fase, nell'illusione che il vantaggio anche materiale dell'economia potesse essere o fosse un privilegio del quale non rispondere a nessuno, non rispondere per esempio a tutto il sistema regionale italiano, che è debole, mentre la nostra è un'autonomia forte, certamente grazie prima di tutto al Sudtirolo, ma non ci conviene che questo sistema debole resti tale, non faccio un'opzione alla generalizzazione delle autonomie speciali che diventerebbe un'astrattezza, non ci sarebbe più la specialità, ma opto per un rinvigorismento del sistema regionalistico italiano, diciamo tendenzialmente federativo che darà più forza e capacità di esempio, e non solo di eccezione, al Trentino ed al Sudtirolo.

L'Europa, verso cui andiamo e verso cui quest'"isola felice" deve avere rotto ormai i suoi confini,

è sì l'Europa delle piccole patrie, ma è anche quella delle grandi regioni geo-economiche che non possono contenersi nei nostri confini, sia pure quelli regionali; è stata citata ieri la Regione del grande Tirolo non con spirito di revanche o di nostalgia storica, ma semplicemente di obiettivo di recupero di rapporti, soprattutto sul piano culturale, ed è stata citata anche da altri la Regione, la super-regione, vista nell'ottica italiana, del Triveneto, parola che non piace giustamente a molti, che comprende l'area di tre regioni vicine, del Veneto, del Trentino e Sudtirolo e del Friuli Venezia Giulia, la regione delle minoranze etniche in Italia, quella che ne ha per eccellenza, quella tedesco-sudtirolese e slovena, per citare solo le maggiori, vi è anche la componente ladina, che non deve essere sottovalutata, dato che, oltre ai ladini dolomitici, il Friuli è sostanzialmente ladino.

Vi sono anche altre regioni da prendere in seria considerazione, perché se esiste l'Arge Alp e se esisterà un domani nella misura da noi desiderata l'Alpe Adria, una dimensione trasversale significativa che va anche al di là dei confini teorici della C.E.E., penetrando nei Paesi della futura Europa, avremo una nuova dimensione tanto necessaria quanto non antitetica - credo - alle piccole patrie, se non le intendiamo, come ora, delle roccaforti impenetrabili.

E' meno chiusa la Ladinia, però è talmente piccola da rischiare la sparizione, è meno chiusa non per ragioni positive, ma perché è a cavallo tra tre situazioni amministrative e tre garanzie diverse, pur essendo senza garanzia quella dei ladini bellunesi di cui dovremmo forse noi anche come Regione occuparci un po' di più, spingendo il Veneto, al di là delle sue competenze più limitate, a muoversi e ad allineare perlomeno la "tutela" o il rispetto, come qualcuno ha voluto meglio chiamarlo, della etnia ladina bellunese, vale a dire della terza provincia dolomitica.

Stiamo vivendo una terza fase dell'autonomia, la prima è stata quella, evocata in un intervento di ieri, non so se più ingenuamente o più cinicamente - se non offende il termine - come l'autonomia a tre, in cui una regione anti tedesca tutelava in qualche misura - ma ritengo in senso negativo - la prevalenza degli italiani nell'ambito regionale e quindi la "minoranza" di lingua italiana del Sudtirolo.

Ieri abbiamo sentito addirittura evocare questo brutto modello storico, quello degli Odorizzi, disse ieri un esponente del S.V.P., che ha permesso il riscatto del Sudtirolo, in negativo, ma è stato evocato ieri addirittura

per avocare alla Provincia autonoma di Trento il ruolo infausto che ebbe la Regione negli anni '50 e nei primi anni '60. Spero che non ci fosse cinismo, ma solo una nostalgia, da non apprezzare comunque e che ci sia un ripensamento, se i dibattiti servono, perché questa è un'autonomia passata, è un'autonomia che ha dato anche per contraccolpo la seconda fase dell'autonomia che è sì stato il riscatto del Sudtirolo e della minoranza linguistica tedesca, ma in parte anche di quella ladina, che, come tutti i riscatti che avvengono per contrapposizione, ha avuto i suoi effetti negativi e le tensioni che sono culminate con il censimento del 1981 nel Sudtirolo e che auspichiamo che non si ripetano nel 1991, visto che siamo in una terza fase, in una fase diversa e già mi sembrava che le schermaglie nel dibattito di ieri, leggi Frasnelli e qualche altro, lasciassero capire almeno che il problema è presente.

Dicevo che la seconda fase dell'autonomia è stata quella conquistata anche con la guerriglia, con una violenza che a posteriori, la consideriamo storicamente come qualcosa che ha fatto parte di questo riscatto, ma non auspicheremmo mai che dovesse ripetersi, non possiamo certo fare i moralisti a posteriori perché c'è stata anche una causa di questa tensione, di questa violenza che si è esplicitata in varie direzioni e dimensioni e non per ultimo anche da parte dello Stato.

La terza fase sarà, dopo queste due della Regione anti-tedesca e della Regione cancellata dalla questione sudtirolese emergente con le due Province autonome, che hanno di fatto cancellato la Regione e le sue prerogative, un'autonomia con un ruolo anche della Regione della convivenza e della democrazia - lo auspico ma ci metto un punto di domanda - perché questo è quanto cominciamo istituzionalmente a costruire in questa legislatura e con la evidenziazione del bisogno di superamento del passato, la qual cosa la identificavo nei due nomi che ho fatto prima emblematicamente, anche perché personalmente mi piacciono, senza con ciò voler generalizzare un giudizio; non credo che i concetti di democrazia e di convivenza siano separabili.

Una democrazia che ancora si percepisce in quest'aula - lo dico in maniera dialettica - ancora un po' sotto tutela, cioè noi viviamo come minoranze in particolare - non ci sono solo le minoranze linguistiche ed etniche, ma anche quelle politiche - viviamo, ribadisco, un clima per fortuna smosso, però di tutela, cioè di qualche cosa che è demandato ad una maggioranza schiacciante che in qualche caso tende a schiacciare anche senza rendersene

conto, in qualche caso è una forma di prevalenza per non dire di prepotenza, non voglio usare termini impropri, mentre in altri è solo la prevalenza dei numeri che è legittima e che fa parte anche della democrazia, però ci sono dei momenti in cui si va oltre, cito il piccolo incidente della relazione del Presidente della volta scorsa, le dichiarazioni del P.A.T.T. per bocca del suo capogruppo sulla sottovalutazione del Consiglio regionale che spero siano superate, ma anche le preoccupazioni addirittura con alto livello di tensione nervosa di uno, non di tutti i membri della S.V.P., perché stava per essere eletto, un Verde come Vicepresidente della Prima Commissione legislativa - guardate che alta carica - fra l'altro con il voto anche di qualcuno del S.V.P., c'è stato, ribadisco, un momento di suspense e di tensione così intensa, tanto che è stato eletto un candidato non proposto, purché non ci fosse questo scandalo, che a noi non sarebbe parso tale e non credo che lo avremmo pubblicizzato perché non avevamo nessuna ragione nemmeno di mitizzare una carica che ha un valore da rispettare, ma assolutamente secondario. Chiudo la parentesi perché furono proprio piccole cose con tre note particolari, che spero siano da considerarsi superate.

La Presidenza del Consiglio regionale in una Regione che è quella che è, ha i limiti, ha un esecutivo che da un punto di vista istituzionale e credo anche oggettivo, vale meno come rappresentatività della Presidenza stessa del Consiglio regionale, perché vale di più quest'aula, la dimensione regionale è più viva qui dentro nel nostro rapporto, nel nostro vivere assieme, forse è la prima volta che sentiamo di avere delle cose comuni - nel senso del rapporto fra le due Province, fra gruppi presenti in entrambi i consessi provinciali, e delle interferenze trasversali e anche della stessa area provinciale o regionale, Sudtirolo e Trentino intesi come regione - per cui la Presidenza del Consiglio regionale a noi sembra il massimo di questa validità rappresentativa.

Purtroppo la abbiamo sentita così sminuire e abbiamo vissuto questo fatto senza rievocare nulla perché non voglio dare troppo peso alle considerazioni negative, il suo valore simbolico spero sia di spinta per una ripresa in considerazione del ruolo della Regione senza nessuno sguardo al passato, ma rivolto a un respiro nuovo, a tematiche nuove su cui poi voglio fermarmi un attimo.

Ancora nell'ambito della democrazia tutelata vorrei rilevare al Presidente ed anche alle tre forze politiche dell'accordo, che il problema citato testualmente, della "maggiore stabilità dei Consigli" per

la quale verrebbe sostenuta la necessità di una soglia minima per le elezioni, mi sembra inesistente. Credo che sia legittimo porlo, cioè nella dialettica politica si può porre questo problema, è quindi discutibile, non solo perché possa piacere o non piacere, ma perché è legittimo discuterlo, ma non è certo necessario per una maggiore stabilità che qui addirittura fa sorridere a livello di Consiglio regionale, ma che nella democrazia delle due Province fa sorridere ancora di più, sia per il Sudtirolo e sia anche, in misura minore, per il Trentino, non c'è problema di dispersione di voti.

Sull'accordo programmatico e sul programma più in dettaglio qualcuno ha rilevato anche con durezza carenze specifiche con un'analisi tecnica anche seria, approfondita, che faceva riflettere su alcuni aspetti specifici, quindi non voglio soffermarmi, ma intendo fare solo delle considerazioni su nodi cruciali ed in termini ancora dialettici sulla questione ladina e sulle altre minoranze.

Mi sembra che le enunciazioni siano plausibili, che tutte le cose proposte a concludere con il Comitato interladino, sono quelle che anche come Verdi andiamo richiedendo da anni, il primo grosso convegno sulla questione ladina e le altre minoranze è stato svolto proprio a Trento, promosso dalla Lista Verde, nella primavera del 1984. Osserverei che interveniamo sulla questione cimbra e sulla questione mochena - ed è positivo anche questo quale prodotto di chi ha mosso le acque in questo problema - con un ritardo storico che non lascia speranza, non voglio fare il pessimista per professione, ma lo sento sul posto; Luserna sta sparendo, il cimbro sta sparendo - e mi dispiace molto - sono poche centinaia di persone ancora nell'isola linguistica di Luserna nel Trentino e sono ancora più in declino ad Agiazza, nel veronese, dove non c'è nemmeno l'Istituto, ed il mocheno rischia di fare la stessa fine, in quanto siamo sotto il migliaio; ogni tanto si legge anche sulla nostra stampa, ieri o ieri l'altro c'era un articolo sul ladino che lo considerava cosa superata, lo dico ironicamente, perché questa lettera recava il titolo "Non mi piace il ladino", a me invece piace, ma certo che, se guardiamo la problematica in una dimensione europea, l'Europa è fatta di queste microricchezze, di queste cose impercettibili anche a livello regionale, immaginarsi a livello dell'intero Paese, a livello di Comunità europea, eppure vediamo la vicenda jugoslava e ci rendiamo conto quale dramma stia vivendo la questione delle minoranze. La minoranza ladina non conta meno di 1.000 unità, ma rischia anche lei il decadimento,

non auspico che un ente come la Regione faccia di più di quello che ha promesso, auspico che lo faccia in tempo debito, che si occupi seriamente di dare una scadenza alla legge costituzionale ladina, che il Comitato smuova la Regione veneta e lo Stato, perché le competenze non sono le stesse, non c'è una Regione a Statuto speciale che possa intervenire con legge costituzionale direttamente, ma bisogna andare tramite legge-quadro sulle minoranze nello Stato che è ancora in alto mare e tramite una specie di invenzione giuridica della Regione Veneto che però può intervenire, se ha la volontà politica, a tutela della terza area ladina, di quella di Ampez e del Fodon, Cortina ed Arabba e di altri comuni vicini, ma la questione più grossa riguarda i ladini stessi, che si rendano conto non solo come istituzioni, non solo con l'auspicio della pur legittima richiesta della rappresentanza politica garantita, che non si vive di sole garanzie e che il parlare nelle famiglie il ladino è la precondizione, affinché tutto il resto abbia buon fine, e che venendo meno questa precondizione sarebbe vanificata qualsiasi legge costituzionale, qualsiasi nuova istituzione, qualsiasi altro intervento dall'alto.

Ancora sulla questione delle minoranze rilevo che gli zingari sono sistematicamente ignorati. Noi nella nostra modestia non li abbiamo dimenticati nel nostro primo convegno di apertura sulle minoranze etniche anche del Trentino, nonostante la loro dimensione quantitativa irrilevante rispetto a quella del Sudtirolo, ma la questione degli zingari, per quanto si tratti di poche centinaia, è un problema generale e permanente della storia e della geografia e la dimenticanza è forse anche frutto della diversità delle radici, perché si tratta di una minoranza nomade che in parte sta divenendo sedentaria e proprio questa parte sta ponendo il problema specifico anche alle realtà locali di Trento e di Bolzano, di Rovereto e di Merano e forse anche di qualche altra città, Mezzolombardo, per esempio, ma c'è qualche cosa dentro di noi e che ci impedisce a riconoscerla, dovremo fare un esame di coscienza, perché la comunità trentina non sa garantire i servizi igienici, la luce elettrica e l'insegnamento elementare agli zingari trentini, non agli zingari tout cour, a quelli di passaggio, per esempio, che sono anche in qualche momento alcune centinaia, di loro non si parla neppure. Questo è un problema di civiltà in misura proporzionale alla dimensione del problema, però mi sembra che ci sia.

Un secondo rilievo, molto più brevemente, più telegraficamente, sulle U.S.L.. Ricordiamo che c'è questa

competenza ordinamentale della Regione, ma che l'abbiamo finora veramente male utilizzata perché, se guardiamo al passato, come Consiglio regionale abbiamo lasciato che le due dimensioni diverse provinciali si arrangiassero e che il contenitore della legge regionale fosse compatibile con i due arrangiamenti provinciali senza tentare un confronto che sarebbe stato produttivo ed a vantaggio del Trentino - dobbiamo dire la verità, autocriticamente in questo caso - sulla gestione della sanità e sul respiro che dovevano avere fin dall'inizio le Unità sanitarie locali. Ora farlo ex post è in un certo senso una necessità, ma è un vanto molto scarso perché rifaremo la pelle al sistema sanitario trentino nell'ambito della legge ordinamentale regionale.

Un ultimo appunto sulla questione elettorale. Ho già accennato al problema della soglia, direi che è scandaloso - è già stato citato - per cui mi soffermo sulla presunzione di approfondimento del problema dell'elettorato passivo con l'obbligo dei quattro anni di residenza. Diciamo che questo obbligo va tolto, che siamo alla vigilia non solo dell'Europa ma anche delle elezioni europee e che i candidati tedeschi ci saranno nelle liste italiane, forse anche i candidati spagnoli, sono stati proposti almeno per le liste Verdi, ma credo che la lista socialista abbia da tempo candidati dell'Est europeo e forse anche la lista democristiana, non voglio fare limitazioni in questo, un certo internazionalismo c'è in tutti noi e stiamo ancora a discutere - non parlo dell'elettorato attivo che è un problema che differenzia il Trentino e il Sudtirolo e che comunque andrebbe anche quello riformato - ma quello passivo veramente dovrebbe essere risolto.

Se l'era del post-pacchetto sarà di novità e di convivenza e se cancellare la Regione non è più un obiettivo come è stato quello dell'ultimo decennio, occorrerà infine rivedere anche lo Statuto e diceva ieri il capogruppo dei Verdi per fortuna non fa più scandalo parlare di revisione, lui lo riferiva ad altre questioni che hanno creato molte più tensioni soprattutto nel Sudtirolo, ma lo vedrei in positivo su una Regione che abbia in un certo qual modo nuove competenze nel senso che ci sono nuovi problemi, non certo di sottrazione di competenza alle due Province, non mi permetto di parlare di questo, ma di un problema aperto, nuovo e finisco con il più grosso dei nostri problemi recenti.

C'è un riferimento che mi sembra meriterebbe sviluppo, cerco di farlo nei limiti di un breve intervento ma che sarebbe stato opportuno sviluppare di più, sia nell'accordo che nella relazione. Intendo i problemi transfrontalieri e transprovinciali e quindi la

sostanziazione del ruolo di una Regione cerniera così come è stata chiamata e così come può essere anche nell'ambito di questi coordinamenti internazionali che non hanno un riscontro giuridico esplicito come l'Arge Alp o l'Alpe Adria, ma che hanno un futuro, che hanno un certo ruolo ed una certa incidenza, sia pure non diretta, nelle istituzioni. Una delle nuove dimensioni, la più grande sicuramente, è quella dei problemi ambientali, la dimensione ecologica. Se noi parliamo da questo microfono è forse in buona parte dovuto a questa emergenza, forse è dovuto anche a qualche merito soggettivo di alcuni, ma è soprattutto dovuto ad una emergenza oggettiva l'esistenza dei Grünen, i Verts; in Francia sta nascendo una terza grande forza politica che si è rivelata nel secondo turno elettorale delle elezioni amministrative con una incidenza amministrativa e credibilità tali da non poter ritenere più tale fenomeno, come supposto da molti, un riversamento in altre formazioni politiche al secondo turno, trattandosi invece di una verifica che pone la dimensione ambientale al di là della questione nucleare, che ci tocca tutti, anche le nostre Alpi; difatti come il primo dei tre piccoli raggruppamenti di questioni, che volevo porre in quest'ambito, anche in rapporto al ruolo della Regione, riguarda il sistema alpino, la sua salvaguardia che vuol dire riconoscere sì che si tratta di un ecosistema, anche se è un insieme di ecosistemi, che si difende meglio rispetto ad altri ambiti geografici, ma nel momento in cui fossimo al di là del limite di guardia, come in alcune regioni tedesche, i tempi del degrado ambientale avrebbero già superato le possibilità della salvaguardia e del restauro ecologico; purtroppo noi percepiamo i deterioramenti ambientali con dieci anni di ritardo, come è avvenuto per le piogge acide, sebbene adesso siamo più all'erta e comprendiamo i problemi un po' prima, mentre nel caso dell'inquinamento dei fiumi, accusiamo un grave ritardo. Il sistema alpino è una barriera ambientale preziosa, una difesa per una parte dell'Europa ed una riserva anche per le parti più lontane, perché la produzione di ossigeno e la produzione del legno, nonché il loro recupero, per non parlare dell'acqua sono fonti non rinnovabili una volta deteriorate, per cui l'insediamento di una centrale idroelettrica che può produrre energia utile, va valutato anche in rapporto all'uso dell'acqua a dimensione transfrontaliera o transprovinciale come nel nostro caso. Il traffico automobilistico, che attraversa questa catena può essere uno degli elementi di deterioramento massimo ed in particolare di produzione di quell'inquinamento atmosferico che produce le piogge acide

e quindi la moria del bosco.

L'inquinamento delle acque - lo voglio citare in particolare perché abbiamo di fronte il problema dell'Adige che ci tocca da vicino, Sudtirolo compreso, essendo tributario al 95%, per cui il problema dell'inquinamento e del risanamento del fiume è connesso alla capacità "ecologica" del Sudtirolo come amministrazione, come popolazione, come cultura in generale ed è una delle Province migliori da questo punto di vista, eppure le cose vanno male anche lì, come hanno dichiarato relatori sudtirolesi al Convegno di Verona.

L'Adige riguarda il Trentino in misura minore, ma ci sono altri bacini fluviali in difficoltà, quello del Brenta da una parte, del Sarca e del Chiese dall'altra. Sono sufficienti questi pochi argomenti per comprendere che si tratta di un problema di dimensioni grandiose che ci lega, non può che affratellarci nel recupero e l'autorità di bacino che si sta preavvisando, salve le competenze delle autonomie compresa quella della Regione Veneto, dovrà operare con la intenzionalità determinata della nostra autonomia delle due Province e della Regione in particolare.

Un'altra questione colossale è quella del potenziamento delle ferrovie che vuol dire depotenziamento del traffico automobilistico, che vuol dire deinquinamento del sistema alpino e delle nostre due Province e, mentre il Sudtirolo ha reagito con caparbia ed anche con buon naso all'autoporto di Campo Trens, noi abbiamo accettato acriticamente l'autoporto quasi come un benvenuto di nuovo benessere economico e ci siamo caricati di molti problemi senza pensare che si potrebbero risolvere a monte con una linea ferroviaria molto rafforzata, con un trasporto su gomma intermodale attraverso tutto il sistema alpino, quindi con le sezioni delle gallerie, in particolare attraverso il Brennero.

L'Italia purtroppo è in gravissimo ritardo col proprio sistema ferroviario in degrado, il che significa anche degrado del proprio sistema pubblico, quindi come istituzioni siamo coinvolti nel problema trasporto ferroviario molto di più che nel sistema automobilistico, anche perché le autostrade, che dovrebbero essere parte complementare di un'organizzazione pubblica, sono diventate delle aziende che funzionano per i loro interessi di azienda.

Ultima citazione, la vertenza SAMATEC che ci ha visto legati nella battaglia per la salvaguarda e la tutela delle popolazioni della Bassa Atesina e della Piana Rotaliana non contro nessuno, però certamente, se una

fabbrica inquina in tal modo, troviamo ridicolo che si meni il can per l'aia e che si continui a sperimentare cose, che già a priori sappiamo che non potranno dare risposte positive in termini ecologici quando le produzioni sono sbagliate alla radice. Certamente gli strumenti di produzione sono importanti, ma tutto dipende da ciò che si produce e dai rispettivi rifiuti tossici industriali, che sono un grossissimo problema per tutte le regioni, il cui smaltimento ha bisogno di una dimensione almeno del milione di abitanti, noi ci siamo un po' sotto con le due Province e mi sembra che già l'incontro dei Presidenti delle Giunte Provinciali di Bolzano e di Trento ha dato qualche segnale in questo senso, per cui auspichiamo una soluzione ecologica ed amministrativa soddisfacente per entrambe le Province.

L'auspicio finale non solo da parte mia ma dei Verdi in generale, è quindi che questa terza fase dell'autonomia sia un'autonomia della convivenza, di una maggiore democrazia e dell'ecologia.

PRESIDENTE: Ha chiesto di parlare il cons. Casagranda. prego, cons. Casagranda.

CASAGRANDA: Signor Presidente, onorevoli consiglieri, ho ascoltato con attenzione le dichiarazioni programmatiche del Presidente designato e ne ho apprezzato la chiarezza e l'incisività di analisi e di prospettiva politica. Il cammino che attende la Regione Trentino-Alto Adige in questa decima legislatura ritengo sia, nonostante le apparenze di semplificazione, uno dei più difficili e nel medesimo tempo interessanti. Alla chiusura del Pacchetto si accompagna infatti l'ingresso ormai prossimo nell'Europa aperta, con tutte le conseguenze che esso comporta per una Regione-cerniera, come qui è stata definita la nostra. Certo la definizione dell'annoso contenzioso giuridico-politico sull'impianto del pacchetto non è cosa da poco e ci pone nella condizione obbligata di chi, definita la trama, deve, volere o no, dare un indirizzo deciso all'ordito, secondo una conoscenza precisa delle difficoltà e dei problemi sul tappeto, ma anche con precisa individuazione degli obiettivi che si vogliono raggiungere.

Il Presidente designato ci ha fornito il senso del ruolo della Regione nel contesto delle autonomie provinciali di Trento e di Bolzano, senza ed oltre ogni posizione di pura conservazione dell'esistente. Un ruolo non solo di garanzia di quadro delle minoranze etniche e linguistiche, ma anche una sede di considerazione e di promozione di problematiche di respiro più ampio, non

sicuramente legato in modo riduttivo all'ambito territoriale di competenza, come la pace, il rispetto dell'ambiente in senso ampio, la sfida delle nuove tecnologie, i traffici e l'incidenza delle grandi direttrici economiche.

Il richiamo all'art. 35 dello Statuto, sottolineato nelle dichiarazioni programmatiche, ci indica uno spazio preciso in cui esercitare le nostre prerogative autonomistiche all'insegna di una solidarietà ampia sui problemi e sulle tematiche di fondo emergenti dalla società in cui viviamo e sulle quali sicuramente il ruolo della Regione può essere giocato per e al di sopra dell'ambito di competenza.

Per altro verso la Regione Trentino-Alto Adige si inserisce nel quadro autonomistico con un significato dai contorni non del tutto concretamente delineati.

Dopo la definizione del Pacchetto ed in particolare a ridosso della grande apertura europea del 1993 "l'identità" della Regione troverà momenti ed occasioni di gestione particolarmente delicati e strettamente connessi con le prospettive di sviluppo, che le nostre comunità si avvieranno a perseguire. Il che equivale ad affermare che il sistema delle entità politiche operanti sul nostro territorio non dovrà rimanere chiuso sulla salvaguardia delle proprie prerogative, ma dovrà unire alla stessa quel tanto di circolarità di idee e di mutui intenti in maniera tale da garantire prospettive di dinamismo e di sviluppo. Di conseguenza si rileva la necessità che la Regione eserciti il ruolo di "collaboratore" primo e indispensabile delle due Province per la difesa e lo sviluppo della autonomia, nella consapevolezza che solo qui si gioca la partita della giustificazione vera delle prerogative speciali affidateci, sulla capacità di offrire congrue risposte alle domande sociali.

A tal proposito è bene tenere presente che quasi un quarantennio di esperienza di autonomia ha dimostrato che la soluzione costituzionale ebbe ad oggetto realtà omogenee, e soprattutto omogenee al potere centrale. In altre parole, la promozione del decentramento avvenne trasferendo in una struttura policentrica poteri e metodologie della stessa natura di quelli propri della struttura statale centralizzata; sul piano giuridico-costituzionale attraverso la creazione di entità regionali riprodotte al proprio interno la classica ripartizione dei poteri legislativo-amministrativo; sul piano politico, riproducendo attraverso l'elezione degli organi da parte delle popolazioni locali interessate la medesima

legittimazione prevista per gli organi supremi dello Stato, quale forma esclusiva di realizzazione della sovranità popolare.

Una correlazione di tal genere ha avuto le sue parallele e puntuali ripercussioni sul piano socio-politico nell'ambito regionale; riscontriamo quindi una classe dirigente locale tendente a riprodurre i vizi e difetti della classe politica nazionale, una metodologia di gestione del potere politico molto simile a quella nazionale, un identico isolamento e "scollamento" della classe rappresentativa dalla società rappresentata, reso manifesto anche da segni esteriori come il linguaggio politico incomprensibile ai più, il rapporto politico sovente modellato sul rapporto professionista-cliente, il progressivo distacco, anche in termini di disistima, disinteresse, disaffezione.

L'autonomia per questa strada è entrata in molte occasioni progressivamente in letargo perdendo in potenzialità vitale, in immaginazione, in efficacia di rapporto comunicativo.

Sotto questo profilo è da condividersi quanto sostanzialmente affermato dal Presidente designato, che l'autonomia è invece l'assetto istituzionale di una cultura. Se manca questa cultura, perché manca la tradizione, c'è il rischio che anche il nostro quadro autonomistico si riduca al rango di sovrastruttura.

Pertanto ben venga la proposta di una profonda rivitalizzazione della nostra autonomia. Rivitalizzazione che comporta anzitutto, come di continuo va ricordando il partito al quale mi onoro di appartenere, la rimediazione del principio che l'autonomia presuppone l'adattamento ai connotati storici e culturali della popolazione cui serve. Esiste in altre parole per la nostra comunità una via originale e peculiare alla autonomia e alla partecipazione, che deve essere individuata in quel connotato fondamentale di una popolazione, rappresentato dalla sua "cultura".

Solo attraverso questa rivitalizzazione si potrà individuare un nuovo modo di esistere della nostra autonomia. Se pensiamo che la popolazione della nostra regione non è poi tanto numerosa, che il territorio, anche se variamente articolato, non è molto esteso, che esiste nella popolazione una radice di collegamento mitteleuropeo, è possibile individuare per la nostra Regione un modello di governo reale della autonomia, effettivamente distinto dal contesto nazionale e nel contempo interprete della fisionomia culturale delle nostre popolazioni.

La Regione Trentino-Alto Adige si inserisce in questo quadro come garante della convivenza pacifica e

dello sviluppo e sotto questo profilo il ruolo della Regione non si è affatto esaurito. E' da ritenere anzi che si sia affinato e potenziato proprio nel momento in cui, spogliata la Regione in favore delle due Province di una mole considerevole di competenze, le è rimasto un ruolo spiccatamente ordinamentale. La Regione infatti ha una funzione essenzialmente di equilibrio politico: una garanzia di metodologia forse più che di contenuti che agisce nei confronti sia dello Stato che delle due Province. Del metodo fa parte il principio che "convivere" e "collaborare" sono il contrario del vivere e lavorare ciascuno per conto proprio, come pure il rispetto profondo dell'identità di ciascun gruppo e di ciascuna comunità. E' un metodo che non ammette prevaricazioni di sorta e neppure isolazionismi superati dalla storia e dalla coscienza civile. Tutto questo può racchiudersi nell'espressione "perno o cerniera" delle due autonomie provinciali. La volontà in tale senso espressa e sottesa agli incontri avvenuti in questi giorni tra i due Presidenti delle Province autonome di Trento e di Bolzano, è tutta qui.

Pertanto il nostro partito accorda una pausa di riflessione in questo senso al Presidente designato e sospende un giudizio definitivo sulla volontà programmatica espressa dallo stesso, peraltro dal mio partito riguardata con grande attenzione. L'autonomia dispone ora di una robusta e garantita impalcatura giuridica; attorno a questa struttura si riscontra un aumentato consenso. Ora è tempo per tutti di passare ai "contenuti" dell'autonomia, anche nella prospettiva dei grandi rivolgimenti che si preannunciano con la caduta delle barriere europee del 1992. Nessuno potrà permettersi, per i prossimi dieci anni, la normale amministrazione, non sarà più possibile governare senza un disegno. Per quanto riguarda la Regione Trentino-alto Adige questo disegno non potrà essere realizzato se non nello spirito dell'accordo Degasperi-Gruber e cioè con la prevalenza della ragione umana sulle tentazioni di sopraffazione, sull'impegno di collaborazione e di rispetto reciproco in prospettive europee, sulla consapevolezza che l'autonomia è convivenza costruttiva tra "culture diverse" per la realizzazione di un modello superiore di vita e di progresso della nostra Regione. Grazie.

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Benedikter. Prego, cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich schicke voraus: Was ich jetzt sagen werde, sage ich nicht im Namen der Südtiroler Volkspartei, und ich

schicke auch voraus, daß ich wegen des Inhaltes des Koalitionsprogrammes nicht für diesen Ausschuß stimmen werde. Das Koalitionsprogramm bzw. auch die vorausgehende Rede stellt die Lage so dar, als ob wir bereits am "day after" angelangt wären. In Bozen ist man noch am "day before" gewesen, hier ist man schon am "day after", nach der Erfüllung des Paketes, als ob wir am Ziel angelangt wären, als ob das Paket erfüllt wäre, als ob damit die Südtirolfrage ein für allemal gelöst wäre. Dieses Koalitionsprogramm - ich sage es zusammengefaßt und komme dann auf die Einzelheiten - deckt sich nicht einmal mit der Resolution der letzten Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei vom 10. Dezember 1988, gegen die ich gestimmt habe, und gibt sogar Autonomieansprüche preis, gemäß bestehenden Durchführungsbestimmungen, die noch im Koalitionsprogramm von 1984 enthalten waren. Ich komme selbstverständlich auf die Einzelheiten zurück. Was bedeutet "day after"? Es bedeutet, das Paket ist also erfüllt, es ist die beste Garantie für das sogenannte Zusammenleben, wobei man damit vollkommen ignoriert, daß, wenn der Abschluß so zustande käme, wie er gemäß Parlamentsresolution der italienischen Kammer vom 28. April und des italienischen Senates vom 11. Mai 1988 vorgesehen ist, mit Zustimmung Österreichs, dies einen Verzicht auf die völkerrechtliche Verankerung des Paketes bedeuten würde. Das heißt, der italienische Standpunkt würde dann morgen auch vor dem internationalen Gerichtshof - und zwar nicht nur von Italien, sondern aufgrund dessen, was sich tatsächlich getan hat - glaubhafter erscheinen, nämlich daß das Autonomiepaket, das Autonomiestatut von 1972, ein rein inneritalienisches Zugeständnis sind, das teorethisch auch abgeschafft werden könnte, ohne daß Italien deswegen bezichtigt werden könnte, den Pariser Vertrag verletzt zu haben. Denn das erste Autonomiestatut ist die Erfüllung des Pariser Vertrages, so behauptet Italien, und Italien beruft sich ja auf den Brief, den die damaligen Exponenten der Südtiroler Volkspartei Ammon, Guggenberg, Raffeiner an den Präsidenten der Unterkommission der verfassungsgebenden Versammlung Perassi geschrieben haben, wo es heißt, dieses Autonomiestatut, das alte Autonomiestatut, ist die zufriedenstellende Erfüllung des Pariser Vertrages und eine Landesversammlung hat ein Monat danach, am 24. Februar 1948 mit großer Mehrheit diesen Brief bekräftigt. Also Italien beruft sich darauf und sagt: Völkerrechtlich aufgrund des Pariser Vertrages habe ich mit dem alten Autonomiestatut meine Pflicht erfüllt, das neue könnte teorethisch zur Gänze abgeschafft werden oder revidiert werden. Ihr erinnert Euch, da gibt es

die Resolution des italienischen Parlamentes vom 19. Februar 1987, wo die Regierung verpflichtet wird, nachdem Österreich die Streitbeilegungserklärung abgegeben haben wird, das jetztige Autonomiestatut zu revidieren und zwar sicher, selbstverständlich, "in peius" und nicht "in melius", von unserem Standpunkt aus gesehen. Wir wissen, die Resolutionen des italienischen Parlamentes vom 28. April und vom 11. Mai 1988, der die Parlamentare der Südtiroler Volkspartei zugestimmt haben, sagen: "Aufgrund der Regierungserklärung ist das Paket nach Erlaß der noch ausstehenden Durchführungsbestimmungen, die inzwischen erlassen worden sind, erfüllt und die italienische Regierung wird verpflichtet, die Streitbeilegungserklärung zu verlangen", ohne daß die Parlamentare der Südtiroler Volkspartei darauf hingewiesen hätten: Ja, aber Österreich und auch die Südtiroler Volkspartei aufgrund ihrer Resolutionen seit 1969 bis heute stehen auf dem Standpunkt, daß dieses Paket aber Bestandteil des Pariser Vertrages ist.

Ich sage, daß es Bestandteil des Pariser Vertrages ist, und vielleicht könnte das Präsidium des Regionalrates veranlassen, daß dieses Gutachten von 112 Seiten des Völkerrechtsinstitutes in Washington über die Frage der Erfüllung des Pariser Vertrages zwischen Italien und Österreich und des Paketes vom Englischen ins Italienische und ins Deutsche übersetzt wird. Dieses Gutachten ist nicht im Auftrag der Provinz Bozen gegeben worden, sondern das Geld dafür ist privat gesammelt, der Auftrag ist privat gegeben worden. Ich lese dann einige Stücke vor. Dieses Institut ist nicht das Völkerrechtsinstitut der Universität Innsbruck, es ist ein Institut, das beratendes Organ der Vereinten Nationen ist und beratendes Organ der amerikanischen Regierung ist. Also insofern dürfte es etwa schon ein Gewicht gegenüber dem internationalen Gerichtshof haben. Ich lese nur ein paar Absätze, selbstverständlich übersetzt ins Deutsche, vor und, wie gesagt, ich glaube, es dürfte alle interessieren, das Ganze zu lesen, es ist nicht so kompliziert. Selbstverständlich geht das Gutachten davon aus, daß die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Oktober 1960 und dann noch einmal im November 1961 eben eine Resolution gefaßt hat, was die Auseinandersetzung zwischen Italien und Österreich über die Durchführung des Pariser Vertrages betrifft, wobei gesagt wurde, die beiden streiten sich und sie sollen versuchen, sich zu einigen, und falls sie sich nicht einigen, sollen sie zum internationalen Gerichtshof gehen. Italien hat für diese Resolution, gestimmt. Die Amerikaner sagen, die erwähnte Resolution der

Generalversammlung der Vereinten Nationen ist die bedeutsamste Aussage der internationalen Gemeinschaft hinsichtlich des rechtlichen und politischen Status des Pariser Abkommens und der Südtirol-Autonomie. Was inhaltlich vielleicht am meisten interessiert, ist folgendes: Mit dem Einverständnis, den Streit als beigelegt zu erklären, also mit Streitbeilegungserklärung, sobald das Paket erfüllt ist, hat Österreich eine wesentliche Aussage gemacht, auf die sich Italien berufen kann, nämlich daß das Paket genügt, um Italiens Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen zu erfüllen. Österreich könnte nicht mehr über bestimmte Bestimmungen im Pariser Vertrag neu verhandeln, zumindest dann nicht, nachdem es zugestimmt hat, daß das Paket erfüllt ist. Die Preisfrage: Ja, ist das Paket Bestandteil des Pariser Vertrages? Ihr wißt, Italien steht auf dem Standpunkt, das Paket hat mit dem Pariser Vertrag gar nichts zu tun, ist ein rein inneritalienisches Zugeständnis. Die Amerikaner sagen, das von Italien und Österreich 1969 angenommene Paket stellt an und für sich keine rechtlich bindende völkerrechtliche Vereinbarung dar - erstens. Italien ist jedoch rechtlich verpflichtet, das Paket im guten Glauben durchzuführen und hat stillschweigend den Grundsatz angenommen, daß die Autonomie im Sinne des Pariser Abkommens nur durch ein Arrangement garantiert werden kann, womit die deutschsprachigen Ansässigen der Provinz Bozen eine tatsächliche Mehrheitskontrolle über die Ausübung autonomer gesetzgeberischer und Exekutivgewalt haben. Es gibt keinen Zweifel, sagen sie, daß die im 1948er Statut vorgesehenen Strukturen den Geist der im Pariser Abkommen vorgesehenen Autonomie verletzt haben, wenn nicht sogar auch den Buchstaben. Das Paket jedoch und die Mittel, womit es erfüllt worden ist - das wäre also das Autonomiestatut - stellen eine nachfolgende Praxis dar, wie sie im Recht der Verträge vorgesehen ist, die für die Auslegung des Pariser Abkommens von Bedeutung ist. Das bedeutet jedoch nicht, daß jegliches Detail im Paket völkerrechtlichen Status erlangt hat oder daß das Paket unmittelbar bindende internationale Verpflichtungen getrennt vom Pariser Vertrag schafft. Es ist unwahrscheinlich, daß der Internationale Gerichtshof alle Bestimmungen des Paketes als unmittelbar bindende oder gerichtlich zu beurteilende Verpflichtungen ansehen wird und das Völkerrecht würde nicht Änderungen am Autonomiestatut und an anderen Gesetzen oder Dekreten, die das Paket erfüllen, innerhalb der Grenzen und Garantien des Pariser Abkommens, verwehren. Dann werden 19 Maßnahmen - 19 von 137 - aufgezählt, die nicht unmittelbar dem Pariser Abkommen entsprechen, die also unter Umständen vor dem

Internationalen Gerichtshof als nicht aus dem Pariser Vertrag ableitbar erkannt würden. Aber das wären 19 von 137.

Sie sagen - und das betrifft die Koordinierungsbefugnis, auf die ich noch zurückkomme -, die Art von nationalem Interesse oder einheitlicher Erfordernisse, wie sie vom italienischen Verfassungsgerichtshof ausgemacht worden sind, um die Gesetze zu rechtfertigen, die in Ausübung der sogenannten Koordinierungsbefugnis, "facoltà di indirizzo e coordinamento", verabschiedet und in 30 Urteilen vom Verfassungsgerichtshof bekräftigt worden sind, also die Art von nationalem Interesse oder einheitlicher Erfordernisse, "esigenze unitarie", beinhaltet ein Einheitskonzept des Staates, das der grundlegenden Voraussetzung der Autonomie widerspricht. Das heißt, daß es einige Sachgebiete autonomer Zuständigkeit gibt, welche außerhalb des staatlichen Bereiches liegen. Dann sagen sie - das ist sehr wichtig - zur Koordinierungsbefugnis: Es liegt in der Verantwortung der italienischen Regierung, sicherzustellen, daß ihre internationalen Verpflichtungen gegenüber Südtirol nicht durch die Ausübung ihrer Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis verletzt werden, welche Befugnis bei der Vereinbarung des Paketes 1969 nicht vorgesehen war. Also diese Befugnis ist nach Ansicht der Amerikaner sicher gegen den Pariser Vertrag. Diese Befugnis, so wie derzeit vom Verfassungsgerichtshof ausgesagt - in 30 Urteilen, das letzte Urteil steht ja noch aus -, ist mit der Gewährung autonomer Gesetzgebungs- und Exekutivgewalt gemäß Art. 2 des Pariser Abkommens und mit den im Paket vorgesehenen Mitteln, um Streitigkeiten zwischen den Landes- und nationalen Interessen beizulegen, unvereinbar. Dann noch als letztes, was ich zitieren wollte: Nach der Streitbeilegungserklärung und der Ratifizierung des IGH-Vertrages ist es Österreich verwehrt, jeglichen zu dieser Zeit bestehenden Streit mit Italien über die Erfüllung des Paketes vor den Internationalen Gerichtshof oder an ein anderes internationales Forum zu bringen.

In diesem Regierungsprogramm ist keine Rede von der Koordinierungsbefugnis. Was geschieht, wenn der Verfassungsgerichtshof demnächst - die Verhandlung war ja am 8. Februar, also es ist bald einmal Zeit, daß das Urteil erscheint -, wenn er, wie vorauszusehen, die Koordinierungsbefugnis, die im Gesetz Nr. 400, das im September in Kraft getreten ist, enthalten ist, bekräftigt? Die Koordinierungsbefugnis der Regierung auf sogenannter Verwaltungsebene gegenüber den Spezialregionen und den autonomen Provinzen Bozen und Trient ist ausdrücklich auf

Antrag der Regierung - und der Antrag wurde Ende Juli gestellt -, also nachdem der Paketabschluß im Parlament erledigt war, hineingekommen. Die Region hat ja dieses Gesetz angefochten - ebenso wie die beiden Provinzen, glaube ich, auch die Provinz Trient, nehme ich an - mit der Begründung, daß diese Koordinierungsbefugnis einfach dem Autonomiestatut, einer Reihe von Artikeln des Autonomiestatutes zur Gänze widerspricht. Bei der Verhandlung vor dem Verfassungsgerichtshof hat der Staatsanwalt, der Avvocato Erariale, gesagt: Die Koordinierungsbefugnis ist "una materia sistemata". Da hat der Verfassungsgerichtshof mindestens in 30 Urteilen bereits entschieden und er kann gar nicht anders, als diese Koordinierungsbefugnis wieder - auch uns gegenüber - zu bekräftigen. Er kann gar nicht anders. Es wird so kommen. Er hat gemeint, nachdem in diesem Gesetz noch eine Annullierungsbefugnis für die Verwaltungsakte dazugekommen ist, die es gegenüber den Gemeinden, den Provinzen und auch gegenüber den Regionen immer gegeben hat, hat er gemeint, vielleicht diese Annullierungsbefugnis hat mit der Koordinierungsbefugnis nichts zu tun, die könnte irgendwie auch als nicht anwendbar erachtet werden. Aber die Koordinierungsbefugnis, hat er gemeint, das ist bereits entschieden. Was geschieht - sei es von seiten der Region, sei es von seiten der Provinzen, aber hier ist die Region gefragt -, wenn der Verfassungsgerichtshof diese Koordinierungsbefugnis, die sicher dem Autonomiestatut widerspricht und die sicher den Pariser Vertrag verletzt, bekräftigt?

Diesbezüglich komme ich zu einem Punkt des Programmes. Da heißt es im Punkt hinsichtlich der Ordnung der Sanitätskörperschaften, Punkt 2.8: Da verpflichtet sich der Regionalausschuß in seiner Gesetzgebung, über die primäre Gesetzgebung - da hat sich auch der Abg. Boato darauf berufen -, eine Reform der Reform zu machen, " die es den beiden Provinzen nach Überwindung der vorherrschenden institutionellen Übergangssituation ermöglicht, dem bereits programmierten Landesgesundheitsdienst einen neuen und im Einklang mit den durch die Regierung umrissenen Richtlinien zur Reform dieses Sektors stehenden organisatorischen Aufbau zu verleihen". Ja, wißt Ihr, daß da ein Gesetzesdekret vom 25. März 1989 herausgekommen und am 30. März verlautbart worden ist, da steht drinnen: Dringende Maßnahmen für die Reorganisierung des nationalen Sanitätsdienstes. Und dann werden Grundsätze angeführt, die mit Gesetz eingeführt werden müssen. Wie Ihr wißt, wenn es Reformgrundsätze sind, muß sie die primäre Gesetzgebung auch einhalten, wenn es

nur gewöhnliche Grundsätze sind, binden sie nur die sekundäre Gesetzgebung. Aber dann heißt es im Art. 2: Innerhalb 6 Monate nach Ratifizierung des Gesetzdekretes müssen folgende Sachgebiete in dieser Reform der Sanitätseinheiten von den Regionen oder von den Provinzen neu geregelt werden, und dann heißt es: "Con atto di indirizzo e coordinamento" - also in Ausübung der Koordinierungsbefugnis, nicht mit Gesetz, sondern mit einer Regierungsweisung, die innerhalb 30 Tage nach Inkrafttreten dieses Dekretes gegeben wird - werden die Kriterien für die Zusammensetzung des Verwaltungsrates, die Vertretung der Minderheiten, die Ernennung dieser Mitglieder, die Aufteilung der finanziellen Mittel zwischen den Sanitätseinheiten und einer Reihe Detailbestimmungen festgesetzt, an die sich die primäre Gesetzgebung der Region halten muß, nicht aufgrund eines grundlegendes Reformgesetzes der Republik, sondern aufgrund einer Weisung der Zentralregierung. So schaut die Koordinierungsbefugnis gegenüber der Region aus.

Und die Koordinierungsbefugnis ist nicht nur ein Schreckgespenst, das einmal kommen könnte. Seit 1982 hat das italienische Parlament Gesetze erlassen, wo es anstelle der Landesgesetze über den Volkswohnbau - wir haben das gesamte Gebiet eingehend geregelt - vorsieht, daß die Gemeinde Bozen gewisse Programme durchführen kann und dazu Mittel hergegeben werden. Bis jetzt sind 21 Milliarden an die Gemeinde Bozen gegangen und es folgen weitere, obwohl wir die ausschließliche Zuständigkeit haben und obwohl wir einen Artikel haben, daß die Mittel für Sozialmaßnahmen, also auch für den Volkswohnbau, nach einem gewissen Schlüssel verteilt werden müssen, nämlich kombinierter Proporz. Wir haben das alles selbstverständlich angefochten, diese Gesetze nacheinander angefochten, und der Verfassungsgerichtshof hat gesagt: Der Staat kann auch dort, wo primäre Gesetzgebung ist, wo die Landesgesetze alles geregelt haben, auch im Widerspruch zu diesen Landesgesetzen das wieder selber regeln, als ob es die Autonomie nicht gäbe, und selber Geld zuwenden, wem er will, und selber durch eigene Organe im nationalen Interesse verwalten. Also kommen wir zum Zustand zurück, wie er in den fünfziger Jahren bestanden hat. Da war das alte Autonomiestatut noch in Kraft. Die Provinzen hatten damals schon die primäre Gesetzgebung für den Volkswohnbau. Der Staat hat in der Provinz Bozen mit eigenen Gesetzen z.B. 4.500 Wohnungen gebaut, finanziert, programmiert usw. Die sind damals von uns zwar angefochten worden und vom Verfassungsgerichtshof belassen worden, nicht als verfassungswidrig erkannt worden. Damals war nicht die Rede

von Koordinierungsbefugnis, es war einfach die Rede vom nationalen Interesse. Also so wirkt sich die Koordinierungsbefugnis aus, und gemäß Koalitionsprogramm schaut es nun so aus, als ob diese Koordinierungsbefugnis, diese Detailrichtlinien, an die sich die primäre Gesetzgebung zu halten hat, als ob das alles selbstverständlich wäre.

Ich habe behauptet, nicht einmal das, was schon im Koalitionsprogramm vom 11. April 1984 enthalten war, wird übernommen. Da heißt es immer, diese arme Region hat ein solches Striptease gemacht, daß nicht mehr viel an Befugnissen übriggeblieben ist und sie braucht also Befugnisse. Und wenn sie sie nicht von den Provinzen zurückerhalten kann, dann vom Staat etwas dazu. Wir haben damals in das Koalitionsprogramm - da habe ich es auch sehr betrieben - hineingetan, die Region soll gemäß den Bestimmungen des Art. 6 des Autonomiestatutes und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen - Dekret des Präsidenten der Republik 6. Februar 1981, Nr. 58 - je ein autonomes Institut pro Provinz für Sozialversicherung, einschließlich Unfallversicherung, errichten. Zwar ging es in erster Linie um die Zusatzleistungen, die die Region mit ihrer terziären Gesetzgebung vorsehen kann, es ging darum, auf diese Institute diese Zusatzleistungen zu übertragen; es stand aber, diese Institute können auch mit den Aufgaben der nationalen Institute, also des INPS und INAIL, Sozialvorsorge und Unfallversicherungsinstitut betraut werden und das hätte selbstverständlich einen Sinn, denn dann würden diese von der Region eingesetzte Institute, örtliche Körperschaften, praktisch die Sozialversicherung und die Unfallversicherung gemäß Staatsgesetz verwalten, denn die Region hat ja nur diese ergänzende Gesetzgebung. Aber sie würden in dem Sinne autonom werden, daß hier auch das entschieden wird, was heute - und das ist sehr viel - in Rom von der Zentrale des jeweiligen Institutes entschieden werden muß, was zur Folge hätte, daß es eine größere Anpassungsmöglichkeit gäbe und vor allem schnellere Entscheidungen, denn wir erleben heute ja jahrelange Verzögerungen. Das war im Koalitionsprogramm drin. Selbstverständlich muß die Region, wenn sie davon Gebrauch macht, zuerst versichern, daß der Staat das, was in den Durchführungsbestimmungen vorgesehen ist, mit Dekret des Präsidenten der Republik tatsächlich vorsieht, nämlich diese Übertragung der Aufgaben der beiden Institute, Sozialversicherungsinstitut und Unfallversicherungsinstitut, an diese neue Institute. Aber die Region kann sich auf die Durchführungsbestimmung berufen, und das wäre sicher eine zusätzliche Aufgabe für die Region, wo man dann

sagen könnte, jetzt hat die Region - es war ja früher die Rede, man soll in sozialer Hinsicht von seiten der autonomen Körperschaften mehr tun - die Verantwortung für das gute Funktionieren der Sozialversicherung und der Unfallversicherung. Die Finanzierung müßte selbstverständlich weiter durch die Beiträge, die Sozialversicherungsbeiträge aller Art, die auch in der Region gezahlt werden, erfolgen und nur die Sonderleistungen der Region müßten aus dem Regionalhaushalt finanziert werden. Ich verstehe also jetzt nicht, warum diese Verpflichtung nicht übernommen worden ist, denn hier heißt es unter dem Buchstaben 2.10.1 nur: "Der Einsatz der Region geht dahin, die staatliche Regelung der Fürsorgeleistungen im Sinne des Buchstabens usw. zu ergänzen." Hier gibt man Autonomie, die man haben könnte, die man beanspruchen könnte, auf.

Vielleicht ein Intermezzo über den Papst Johannes Paul II, den polnischen Papst, der hier am Ende auf Seite 25 der einleitenden Rede des designierten Präsidenten des Regionalausschusses genannt wird und der von der Wahrung der Rechte der Minderheiten spricht. Man vergißt da zu erwähnen, was der Papst hinsichtlich der Nation und des Nationalbewußtseins erklärt hat und zwar in seinen Polen-Reisen und jüngst auch in der Enzyklika "Laborem exercens". Was hat er da gesagt? Da hat er 1981 in dieser Enzyklika gesagt - es ist nur ein Absatz: "Die Volksgemeinschaft, auch wenn sie noch nicht die ausgereifte Form einer Nation angenommen hat, ist nicht nur die große, wenn auch indirekte Erzieherin jedes Menschen, da jeder sich in der Familie die Gehalte und Werte zu Eigen macht, die in ihrer Gesamtheit die Kultur einer bestimmten Nation ausmachen, sondern auch eine große historische und soziale Inkarnation der Arbeit aller Generationen. All das bewirkt, daß der Mensch seine tiefste, menschliche Identität mit der Zugehörigkeit zu einer Nation verbindet." Der Papst hat in seinen polnischen Reisen, das war Ende der 70er Jahre, dann gesagt: "Vaterland hat für uns..." - die Polen waren ja 100 Jahre geteilt zwischen dem Kaiserreich Deutschland, dem Kaiserreich Rußland und dem Kaiserreich Österreich - "Vaterland hat für uns eine derartige begriffliche und zugleich affektive Bedeutung, die anderen Nationen Europas und der Welt anscheinend unbekannt ist, besonders jenen, die nicht so wie unsere Nation geschichtliche Einbußen, Unrecht und Bedrohung erfahren haben. Friede und Annäherung unter den Nationen, unter den Völkern, können nur auf dem Grundsatz der Achtung der objektiven Rechte der Nation aufgebaut werden, solche, wie das Recht auf Leben, auf Freiheit, auf sozialpolitische Handlungsfähigkeit, auf die

Schaffung einer eigenen Kultur und Zivilisation. Wenn es richtig ist, die Geschichte einer Nation aufgrund der Menschen in ihr zu begreifen, dann kann man den Menschen nur in den Gemeinschaften, die so eine Nation bilden, verstehen. Bekanntlich ist die Nation nicht die einzige Gemeinschaft. Sie ist allerdings eine besondere Gemeinschaft, wohl die am engsten mit der Familie verbundene, die wichtigste für die geistige Geschichte des Menschen." Also mit anderen Worten sagt er: Wenn sich die katholische Kirche nicht in der Zeit mit der polnischen Nation, selbstverständlich mit dem Nationalgefühl, mit dem Nationalbewußtsein identifiziert hätte, dann hätten die Polen die 100-jährige Teilung nicht überlebt.

Aus Seite 1 des Programmes steht - und da muß ich berichtigen -, daß die Region der Ort der Vertretung der auf regionalem Gebiete lebenden Sprachgruppen sei. Da muß ich nur darauf hinweisen, daß aufgrund von Verfassungsgerichtsurteilen, darunter das Urteil Nr. 86 vom 16. April 1975, Provinz Bozen Inhaberin des in der Verfassung verankerten Grundsatzes für Minderheitenschutz ist und daher alle Staatsgesetze anfechten kann, auch wenn sie nicht die Zuständigkeit der Provinz betreffen, die irgendwie dem Grundsatz des Minderheitenschutzes widersprechen. Also hier muß ich berichtigen, daß das nicht stimmt. Inhaberin in dem Sinn, daß sie den Grundsatz des Minderheitenschutzes gegenüber dem Staat - und ich möchte auch sagen, völkerrechtlich - zu verteidigen hat, ist die Provinz und nicht die Region.

Es ist dann die Rede von 1992, als ob mit 1993 gewissermaßen eine neue Ära anbrechen würde, nicht was das Funktionieren des gemeinsamen Marktes, des freien Güter- und Personenverkehrs betrifft, sondern was die Niederlassungsfreiheit betrifft. Es steht "die entscheidende Fälligkeit des Jahres 1993" auf Seite 2, Punkt 1.5. Da war in Bozen eine Tagung über die Freizügigkeit von Arbeitnehmern im Lichte des EG-Binnenmarktes von 1992, als ob dort ich weiß nicht was passierten sollte. Diese Tagung war unter dem Vorsitz eines Professors Dr. Peter Karpenstein, eines hohen Funktionärs der Brüsseler Kommission. Der hat gleich einleitend gesagt: Das magische Datum 31. Dezember 1992 bringt gemäß Art. 8 des EWG-Vertrages für das Freizügigkeitskapitel im Rechtssinne keine Automatik mit sich, weil Art. 48, um den es geht, ohnehin direkt anwendbar ist und schon in Kraft ist. Er hat gesagt, für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, die im wesentlichen schon seit 1968 verwirklicht ist, spielt dieses Datum eine untergeordnete Rolle. Die Amerikaner sagen zu der Frage, ob die EWG-Verfassung, die

EWG-Richtlinien usw., alles was dazugehört, ob der berühmte Proporz mit der EWG-Verfassung vereinbar sei, daß, solange Österreich nicht Mitglied der EG ist, der Pariser Vertrag ein Vertrag zwischen einem Mitglied und einem dritten Staat, der nicht Mitglied ist, ist und als solcher Rechtskraft hat, also nicht durch EG-Recht, durch irgendeinen EG-Akt, außer Kraft gesetzt werden kann. Und sollte Österreich Mitglied werden, so geht es hier um Minderheitenschutzbestimmungen, die auch nach dem Standpunkt des italienischen Verfassungsgerichtshofes stärker sind als das EG-Recht, so daß etwa dieser Proporz gerechtfertigt werden könnte.

Ich komme noch zu einem Hinweis im Programm: Auf Seite 6, Punkt 2.2.2. steht ein Passus, der die vierjährige Ansässigkeit betrifft. Da steht, so wie das ganze Programm gekennzeichnet ist, also durch sehr wage Stellungnahmen: "Das Problem der für die Ausübung des passiven Wahlrechtes bestehenden Vorschrift der vierjährigen Ansässigkeit in der Region wird vertieft." Ich verstehe wirklich diese Mehrheit nicht. Wir, d.h. die Mehrheit damals hat mit Art. 9 des Regionalgesetzes vom 8. August 1983 die vierjährige Seßhaftigkeit für die Wählbarkeit zum Regionalratsabgeordneten eingeführt. Sie ist in Kraft getreten und wir wissen, die Artikel 25 und 63 des Autonomiestatutes die Vorschrift der vierjährigen Ansässigkeit für das aktive Wahlrecht sowohl für die Regionalwahlen als auch für die Gemeindewahlen enthalten. Das entspricht der Maßnahme 50 des Paketes. Wir, die Südtiroler Volkspartei, haben damals darauf bestanden, daß nicht nur das aktive sondern auch das passive Wahlrecht an die vierjährige Seßhaftigkeit gebunden werde, weil es keinen Sinn hätte, die vierjährige Seßhaftigkeit nur zum Wählen und nicht auch um gewählt zu werden, vorzuschreiben, da es dabei um Personen geht, die im Regionalrat und im Landtag die Autonomie verwirklichen und verteidigen sollen. Nun wird erneut der Versuch gemacht, den Regionalrat zu erpressen. Wenn der Regionalrat diese vierjährige Seßhaftigkeit für das passive Wahlrecht nicht abschafft, dann bestehen die Gegner, die die Regionalwahlen angefochten haben, auf die Entscheidung durch den Verwaltungsgerichtshof, der dann die Verfassungswidrigkeit dieser Bestimmung aufwerfen sollte, dann geht es zum Verfassungsgerichtshof, und der könnte, wenn er es als verfassungswidrig erkennt, die letzten Wahlen annullieren. Wir wissen, der Regionalausschuß hat darüber vor einem Jahr ungefähr zwei Gutachten eingeholt, eines vom Prof. Giorgio Pastore, Mailand, Katholische Universität, und das andere vom Prof. Livio Paladin, Padua, der ja 9 Jahre

Verfassungsrichter war und seinerzeit auch Präsident des Verfassungsgerichtshofes, gerade in dieser letzten Zeit, wo die Urteile gefällt worden sind, mit denen die Koordinierungsbefugnis bekräftigt worden ist. Also er ist sicher nicht ein Partisan der Provinzautonomie oder der Autonomie der Spezialregionen im allgemeinen. Die beiden haben ihre Gutachten abgegeben und haben sich auf das Verfassungsgerichtsurteil Nr. 20 vom 30. Januar 1985 berufen, das Sizilien betrifft. Die Sizilianer haben gesagt, es muß für das passive Wahlrecht dieselbe Bedingung gelten wie für das aktive. Und dort im Urteil des Verfassungsgerichtshofes heißt es ausdrücklich, daß für die Regionalwahlen der vollkommene Parallelismus zwischen aktivem und passivem Wahlrecht für Regionen mit Spezialstatut logisch gerechtfertigt sei, und das Urteil sagt weiter, daß die Interessen einer regionalen Gemeinschaft, umso mehr wenn es um eine Spezialregion geht, auf der regionalen politischen Ebene durch Bürger vertreten werden, welche mit dieser Gemeinschaft persönlich durch die Eintragung in die Wählerlisten der Gemeinden der Region verbunden sind, und daß die Gleichheit der Erfordernisse für das passive und aktive Wahlrecht - gleich wie bei der nationalen parlamentarischen Vertretung - eine allen Spezialregionen gemeinsame Eigenheit ist. Ich verstehe deswegen nicht, warum man überhaupt in Betracht zieht, diese vierjährige Seßhaftigkeit abzuändern. Es wäre selbstverständlich ein Verzicht auf ein wesentliches Stück Autonomie, und bitte, wenn das der neue Geist ist, dann bin ich jedenfalls nicht dafür und widersetze mich. Zum Beispiel hat die EG-Kommission im Juli 1988 eine Richtlinie für den Ministerrat vorgeschlagen, wonach die EG-Bürger eines Landes in jedem anderen Land als Wähler bei Gemeindewahlen auftreten können und die Seßhaftigkeit verlangt werden kann - jetzt übertragen auf Italien - für das aktive Wahlrecht von 6 Jahren, also die Zeit, die im gesamten Lande notwendig ist, plus ein Jahr, und für das passive Wahlrecht die doppelte Zeit, 10 Jahre. Wir haben in den Vereinigten Staaten, wo es keine Spezialregionen gibt, wo keine Einzelstaaten sind, die ethnische Gruppen haben, die besonders geschützt werden, auch dort eine Verfassungsklausel, daß die einzelnen Staaten die Bedingungen für das Wahlrecht, für die Bundeswahlen, Staatswahlen, örtlichen Wahlen regeln können und daß sie bis zu 2 Jahren Seßhaftigkeit in der jeweiligen Gemeinde vorschlagen können. Also das ist bestimmt nicht etwas, was gegen die italienische Verfassung oder gegen allgemeine, demokratische Regeln in der ganzen Welt widerspricht.

Ich bin der Ansicht, daß, wenn die

völkerrechtliche Verankerung des Paketes - so wie die Amerikaner es in ihrem Gutachten auch sagen - nicht geklärt wird - und zwar beim Internationalen Gerichtshof, den Österreich anrufen soll -, dann eben die Gefahr besteht, daß das heutige Autonomiestatut als solches vom italienischen Parlament abgeschafft werden kann oder wesentlich wieder verschlechtert werden kann und daß, wenn es dann tatsächlich zu einer politischen Einigung Europas kommt, oder auch wenn, wie vorgesehen, der Binnenmarkt zur Gänze verwirklicht wird, diese Region jene Befugnisse verliert, die es ihr erlauben, auf europäischer Ebene noch eine gewisse Eigenständigkeit zu verteidigen. Was verstehe ich unter Eigenständigkeit? Zum Beispiel die Anpassung - durch die primäre Gesetzgebung - der europäischen Richtlinien an die Berglandwirtschaft, was bisher geschehen ist. Aber wenn diese Autonomie dann wieder nur mehr im Rahmen der Koordinierungsbefugnis ausgeübt werden kann, dann fällt das weg. Oder ich meine auch die Einvernehmen zwischen italienischem Staat und den Provinzen - in der Provinz Trient ist ja dieses Einvernehmen noch einmal im Raumordnungsplan verfestigt, im Raumordnungsplan werden Entscheidungen gefällt auch über Staatsstraßen und Staatsbahnen, und dann ist noch vorgesehen, daß der Landesausschuß von Trient die Merkmale der Straßen, auch der Staatsstraßen festsetzen kann, das habt ihr erreicht. Also was die Bergbauernwirtschaft, den Transitverkehr, den Proporz betrifft, die letzten Spielräume, die die Provinzen und auch die Region aufgrund des heutigen Autonomiestatutes noch haben, sind bedroht und zum Teil schon durch die Koordinierungsbefugnis ausgehöhlt, aber ich gehe davon aus, daß die Koordinierungsbefugnis eben wieder abgeschafft werden kann und muß. Wenn die Südtirol-Autonomie nicht völkerrechtlich verankert ist, wenn sie nicht als Bestandteil des Pariser Vertrages, als praktisch subsequent des Pariser Vertrages angesehen wird, würden diese letzten Spielräume im europäischen Rahmen nicht mehr anerkannt, und das interessiert selbstverständlich ganz besonders das Anliegen des Transitverkehrs, denn wenn da kein echtes Einvernehmen mehr zwischen Provinz und Staat gepflogen werden kann, sodaß die Provinz Nein sagt und der Staat eben etwas nicht tun darf, dann kann die Alemagna gebaut werden, dann kann die Ulm-Mailand gebaut werden, dann können alle Straßen, Staatsstraßen, die wir haben, in Schnellstraßen verwandelt werden, ohne Rücksicht, aus europäischen Erfordernissen, weil Europa das braucht. Wir wissen es ja. Rein von Europa aus gesehen würden MEBO, Vinschgau-Pustertal, echte beispielhafte Schnellstraßen werden, abgesehen von der Alemagna, abgesehen von der Ulm-Mailand,

wenn nicht dieses Einvernehmen zwischen Staat und Provinz auch auf europäischer Ebene eingehalten würde. Es muß die Koordinierungsbefugnis fallen und das neue Autonomiestatut muß als Bestandteil, als Folge des Pariser Vertrages angesehen werden, sonst verlieren wir diese Freiheitsrechte, diese Spielräume der Autonomie. Deswegen bin ich der Ansicht, daß auch die Region daran interessiert sein muß, diese völkerrechtliche Verankerung der Paketautonomie - die Provinz Trient ist ja auch Nutznießerin dieser Paketautonomie - zu verlangen.

Aber nachdem all diese Anliegen hier im Koalitionsprogramm eben nicht berücksichtigt sind, als ob wir den "day after", den Tag danach hätten - es ist alles schon erreicht worden, wir sind am Zielpunkt angelangt, es ist alles bestens in Erfüllung gegangen -, was eben nicht stimmt, kann ich es nicht verantworten, für diesen Regionalausschuß anhand dieses Programmes zu stimmen.

(Premetto che quanto andrò a dire ora non lo dirò a nome della Südtiroler Volkspartei, e premetto inoltre che a causa del contenuto del programma di coalizione io non darò il mio voto a questa Giunta. Il programma di coalizione e le dichiarazioni che l'hanno preceduto presentano la situazione come se noi fossimo già arrivati al "day after": a Bolzano eravamo ancora al "day before" e qui siamo già arrivati al "day after", dopo la chiusura del Pacchetto, come se fossimo già arrivati al termine, come se il Pacchetto fosse già concluso, come se la questione sudtirolese fosse risolta una volta per tutte! Ma questo programma di coalizione - lo dico ora in sintesi e tornerò poi sui singoli particolari - non coincide nemmeno con la risoluzione approvata dall'ultima assemblea provinciale della Südtiroler Volkspartei del 10 dicembre 1988, sulla quale io avevo espresso voto contrario, e sacrifica una serie di rivendicazioni autonomistiche - confermate nelle vigenti norme di attuazione - ancora contenute nell'accordo di coalizione del 1984. Ma ritornerò poi sui dettagli. Che cosa significa "day after"? Significa che il Pacchetto sarebbe praticamente chiuso, che esso costituirebbe la migliore garanzia per la cosiddetta "convivenza"... ignorando del tutto che se davvero si dovesse arrivare ad una chiusura in questi termini, nei termini previsti dalla risoluzione approvata dalla Camera dei Deputati il 28 aprile e dal Senato della Repubblica l'11 maggio 1988, con l'assenso dell'Austria, ciò significherebbe rinunciare alla tutela internazionale del Pacchetto. Questo vuol dire che un domani la posizione dello Stato italiano - secondo il quale il Pacchetto, lo Statuto di autonomia del 1972 è una

concessione interna dello Stato italiano, che in teoria potrebbe anche essere abolito senza che l'Italia possa essere accusata di aver violato l'Accordo di Parigi - ebbene questa posizione potrebbe un domani apparire più credibile anche davanti alla Corte internazionale dell'Aja, e non solo o non tanto per quanto sostiene l'Italia ma anche in virtù dello stato di cose venuto effettivamente a crearsi. Perché il primo Statuto di autonomia è la realizzazione dell'Accordo di Parigi, così sostiene l'Italia, e l'Italia si richiama alla lettera inviata a suo tempo dagli esponenti della Südtiroler Volkspartei Ammon, Guggenberg, Raffener al Presidente della sottocommissione dell'Assemblea costituente Perassi in cui si afferma che quello Statuto di autonomia, il primo Statuto di autonomia, rappresentava la soddisfacente realizzazione dell'Accordo di Parigi - e un mese dopo, il 24 febbraio 1948, l'assemblea provinciale del partito confermava quella lettera a grande maggioranza. L'Italia dunque si richiama ad essa e dice: dal punto di vista del diritto internazionale, in base all'Accordo di Parigi, io ho adempiuto ai miei obblighi con il primo Statuto, il nuovo Statuto potrebbe in teoria anche essere abolito o modificato in toto. Vi ricordate che c'è una risoluzione del Parlamento italiano del 19 febbraio 1987 che impegna il Governo, dopo che l'Austria avrà rilasciato la quietanza liberatoria, a rivedere l'attuale Statuto di autonomia e sicuramente, ovviamente, si tratterà di una revisione "in peius" e non "in melius", dal nostro punto di vista. Nelle risoluzioni adottate dal Parlamento italiano in data 28 aprile e 11 maggio 1988, approvate col voto favorevole anche dei parlamentari della Südtiroler Volkspartei, si legge: "In base alle dichiarazioni del Governo il Pacchetto, una volta emanate le norme di attuazione ancora mancanti, può considerarsi compiuto ed il Governo italiano è impegnato a richiedere il rilascio della quietanza liberatoria": e questo senza che i parlamentari della Südtiroler Volkspartei abbiano fatto notare che l'Austria, ma anche la Südtiroler Volkspartei nelle sue risoluzioni dal 1969 ad oggi, insistono sul fatto che il Pacchetto fa parte integrante dell'Accordo di Parigi.

Io dico che esso è parte integrante dell'Accordo di Parigi. Forse la Presidenza del Consiglio regionale può disporre la traduzione dall'inglese in tedesco e italiano delle 112 pagine di questo parere elaborato dall'Istituto di diritto internazionale di Washington sulla questione dell'attuazione dell'Accordo di Parigi tra Italia e Austria e il problema del Pacchetto. Il parere non è stato acquisito su incarico della Provincia di Bolzano ma

privatamente, con fondi privati. Ne leggerò poi alcuni passi. Questo istituto non è l'Istituto di diritto internazionale dell'Università di Innsbruck, è un'istituto che opera come organo di consulenza per le Nazioni Unite e per il governo americano e dovrebbe quindi avere un certo peso di fronte alla Corte Internazionale dell'Aja. Ne leggerò solo alcuni passaggi, tradotti in tedesco ovviamente, ma credo che a tutti dovrebbe interessare, come ripeto, leggerlo per intero, non è così complicato. Naturalmente il parere si rifà innanzitutto alla risoluzione approvata dall'Assemblea generale delle Nazioni Unite nell'ottobre 1969 e poi ancora nel novembre 1961 concernente la controversia tra Italia e Austria circa l'attuazione dell'Accordo di Parigi, in cui si dice: questi due stati sono in conflitto tra loro e devono tentare di mettersi d'accordo, e se non riusciranno a mettersi d'accordo dovranno ricorrere alla Corte Internazionale dell'Aja. L'Italia aveva votato a favore di questa risoluzione. La risoluzione dell'Assemblea generale dell'ONU, affermano gli americani, costituisce la più significativa affermazione della comunità internazionale nei confronti dello status giuridico e politico dell'Accordo di Parigi e dell'autonomia sudtirolese. Ciò che probabilmente più interessa dal punto di vista del contenuto è questo: con la quietanza liberatoria, con la disponibilità cioè a dichiarare composta la vertenza con l'Italia non appena il Pacchetto sarà interamente attuato, l'Austria ha fatto un'affermazione importantissima alla quale l'Italia può richiamarsi, e cioè che il Pacchetto è di per se stesso sufficiente ad adempiere gli obblighi derivanti allo Stato italiano dall'Accordo di Parigi. L'Austria quindi non potrebbe più rinegoziare ex novo determinate clausole dell'Accordo di Parigi, o perlomeno non potrebbe più farlo dopo aver confermato che il Pacchetto è chiuso. E qui s'impone la domanda cruciale: il Pacchetto è parte integrante dell'Accordo di Parigi? L'Italia, come sapete, insiste nel dire che il Pacchetto non ha nulla a che vedere con l'Accordo di Parigi, che si tratta solo ed esclusivamente di una concessione interna dello Stato italiano. Gli americani sostengono che il Pacchetto accettato da Italia ed Austria nel 1969 non costituisce in sé e per sé un'intesa vincolante dal punto di vista del diritto internazionale - primo punto. L'Italia è tuttavia giuridicamente impegnata ad attuare in buona fede il Pacchetto. Essa ha tacitamente accettato il principio che l'autonomia ai sensi dell'Accordo di Parigi può essere garantita solo da un "arrangement" che conceda agli abitanti di lingua tedesca della provincia di Bolzano

un effettivo controllo di maggioranza sull'esercizio del potere legislativo ed esecutivo autonomo. Non c'è dubbio che le strutture previste dallo Statuto del 1948 violassero lo spirito, quando non la lettera, dell'autonomia sancita nell'Accordo di Parigi. Il Pacchetto tuttavia, e gli strumenti con i quali esso viene realizzato - cioè lo Statuto di autonomia - costituiscono una prassi successiva, com'è prevista dal diritto degli accordi internazionali, significativa per l'interpretazione dell'Accordo stesso. Ciò non significa tuttavia che ogni singolo dettaglio contenuto nel Pacchetto possieda rilevanza internazionale o che il Pacchetto dia origine, separatamente dall'Accordo di Parigi, ad obblighi internazionali immediatamente vincolanti. E' improbabile che la Corte internazionale dell'Aja consideri tutte le norme del Pacchetto come obblighi immediatamente vincolanti o esigibili giudizialmente, né il diritto internazionale vieterebbe modifiche allo Statuto di autonomia o ad altre leggi o decreti di attuazione del Pacchetto entro i limiti e le garanzie previste dall'Accordo di Parigi. Il parere elenca poi 19 misure - 19 su 137 - prive di immediato riscontro nell'Accordo di Parigi, che la Corte internazionale dell'Aja potrebbe forse non riconoscere come derivanti dall'Accordo stesso. Ma si tratterebbe di 19 misure su 137.

Gli americani affermano poi - e questo si riferisce al potere di indirizzo e coordinamento, sul quale ritornerò più avanti - che il tipo di interesse nazionale, il tipo di "esigenze unitarie" richiamate dalla Corte costituzionale italiana a giustificazione delle leggi statali emanate nell'esercizio della cosiddetta "facoltà di indirizzo e coordinamento" - leggi la cui legittimità costituzionale è stata confermata dalla stessa Corte in ben trenta sentenze successive - che questo tipo di interesse nazionale o di esigenze unitarie, dicevo, contiene in se stesso un concetto unitario di Stato che contrasta con la premessa fondamentale dell'autonomia. Ciò significa che vi sono alcuni settori di competenza autonoma esterni all'ambito statale. E poi proseguono - ed è molto importante - sempre in tema di potere di indirizzo e coordinamento: Sta alla responsabilità del governo italiano garantire che i suoi impegni internazionali nei confronti del Sudtirolo non risultino violati dall'esercizio della facoltà di indirizzo e coordinamento, facoltà che non era prevista quando fu concordato il Pacchetto nel 1969. Secondo gli americani quindi la facoltà di indirizzo e coordinamento è sicuramente contraria all'Accordo di Parigi. Essa, così come attualmente definita dalla Corte costituzionale - in trenta successive sentenze, l'ultima è

ancora in sospeso - risulta incompatibile con la concessione di un potere legislativo ed esecutivo autonomo ai sensi dell'art. 2 dell'Accordo di Parigi e con gli strumenti previsti dal Pacchetto per risolvere i contrasti tra gli interessi provinciali e nazionali. Ancora un'ultima cosa citazione: dopo il rilascio della quietanza liberatoria e la ratifica dell'accordo per il ricorso alla Corte internazionale dell'Aja l'Austria non potrà più portare davanti alla Corte internazionale né ad altro tribunale internazionale qualsiasi vertenza attualmente in atto con l'Italia circa l'attuazione del Pacchetto.

Nel programma di governo di questa Giunta non si fa menzione della facoltà di indirizzo e coordinamento. Che cosa accadrà quando la Corte costituzionale tra breve - l'udienza ha avuto luogo l'8 febbraio, è dunque quasi ora che sia pubblicata la sentenza - confermerà, com'è prevedibile, la facoltà di indirizzo e coordinamento prevista nella legge n. 400 entrata in vigore lo scorso settembre? La facoltà di indirizzo e coordinamento del Governo nei confronti delle regioni a statuto speciale e delle province autonome di Trento e di Bolzano è stata inserita nella legge dietro espressa richiesta avanzata dal Governo alla fine di luglio, dunque successivamente al dibattito parlamentare sulla chiusura del Pacchetto. La Regione com'è noto ha impugnato questa legge, e così pure le due Province - anche la Provincia di Trento, presumo - sostenendo che tale facoltà contrasta in pieno con lo Statuto di autonomia, con una serie di articoli contenuti nello Statuto di autonomia, ma la facoltà di indirizzo e coordinamento, ha affermato nel corso dell'udienza il pubblico ministero, l'avvocato erariale, è "una materia sistemata". La Corte costituzionale ha già emesso almeno trenta sentenze sulla questione e non può far altro che confermare nuovamente, anche nei nostri confronti, la legittimità costituzionale di questa facoltà. Non può fare altro. Sarà sicuramente così. La Corte ha pensato peraltro che dal momento che in questa legge si parla anche di una facoltà di annullamento degli atti amministrativi, facoltà che esiste da sempre nei confronti dei comuni, delle province e anche delle regioni, la Corte, dicevo, ha pensato che forse quest'ultima facoltà non ha nulla a che vedere che la facoltà di indirizzo e coordinamento e può forse essere considerata inapplicabile. Ma per quanto riguarda il potere di indirizzo e coordinamento, dice la Corte, le cose sono già decise. Che cosa accadrà ora - sia da parte della Regione che da parte delle Province, ma qui mi rivolgo alla Regione - se la Corte costituzionale confermerà nuovamente la legittimità costituzionale del

potere di indirizzo e coordinamento, che sicuramente contrasta con lo Statuto e sicuramente viola l'Accordo di Parigi?

E qui passo ad un punto ben preciso del programma di coalizione, il punto 2.8 che si riferisce all'ordinamento degli enti sanitari, in cui la Giunta regionale si impegna ad introdurre tramite la propria competenza legislativa primaria - anche il cons. Boato vi ha fatto riferimento - una riforma della riforma "che consenta, superando l'attuale situazione di transitorietà istituzionale, alle due Province di realizzare il nuovo assetto organizzativo del servizio sanitario provinciale già programmato, in armonia con le nuove linee di riforma del settore delineate dal Governo". Ebbene, sapete che il 25 marzo 1989 è uscito un decreto legge, reso noto il 30 marzo, contenente "Provvedimenti urgenti per la riorganizzazione del servizio sanitario nazionale" in cui è elencata una serie di principi da introdurre per via di legge? Come ben sapete, se si tratta di principi di riforma la facoltà legislativa primaria deve tenerne conto, mentre se si tratta di principi ordinari essi vincolano solamente la legislazione secondaria. Ma poi all'art. 2 si legge: "Entro sei mesi dalla ratifica del decreto legge le Regioni o le Province dovranno procedere al riordinamento dei seguenti settori..." E poi prosegue espressamente "Con atto di indirizzo e coordinamento" - non dunque con una legge ma con una direttiva del Governo da emettersi entro trenta giorni dall'entrata in vigore del presente decreto - verranno fissati i criteri per la composizione del consiglio di amministrazione, la rappresentanza delle minoranze, la nomina dei componenti, la ripartizione delle risorse finanziarie tra le unità sanitarie locali e tutta una serie di norme dettagliate alle quali la legislazione regionale dovrà attenersi non in base ad una legge statale di riforma sostanziale ma dietro semplice direttiva del Governo. In questo consiste la facoltà di indirizzo e coordinamento nei confronti della Regione.

E la facoltà di indirizzo e coordinamento non è un semplice spauracchio che passa una volta e basta: è dal 1982 che il Parlamento italiano legifera nel settore dell'edilizia agevolata sostituendosi alle leggi provinciali in materia - leggi con le quali la Provincia aveva già dato un'approfondita disciplina al settore - prevedendo per il Comune di Bolzano la possibilità di attuare determinati programmi e stanziando i relativi fondi. Finora il Comune di Bolzano ha ricevuto ben 21 miliardi e ne seguiranno altri sebbene la Provincia abbia competenza esclusiva in materia e sebbene esista un

articolo che dice che i fondi per gli interventi di carattere sociale, quindi anche per l'edilizia agevolata, vanno distribuiti secondo una certa chiave che è quella della proporzionale combinata. Naturalmente noi abbiamo impugnato queste leggi una dopo l'altra, ma la Corte costituzionale ha affermato che anche in presenza di una legislazione autonoma primaria, anche laddove tutto è già stato disciplinato con legge provinciale, lo Stato può ridisciplinare tutto quanto ex novo, anche in contrasto con le leggi provinciali, come se l'autonomia non esistesse neppure, ed assegnare fondi a chi vuole nonché amministrarli tramite propri organi nell'interesse nazionale. Torniamo dunque alla situazione che avevamo negli anni '50, quando ancora vigeva il vecchio Statuto. Già allora le Province avevano competenza primaria per l'edilizia agevolata, ciononostante lo Stato ha programmato, finanziato, costruito in provincia di Bolzano con proprie leggi ben 4.500 abitazioni. Noi abbiamo a suo tempo impugnato quelle leggi ma la Corte costituzionale le ha confermate, non le ha considerate incostituzionali. Allora non si parlava ancora di facoltà di indirizzo e coordinamento, si parlava semplicemente di interesse nazionale. Ebbene, questi sono i risvolti effettivi della facoltà di indirizzo e coordinamento, ma dal programma di coalizione sembra che questa facoltà, queste direttive dettagliate che lo Stato ha il potere di emanare e alle quali la legislazione regionale primaria ha l'obbligo di attenersi, siano una cosa ovvia e naturale.

Dicevo prima che questo programma non recepisce neppure i contenuti del programma di coalizione del 11 aprile 1984. La Regione, si diceva in quel programma, ha fatto un tale strip-tease che non le sono rimaste addosso molte competenze e deve ricercarne altre. E se non riesce ad averle indietro dalle due Province dovrà provare, si diceva, ad ottenerne qualcuna in più dallo Stato. Inserimmo perciò nel programma di coalizione - personalmente avevo spinto molto in questo senso - l'impegno della Regione ad istituire in ciascuna provincia, ai sensi dell'art. 6 dello Statuto di autonomia e delle relative norme di attuazione, DPR 6 febbraio 1981, n. 58, un istituto autonomo di previdenza sociale, compresa l'assistenza contro gli infortuni sul lavoro. Si trattava peraltro in primo luogo di trasferire a questi istituti le prestazioni integrative previste in virtù della competenza legislativa terziaria della Regione; ma si diceva anche espressamente che a tali istituti potevano essere affidate pure le funzioni degli istituti nazionali INPS e INAIL, e la cosa avrebbe un senso perché questi istituti regionali, questi enti pubblici

istituiti dalla Regione in sostanza amministrerebbero il settore delle assicurazioni sociali e contro gli infortuni sul lavoro secondo le leggi statali - dal momento che la Regione possiede solo competenza integrativa in materia - ma risulterebbero ugualmente autonomi nel senso che si potrebbe decidere a livello locale quanto oggi viene deciso - ed è moltissimo - nelle centrali romane dei due istituti, con la conseguenza di una maggiore adattabilità e soprattutto una maggiore celerità decisionale rispetto agli annosi ritardi che oggi caratterizzano il servizio. Questo punto era contenuto nel programma di coalizione. Ovviamente la Regione, se vuole effettivamente porre in atto questa sua facoltà, dovrà prima accertarsi che lo Stato garantisca con DPR quanto previsto dalle norme di attuazione, trasferendo a questi nuovi istituti le funzioni che attualmente sono esercitate dall'INPS e dall'INAIL. Ma la Regione può richiamarsi alle norme di attuazione, e sicuramente sarebbe un nuovo campo d'azione per la Regione, un ambito in cui poter dire - visto che prima qualcuno diceva che gli enti autonomi dovrebbero fare di più in campo sociale: ebbene, ora la Regione è responsabile del buon funzionamento del settore previdenziale e assicurativo! Il finanziamento, naturalmente, dovrebbe provenire anche in futuro dai contributi sociali di tutti i tipi versati anche nella nostra regione, e solo le prestazioni speciali garantite dalla Regione dovrebbero essere coperte con risorse proprie del bilancio regionale. Non capisco perciò il motivo per cui il nuovo programma di coalizione non ha recepito questo impegno, qui di legge soltanto, al punto 2.10.1: "L'impegno della Regione sarà indirizzato ad integrare il regime statale delle prestazioni previdenziali ecc. ecc.". Ma questa è una rinuncia bella e buona ad un'autonomia che potremmo avere, che potremmo rivendicare!

Ed ora un accenno a papa Giovanni Paolo II, il papa polacco, che il Presidente designato della Giunta regionale nomina qui a pag. 25 delle sue dichiarazioni citandone alcune affermazioni sul rispetto dei diritti delle minoranze. Qui si dimentica di citare quanto dichiarato dal Papa a proposito di nazione e di coscienza nazionale nei suoi viaggi in Polonia e più recentemente anche nell'enciclica "Laborem exercens". Che cosa ha detto il Papa in tali occasioni? Egli ad esempio ha affermato nel 1981 nella sua enciclica - ne leggo solo un paragrafo: "Tale società - anche quando non ha ancora assunto la forma matura di una nazione - è non soltanto la grande "educatrice" di ogni uomo, benché indiretta (perché ognuno assume nella famiglia i contenuti e valori che compongono,

nel suo insieme, la cultura di una data nazione) ma è anche una grande incarnazione storica e sociale del lavoro di tutte le generazioni. Tutto questo fa sì che l'uomo unisca la sua più profonda identità umana con l'appartenenza alla nazione." Precedentemente, in uno dei suoi viaggi in Polonia alla fine degli anni '70, egli aveva dichiarato: "La patria ha per noi..." - i polacchi sono stati per cento anni divisi tra Germania, Russia e Austria - "La patria ha per noi un significato concettuale e nel medesimo tempo affettivo che le altre nazioni d'Europa e del mondo sembrano non conoscere, in particolare quelle tra loro che, a differenza della nostra nazione, non hanno subito nel corso dei secoli perdite, ingiustizie, minacce. La pace e l'avvicinamento tra le nazioni, tra i popoli, possono essere costruite solo sul principio del rispetto dei diritti obiettivi della nazione, come il diritto alla vita, alla libertà, all'agire socio-politico, alla creazione di una propria cultura e civiltà. Se è giusto comprendere la storia di una nazione in base agli uomini che in essa vivono, allora è possibile capire l'uomo solo all'interno delle comunità che tale nazione formano. Sappiamo che la nazione non è l'unica comunità. Tuttavia essa è una comunità particolare, senz'altro quella legata più strettamente alla famiglia, la più importante per la storia spirituale dell'uomo." In altre parole dunque il Papa dice: se la Chiesa cattolica non si fosse identificata nel tempo con la nazione polacca, con il sentimento nazionale, i polacchi non sarebbero sopravvissuti a cento anni di divisione.

A pagina 1 del programma sta scritto che la Regione è la sede di rappresentanza dei gruppi linguistici presenti nel territorio regionale. Qui devo rettificare e far presente che in base ad una serie di sentenze della Corte costituzionale tra le quali la n. 86 del 16 aprile 1975 la Provincia di Bolzano è la titolare del principio costituzionalmente sancito della tutela delle minoranze e può pertanto impugnare tutte le leggi statali, anche se non riguardano la competenza specifica della Provincia, che in qualche modo contrastino con il principio della tutela delle minoranze. Devo quindi rettificare quanto è scritto in queste dichiarazioni, non è esatto. Titolare nel senso che ad essa spetta il dovere di difendere il principio della tutela delle minoranze nei confronti dello Stato - e direi anche a livello internazionale - è la Provincia e non la Regione.

Si parla poi del 1992, come se col 1993 iniziasse in un certo qual senso una nuova era, non tanto per ciò che riguarda il funzionamento del mercato comune, della libera

circolazione dei beni e delle persone, bensì per quanto riguarda la libertà di domicilio. A pag. 2, punto 1.5 si parla della "scadenza determinante del 1993". Tempo fa si è svolto a Bolzano un convegno sulla libera circolazione del lavoro alla luce del mercato interno europeo del 1992, come se nel 1992 dovesse accadere chissà cosa. Il convegno era presieduto da un certo prof. Peter Karpenstein, un alto funzionario della Commissione CEE di Bruxelles, il quale ha affermato in apertura del suo intervento: La magica data del 31 dicembre 1992 non comporta, ai sensi dell'art. 8 dell'Accordo CEE sulla libera circolazione, nessun tipo di automatismo in senso giuridico perché l'art. 48, del quale si tratta, è già in vigore e direttamente applicabile. Per la libera circolazione dei lavoratori, ha affermato il prof. Karpenstein, che in sostanza è realizzata già dal 1968, questa data riveste un ruolo secondario. A questo proposito, sulla questione cioè se la proporzionale risulti o non risulti compatibile con la costituzione CEE, le direttive CEE ecc. gli americani sostengono che fintantoché l'Austria non è membro della CEE l'Accordo di Parigi resta un accordo stipulato tra uno Stato membro e uno Stato terzo e come tale non può essere abrogato dal diritto comunitario, da un qualsiasi atto comunitario. E se l'Austria dovesse entrare nella CEE si tratterebbe pur sempre di norme di tutela delle minoranze le quali, anche a detta della stessa Corte costituzionale italiana, sono più forti del diritto comunitario, perciò la proporzionale conserverebbe la sua giustificazione.

Passo ad un altro punto del programma: a pag. 6, punto 2.2.2 si parla della residenza quadriennale. Anche qui una presa di posizione molto vaga, come vago è l'intero programma: "Sarà approfondito il problema del requisito della residenza quadriennale nel territorio regionale ai fini dell'esercizio dell'elettorato passivo." Davvero non capisco più questa maggioranza. Noi, ossia la maggioranza, abbiamo introdotto a suo tempo con l'art. 9 della legge regionale 8 agosto 1983 il requisito della residenza quadriennale per l'elezione a Consigliere regionale. La legge è entrata in vigore, e sappiamo che gli articoli 25 e 63 dello Statuto contengono la clausola della residenza quadriennale per l'elettorato attivo tanto nelle elezioni regionali quanto in quelle comunali, conformemente alla misura 50 del Pacchetto. La Südtiroler Volkspartei aveva insistito per vincolare alla residenza quadriennale non solo l'elettorato attivo ma anche quello passivo, perché non avrebbe alcun senso stabilire l'obbligo della residenza quadriennale solo per poter votare e non anche per poter essere votati, visto che si tratta di eleggere delle

persone che in Consiglio regionale e provinciale dovranno concretizzare e difendere l'autonomia. Ebbene, ora si sta ripetendo il tentativo di ricattare il Consiglio: se il Consiglio non abolirà il requisito della residenza quadriennale per l'elettorato passivo gli avversari politici che hanno impugnato queste elezioni regionali insisteranno perché il TAR si pronunci in merito e sollevi la questione dell'incostituzionalità della norma; in tal caso l'esame passerebbe alla Corte costituzionale che potrebbe, se dovesse giudicare incostituzionale la norma, annullare le ultime elezioni. Circa un anno fa la Giunta regionale ha provveduto ad acquisire due pareri legali in proposito, uno elaborato dal prof. Giorgio Pastore dell'Università Cattolica di Milano, l'altro dal prof. Livio Paladin di Padova, che per nove anni fu membro della Corte costituzionale e per alcuni anni ne fu anche Presidente, proprio nel periodo in cui la Corte emise quella serie di sentenze che hanno ripetutamente confermato la costituzionalità del potere di indirizzo e coordinamento; in questo senso, quindi, non lo si può certo considerare un paladino dell'autonomia provinciale o di quella delle regioni a statuto speciale. Nei loro pareri i due studiosi si sono richiamati alla sentenza della Corte costituzionale n. 20 del 30 gennaio 1985 concernente la Regione Sicilia. I siciliani rivendicavano per l'elettorato passivo il medesimo requisito previsto per l'elettorato attivo. E la Corte costituzionale afferma esplicitamente nella sua sentenza che il perfetto parallelismo tra elettorato attivo ed elettorato passivo nelle elezioni regionali delle Regioni a statuto speciale ha una sua spiegazione logica. Gli interessi di una comunità regionale, prosegue la sentenza, tanto più se si tratta di Regione a statuto speciale, vengono rappresentati a livello politico regionale da cittadini che hanno con la comunità stessa il collegamento personale costituito dall'iscrizione nelle liste elettorali dei comuni di quella regione, e l'identità dei requisiti tra elettorato passivo ed elettorato attivo, sul modello della rappresentanza parlamentare nazionale, è caratteristica comune di tutte le Regioni a statuto speciale. Non capisco perciò come mai si prenda in considerazione l'ipotesi di modificare la clausola della residenza quadriennale: sarebbe una rinuncia ad una parte sostanziale dell'autonomia, e per carità, se è questo "il nuovo spirito" io non ci sto e mi oppongo. La Commissione CEE ha proposto al Consiglio dei Ministri nel luglio 1988 una direttiva in base alla quale i cittadini di uno Stato membro possono partecipare alle elezioni comunali in qualsiasi altro Stato membro ma è possibile imporre

determinati vincoli di residenza - trasportando il caso all'Italia si tratterebbe di sei anni per l'elettorato attivo, vale a dire il periodo previsto per gli elettori interni più un ulteriore anno, e per l'elettorato passivo il doppio, ossia dieci anni. Anche negli Stati Uniti, dove non ci sono regioni a statuto speciale, dove non ci sono stati singoli che abbiano gruppi etnici sottoposti a particolare tutela, anche lì esiste una clausola costituzionale che dà la possibilità ai singoli Stati di stabilire le condizioni per l'esercizio del diritto di voto nelle elezioni federali, dello stato e locali prevedendo fino a un massimo di due anni di residenza nel rispettivo comune. Non si può certo dire quindi che la norma contrasta con la Costituzione italiana o con le regole democratiche generali valide in tutto il mondo.

Ritengo che se non verrà chiarita la questione della tutela internazionale del Pacchetto - come affermano anche gli americani nel loro parere - e cioè presso la Corte internazionale dell'Aja alla quale l'Austria dovrà rivolgersi, vi è il rischio concreto che il Parlamento italiano possa abolire o peggiorare in maniera sostanziale l'odierno Statuto di autonomia; e se davvero si dovesse arrivare all'unificazione politica dell'Europa o anche, come si prevede, realizzare compiutamente il mercato interno europeo, questa Regione correrebbe il rischio di perdere quelle facoltà che le consentono a livello europeo di difendere una certa sua autonomia. Che cosa intendo qui con la parola "autonomia"? Intendo ad esempio l'adeguamento - tramite la competenza legislativa primaria - delle direttive comunitarie all'agricoltura di montagna, come è stato fatto finora. Ma se un domani l'autonomia potrà essere esercitata solo ed esclusivamente entro i limiti imposti dalla facoltà di indirizzo e coordinamento, ciò non sarà più possibile. Oppure pensiamo all'intesa tra Stato italiano e Province, intesa che per quanto riguarda la Provincia di Trento è ribadita anche nel piano urbanistico provinciale: esso contiene infatti anche una serie di decisioni relative a strade e ferrovie statali, e prevede che la Giunta provinciale possa stabilire le caratteristiche di queste strade, anche se statali. Questo i colleghi della provincia di Trento l'hanno ottenuto. L'agricoltura montana, il traffico di transito, la proporzionale, gli ultimi spazi di cui oggi dispongono le Province e la Regione in base all'attuale Statuto, sono dunque minacciati e in parte già svuotati dal potere di indirizzo e coordinamento dello Stato. Io ritengo però che la facoltà di indirizzo e coordinamento possa e debba essere abrogata. Se però l'autonomia sudtirolese non è

garantita a livello internazionale, se essa non è considerata parte integrante dell'Accordo di Parigi, immediatamente susseguente all'Accordo di Parigi, andranno perduti anche questi ultimi spazi di cui godiamo a livello europeo. Ciò interessa in modo particolare i problemi legati al traffico di transito, perché se a tale riguardo non è più possibile stabilire una vera intesa tra Stato e Provincia in modo che lo Stato sia tenuto a rispettare eventuali "no" della Provincia, allora si potrà costruire l'Alemagna, allora tutte le strade statali che abbiamo sul nostro territorio potranno essere trasformate in superstrade, senza riguardo, semplicemente "per esigenze europee", perché l'Europa ne ha bisogno. Lo sappiamo, se l'intesa tra Stato e Provincia non fosse vincolante anche a livello comunitario, da un punto di vista puramente europeo la MEBO, la Venosta-Pusteria farebbero presto a diventare vere superstrade-modello, per non parlare dell'Alemagna, per non parlare della Milano-Ulm. E' necessario dunque che venga meno la facoltà di indirizzo e coordinamento e che il nuovo Statuto di autonomia venga considerato parte integrante e conseguente dell'Accordo di Parigi, altrimenti perderemo questi diritti, questi spazi autonomistici. Perciò anche la Regione, a mio avviso, dovrebbe essere interessata a rivendicare la tutela internazionale del Pacchetto, e così pure la Provincia di Trento, dal momento che anch'essa ne beneficia.

Ma dal momento che il programma di coalizione non tiene conto di tutte queste esigenze, come se fossimo arrivati già al "day after", al "giorno dopo" - tutto già raggiunto, tutto risolto per il meglio - mentre invece non è vero, non me la sento di dare il mio voto favorevole a questa Giunta e a questo programma.)

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Robol. Prima di concederle la parola, vorrei chiedere se pensa di poter esaurire il suo intervento senza toglierle nessun spazio entro le ore 13.00, altrimenti sarebbe intenzione del Presidente sospendere i lavori e convocare la conferenza dei capigruppo per valutare lo stato dei lavori e programmare eventualmente la seduta notturna di cui era già stata prevista l'eventualità. Se non vi sono obiezioni, comunico che alle 13.00 è convocata la conferenza dei capigruppo.

La parola al cons. Robol.

ROBOL: Signor Presidente, la ringrazio e sono contento che mi capiti di parlare dopo l'intervento del cons. Benedikter, perché dal dibattito di ieri e di oggi in aula

aleggiava un clima eccessivamente ottimistico, come se la nuova Regione dovesse nascere frutto del caso oppure orfana fin dalla nascita. Ritengo quindi che il cons. Benedikter abbia centralizzato il problema: un clima si costruisce e richiede attenzione, in quanto le convergenze oggi nascono e domani si possono anche eliminare.

Intendo iniziare il mio intervento partendo dalle dichiarazioni programmatiche del Presidente incaricato, il cons. Andreolli. A tal proposito credo sia accaduto poche volte di ascoltare una relazione così sobria, così essenziale, priva di voli pindarici, che fanno tanto sognare, ma che poi alla fine producono un senso di disaffezione progressiva. Credo che il pregio di questa relazione consista nel richiamare tutti a quello che è non tanto il ruolo della Regione, quanto il problema dei contenuti da inventare per la nuova Regione che vogliamo costruire e da questo punto di vista non si tratta di rivendicare ciò che la Regione era ieri o non doveva essere ieri, si tratta proprio di chiamare a raccolta tutte le forze, tutte le energie presenti in quest'aula, ma non solo in questa sede, per delineare il volto e la fisionomia strutturale operativa e direi politica, nel senso alto della parola, di questa Regione.

Mi pare che i riferimenti che vengono fatti nel programma siano in questo senso indicativi. Qualcuno, nella fattispecie il cons. Andreotti si lamentava, in termini esagerati a mio parere, perché la Regione ha superato finalmente il complesso di inferiorità o di sentirsi Provincia autonoma mancata. Credo che la dizione esatta a pagina 4, laddove scrive che la Regione "abbandona definitivamente qualsiasi tendenza a considerarsi una sorta di Provincia autonoma mancata" rappresenti la chiave di volta per capire l'architettura di questo disegno programmatico, intendo dire che la fase vertenziale alla quale si richiamava prima anche il collega Boato deve essere definitivamente sepolta solo quando questo atteggiamento sparisce non solo a livello consiliare, ma a livello di popolo della Regione Trentino-Alto Adige. Da questo punto di vista il lungo intervento, peraltro dettagliato e puntiglioso e peraltro estremamente interessante, del cons. Benedikter spiega come il processo sia molto faticoso, cioè non vorrei che al fondo ancora una volta si fosse sedimentato eccessivamente un atteggiamento esclusivamente di rivalsa, proprio perché si pensava che la Regione dovesse essere una sorta di Provincia o di superprovincia.

Credo che nelle dichiarazioni programmatiche, il Presidente incaricato Andreolli abbia chiarito con un

linguaggio essenzialissimo, privo di fronzoli inutili, come la Regione debba oggi, se vuole avere un futuro davanti, un futuro proiettivo, lasciare perdere quella che è stata la stagione del passato non per un'assenza di senso storico o di non conoscenza storica, ma perché la storia per essere rivisitata serve allo storico e serve dal punto di vista del diletto di quanto è successo nel passato, mentre al politico oggi è necessaria la strumentazione per capire e per modificare il presente e per guidare quelli che vengono chiamati i processi di cambiamento, che intercorrono da qui al 2000 ed in avanti in queste due Province, in questa Regione e nel cuore dell'Europa. In questa proiezione non solo mitteleuropea, ma direi transnazionale e perché no anche mondiale, credo che reinventare un ruolo e soprattutto riempire di contenuti questo ruolo sia un'operazione estremamente importante e ritengo sia necessario a tal proposito partire da un punto fondamentale, che è stato qui ricordato. Allora se si tiene presente questo, si capisce perché in tutto il documento programmatico c'è una serie di riferimenti per così dire di natura realistica, che inondano il dire del Presidente e quindi inondano anche il progetto di coalizione di questa alleanza di governo.

Solo in questo modo a mio parere si può evitare l'atteggiamento catastrofista, pessimista ad oltranza, che è stato nei giorni scorsi sottolineato dal cons. Tonelli, laddove parla di vuoto pneumatico. Anche se alcuni atteggiamenti in questo senso possono in qualche misura farci pensare ad un margine di verità, credo che nell'insieme il discorso, se vuole essere un discorso di prospettiva, debba essere rifondato, tanto è vero che nel discorso del cons. Boato e nell'intervento del cons. Langer di ieri la prospettiva politica viene rivissuta in maniera integralmente diversa, laddove sia uno che l'altro parlano di un intreccio - a mio parere questo è il discorso che deve essere fatto; esaspero forse il discorso del cons. Langer più di quello del cons. Boato - tra diritto e politica e tra le ragioni del diritto, quindi dello Stato e della Regione, e quello che il movimento ed il movimentismo sociale, che in questi anni caratterizza la società del Trentino-Alto Adige e la società delle due singole Province. Direi che proprio nel discorso sulla Regione e sulla cultura della Regione le classiche argomentazioni teoriche, ideologiche, da una parte delle forze risorgimentali e dall'altra delle forze classicamente marxiste hanno dimostrato, a mio parere, i loro limiti interpretativi. Se è vero che nel discorso della Lista Verde qualsiasi riferimento ideologico cede totalmente il

passo ad una serie di elementi che la realtà porta con sé, allora si fanno accenni concreti alla necessità di determinare nell'ambito della Regione una serie di realtà, che rappresentino per il domani il novum della nostra Regione, soprattutto in questa prospettiva transnazionale e mitteleuropea.

Ritengo sia questo il terreno opportuno, senza però cedere a quello che a mio parere è il limite di una cultura che rischia di essere, perché eccessivamente movimentista, populista e quindi raffazzonata e prigioniera di un contingentismo pericoloso; intendo dire che se noi riusciamo a collegare quello che è l'esigenzialismo dei movimenti di oggi con quello che è una certa sacralità del diritto, che dà le sue certezze e che quindi consente anche di rimettere in discussione ciò che oggi non va più bene rispetto a ieri e ciò che non andrà più bene oggi rispetto a domani, solo in questo intreccio, in questo vincolo unitivo è possibile dar vita ad una fisionomia, ad una struttura, ad una serie di iniziative estremamente utili e produttive. Quindi è necessario un salto di qualità culturale complessiva, che tutte le forze politiche debbono impegnarsi a fare; ma ricordiamoci che la nuova Regione nasce anche all'interno di quest'aula, che richiede un minimo di maggior attenzione e di presenza da parte dei consiglieri regionali. E' inutile che noi pensiamo di formare o di fondare la nuova Regione in un clima di convivenza che supera la fase della vertenza, se poi il Consiglio regionale viene esasperatamente dimenticato, oppure se si verifica una latitanza del consigliere regionale a tutto vantaggio di quella che è l'autonomia delle due singole Province. Parliamoci chiaro, il discorso di questo processo di un sentire diverso della Regione credo nasca anche dal fatto che le nostre due Province abbiano vissuto e stiano vivendo in virtù del 1972 una sorta di eccesso di peso reciproco, di potere politico ed in qualche misura abbiano scoperto e stiano scoprendo adesso una loro singola solitudine, dalla quale bisogna sicuramente uscire. In questo senso interpreto anche il raccordo tra il Presidente della Giunta provinciale di Trento e rispettivamente di quella di Bolzano, laddove l'intuizione di una sorta convivenziale o di destino comune si fa più esigente, proprio nel momento in cui le due Province si sono date effettivamente una struttura di autonomia, per cui da un'autonomia rigida delle due singole Province ritengo nasca il bisogno di un clima che affratelli in qualche misura le Province stesse ed in questo contesto il clima del Consiglio regionale emerge in tutta la sua forza, anche rafforzato dalle dichiarazioni

del Presidente incaricato.

A tal proposito, se noi analizzassimo non solo sul piano semantico, ma anche sul piano politico la serie di riferimenti a pagina 22, laddove si richiama l'articolo 35 dello Statuto, o a pagina 8, dove si precisa in cosa consiste la Regione, o a pagina 22 sui grandi temi del Consiglio regionale, si rivelerebbe un tipo di assemblea non più ripiegata su se stessa, ma che fa dell'alta politica la politica quotidiana, proprio per dare in tutta Europa il suo esempio di dibattito profondo. A pagina 22 leggo per esempio: "Nell'obiettivo di sottolineare ciò che ci unisce, nel valutare solidarietà e difese, la Giunta ed il Consiglio potranno porre attenzione anche a gravi problemi che oggi non conoscono confini, sono quelli ad esempio che riguardano l'emigrazione, le tematiche della pace e della povertà, i traffici, l'incidenza dei gruppi economici multinazionali, la sfida delle nuove tecnologie, la difesa della terra dalla minaccia degli inquinamenti e della sua possibile distruzione per l'incapacità degli uomini a coniugare progresso tecnologico e salvaguardia del patrimonio naturale".

Quando nelle dichiarazioni programmatiche questi temi vengono affrontati come momento di dibattito della massima assemblea legislativa della Regione, è evidente che vi è sottesa, ma non troppo e non esclusivamente, una volontà politica di ridefinire all'interno del ruolo generale un compito primario di questo istituto, al fine di riscoprire la volontà politica di determinarne il futuro, in modo che la popolazione venga chiamata ad autogestirsi e ad autogovernarsi; in questa attività di autogoverno l'autonomia trova la sua massima esplicitazione. In questo modo verrebbe superata quella dicotomia che in qualche modo è serpeggiata nelle due singole Province e credo che qui nessuno si dovrebbe scandalizzare se i trentini, per quanto riguarda i trentini, dovessero fare una sorta di autocritica sul motivo per il quale in passato l'istituto regionale non ha trovato quella rispondenza che forse avrebbe dovuto trovare, dovuto probabilmente al fatto che l'attenzione, come capita spesso, verso i pargoli è maggiore; ma adesso che la Provincia ha una sua autonomia adulta e la fase vertenziale o sindacalista, come qualcuno la chiama, è finita, è evidente che fatta la necessaria autocritica da parte delle singole Province debba nascere e svilupparsi questo clima politico di concordia e di convivenza.

A mio parere questa è la terza fase dell'autonomia, cioè la fase della solidarietà e della convivenza effettiva, non si tratta di rivendicare

nostalgicamente un passato senza futuro, un passato che nessuno vuole ricordare, ma di dare forza, razionalità e senso a quello che è il cammino del presente. Da questo punto di vista le affermazioni del rappresentante del P.A.T.T., emerse nel corso del dibattito sull'elezione del Presidente dell'assemblea, sono da rifiutarsi nella maniera integrale, qui siamo per la celebrazione massima dell'assemblea legislativa.

Non entro nel merito delle alleanze di governo, perché su questo parlerà il capogruppo, però se nel legislativo si avanzano delle dichiarazioni di preferenzialità, siamo fuori dalla logica di massima correttezza del sistema democratico e del sistema assembleare parlamentare, per cui ritengo in questo senso qualsiasi voce, qualsiasi sintomo di mercato deve essere lasciato fuori di quest'aula. Come consigliere regionale, come persona singola che vuole essere in qualche misura attenta a quanto succede nelle istituzioni ed attorno ad esse, non posso minimamente accettare riferimenti che in qualche misura abbassino il livello del rispetto per le istituzioni. Bisogna rendersi conto che esiste una "sacralità" delle istituzioni, delle camere parlamentari o del Parlamento locale, che deve essere posta al primo piano, sia che si tratti di assemblea provinciale, sia che si tratti di assemblea regionale; sul resto possiamo discutere fin che vogliamo, ma da questo punto di vista credo che il discorso debba essere chiaro fino in fondo.

Concludo questo brevissimo intervento, rilevando come un'altra affermazione acquisisca valore politico fondamentale, la troviamo a pagina 5, laddove si mette in luce che l'autonomia non è una conquista definitiva una volta per sempre. Chi ha senso storico quindi deve assolutamente adeguare la storicità di un processo ai vari momenti di esso, oggi l'autonomia esige l'entrata in questa fase dove certo vi sono delle questioni aperte, ma dove in questo clima di rapportualità di convivenze e di dialogo queste questioni possono trovare una loro conclusione; non sarà una conclusione definitiva, credo che la storia non possa mai risolvere definitivamente le questioni, certo però che coniugando l'ideale universale con la storicità concreta si riesce a progredire. Quando ieri il cons. Craffonara fingeva di non capire cosa intendesse il Presidente, laddove nelle dichiarazioni fa riferimento alle radici, dico che il problema non è quello di una cultura illuministica che universalizza le popolazioni, il problema è quello delle radici che diversificano, sui valori di fondo gli uomini, ma nel metterli insieme, seppure di razza, di colore e di paese e di sesso diverso, riescono a

trovare a livello di alta umanità il loro punto di incontro. Questa è la cultura storica, umanistica ed è la cultura di oggi, non a caso proprio quando le due Province, quindi questa porzione di terra europea, riescono a trovare ed a realizzare il meglio di sé, in quel momento nascono le ragioni di una solidarietà superiore, anche questo dovrebbe fare riflettere. Certo, il livello culturale sarà il Mercato europeo, sarà una configurazione della nuova Europa, ma credo che al di là di tutto questo le ragioni dello spirito hanno il loro peso ed il loro rilievo.

Signor Presidente e consiglieri, credo sia assolutamente da prendere in considerazione questa realtà come segno dei tempi. Non è sempre vero che in una situazione di debolezza e di fragilità o di miseria nascono le ragioni di solidarietà e la testimonianza di questo viene offerta proprio dallo Statuto di autonomia e dal grado di potere che oggi hanno le due Province autonome; il fatto che i due Presidenti, i due Consigli provinciali, che i consiglieri dei vari gruppi sentano il bisogno di dar vita a forme di solidarietà e di iniziativa concreta sta a significare secondo me quanto sia importante capire i segni dei tempi. Oggi la Regione vuole ritrovare le ragioni di se stessa e queste ragioni, che il cons. Benedikter ha richiamato criticandole, le invero invece in quelle affermazioni perché lì sta il ruolo e l'identità di questa Regione degli anni 2000, verso i quali noi stiamo avanzando.

PRESIDENTE: Grazie, consigliere Robol, anche per avere accolto la richiesta della Presidenza. Se nessuno è contrario, sospendo la seduta e convoco la conferenza dei capigruppo nella sala n. 2 delle Commissioni legislative. I lavori riprenderanno alle ore 14.30.

(ore 12.42)

(ore 14.33)

PRESIDENTE: La seduta riprende. Prima di dare la parola al prossimo oratore comunico quanto è stato stabilito a mezzogiorno dal collegio dei capigruppo. Si procederà adesso con gli interventi dei singoli consiglieri, cercando di esaurire il dibattito entro le ore 18.00 di questa sera.

Si pregano pertanto gli oratori, questa è una preghiera, di cercare di contenere i loro interventi, al fine di permettere a tutti di parlare entro tale ora. Non si terrà la seduta notturna preannunciata nella

convocazione ed il Consiglio sarà riconvocato per giovedì prossimo 27 aprile dalle ore 9.00 alle ore 14.30, per dare la possibilità di replica al cons. Andreolli e per procedere poi all'elezione della Giunta regionale.

La parola alla cons. Klotz.

KLOTZ: Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dr. Alfons Benedikter hat bereits heute früh sehr vieles von dem vorweggenommen, was ich eigentlich in Zusammenhang mit der Regierungserklärung und mit dem Koalitionsabkommen anzubringen gehabt hätte. Vor allen Dingen nämlich geht es wirklich um die Begriffsbestimmung und um die Wertung eines Begriffs, nämlich den der Autonomie im Lichte der derzeitigen Situation, der derzeitigen Inhalte, aber auch der Entwicklungen, wie wir sie eben aus den letzten Jahren auf römischer Ebene kennengelernt haben. Da nun Dr. Benedikter ganz klar vor allen Dingen den Ausführungen der Regierungserklärung auf Seite 2 und folgende widersprochen hat, glaube ich, das nicht mehr wiederholen zu müssen. Vor allen Dingen hat er sich mit der Aussage auseinandergesetzt - ich zitiere: "Auf der Grundlage des Paketes muß heute angenommen werden, daß die Probleme unserer im Hinblick auf das Zusammenleben aber auch in Hinsicht auf einen gemeinsamen Fortschritt gesammelten Erfahrungen auf eine insgesamt positive Lösung ausgerichtet sind." Auch ich möchte ganz kurz und zusammenfassend sagen, daß es wohl ein ganz klarer Selbstbetrug ist, noch von echter Autonomie zu sprechen und davon, daß nun die insgesamt positive Lösung zu unseren Füßen liegt. Es sind dann noch weitere Aussagen enthalten, und zwar auf Seite 6 beispielsweise: "Man will sich darauf konzentrieren, den Schutz der Autonomie vor weiterhin möglichen Versuchen zu deren Einschränkung oder Beeinflussung einzudämmen." Also den Schutz der Autonomie vorzunehmen und vor weiterhin möglichen Versuchen zu deren Einschränkung oder Beeinflussung abzuschirmen. Aber ich frage mich, wie will man das? Angesichts der Tatsache, daß eben in Rom vollendete Tatsachen geschaffen werden, angesichts des Umstandes, daß dort im geschickten Gegenspiel zwischen Parlamentsbeschlüssen einerseits und Dekreten andererseits und Bestätigungen durch den Verfassungsgerichtshof noch von dritter Seite wir vor eine Situation gestellt werden, in der wir eigentlich ganz andere Lösungen anstreben müßten. Es stimmt, daß sich der designierte Präsident des Ausschusses mit den möglichen Gefahren auseinandersetzt, ohne diese aber ganz konkret zu nennen und ohne zu erwähnen, mit welchen Mitteln er dagegen ankämpfen will. Ich meinerseits hielte es zumindest für

notwendig, viel entschiedener Schritte zu setzen, als nur das Ersuchen, als nur eben immer den Ausblick, die Ausrichtung, auf die brave innerstaatliche Regelung. Schauen wir uns die Entwicklung in Estland an, schauen wir uns die Entwicklung in Ungarn an, wo der Weg zur echten Autonomie, zum echten Föderalismus gerade stattfindet. Und wir machen in diesem Prozeß Rückschritte im Westen, indem wir einfach auf echte Autonomie verzichten. Das ist ja im Grunde genommen das Begeisternde an dieser osteuropäischen Entwicklung. Dort, wo man glaubte, daß der Wille des Volkes endgültig gebeugt oder gebrochen worden sei, daß sich dieser Wille neu formiert, daß man mit viel Phantasie und mit kleinen Schritten, aber mit wohldosierten, mit wohldurchdachten kleinen Schritten, eben einer Entwicklung zugeht, an deren Ende der Föderalismus steht, die Eigenständigkeit steht, ja die Selbstbestimmung der einzelnen Völker. Und die baltischen Staaten machen keinen Hehl daraus, daß sie sich mit keiner Autonomie begnügen, sondern daß ihnen das zu wenig ist. Sie verlangen mehr. Sie streben mehr an und sie setzen Schritt für Schritt ganz konsequent in diese Richtung, völlig friedlich, ohne Blutvergießen, weil immer wieder vorgehalten wird, wer die Selbstbestimmung verlangt, der sei ein Kriegstreiber. Das ist nicht wahr! Wir haben alle rechtliche Grundlagen. Wir haben alle Staaten, die etwas auf sich halten auf dieser Seite des Naturrechtes. Das ist mit ausschließlich friedlichen Mitteln, mit ausschließlich legalen Mitteln anzustreben. Und so verstehen auch wir unseren Einsatz und unsere Überzeugung, auch unser Modell.

Ich komme nun kurz zu einem anderen Aspekt. Ich möchte auch Positives anmerken. Zum Beispiel, daß man vom Problem der Ladinern spricht und das ist nur allzu recht und billig, daß man auch vom Schutz der übrigen Sprachgruppen spricht. Ich nehme wohl an, daß der designierte Präsident auch an die Fersentaler gedacht hat, an die Bevölkerung von Lusern, an die vielen deutschsprachigen Enklaven. Vor allen Dingen spricht er ausdrücklich von den Ladinern. Aber wenn man die Ladinern respektiert und endlich deren Existenz bestätigt - bisher ist deren Existenz ja mehr oder weniger verheimlicht worden, man hat sie bis heute nicht einmal zahlenmäßig erfaßt und daher sehe ich schon einen positiven Ansatzpunkt, wenn der Ausblick enthalten ist, man wolle bei der nächsten Volkszählung im Trentino auch die Trentiner mitzählen - dann halte ich das für eine positive Ankündigung.

Dann ist hier die Rede, daß durch die Stärkung, durch den Schutz und durch die Förderung der Autonomie, auch der europäischen Gemeinschaft eine größere politische

Macht eingeräumt werden soll. Dem kann ich leider nicht zustimmen. Auch das würde ich als kleinen Selbstbetrug bezeichnen. Mit einer Scheinautonomie oder sagen wir einer Lösung oder Nichtlösung, die man höchstens als einen Akt der Dezentralisierung bezeichnen kann, kann man das nicht stärken, was Europa friedlich aber auch effizient machen kann, nämlich die echt gleichberechtigte Partnerschaft. Der Föderalismus wird es sein. Es wird nicht das Europa der Staaten sein, das die dritte Kraft in der Welt bilden kann, weil in einer solchen Situation der Friede nie gewährleistet ist, wo die kleineren Einheiten nicht gesichert sind, wo die kleineren Einheiten immer nur von Gnaden der sogenannten würdigen Nationen oder anerkannten Nationen existieren. Schauen Sie sich das Europa von heute an. Schauen Sie sich die Krisenherde an. Wo gibt es Auseinandersetzungen? Wo gibt es blutige Konflikte? Überall dort, wo ein Volk über ein anders bestimmt. Überall dort, wo es eben an echter Bundesgenossenschaft fehlt, weil echte Bundesgenossenschaft eben bedeutet, daß der eine dem anderen nicht in seine Angelegenheiten hineinredet und umgekehrt. Des weiteren aber auch, daß beide gleich akzeptiert sind und beide gleich abgesichert sind. Damit wäre ich bei einem sehr wichtigen Aspekt dieser Region hier. So wie diese Region heute funktioniert, ist sie im Grunde genommen eigentlich eine ziemlich uneffiziente Einrichtung, die man auch heute oder morgen auflösen könnte, deren Zuständigkeiten man viel besser auf die beiden Länder übertragen sollte, um dann zu einer echten freundschaftlichen, brüderlichen Zusammenarbeit zu kommen, dort wo es gemeinsame Interessen und gemeinsame Anliegen gibt. Aus der Gleichwertigkeit, aus dem Partnerschaftsgedanken, aus dem Begriff des Föderalismus, - Födus, das heißt ja Bundesgenosse, das heißt ja echte Zusammenarbeit, Zusammenschluß-entspringt eine wirklich effiziente Freundschaft. Nur so kann es ganz konkrete Aktionen geben, im gegenseitigen Interesse, zum beiderseitigen Wohl, und man wird diesen Weg unweigerlich finden, so wie es die Kontakte zwischen Südtirol und Nordtirol gibt, in den gemeinsamen Tiroler Landtagen, die leider viel zu wenig oft einberufen werden. Aber das sind die natürlichen Bundesgenossenschaften und eine solche Bundesgenossenschaft auf freiwilliger Basis, auf gleichberechtigter Basis wird es selbstverständlich in Zukunft auch mit dem Trentino geben. Ich habe bereits in den letzten fünf Jahren die meisten der hier anwesenden Kollegen als integrale, freundliche Menschen kennengelernt. Aus diesem Grunde bin ich weit davon entfernt, auf die Trentiner oder auf das Trentino zu schimpfen. Ich möchte

nur sagen, daß man diese Gemeinsamkeiten, die in der Geschichte immer vorhanden waren und zu denen auch wir vom Südtiroler Heimatbund uns bekennen, daß man die ganz anders gestalten könnte, auf einer ganz anderen Ebene, wo keiner den Eindruck oder die Angst haben müßte, vom anderen übervorteilt zu werden, vom anderen fremdbestimmt zu werden oder irgendwo nur herhalten zu müssen für ein fiktives Dach, das man halt erhalten will, damit der italienische Staat in seinem Stolz nicht gekränkt wird oder sein Gesicht nicht verliert. Aber auf der Basis des echten Föderalismus, der echten Bundesgenossenschaft, verehrte Damen und Herren, könnte man zu einer ganz anderen Zusammenarbeit finden. Dessen bin ich mir bewußt und davon bin ich überzeugt.

Ich komme nun zu einigen wenigen sachlichen Aspekten im Regierungsprogramm. Und zwar beispielsweise der Ankündigung, daß man die Wahlgesetze überarbeiten will. Wir wissen schon von der letzten Legislatur her noch, was damit gemeint ist. Es ist zwar hier wunderschön umschrieben, so daß man meinen müßte, wenn das jetzt nicht in die Praxis umgesetzt wird, dann stürzt die Welt der Region zusammen. Hier steht: "Es ist zur Gewährleistung einer größeren institutionellen Stabilität nach geeigneten technischen Lösungen zu suchen." Welche Stabilität? Daß morgen nur noch zwei oder drei Parteien hier vertreten sind? Ist das wirkliche Stabilität, verehrte Herren? Wo bleibt der vielgepriesene Pluralismus? Wo bleibt das, was eigentlich unser aller Anliegen sein müßte, nämlich so viel direkte Demokratie als möglich? Die absolut direkte Demokratie wird nicht möglich sein, aber man müßte zumindest so viel als möglich anstreben. Technische Lösungen? Ja, die Fünf-Prozent-Klausel ist natürlich eine technische Lösung. Auch das Vollmandat ist eine technische Lösung. Es gibt auch noch andere technische Lösungen. Nur kann ich natürlich einem Programm nicht meine Zustimmung geben, das unsere Präsenz hier ausradieren will. Das werden Sie mir nicht übelnehmen können und das werden die einen oder die anderen auch wahrscheinlich verstehen können. (...mir fehlen ca. 700-800 Stimmen). Die Hürde für die Wahl in den Regionalrat ist hier angegeben. Man redet sich immer wieder hinaus, daß in allen zivilisierten Ländern solche Klauseln gelten. Das mag zum einen stimmen. Es gibt so etwas in Österreich, es gibt das in Deutschland, aber ich meine, daß wir uns hier in einer ganz anderen Situation befinden und daß das der Demokratie und dem Pluralismus ganz und gar nicht förderlich ist. Deshalb, das ist einer der Aspekte, weshalb ich diesem Programm nicht meine Zustimmung geben kann.

Das Nächste - und das hat schon mein Vorredner Dr. Benedikter angedeutet und angesprochen - ist natürlich

das Problem der Ausübung des passiven Wahlrechtes. Da steht von einer Vertiefung des Problems. Es ist also sehr sachte angedeutet. Es beinhaltet alles und nichts. Es ist also eigentlich nicht verfänglich, könnte man meinen, aber daß es hier angesprochen wird - unter Punkt 2.2.2 - das ist ein deutlicher Hinweis, daß es eine Wichtigkeit und eine gewisse Brisanz durchaus hat. Es kommt dann weiter noch die Ordnung der Sanitätskörperschaften. Wir haben in der letzten Legislatur noch ein Gesetz verabschiedet, mit welchem die Privatverhandlungen bei Vergabe von großen Aufträgen bei den Sanitätseinheiten - man denkt vor allen Dingen an die Reinigungsfirmen, an die Reinigungsarbeiten - wiederum bestätigt worden ist, und dem kann ich nach wie vor nicht meine Zustimmung geben. Ich habe damals gegen diesen Passus des Gesetzes gestimmt, weil es eines unserer Erfordernisse ist - vor allen Dingen in Südtirol -, daß wir eben unsere Landsleute in diesen Stellen unterbringen können. Durch diese Privatvergabe öffnet man Tür und Tor, daß provinzfremde Firmen, ja man kann vielleicht sagen Tausende von provinzfremden Arbeitern in Südtirol anstellen, und obwohl wir von jeder Spur von Rassismus weit weg sind, bekennen wir uns zur Vertretung der Interessen unserer Landsleute und ich glaube, jedem ist Achtung entgegenzubringen - auch von unseren Trentiner Kollegen - und wir bringen auch jenen Trentinern Kollegen alle Achtung entgegen, die die Interessen ihrer Bevölkerung in erster Linie wahrnehmen. Aus diesem Grund ist das eben für mich auch ein Anliegen, auf das ich nicht verzichten kann und das bereits in der letzten Legislatur nicht zielführend gelöst worden ist. Ich muß also annehmen, daß man diese Technik - nennen wir es einmal so - weiterhin beibehalten will.

Ich möchte zum Abschluß kommen, weil ich annehme, daß sich andere auch noch zu Wort gemeldet haben. Die Ansässigkeitsklausel von 4 Jahren für das passive Wahlrecht halte ich aus politischen Gründen für unaufhebbar. Ich halte es für eine Art programmierten politischen Selbstmord in Südtirol, von dieser Klausel abzugehen oder auch nur in Erwägung zu ziehen, davon abzurücken und zwar aus mehreren Gründen. Man könnte damit das Wahlergebnis auch in Südtirol manipulieren. Man könnte zu Ergebnissen kommen, die die Realität Südtirols in der politischen Vertretung auf den Kopf stellen. Zum Beispiel, nehmen wir an, eine Partei stellt Bettino Craxi, stellt Giulio Andreotti, als Kandidaten auf; wie heißt der berühmte Filmschauspieler Corrado...Placido? Gehen wir davon aus, eine Partei kommt auf die Idee, einen ganz berühmten Sänger oder eine ganz berühmte italienische Sängerin als Kandidatin aufzustellen:

Ja, meine verehrten Kollegen von der Südtiroler Volkspartei, seid Ihr Euch sicher, daß Eure Volksparteianhänger nicht auch diesen Michele Placido wählen und...wie heißt die berühmteste Schlagersängerin momentan...? Das könnte das Ergebnis wirklich auf den Kopf stellen. Wir könnten morgen theoretisch eine Vertretung des Südtiroler Landtages haben, der Südtirol zum ersten Mal bei Wahlkundgebungen betreten hat. (...Nein, nicht so schlecht. Sie sind weniger bekannt. Ein Filmschauspieler und eine beliebte Sängerin ziehen heute mehr. Mit dieser Realität müssen selbst wir uns auseinandersetzen). Das könnte wirklich zu ganz schwerwiegenden Veränderungen der politischen Repräsentanz in Südtirol auch kommen. Aus diesem Grunde will ich wirklich davor warnen und das auch abschließend noch einmal sagen. Das waren jetzt einige ganz wenige Aspekte, aber sehr viele Aspekte sind im Koalitionsprogramm ja auch nicht gerade enthalten, hier expressis verbis. Mündlich wird es wahrscheinlich noch ein paar andere Vereinbarungen geben, nehme ich an. Aber aus diesem Grunde kann ich denen meine Zustimmung zumindest nicht geben. Bei aller Sympathie für den designierten Präsidenten. Ich habe gegen seine Person überhaupt nichts.

Aber dieses Regierungsprogramm entspricht nicht meinen Vorstellungen und auch nicht den Vorstellungen von echtem Föderalismus, von echter Selbstbestimmung der Völker und Zusammenarbeit auf gleichberechtigter freundschaftlicher Basis.

(Egregio Signor Presidente! Stimati colleghi e colleghi! Il dott. Alfons Benedikter ha anticipato questa mattina già molto di quel che io avrei voluto veramente presentare in relazione con le dichiarazioni programmatiche e con l'accordo di coalizione.

Si tratta soprattutto della definizione e della valutazione di un concetto, del concetto di autonomia alla luce della situazione attuale, dei contenuti attuali, però anche degli sviluppi, per come li abbiamo conosciuti negli ultimi anni a livello statale.

Dato che il dott. Benedikter ha protestato molto chiaramente soprattutto contro il contenuto delle dichiarazioni programmatiche, io credo di non dover più ripetere ciò. Si è occupato soprattutto dell'affermazione, - io cito: "Con il "Pacchetto" si deve oggi ritenere che i problemi della nostra esperienza in termini di convivenza, ma anche di comune progresso, siano impostati verso una soluzione complessivamente positiva." Anch'io desidero dire brevemente ed in maniera riassuntiva che è pura illusione parlare qui ancora di vera autonomia e dire che la

soluzione complessivamente positiva giace ora ai nostri piedi. Sono contenute poi altre affermazioni, ad esempio a pagina 6: "Si vuol concentrare le proprie forze per contenere la difesa dell'autonomia rispetto a tentativi, sempre possibili, di una sua limitazione o di un suo condizionamento." Difendere quindi l'autonomia e proteggerla da tentativi, sempre possibili, di una sua limitazione o di un suo condizionamento. Ma io mi domando, come riusciremo ad ottenere ciò? Tenendo conto del fatto che a Roma si è messi appunto di fronte al fatto compiuto e considerando la circostanza, in base alla quale, nell'abile gioco tra le decisioni parlamentari da una parte, i decreti dall'altra e le conferme della Corte Costituzionale da una terza parte, ci troviamo di fronte ad una situazione, nella quale dovremmo in realtà mirare a soluzioni ben diverse. E' vero che il Presidente designato della Giunta si è occupato dei possibili pericoli, senza nominarli concretamente e senza dire con quali mezzi vuole combatterli. Da parte mia ritenni per lo meno necessario fare dei passi più decisi che non solo appellarsi, che non sempre solo rivolgersi all'"efficiente" ordinamento statale interno. Guardiamo allo sviluppo in Estonia, a quello in Ungheria, dove si sta trovando la via verso la vera autonomia, verso il vero federalismo. Ed in questo processo noi facciamo in Occidente passi all'indietro, in quanto rinunciamo semplicemente alla vera autonomia. Questo è in realtà ciò che entusiasma in questo sviluppo dell'Europa orientale. Laggiù, dove si credeva che la volontà del popolo fosse stata piegata o spezzata una volta per sempre, dove questa volontà si sta formando nuovamente, tanto che con molta fantasia e con piccoli passi, ma con passi ben dosati e ben ponderati si va verso uno sviluppo che culmina con il federalismo, l'autonomia, l'autodeterminazione dei singoli popoli. E gli stati baltici non nascondono che non si accontentano di nessuna autonomia, anzi che questo è troppo poco per loro. Pretendono di più. Aspirano a qualcosa di più e fanno coerentemente in questa direzione un passo dopo l'altro, pacificamente, senza spargimento di sangue, in quanto è stato sempre rimproverato a chi voleva l'autodeterminazione d'essere un guerrafondaio. Questo non è vero! Noi abbiamo tutti delle basi giuridiche. Tutti gli stati che vogliono essere rispettati difendono quest'aspetto`aspetto del diritto naturale. A ciò si può aspirare con mezzi esclusivamente pacifici, con mezzi esclusivamente legali. Ed in questo senso intendiamo anche il nostro impegno e la nostra convinzione, anche il nostro modello.

Parlerò ora brevemente di un altro aspetto.

Desidero far notare anche qualcosa di positivo. Ad esempio che si parla del problema dei ladini e che è sin troppo giusto parlare anche della difesa degli altri gruppi linguistici. Io ammetto che il Presidente designato ha pensato anche agli abitanti della Valle del Fersina, alla popolazione di Luserna, alle molte enclavi di madrelingua tedesca. Egli parla soprattutto espressamente dei ladini. Ma se si rispettano i ladini e si conferma finalmente la loro esistenza - finora la loro esistenza è stata più o meno tenuta nascosta, fino ad oggi non li si è neppure contati numericamente e per questo io considero già un punto di partenza positivo il fatto che ci sia la prospettiva di contare al prossimo censimento in Trentino anche i ladini del Trentino - questa io la ritengo una notizia positiva.

Si è poi detto che attraverso il rafforzamento, la difesa e l'incremento dell'autonomia dovrà essere data anche alla Comunità Europea una potenza politica maggiore. Questo io non lo posso purtroppo approvare. Anche questo lo definirei una piccola illusione. Con una autonomia apparente o diciamo con una soluzione o non-soluzione che si può definire tutt'al più come un atto di decentralizzazione, non è possibile rafforzare ciò che l'Europa può fare in maniera pacifica, però anche in maniera efficiente, vale a dire la partecipazione paritetica. L'unica soluzione sarà il federalismo. Non sarà l'Europa degli stati a costituire la terza forza nel mondo, perché in una situazione simile la pace non è garantita, dove le unità più piccole non sono salvaguardate, dove le unità più piccole esistono sempre solo grazie alla misericordia delle cosiddette nazioni degne o delle nazioni riconosciute. Osserviamo l'Europa di oggi. Guardiamo i focolai di crisi. Dove ci sono discordie? Dove ci sono conflitti sanguinosi? Ovunque dove un popolo comanda su di un altro. Ovunque dove manca una vera confederazione, perché vera confederazione significa appunto che l'uno non s'immischia nelle faccende dell'altro e viceversa. Ma significa anche che ambedue siano accettati nello stesso modo e godano delle stesse garanzie. E con ciò sarei giunta ad un aspetto molto significativo di questa nostra Regione. Così come è strutturata oggi, la Regione è in fondo un'istituzione abbastanza inefficiente, che si potrebbe sciogliere anche subito o in un prossimo futuro e le cui competenze potrebbero passare alle due Province. Così si arriverebbe ad una amichevole e fraterna collaborazione su questioni e problemi di interesse comune. Un'amicizia veramente solida nasce infatti dalla parità, dal concetto di partecipazione e di federalismo - foedus significa

infatti alleato, significa vera collaborazione, accordo-
.Solo da tutto ciò nascono fatti concreti nell'interesse
reciproco e per il bene comune, ed è questa la via che va
seguita, così come si è fatto per i contatti tra il
Sudtirolo e il Tirolo del Nord che periodicamente - anche
se troppo raramente - si riuniscono in sede di Consiglio
provinciale congiunto. Queste sono le confederazioni
naturali ed una tale confederazione dovrà essere costituita
volontariamente e su base paritetica in futuro anche con il
Trentino .Negli ultimi cinque anni ho potuto conoscere la
maggior parte dei colleghi trentini qui presenti come
persone integre e cortesi. Per questo motivo non intendo in
alcun modo inveire contro il Trentino ed i trentini.Vorrei
dire soltanto che si potrebbero gestire in modo
completamente diverso tutti questi aspetti comuni che sono
sempre stati presenti nella storia e nei quali anche noi
del Südtiroler Heimatbund ci riconosciamo, che si potrebbe
gestirli ad un livello completamente diverso, dove nessuno
dovrebbe temere o avere l'impressione di essere scavalcato
dall'altro, di essere soggiogato dall'altro oppure di
dovere far finta di stare sotto lo stesso tetto per non
offendere lo stato italiano nel suo orgoglio o per non
fargli perdere la faccia.Ma sulle basi di un autentico
federalismo, di una vera confederazione - signori e
signore- si potrebbe costruire una collaborazione
completamente diversa. E di questo ne sono convinta e ci
credo profondamente.

Ed ora vorrei fare riferimento ad alcuni aspetti
in particolare del programma di Giunta, come per esempio
quello relativo alla revisione delle leggi
elettorali.Sappiamo già dalla legislatura passata che cosa
s'intenda con ciò. Qui si è cercato di circoscrivere questo
aspetto in modo tale che se non dovesse essere attuato il
mondo della Regione sembri crollare. Qui si dice : "Al fine
di garantire una maggiore stabilità istituzionale sono da
ricercare idonee soluzioni tecniche". Ma di quale stabilità
si parla? Che un domani qui siano rappresentati solo due o
tre partiti? E'questa vera stabilità, signore e signori? E
che cosa ne rimane del tanto esaltato pluralismo? Cosa ne
resta di ciò che dovrebbe rappresentare il nostro interesse
maggiore, ovvero la massima democrazia diretta? L'assoluta
democrazia diretta forse non sarà possibile, ma almeno si
dovrebbe tendere quanto più possibile verso questo fine.
Soluzioni tecniche? Ebbene, forse la clausola del 5%
rappresenta una soluzione tecnica. Anche il mandato pieno è
una soluzione tecnica. Ma ci sono anche altre soluzioni
tecniche. Ma chiaramente non posso dare la mia approvazione
ad un programma che intende eliminare la nostra presenza in

questo consesso. Spero che per questo voi non ve ne abbiate a male e penso che gli uni o gli altri ne potranno forse anche comprendere la ragione.(.....mi mancano circa 700-800 voti). Qui si parla anche delle difficoltà esistenti in sede di elezione del Consiglio regionale. E spesso ci si giustifica dicendo che tale clausola esiste anche in molti altri paesi civilizzati. Ciò può anche essere vero da un lato -infatti esiste anche in Austria ed in Germania-, tuttavia ritengo che qui ci troviamo di fronte ad una situazione molto particolare e che ciò nuocia nel caso specifico alla democrazia ed al pluralismo. Alla luce di queste considerazioni non potrò dare quindi la mia approvazione al presente programma.

Il prossimo punto, già accennato e trattato dall'oratore che mi ha preceduto, il dott. Benedikter, è naturalmente il problema dell'esercizio del diritto elettorale passivo. Qui si parla di un approfondimento del problema. E' accennato in maniera molto delicata. Contiene tutto e niente. Si potrebbe pensare che non è nulla di insidioso, ma il fatto che venga trattato in questa sede - al punto 2.2.2 - è una chiara allusione all'importanza ed alla forza dirompente di questo problema. C'è inoltre il problema dell'ordinamento degli enti sanitari. Durante l'ultima legislatura abbiamo varato una legge, con la quale sono state confermate nuovamente le trattative private per appalti presso le Unità sanitarie - si pensi soprattutto alle imprese di pulizia, ai lavori di pulizia - e neppure a questo posso dare il mio consenso. Allora avevo votato contro questo passaggio della legge, perché è una delle nostre esigenze - soprattutto in Sudtirolo - che noi riusciamo a collocare la nostra gente in questi posti. Grazie alla assegnazione privata di lavori si spalancano le porte all'assunzione di migliaia di lavoratori che vengono da fuori provincia da parte di ditte non della Provincia di Bolzano e benchè noi disdegnamo qualsiasi espressione di razzismo, ci dichiariamo portavoce degli interessi della nostra gente e io credo che si debba portare rispetto ad ognuno - anche da parte dei nostri colleghi trentini - e noi portiamo rispetto anche a quei colleghi trentini che tutelano in primo luogo gli interessi della loro popolazione. Per questo motivo questo è anche un mio proposito al quale io non posso rinunciare e che non è stato risolto con un esito soddisfacente neppure nell'ultima legislatura. Devo quindi supporre che si voglia mantenere ulteriormente - diciamo così - questa tecnica.

Desidero ora concludere, perché credo che anche altri abbiano chiesto la parola. Per motivi politici ritengo inamovibile la clausola della residenza

quadriennale per il diritto elettorale passivo. Ritengo che sia una specie di suicidio politico programmato in Sudtirolo discostarsi da questa clausola o anche solo pensare di lasciarla da parte e ciò per vari motivi. Si potrebbe in questo modo manipolare anche il risultato delle elezioni in Sudtirolo. Si potrebbe giungere a risultati che capovolgerebbero la realtà del Sudtirolo per quanto riguarda la rappresentanza politica. Supponiamo ad esempio che un partito presenti quale candidato Bettino Craxi o Giulio Andreotti; come si chiama quel famoso attore di cinema Corrado...Placido? Partiamo dal presupposto che un partito abbia l'idea di presentare quale candidato un famoso cantante o una famosa cantante italiana: ebbene, egregi colleghi della Südtiroler Volkspartei, siete sicuri che gli aderenti al vostro partito non votino anche questo Michele Placido e...come si chiama la più famosa cantante del momento...? Ciò potrebbe veramente capovolgere il risultato. Noi potremmo avere domani in teoria dei rappresentanti nel Consiglio provinciale di Bolzano che mai prima si erano presentati in Sudtirolo quali candidati alle elezioni. (...No, non così male. Lei è meno conosciuto. Un attore di cinema ed una popolare cantante attirano oggi di più. Noi stessi veniamo messi a confronto con questa realtà). Ciò potrebbe veramente portare a seri cambiamenti all'interno della rappresentanza politica in Sudtirolo. Per questo motivo voglio veramente mettere in guardia e ribadirlo ancora una volta a conclusione del discorso. Questi erano solo alcuni aspetti, ma molti aspetti non sono neppure contenuti nel programma di coalizione, detto qui espressamente. Suppongo che si prenderanno oralmente con ogni probabilità ancora alcuni accordi. Ma per questo motivo io non posso dare il mio consenso. A parte tutta la stima per il Presidente designato. Io non ho nulla contro la sua persona.

Ma questo programma di Giunta non rispecchia le mie idee ed anche non quelle di vero federalismo, di vera autodeterminazione dei popoli e di collaborazione su di piano amichevole e paritetico.)

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Montali, ma essendo assente, dò la parola al cons. Peterlini. Prego cons. Peterlini.

PETERLINI: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der designierte Präsident des Regionalausschusses Dr. Andreolli hat - und das möchte ich hier eigentlich kundtun - über seine programmatischen Erklärungen hinaus gestern mittag ganz unverbindlich zu mir gesagt: Es haben

sich doch einige Dinge zwischen dieser Legislaturperiode und der vorhergehenden geändert. Dabei haben diese Veränderungen zugegebenermaßen auch in der Provinz Trient stattgefunden. Aber sein Eindruck war, daß die Veränderungen bezüglich der Einstellung zur Region hauptsächlich die Vertreter aus Südtirol erfaßt hätten. Es ist kein Zweifel, daß in den Reden, die bisher dargelegt wurden und in den Stellungnahmen, die auch von den Vertretern der Südtiroler Volkspartei abgegeben worden sind, ein neues Bewußtsein zum Ausdruck gebracht worden ist, so daß man sich vielleicht zu Recht diese Frage stellen kann und vor allem die tiefergehende Frage stellen muß, inwieweit damit ein Bruch mit der bisherigen Tradition, mit der bisherigen Geschichte, stattfindet, oder inwieweit diese neue Legislaturperiode einfach das nächste Blatt der Südtiroler und der Tiroler Geschichte, insgesamt der Geschichte dieser Region darstellt. Zu dieser Frage möchte ich zu Beginn Stellung nehmen. Es ist nämlich kein Zweifel, daß sich seit Beginn der Geschichte unserer Autonomie, seit 1948 mit seinem Höhepunkt im Jahre 1957 in der Kundgebung von Sigmundskron in der Provinz Bozen unter den Südtirolern eine Mentalität entwickelt hat, die in den Ausruf von Sigmundskron gemündet hat, nämlich "Los von Trient". Es ist kein Zweifel, daß dieses "Los von Trient", ausgegangen von der großen Volkskundgebung der Südtiroler am Schloß Sigmundskron, die Geschichte der Jahre darauf besonders geprägt hat und als Erbe sozusagen in diesem Regionalrat bis heute fortlebt. Um die Frage, die ich gestellt habe, wirklich und historisch zu beantworten, genügt es allerdings nicht, diese letzten 30 Jahre zu prüfen, sondern ist es wohl sicherlich notwendig, die historischen Wurzeln zu beleuchten. Das brauche ich persönlich nicht zu tun. Das haben im Rahmen der Debatte zur Regierungserklärung Andreolis in ausgezeichneter Form verschiedene Redner getan. Ich habe in ausgezeichneter Form in Erinnerung die Stellungnahme des Historikers und Kollegen Dr. Franz Pahl, der an die gemeinsamen Wurzeln Tirols erinnert hat und daran erinnert hat, daß Tirol seit 1248, das ist ein formales Datum der Gründung Tirols, aber daß die Entwicklung der gemeinsamen Geschichte etwa 700-800 Jahre alt ist und diese Geschichte ein Gebiet umfaßt hat, das von Kufstein bis zum Gardasee gereicht hat, dieses damalige historische Tirol in seiner Vielgestaltigkeit und auch in seiner Vielsprachigkeit, nämlich der ladinischen Urbevölkerung, der deutschstämmigen Bevölkerung und der italienischsprachigen Bevölkerung. Warum kam es aber dann 1957 - wie gesagt, die Entwicklung dazu lag bereits 1948 in der Luft - zu diesem Bruch - ohne jetzt die gesamte

Geschichte neu aufrollen zu wollen, die der Kollege Pahl blendend dargestellt hat - mit dieser historischen Phase einer gemeinsamen jahrhundertelangen Entwicklung? Zu diesem Bruch kam es aus einem ganz einfachen Grund, weil nach dem Anschluß Südtirols zu Italien bereits beginnend 1919 und dem darauffolgenden Faschismus, aber leider auch in der Nachkriegszeit, die Gemeinsamkeit mit dem Trentino und speziell die Mehrheit, die sich durch die Loslösung des deutschen Nordtirols und Osttirols auf italienischer Seite ergeben hat, diese italienische Mehrheit, oder sagen wir es anders, das Trentino dazu benützt, dazu mißbraucht worden ist, die Mehrheit politisch mißbraucht worden ist, um die Südtiroler in die Minderheit zu setzen, um die Südtiroler zu majorisieren und um den Südtirolern den Schutz zu verwehren, der ihnen aufgrund des Pariser Vertrages 1946 zugestanden hätte. Das ist der Fehler gewesen, der historisch begangen worden ist und der aufgezeigt werden muß, um zu erkennen, warum in allen Haushaltsdebatten hier im Regionalrat dieses "Los von Trient" fortgelebt hat und auch in den Erklärungen bisher immer seinen Niederschlag gefunden hat. Es ist klar, daß heute vormittag im Zuge dieser Erklärungen die Verwunderung über eine neue Sicht der Dinge zum Ausdruck kommen mußte, nicht nur in der positiv erstaunten Frage vom designierten Präsidenten Andreolli, sondern auch in einer sehr harten Stellungnahme von Kollegen Dr. Alfons Benedikter, die schließlich und endlich in die Aussage mündete: So mache ich nicht mehr mit! Das ist ja ein Bruch mit dem, was eigentlich erklärt worden ist, und Abg. Benedikter hat es dann begründet aufgrund der im Regierungsprogramm stehenden Aussagen bzw. des Mangels an Aussagen, den er darin vorzufinden glaubt.

Wenn wir heute im Regionalrat als Südtiroler offener der Zusammenarbeit mit dem Trentino gegenüberstehen, wenn - daran ist vielfach schon erinnert worden - auch die kirchliche Institution diese Gemeinsamkeit der Tiroler Geschichte des Trentino, Südtirols und des österreichischen Teils Tirols unterstrichen hat und wenn sich die Landeshauptleute mit dem als historisch erkannten Händedruck begegnet haben, dann ist das sicherlich ein Vertrauensvorschuß, der seitens der Südtiroler kommt. Ein Vertrauensvorschuß, der darin besteht, daß man die Angst ablegen will, daß die Region, die italienischsprachige Mehrheit im Trentino in Zukunft noch einmal dazu verwendet werden könnte oder würde, die Südtiroler in jene unglückliche Rolle zurückzudrängen, wie es 1948 und in den Jahren danach war, oder schlimmer ausgedrückt, wie es zur Zeit des Faschismus war. Dieser Vertrauensvorschuß ist seitens der Südtiroler gegeben

worden, und wir bitten auch darum, ihn als solchen zu betrachten. Ein Vertrauensvorschuß, der sicherlich auch aus der geschichtlichen Entwicklung und aus der momentanen Lage heraus notwendigerweise und glücklicherweise gegeben wird. Wir sind in einer Entwicklungsphase der Autonomie angelangt, in der niemand darüber glücklich sein konnte. Das betrifft vor allem das Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol, wo Spannungen aufgekommen sind, weil die italienische Bevölkerung - und dieser Standpunkt der Südtiroler Volkspartei hat sich nicht geändert - wohl nicht vorbereitet worden ist auf die Vielzahl der Neuerungen, die da so kommen, auf manchen Verlust der Privilegien, der gekommen ist und auch weil die Vorteile der Autonomie nicht genügend bekanntgegeben worden sind. Diese Spannungen haben ihren Niederschlag gefunden in Feuern, die von Nationalisten angezündet worden sind. Es ist immer leicht für Demagogen, schwierige Phasen auszunützen, um mit demagogischen Parolen von der eigentlichen Problemlösung abzulenken und die Problemlösung in einem Rückwärtsdrehen der Geschichte zu suchen und zu finden, so wie es beispielsweise der MSI in Bozen getan hat. Es war damals niemandem gedient. Aber alle Demokraten haben erkannt, daß wir ein neues Klima des Vertrauens schaffen müssen, das notwendig ist, um diesen gefährlichen Zug zum Nationalismus abzublocken, um allen Volksgruppen in Südtirol und in der Region Trentino-Südtirol das Gefühl zu geben, eine Demokratie, eine Autonomie erleben zu dürfen, die in Europa einmalig ist, wenn auch bei weitem noch nicht vollkommen, die aber doch einige Möglichkeiten bietet, um eine direktere Beteiligung der Bevölkerung zu ermöglichen und damit auch konkret eine kulturelle Entfaltung, eine kulturelle Entwicklung aller Sprachgruppen zu gewährleisten, aber auch auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene gewisse Leistungen zu erbringen. Ich unterstreiche diese beiden letzten Schwerpunkte - "auch auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene gewisse Leistungen zu erbringen" - auch deshalb, weil wir alle als politisch Verantwortliche diese Vorteile der Autonomie für den einzelnen Bürger immer wieder in Erinnerung rufen müssen, wenn wir haben wollen, daß die Bevölkerung langfristig auch dazu steht.

Um dieses Klima zu verbessern, war es sicherlich notwendig, daß von allen Seiten eine gewisse Öffnung erfolgt, daß von allen Seiten auch ein gewisser Vertrauensvorschuß an den Tag gelegt wird, und dieser Vertrauensvorschuß wurde eben bei den Koalitionsverhandlungen zur Region seitens der Südtiroler Volkspartei an den Tag gelegt. Das stellt eine Neuerung dar, die manche

zum Staunen, manche zum Kopfschütteln und wiederum andere zum harten Nein bewegt hat. Aber ich glaube, daß insgesamt gesehen die Verbesserung des Klimas bereits feststellbar ist und dieses neue Klima zwischen den Volksgruppen bereits Früchte trägt, daß die Bevölkerung bereits entspanntere Formen des Zusammenlebens erleben kann, ohne - und das ist das Wesentliche - daß dabei Schutzmaßnahmen für die Minderheiten oder Schutzmaßnahmen, die immerhin auch im Statut verankert sind, für die italienischsprachige Mehrheit geopfert werden müssen. Dieses Klima des Vertrauens und auch des Vertrauensvorschlusses, dieses entspanntere Klima, in dem wir heute die Autonomie erleben im Gegensatz zum Abschluß der vergangenen Legislaturperiode, soll ja neue Früchte bringen. In diesem entspannteren Klima ist sicher auch die Position der Südtiroler Volkspartei zu verstehen.

Wenn heute Kollege Benedikter - und einen Gedanken muß ich auch diesen Ausführungen widmen - seine Stellungnahme abgegeben hat und betont hat, daß er sie im persönlichen Namen abgibt, und zum Schluß gekommen ist, daß er diesem Programm und dieser Regierung seine Zustimmung verweigern muß, dann habe ich aus persönlicher Sicht und in Würdigung der Bemühungen des Kollegen Benedikter vollstes Verständnis dafür. Wir sollten nicht verschweigen, daß Kollege Benedikter - ich würde sagen, man hat mit dem Begriff "Vater der Autonomie" sicherlich manchmal Mißbrauch getrieben - doch zu Recht in diesem Falle den Begriff "Vater der Durchführung der Autonomie" verdient. Obwohl er 1969 bei der Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei einer derjenigen war, die den Standpunkt vertreten haben, daß die Lösung des Paketes keine befriedigende Lösung für Südtirol darstellt, hat er dann als echter Demokrat von 1969 an bis 1989, das sind über 20 Jahre, an der Verwirklichung Tag für Tag gearbeitet, so daß man sagen kann, jeder Satz der Durchführungsbestimmungen, die wir heute haben, die heute in den bekannten DPR festgehalten sind, tragen seine Handschrift. Aus dieser Sicht ist es also besonders bedeutungsvoll und auch besonders ins Auge gehend, wenn gerade dieser Vertreter dann sagt: So mache ich nicht mehr mit! Die Frage stellt sich allerdings: Warum haben diese Bedenken, die heute hier geäußert worden sind, in den beklagten vielen Monaten, die es zur Regierungsbildung gebraucht hat, nicht ihren Niederschlag in den Vorbereitungsgesprächen gefunden? Und da allerdings muß ich als Fraktionskollege der Südtiroler Volkspartei auch eine Klage an den Tag legen. Kollege Benedikter ist ja Fraktionschef der Südtiroler Volkspartei, und wir haben allesamt allerdings nicht die Gelegenheit gehabt, unsere

Vorschläge als Fraktionsmitglieder, als Abgeordnete, die in diesen Regionalrat gewählt worden sind, einzubringen, weil aus verständlicher Mißstimmung heraus, aus verständlichen persönlichen Motiven heraus diese Fraktion nie einberufen worden ist. Das ist die einzige klare Antwort, die wir geben können. So sehr ich den Standpunkt verstehe, daß man sagt, ich bin mit dem und dem anderen nicht einverstanden, so sehr muß ich als Antwort darauf geben: Wir als Fraktionsmitglieder haben nie, bei keiner einzigen Fraktionssitzung des Regionalrates Gelegenheit gehabt, unseren Standpunkt vorzubringen und damit auch der Fraktionsführer selbst nicht, diesen Standpunkt dann mit dem Rückhalt der gesamten Fraktion an die Verhandlungsdelegation heranzubringen. Es war nach der Wahl des Regionalrates ein Wechsel, und ich finde es korrekt und demokratisch, daß der neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende, der Kollege Siegfried Brugger - ich konnte es nicht mehr sein, weil ich die Ehre habe, den Regionalrat als Vizepräsident zu vertreten - abwarten wollte und abwarten mußte, wie sich die Dinge ergeben und entwickeln, auch um niemanden Terrain wegzunehmen, das sich früher vielleicht aus der Praxis und aus der guten Zusammenarbeit zwischen Dr. Benedikter und meiner Wenigkeit ergeben hat. Aber das ist die einfache, auf einen kurzen Nenner gebrachte Schwierigkeit, die man hätte ausräumen müssen und die sicherlich dazu geführt hätte, daß die heutige vormittägige Rede viel an ihrer Dramatik verloren hätte und daß man viele Vorschläge, die Du gebracht, auch schwarz auf weiß ins Regierungsprogramm mit hineinschreiben könnte. Ich weiß, daß Dr. Benedikter nicht an der Verhandlungsdelegation teilgenommen hat. Das stimmt. Das möchte ich ihm bestätigen, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Südtiroler Volkspartei ihre Meinung hätte besprechen können und sich mit einem politischen Gewicht von 22 Abgeordneten hätte ausrüsten können, um diese Vorstellungen entsprechend, nicht nur als privates Papier, an das Präsidium heranzutragen. Das Präsidium hat die Verhandlungen geführt und hätte sicherlich der Meinung von 22 Abgeordneten Rechnung getragen, wenn sie nicht der Meinung eines einzelnen Abgeordneten Dr. Benedikter Rechnung getragen hat. ...Dr. Benedikter, ich möchte jetzt nicht in einen Dialog verfallen. Aber es geht nicht darum, daß das Präsidium Meinungen verlangen soll, sondern es geht darum, daß 22 gewählte Abgeordnete ein Forum bilden und gebildet haben, daß es in vielen Monaten, seit November vergangenen Jahres, niemals zusammengetreten ist und damit sein politisches Gewicht nicht zum Ausdruck gebracht hat.

Die Mehrheit der SVP jedenfalls - aber da möchte

ich dem Kollegen Brugger nicht vorgreifen, der sicherlich eine Erklärung zur Stimmabgabe über die Haltung der SVP zur Regierung geben wird - steht zu diesem mutigen Schritt der Öffnung, der von der Bevölkerung auch begrüßt wird. Ich habe als historische Ereignisse hierfür bereits Kirche, Landeshauptleute zitiert, aber darf dazu noch etwas hinzufügen, was sicherlich von besonderer Bedeutung ist, und zwar die Öffentlichkeit, die ihren Niederschlag in der Presse findet. Die Tageszeitung "Dolomiten", die in Fragen der Autonomie sicherlich einen immer sehr konsequenten Weg gegangen ist und sich sicher nicht den Vorwurf gefallen lassen braucht, irgendwie, auch nur im geringsten die Südtiroler in der Politik der Schutzmaßnahmen für die Minderheiten im Stich gelassen zu haben, sondern ganz im Gegenteil diese Linie immer mitverfolgt hat, hat in einem Leitartikel, gezeichnet vom Chefredakteur Dr. Josef Rampold, auch zu dieser Frage Stellung genommen. Ich möchte ihn dem Regionalrat nicht vorenthalten. Auch die Tageszeitung "Dolomiten" geht davon aus - und ich zitiere jetzt wörtlich: "Dieses neue Klima darf nicht mißverstanden werden. Es gab seinerzeit eine von Degasperi schlaue eingefädelte politische Konstellation, die von seiten Südtirols im politischen Sinne zweifellos das unvergessene 'Los von Trient' gerechtfertigt hat." Dieser Leitartikel analysiert dann eben die geschichtlichen Ereignisse und blendet auch auf die Geschichte und auf die gute Zusammenarbeit zwischen Trentino und Südtirol zurück. Ich möchte das langsam, damit die Übersetzungsanlage auch mitkommt, wörtlich zitierten. Zitat: "Wie immer ist die Geschichte Lehrmeisterin. Zur Zeit der Völkerwanderung waren die Grenzen zwischen Nord und Süd noch durchaus fließend. Wer dies bestätigt haben will, besuche das Fersental und die Sieben oder Dreizehn Gemeinden oder befasse sich mit Ortsnamenskunde und alten Landkarten. Eine weitere Phase bezeichnet jene Zeit, in der sich erstmals, und seither in dieser Form leider nicht mehr wiederholt, ein großes geistiges Europa abzeichnete, jene Einheit eines römischen Reiches deutscher Nation, die zu einer großartigen Verschmelzung des Gedankengutes aus Nord und Süd führte. Auf unser Land bezogen war dies im Adel verwirklicht, der übernational war. Unser Land und das Trentino und ebenso das Bistum Trient waren von jener übernationalen Brückenfunktion gezeichnet, von der wir heute wieder träumen. Wer sich in diese Dinge vertiefen will, der mache sich auf zu einer Trentiner Burgenfahrt, dann wird er nachher sehr klar sehen. Unbeschadet aller Querelen äußerer Art hat es stets eine Verbindung in Literatur, Kunst, Wissenschaft und Forschung gegeben. Es

genügt dies in den 'Studi Trentini' ebenso nachzulesen wie im 'Schlern'. Was aber wichtiger ist:" - und damit komme ich zum Schluß dieses Zitates - "Die Menschen dieser beiden Kulturen und Sprachlandschaften haben sich im Grunde von der Politik nicht verderben lassen". Ende des Zitates.

Damit komme ich auch zu einem wesentlichen Aspekt der Regionalpolitik nach 1948, der davon geprägt war, eine autonomiefeindliche Politik - und zwar besonders zu Lasten der Südtiroler - zu führen. Man könnte meinen, das wäre sozusagen von Trentino geführt worden. Das war nicht der Fall. Im Trentino arbeitete damals die "Associazione Studi Autonomistici Regionali", die sogenannte A.S.A.R., die über 100.000 Mitglieder zählte und die damit im Gegensatz zur Führungsschicht eng mit den Südtirolern Politikern zusammen sich als Ausdruck des Volkes um eine gemeinsame Autonomie bemüht hat. Das war auch die historische Dimension. Jetzt komme ich zum nächsten Punkt. Warum hat die Südtiroler Volkspartei bei den Regierungsverhandlungen so großen Wert darauf gelegt, daß die Nachfolger dieser A.S.A.R., der heutige Partito Autonomista Trentino Tirolese, der heutige P.A.T.T., mit an der Regierungsverantwortung beteiligt wird in dem Moment, in dem wir imstande sind, gemeinsam - mit einigem Vertrauensvorschuß - zu der historischen Rolle zurückzufinden? Wir haben großen Wert darauf gelegt und haben das auch in den Koalitionsverhandlungen zum Ausdruck gebracht, daß der PATT als äußeres Zeichen dieser neuen Entwicklung in die Regierungsverantwortung für diese Region auch mit eingeschlossen wird. Das ist auch der Grund dafür, daß es solange gedauert hat. Das sage ich all jenen, die - sei es in Anfragen wie auch in der Debatte - zu Recht beklagt haben, daß die Verhandlungen für die an sich an Zuständigkeiten nicht reiche Regionalregierung so lange gedauert haben. Die Südtiroler Volkspartei hat bis in extremis zu verhandeln versucht, um eine Beteiligung der Trentiner Tiroler als historische Dimension des alten Tirols an der Regionalregierung zu ermöglichen. Es war aufgrund der Verhandlungen nicht möglich. Diese Frage - warum es nicht möglich war - dürfen Sie nicht an uns stellen, Kollege Rella, sondern eben an die Partner der Regierungsmehrheit, die es nicht zugestehen wollten. Vielleicht waren die Südtiroler in diesem Falle im historischen Überwinden gewisser Schwierigkeiten der letzten Jahrzehnte schneller. Vielleicht hat Präsident Andreolli mit seiner Äußerung Recht gehabt, daß die Veränderungen sei es im Trentino sei es in Südtirol stattgefunden haben, daß wir aber in diesem Falle vielleicht noch mehr verändert haben. So hat es ja Kollege Andreolli ausgedrückt. Aber die Frage sollte an jene

Partner gestellt werden, die damit nicht einverstanden waren. Die Südtiroler Volkspartei stand vor folgender Alternative: Bei dem eigenen harten Standpunkt zu bleiben, kein Koalitionsprogramm abzuschließen. Die ethnische Präsenz in der Regionalregierung hätten wir so oder anders immer wahrgenommen. Das sei festgehalten, weil das das Autonomiestatut vorschreibt. Aber wir hätten die Möglichkeit gehabt - das ist die Alternative eins -, kein Koalitionsprogramm abzuschließen und auf jede weitere Zusammenarbeit außer der formalrechtlichen Zusammenarbeit laut Statut zu verzichten. Die zweite Möglichkeit war, einen Kompromiß zu schließen. Die Politik besteht halt auch darin, daß man erkennt und die Bereitschaft an den Tag legt, im richtigen Moment auch dem anderen ein Stückchen entgegenzukommen, weil ansonst das Gefasel vom neuen Klima nur Gefasel geblieben wäre. Die Südtiroler Volkspartei hat diesen zweiten Weg begangen, hat den Weg des Kompromisses dem Weg des Sturbleibens und Herausbleibens vorgezogen, aber nur deswegen, weil dieser Kompromiß ein würdiger Kompromiß ist, der seinen Ausdruck in der Präsidentschaft des Regionalrates findet, der vom Kollegen Tretter als Repräsentant und Träger dieser historischen Dimension geleitet wird. Das war der Kompromiß, der - glaube ich - trotz der Schwierigkeit, die wir dabei gehabt haben, von der ursprünglichen Forderung abgehen zu müssen, doch einen würdigen Ausdruck findet und einen ersten Schritt in einen Weg der Gemeinsamkeit darstellt.

Damit bin ich auch beim nächsten Teil, nämlich: Worin besteht nun nach all diesem Vertrauensvorschuß, nach all diesen Bemühungen dieser neue Weg, den die Region gehen soll und den wir gemeinsam gehen wollen? Er besteht sicherlich auch darin - und dazu werde ich im letzten Teil meiner Ausführungen reden -, die Zuständigkeiten, die verwaltet werden, ordentlich, sachgemäß zu verwalten. Aber das wäre wenig. Das würde die Region sicherlich nicht rechtfertigen und es wäre sachlich, verwaltungstechnisch und aus diesen mageren Überlegungen sicherlich auch politisch notwendig zu sagen, wegen des Grundbuchwesens, des Kreditwesens, der Handelskammern und der Aufsicht und der Ordnungsgesetzgebung in einigen Bereichen braucht es diese Institution wirklich nicht mehr. Man könnte sozusagen die paar Zuständigkeiten noch in irgendeiner Form an die Provinzen übertragen, und wir hätten einen schwerfälligen Apparat weniger und mehr Bürgernähe erreicht. Der neue Weg besteht sicherlich darin, daß wir aufbauend auf der historischen Gemeinsamkeit uns bemühen, im eigenen Gebiet der Region, im Staate, in dem wir leben, und in der europäischen Dimension die Rolle der örtlichen Autonomie

aufzuwerten, zu verteidigen und mit neuem Leben zu erfüllen. Da haben wir sehr viel zu tun und sind als Südtiroler sehr dankbar, daß wir im Trentino jenen Vertrauensvorschuß bedankt bekommen, so hoffen wir jedenfalls, mit dem wir in diese Regionalregierung gehen werden, nämlich all das mit uns zu erkämpfen, wovon Kollege Benedikter heute Vormittag gesprochen hat und wovon wir heute noch weit weg sind, weil wir wissen, daß im Staate Italien eigentlich zur Zeit ein gar nicht so autonomiefreundliches Klima herrscht und nach einem kleinen Aufflammen des Regionalismus heute bereits das Rad längstens rückwärts gedreht wird. Den eklatantesten Ausdruck dafür, wie das Rad rückwärts gedreht wird, hat Kollege Benedikter zu Recht aufgezeigt, und dem ist überhaupt nichts dazuzufügen, sondern nur zu unterstreichen, wie tatsächlich die römische Regierung entgegen dem Verfassungsauftrag und den im DPR 616 angestrebten Bemühungen eigentlich gar keinen Regionalismus im Kopf hat. Die Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis wird gemeinsam beklagt, und in diesem Punkt erwarten wir uns sicherlich, daß alle Kräfte, die tatsächlich an der Autonomie mitwirken und mitwirken wollen und es auch bekunden, mit uns gemeinsam gegen diese Ausrichtungsbefugnis ankämpfen.

Ich habe als frischgebackener Vizepräsident die Gelegenheit gehabt, anstelle des Präsidenten Tononi damals an einer Tagung der Präsidenten der Regionalräte teilzunehmen, die Ende Jänner dieses Jahres in Florenz stattgefunden hat. Die Versammlung wurde vom Regionenminister Maccanico mit seiner Anwesenheit geehrt, der sich selbstverständlich entsprechend dem anwesenden Publikum darum bemüht hat, den Glauben an die Autonomie seitens der Regierung zu bekunden. Maccanico hat für diese neue Version ein sehr unglückliches Beispiel gewählt. Er hat unter anderem an die Neuordnung des Ministerratspräsidiums erinnert, als ob diese Neuordnung des Ministerratspräsidiums sozusagen das Ei des Kolumbus gewesen wäre, mit dem jetzt die Autonomien ausgebaut werden könnten. Ich habe ihm bei dieser Gelegenheit - wie auch unsere Vertreter, und Dr. Benedikter an der Spitze, immer bei solchen Gelegenheiten bei den Tagungen der Regionalausschußpräsidenten - daran erinnert, daß genau dieser Punkt die einschneidendste Beschneidung der Autonomie darstellt. Wir wissen, daß der Verfassungsgerichtshof leider in einem Urteil, in einer Erkenntnis diese Befugnis der Regierung bestätigt hat, so daß es am Gesetzgeber und an der politischen Kraft liegen muß und nicht am Richter, diese Befugnis wegzunehmen. Aber ein berühmter ehemaliger

Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Paladin, hat am 22. Februar 1985 wörtlich dazu folgendes ausgeführt, ich darf es im Originaltext zitieren: "Da noi per contro si è inventata con legge ordinaria ed attuata con leggi delegate una funzione come quella di indirizzo e coordinamento che nella Costituzione non trova alcun chiaro riscontro". Selbst der Verfassungsgerichtshof, der leider Gottes diese Zuständigkeit bestätigt hat, beklagt aber im selben Urteil: "Si tratta di una penetrante ingerenza nella sfera dell'autonomia speciale, rispettivamente di un'ulteriore compressione dell'autonomia". Aber neben diesem einschneidenden Werkzeug gibt es noch einige andere, die leider Gottes auch in letzter Zeit zum Tragen gekommen sind und von einer nicht sehr ermutigenden Haltung der Regierung gegenüber den Regionen sprechen. Vielleicht haben die Regionen auch zum Teil schuld daran. Ich habe in der Vergangenheit auch ein paar Mal Gelegenheit gehabt, an Treffen teilzunehmen - es gibt die der Regionalausschüsse und die der Regionalratpräsidenten -, die in sehr aufwendiger Art vorbereitet werden und pompös ablaufen, aus denen allerdings politisch nicht sehr viel herauschaut. Minister Maccanico hat auch ganz kalt den Regionenvertretern, die das beklagt haben und auch mir geantwortet: Ja, vergeßt nicht, daß die Regierung und das Parlament 1977 mit dem DPR 616 eigentlich ihren Willen schon bekundet haben, daß dann aber in den Regionen selbst - er sprach nicht von der Region Trentino-Südtirol, sondern von der Mehrheit der italienischen Regionen - dieser neue Gedanke eigentlich nicht so sehr aufgenommen worden ist und man zwar Apparat, Plusch und Pausch geschaffen hat, aber nicht so sehr als Sachverwalter an die Arbeit gegangen ist.

Neben dieser Koordinierungsbefugnis beklagen wir die Rückverweisung von - vor allem - Landesgesetzen. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode den italienischen Rekord, einen traurigen Rekord, erreicht von etwa 30 Prozent. Wir beklagen, daß immer wieder mit Staatsgesetzen die finanziellen Zuwendungen in ihrem autonomen Freiraum vorbestimmt werden. Für unsere Autonomie sehr evident sichtbar im Bereich der Gesundheit und im Bereich der Industrie. Wenn der Staat sagt, diese Mittel lege ich für Industrie fest und ihr dürft sie für keinen anderen Bereich verwenden, was dann auch für die Gesundheit erfolgt und was in den verschiedenen Sektoren erfolgt, dann beschränkt sich der autonome Gestaltungsbereich immer mehr auf ein Minimum. Aber andere Regionen haben beispielsweise auch beklagt, wie durch Sonderkommissäre, z.B. im Falle von Erdbeben, auch die Zuständigkeiten der Regionen, die wenigen Zuständigkeiten der ordentlichen Regionen

übergangen worden sind, wie immer mehr Ministerien geschaffen werden, die Zuständigkeiten erfassen, die eigentlich laut Verfassung der Region vorbehalten sind. Deswegen ist es - und das war eigentlich, was ich als großen neuen Weg der Region gezeichnet habe - unsere Aufgabe in dieser Legislaturperiode, in allen möglichen Organen und Gremien, in denen wir vertreten sind, mit dem politischen Gewicht, das die einzelnen Parteienvertreter in Rom haben, vor allem die Mehrheitsvertreter der Democrazia Cristiana, des Partito Socialista Italiano und aller anderen Parteien, die in der Regierung vertreten sind, in Rom dieses politische Gewicht geltend zu machen aber auch als Institution Region in diesem Staate dafür zu kämpfen, daß sich das Klima ändert, daß wir einen neuen Weg gehen können, bei dem tatsächlich die Beteiligung der Bevölkerung im Vordergrund steht. Autonomie heißt ja nichts anderes, als daß eine gewisse Selbstgestaltung, vom griechischen Worte "autos", eine gewisse Selbstgesetzgebung, Selbstverwaltung, zum Wohle der Bevölkerung von unten herauf erfolgt und daß nicht von oben herab die Bevölkerung als Befehlsempfänger gesehen wird. Ein modernes Konzept, das auch - und dazu werde ich später sprechen - im Lichte des neuen Europas besonders hervorgehoben werden muß.

Ein weiterer Aspekt, der in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden muß, ist sicherlich der Medienbereich. Wir wissen alle, daß durch jene berühmten Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes, 1975 und danach das Medienmonopol der RAI aufgehoben worden ist und damit für den privaten Bereich eine Vielfalt im Rundfunk- und Fernsehsektor entstehen konnte. Im Zuge dazu hat sich auch die Rundfunk- und Fernsehanstalt RAI bemüht, ein bißchen zu dezentralisieren und - fast möchte ich sagen - Filialen, nämlich das dritte Netz in den Regionen aufzubauen. Nun gibt es das Privatfernsehen, das lokal weniger, auf gesamtstaatlicher Ebene besser funktioniert und es gibt die RAI mit ihren Filialen, ich nenne sie mit Absicht einmal so. Aber wo bleibt denn eigentlich der Geist dieses Verfassungsurteiles, der eigentlich erreichen wollte, daß die Bevölkerung an der Meinungsbildung direkt teilhaben könnte? Wo bleibt er bei den privaten, wo bleibt er bei der öffentlich-rechtlichen Anstalt? Bei den privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten ist die Entwicklung eindeutig und kaum aufzuhalten. Es überleben nur mehr jene großen Networks, die, von genügend Kapital ausgerüstet, Gesamtitalien bestrahlen, damit auch für die Werbung attraktiv sind, und die kleinen lokalen Sender, für die eigentlich das Verfassungsurteil gemacht worden ist, sterben einer nach dem anderen. Das ist der private Sektor. Der öffentlich-

rechtliche, die RAI, hat der Konkurrenz Rechnung getragen, hat Filialen aufgemacht. Wo bleibt aber die Mitsprachemöglichkeit der Bevölkerung von der Basis her? Auf diese beiden Fragen kann nur eine Antwort gegeben werden, wenn das erfüllt wird, was eigentlich im Geist des Verfassungsurteiles liegt und was uns als autonome Provinz Bozen und als autonome Provinz Trient auch gemäß Autonomiestatut zusteht, nämlich die Mitgestaltung im Bereich der Kommunikation. Ich weiß, daß ich mit dieser Äußerung nicht auf ungeteilte Zustimmung treffen werde. Aber es ist unsere Aufgabe, wenn wir erkennen wollen, daß die Politik auch wesentlich davon beeinflußt wird, wie die Leute berieselt werden und wer der Träger der Berieselungsmacht ist. Es ist sicherlich keine autonome Regelung, keine Regelung im Sinne von mehr Demokratie und Zustimmung der Bevölkerung, wenn das nur auf der Privatebene von großen Networks in Italien gemacht wird oder nur von der Mutter RAI, die von oben herab Filialen gründet. Der einzige sehr schwache Versuch, ein bißchen Mitgestaltungsrecht zu bekommen, ist in den sogenannten Rundfunk- und Fernsehbeiräten gegeben, den andere Regionen bereits gegründet haben und die eigentlich vom Gesetz vorgesehen werden, um diese Mitgestaltungsmöglichkeit der Bevölkerung zu gewährleisten. Aber es sind sehr bescheidene Mitgestaltungsmöglichkeiten. Ich habe selber Gelegenheit gehabt, im Dezember 1987 als Vertreter des Landtagspräsidiums an Arbeiten dieser Rundfunk- und Fernsehbeiräte in Italien mitzuwirken. Damals hat uns ebenfalls der damalige Regionenminister Gunnella mit seiner Anwesenheit beehrt und hat sich bemüht aufzuzeigen, daß diese Beiräte in Italien überhaupt keine Funktion haben, ja fast um das Überleben ringen. Aber dabei ist es auch geblieben. Südtirol - ich glaube, soviel ich weiß, auch das Trentino - hat bisher diesen Beirat für die RAI noch nicht errichtet. Aber so wie sie vorgesehen sind, hat es ja auch keinen Sinn. Was es braucht, ist, mutig zu erkennen, daß ein Mitgestaltungsrecht der Bevölkerung dann gewährleistet wird, wenn man auch den Mut hat, die Zuständigkeit hierfür der Bevölkerung im regionalen bzw. in unserem Falle im autonomen provinziellen Bereich zu übertragen. Die Möglichkeit dafür wäre gegeben. Die rechtlichen Aufhänger im Autonomiestatut sind da, wenn man politisch will. Und um diesen politischen Willen ersuchen wir bei dieser Gelegenheit.

Nach diesen wenigen politischen Überlegungen - aber ich möchte auch die Zeit nicht überstrapazieren, man kann und man soll auch nicht alle Dinge hier anführen wollen, die wesentlichen Schwerpunkte, die mir am Herzen

lagen, habe ich gesagt - möchte ich zu einigen sachlichen Themen Stellung nehmen, die die Arbeit der Region im Rahmen ihrer Instrumente betreffen. Eines dieser Instrumente ist in der vergangenen Legislaturperiode sehr stumpf geworden, und daran sollen wir uns erinnern, damit es nicht noch stumpfer wird oder so stumpf bleibt, sondern vielleicht wiederum zu reifen beginnt. Das ist das Instrument der Begehrensanträge und Begehrensgesetzentwürfe. Wir wissen alle, daß wir über die Zuständigkeiten Kataster, Handelskammern, Ordnungszuständigkeiten in verschiedenen Bereichen hinaus als Regionalrat die Möglichkeit haben, mit den Begehrensanträgen und Begehrensgesetzentwürfen Einfluß auf die Staatsgesetzgebung zu nehmen. Es ist sehr verführerisch für alle, und dabei nehmen wir uns als Südtiroler Volkspartei nicht aus, zu allen möglichen Themen, die im Staate zu Diskussion stehen, mit einem Begehrensantrag oder Begehrensgesetzentwurf Stellung zu nehmen. Je mehr wir davon produziert haben - wir haben sehr viele davon produziert -, desto stumpfer wurde dieses Instrument, desto mehr sind die entsprechenden Vorschläge in den römischen Schubladen verstaubt. Deswegen würde ich darum ersuchen, dieses Instrument wirklich ernst zu nehmen und nur dann einzusetzen, dann aber scharf, wenn es wirklich um große Probleme unserer Region geht, so wie es übrigens auch im Art. 35 des Autonomiestatutes verankert ist. Einen Bereich haben wir sei es in der Legislaturperiode 1973-78, sei es 1978-83, sei es in der jüngsten Legislaturperiode immer wieder angesprochen, und zwar eine autonome Sektion des Jugendgerichtes in Bozen. Nun hoffe ich, daß dieses Problem nicht mehr auf diesem Wege gelöst zu werden braucht, weil es dann überhaupt nicht gelöst wird, sondern daß die politische Kraft, der politische Einfluß stark genug ist, das Staatsgesetz voranzutreiben, das im Parlament liegt, für die Errichtung einer Sektion des Oberlandesgerichtes in Bozen und damit automatisch für das Jugendgericht in Bozen. Es ist also ein wichtiges Anliegen für die Menschen, die in unserem Lande leben, für die jungen Menschen und für die Familien, die zur Zeit mit einer sehr schwierigen Lage zurechtkommen müssen. Jugendliche aus der Provinz Bozen werden z.Z. vor das Jugendgericht in Trient gestellt, werden von ihrem sozialen Rahmen herausgerissen und kommen wirklich vor große Probleme, die nicht allein sprachlicher Natur sind, aber auch sprachlicher Natur, sondern die einfach ein Problem der Entwurzelung darstellen, weil ein junger Mensch - es geht ja nur um Jugendliche unter 18 Jahre -, der einen so heiklen Moment erlebt, wie es eine Straftat oder ein mögliches Strafvergehen darstellt, besondere

Stützbedürftigkeit hat und besonders sozial begleitet werden sollte. Dazu besteht die politische Verpflichtung. Sie ist im Regionalprogramm drinnen. Präsident Andreolli, ich lege es Ihnen auch persönlich ans Herz, diesbezüglich bei nächster Gelegenheit in Rom danach zu sehen, daß dieser Programmpunkt auch baldigst verwirklicht wird.

Ein zweites sachliches Thema, das mir Sorgen bereitet und auch einer Intervention in Rom bedarf, ist das Kreditwesen. Wie Sie wissen, ist das für die Region eine der wenigen Zuständigkeiten, die sie hat. Sie ist im Art. 5, Punkt 3 des Autonomiestatuts festgelegt: "ordinamento degli enti di credito fondiario e di credito agrario, delle casse di risparmio e delle casse rurali nonché delle aziende di credito a carattere regionale". Dazu die Durchführungsbestimmung aus dem Jahre 1977 Nr. 234, Art. 2, die ich zitiere: "Ai fini del precedente articolo 1 e dell'articolo 11 del Decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, sono considerati a carattere regionale tutti gli enti e gli istituti e tutte le aziende di credito che abbiano la sede legale e sportelli esclusivamente nel territorio regionale". Wir wissen alle, was passiert. Allein mit dem Öffnen eines Schalters außerhalb der Grenzen der Region ist der Einflußbereich, die Zuständigkeit der Region über eine solche Sparkasse oder eine solche Bank in Gefahr bzw. weg. Der Verfassungsgerichtshof hat das noch dazu erhärtet. Nun bin ich der Meinung, daß der Gesetzgeber damals, die Abfasser der Durchführungsbestimmung mit diesem Vorbehalt, daß die regionalen Banken in die Zuständigkeit des regionalen Verwaltungsorgans fallen, sicherlich gemeint hat, nicht ein Banco di Roma, der seinen Sitz in Rom hat, soll von der Region kontrolliert werden, nicht ein Credito Italiano oder ein Banco di Sicilia, sondern eben die lokalen Banken, die auf regionaler Ebene tätig sind. Aber zwischenzeitlich hat sich auch für die regionalen Banken die Wirklichkeit verändert. Es ist einfach eine Phase der Entwicklung, daß auch die regionalen Banken sich über ihren Bereich hinaus ausweiten und versuchen, möglichst da oder dort in der Nachbarschaft, auch außerhalb unserer Region Schalter zu eröffnen, nur mit der unangenehmen Folge, daß damit die Kompetenz der Region praktisch auf Null degradiert wird. Ich ersuche deshalb, daß wir auf die Regierung einwirken, diese Durchführungsbestimmung so zu ändern, daß man das Wort "esclusivamente" praktisch im Sinne des Autonomiestatutes durch ein anderes Wort, das beispielsweise lauten könnte "prevalentemente", ersetzt. Das war ja der Sinn der Sache, daß diejenigen Banken, die in der Region vorrangig tätig sind, auch von der Region

betreut und kontrolliert werden, vor allem im Hinblick auf Europa und auf die Bewegung, die sich im Hinblick auf 1992 diesbezüglich ergibt.

Jetzt noch ein dritter sachlicher Bereich. Jugendgericht habe ich schon angesprochen, Kreditwesen habe ich angeführt. Kompetenz im Bereich der Sozialvorsorge und der Sozialversicherung: Da muß ich etwas sagen. Wahrscheinlich vor lauter Angst, die Region nicht übermäßig aufzublähen, vor lauter Sorge - vielleicht ist das die Ursache -, zu Lasten der autonomen Provinzen sozusagen etwas zu schaffen, was nicht im Geist des "Los von Trient" wäre, ist es uns entgangen, eine wichtige Zuständigkeit wahrzunehmen, die das Autonomiestatut zwar nur im tertiären Bereich, aber immerhin der Region als Zuständigkeit vorbehält, und zwar ist das der soziale Bereich. Das ist der einzige Punkt neben der Sozialfürsorge, die den Provinzen vorbehalten wird, in dem die Autonomie ausdrücklich in die lokale Verantwortung übertragen wird und zwar im Artikel 6. Dieser Art. 6 des Autonomiestatutes sieht zwar nur eine tertiäre Zuständigkeit, also eine sogenannte ergänzende Zuständigkeit vor, aber sie ist trotz dieses Vorbehalts der Ergänzung gegenüber den Staatsgesetzen rechtskräftig. Ich darf zitieren: "Nelle materie concernenti la previdenza e le assicurazioni sociali la Regione ha facoltà di emanare norme legislative allo scopo di integrare le disposizioni della legge dello Stato ed ha facoltà di costituire appositi istituti autonomi e agevolarne la istituzione". Die Region kann also in Ergänzung zu den staatlichen Gesetzesbestimmungen eigene Vorschriften erlassen und kann eigene autonome Institute errichten oder ihre Errichtung fördern. Wenn wir dann die entsprechende Durchführungsbestimmung dazu prüfen, Nr. 58 aus dem Jahre 1978, dann hören wir im Art. 1 die Bestätigung dieses Verfassungsauftrages, und im Art. 2 geht es sogar noch sehr ins Konkrete. Diesen Artikel 2 darf ich verlesen: "Agli istituti autonomi", also diesen zu schaffenden Einrichtungen "costituiti secondo..." usw. "su richiesta della regione o in caso di decentramento generale di funzioni del sistema previdenziale possono essere attribuite anche funzioni esercitate dall'INPS, dall'INAIL e da altri enti od istituti operanti nel settore della previdenza e delle assicurazioni sociali". Das heißt, wir dürfen nicht nur in Ergänzung vom Staat...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Signor Peterlini, Le comunico che Lei ha pochi minuti per terminare il Suo intervento, avendo occupato il

Suo tempo...

PETERLINI: Ich komme also zum Schluß. Ich bitte, diesen Verfassungsauftrag des Art. 6 des Autonomiestatutes auszuschöpfen und bitte die neue Regionalregierung, diesbezüglich konkret an die Arbeit zu gehen, ein Institut zu gründen, daß dann konkret die Forderungen, die heute vormittag auf den Tisch gelegt worden sind, berücksichtigt werden - Kollegin Franzelin, Kollege Kaserer haben davon gesprochen, die Südtiroler Volkspartei hat einen Beschlußantrag, ich zitiere ihn nicht mehr, durchgesetzt, es gibt ein Papier Ferretti, Benedikter, Präsident Bazzanella, das diesen Beschluß erhärtet, das Geburtengeld auch auf die Hausfrauen auszudehnen, die keiner beruflichen Tätigkeit nachgehen -, aber auch Systeme zu studieren, um die Hausfrauen überhaupt in ihrer Versicherungsposition abzusichern. Das liegt in unserer Möglichkeit. Wir können ein Institut schaffen, das neue Möglichkeiten zum Schutz der Familie ergreift, und ich bitte darum, daß man dieses soziale Instrument voll und ganz ausschöpft.

Ich komme somit sowieso zum Schluß. Ich wollte einige Dinge über Bürgernähe noch sagen. Ich hoffe, daß auch unser gemeinsamer Beitrag, Präsident Tretter, das geht jetzt in die Richtung Regionalrat, dazu dienen kann, daß die demokratische Institution als Parlament dieses Gebietes möglichst durchsichtig, möglichst bürgernah arbeiten kann und auch die Beteiligung der Bürger und der jungen Menschen mit vorsieht. Eine Region also, die in eine neue Arbeitsphase geht, mit Vertrauensvorschuß ausgestattet, in einem Klima, das diesem Vertrauensvorschuß sicherlich auch eine positive Antwort geben will, mit der wir uns bemühen wollen, keinen Bruch mit der Geschichte zu begehen, sondern diese Geschichte fortzusetzen in Gemeinsamkeit, auf den gemeinsamen Wurzeln, die uns im Bemühen verbinden, mehr Autonomie, mehr Mitsprache der Bevölkerung im Staate Italien und darüberhinaus auch im zukünftigen Europa zu verankern. Ich danke Ihnen, Herr Präsident!

(Signor Presidente! Colleghe e Colleghi! Vorrei svelarvi una cosa: ieri a mezzogiorno stavo discorrendo con il Presidente designato della Giunta regionale dott. Andreolli il quale, aldilà di quanto contenuto nelle sue dichiarazioni programmatiche, così si è espresso, pur in maniera non ufficiale, nel corso di tale conversazione: sono cambiate alcune cose, egli diceva, tra questa legislatura e quella scorsa. Queste trasformazioni sono avvenute, bisogna ammetterlo, anche nella provincia di Trento. Ma la sua impressione era che per quanto riguarda

l'atteggiamento nei confronti della Regione il cambiamento avesse interessato in primo luogo i rappresentanti del Sudtirolo. E' fuori dubbio che negli interventi uditi fino ad ora, anche nelle prese di posizione degli esponenti della Südtiroler Volkspartei, si esprime effettivamente una coscienza nuova, ed è giusto e anzi doveroso chiedersi in che misura ciò costituisca una rottura con la tradizione precedente, con la storia precedente, o quanto invece questa nuova legislatura non rappresenti semplicemente una nuova pagina nella storia sudtirolese e tirolese, nella storia di questa regione. E su questo quesito vorrei prendere posizione all'inizio di questo mio intervento. Non c'è dubbio infatti che da quando ha preso avvio la storia della nostra autonomia, dal 1948, con il suo apice nell'anno 1957 nella manifestazione di Castelfirmiano, è andata sviluppandosi in provincia di Bolzano, tra i sudtirolesi, una mentalità che è poi sfociata per l'appunto nello slogan di Castelfirmiano, nel "Los von Trient". Indubbiamente quel "Los von Trient" uscito dalla grande manifestazione popolare dei sudtirolesi a Castelfirmiano ha lasciato un'impronta determinante nella storia degli anni successivi, e come una sorta di eredità è sopravvissuto fino ad oggi in questo Consiglio. Per fornire una risposta autentica e storicamente valida al quesito che ho sollevato non basta tuttavia analizzare questi ultimi trent'anni, occorre andare a far luce anche sulle radici storiche. Non ho bisogno di farlo personalmente; nel corso del dibattito sulle dichiarazioni programmatiche di Andreolli l'hanno fatto ottimamente diversi altri oratori. Ricordo molto bene l'intervento dello storico e collega dott. Franz Pahl, che ha richiamato le comuni radici del Tirolo sottolineando che dal 1248, data formale della fondazione del Tirolo, la storia tirolese ha avuto uno sviluppo comune durato qualcosa come 700-800 anni, abbracciando nel tempo un territorio che andava da Kufstein fino al lago di Garda: il Tirolo storico nel suo aspetto multiforme e plurilingue, con l'antica popolazione ladina, la popolazione di ceppo tedesco, la popolazione di lingua italiana. Perché allora nel 1957 - come ripeto, le premesse erano nell'aria fin dal 1948 - si arrivò a quella rottura - e non voglio ripetere di nuovo tutta la storia che il collega Pahl ha già brillantemente illustrato - se alle spalle c'era una storia comune lunga secoli e secoli? Si arrivò a quella rottura per un semplice motivo, perché già nel 1919, dopo l'annessione del Sudtirolo all'Italia e il successivo fascismo, ma purtroppo anche nel secondo dopoguerra, si sfruttò la coabitazione col Trentino o meglio, la maggioranza venutasi a formare da parte italiana in seguito

al distacco del Tirolo settentrionale ed orientale, si sfruttò o, per dirla diversamente, si abusò politicamente di questa maggioranza italiana, si abusò del Trentino per mettere in minoranza i sudtirolesi e per negare loro la tutela cui avrebbero avuto diritto in base all'Accordo di Parigi del 1946. Questo è l'errore storico che è stato commesso e che occorre segnalare per capire come mai il "Los von Trient" è sopravvissuto per tutti questi anni in tutti i dibattiti sul bilancio tenutisi in questo Consiglio e in tutte le dichiarazioni che nel tempo si sono qui succedute. E' ovvio che stamane nel corso delle dichiarazioni dovesse per forza di cose manifestarsi una certa meraviglia di fronte a questa nuova visione, meraviglia contenuta non solo nel commento positivamente stupito del Presidente designato Andreolli ma anche nel duro intervento del collega dott. Alfons Benedikter sfociato in quell'esclamazione finale: Così non ci sto più! E' stata, la sua, una posizione di rottura con le dichiarazioni precedenti, posizione che il cons. Benedikter ha poi motivato sulla base delle affermazioni contenute nel programma di governo o meglio su quanto egli riteneva mancante in tali dichiarazioni.

Se oggi come sudtirolesi in Consiglio regionale siamo più aperti alla collaborazione con il Trentino, se - come da più parti è stato ricordato - la stessa istituzione ecclesiastica ha sottolineato le radici storiche che accomunano nella storia tirolese il Trentino, il Sudtirolo ed il Tirolo austriaco, e se i Presidenti delle due Province si sono incontrati con una stretta di mano definita storica, ebbene si tratta di una sorta di "anticipo di fiducia" che i sudtirolesi esprimono con questo. Un "anticipo di fiducia" che consiste nel voler deporre la paura, nel credere che la Regione non verrà mai più usata in futuro per risospingere i sudtirolesi in quel ruolo infelice conosciuto nel 1948 e negli anni successivi o peggio ancora sotto il fascismo. I sudtirolesi esprimono questo "anticipo di fiducia", vi preghiamo di considerarlo tale. Un "anticipo di fiducia" che, dati gli sviluppi e l'attuale momento storico, era necessario esprimere e che per fortuna è stato espresso. Stiamo attraversando oggi una fase dell'autonomia che non può far piacere a nessuno: ciò concerne soprattutto la convivenza dei gruppi etnici in Sudtirolo, dove sono sorte determinate tensioni per il semplice fatto che la popolazione italiana - e su questo la posizione della Südtiroler Volkspartei non è mutata - non è stata adeguatamente preparata alle molteplici novità prodotte dall'autonomia, alla perdita di qualche privilegio, e anche perché i vantaggi dell'autonomia non

sono stati illustrati a sufficienza. Queste tensioni hanno trovato espressione nei fuochi accesi dai nazionalisti. E' sempre facile per i demagoghi sfruttare le fasi più difficili e delicate per distogliere l'attenzione, con i loro slogan demagogici, dalla vera risoluzione dei problemi e per cercare tale risoluzione ripercorrendo a ritroso la storia, come ad esempio ha fatto a Bolzano il MSI. Tutto questo non è servito a nessuno. Ma tutti i democratici hanno riconosciuto la necessità di creare un nuovo clima di fiducia per bloccare definitivamente questa pericolosa tendenza verso il nazionalismo, per dare a tutti i gruppi etnici in provincia di Bolzano e in regione la sensazione di vivere in una democrazia, in un'autonomia unica nel suo genere in Europa, certo non ancora perfetta ma in grado di offrire alla gente qualche possibilità di partecipazione diretta e di garantire quindi concretamente anche un certo sviluppo culturale di tutti i gruppi linguistici nonché di produrre determinati benefici a livello economico e sociale. Sottolineo questi due ultimi, importantissimi punti - "nonché di produrre determinati benefici a livello economico e sociale" - anche perché tutti noi, come detentori di una responsabilità politica, dobbiamo richiamare continuamente alla memoria del singolo cittadino questi vantaggi dell'autonomia se vogliamo che la gente dia e conservi nel tempo il suo appoggio a questa politica.

Per migliorare questo clima era sicuramente necessaria una certa apertura, un "anticipo di fiducia" da parte di tutte le forze politiche, e in occasione delle trattative per la formazione della coalizione regionale la Südtiroler Volkspartei questo "anticipo di fiducia" l'ha manifestato: un fatto nuovo che ha indotto alcuni allo stupore, altri a scuotere la testa, altri ancora ad un duro "no". Io ritengo tuttavia che nel complesso questo miglioramento di clima sia già avvertibile, che il nuovo clima esistente tra i gruppi etnici stia già dando i suoi frutti e che la gente abbia la possibilità di vivere già adesso forme più distese di convivenza senza - e questo è l'essenziale - dover sacrificare misure di tutela previste per le minoranze o misure di tutela - anch'esse pur sempre garantite a livello statutario - per la maggioranza di lingua italiana. Questo clima di fiducia, questo clima più disteso nel quale viviamo l'autonomia rispetto all'ultimo scorcio della scorsa legislatura darà sicuramente nuovi frutti. E alla luce di questo clima più disteso è sicuramente comprensibile anche la posizione della Südtiroler Volkspartei.

Nel suo intervento di stamane il collega Benedikter - e qui devo dedicare un pensiero anche alle sue

affermazioni - ribadendo di parlare a titolo personale, ha dichiarato in conclusione di non poter dare il proprio voto favorevole a questo programma e a questa Giunta. Ebbene, da un punto di vista personale e anche per un senso di apprezzamento per quanto il collega Benedikter ha fatto fino ad oggi io posso benissimo comprendere le sue affermazioni. Se talvolta si è abusato del concetto di "padre dell'autonomia", in questo caso non va dimenticato che il collega Benedikter merita senz'altro a buon diritto il titolo di "padre dell'attuazione dell'autonomia": egli infatti, pur essendo tra i pochi che nel 1969 in occasione del congresso provinciale della Südtiroler Volkspartei ribadirono che il Pacchetto non costituiva una soluzione soddisfacente per il Sudtirolo, ha lavorato tuttavia da autentico democratico per più di vent'anni, dal 1969 al 1989, giorno per giorno alla sua realizzazione, tanto che si può dire che praticamente ogni singola frase delle norme di attuazione oggi fissate nei ben noti DPR reca la sua firma. Alla luce di questi fatti è dunque particolarmente significativo e clamoroso che sia proprio lui a dire: Così non ci sto più! Ma a questo punto sorge spontanea una domanda: perché mai le perplessità espresse quest'oggi non hanno trovato riscontro nei colloqui preparatori che hanno avuto luogo nei tanto lamentati quattro lunghi mesi impiegati per formare la Giunta? E qui, come componente del gruppo della Südtiroler Volkspartei, ho anch'io una lamentela da fare: il collega Benedikter è capogruppo della Südtiroler Volkspartei, ma noi non abbiamo mai avuto la possibilità di esporre le nostre proposte come membri di tale gruppo, come Consiglieri eletti in quest'assemblea perché per comprensibili malumori, per comprensibili motivi personali il gruppo non è mai stato convocato. Questa è l'unica risposta chiara che possiamo dare. Per quanto possa capire la posizione di chi dice "io non sono d'accordo con questo e con quest'altro", sono costretto a dare comunque un'unica risposta: come componenti del gruppo della Südtiroler Volkspartei non abbiamo mai avuto la possibilità di esprimere la nostra posizione in una riunione di gruppo e quindi neppure lo stesso capogruppo ha mai avuto modo di esporre, con l'appoggio di tutto il gruppo, la posizione di quest'ultimo alla delegazione impegnata nelle trattative per la Giunta. Dopo l'elezione del Consiglio regionale c'è stato un passaggio delle consegne, e trovo corretto e democratico che il nuovo vice-capogruppo, il collega Siegfried Brugger - io non potevo più esserlo dal momento che ho l'onore di rappresentare l'intero Consiglio come Vicepresidente - abbia voluto e dovuto attendere l'ulteriore evolversi della situazione per non togliere a

nessuno quanto magari era venuto a crearsi nella legislazione passata dalla prassi e dalla positiva collaborazione tra il dott. Benedikter e la mia modesta persona. Questa comunque resta, per dirla breve, la difficoltà che si sarebbe dovuta rimuovere, ciò che sicuramente avrebbe fatto perdere all'intervento di questa mattina molta della sua drammaticità e avrebbe permesso di inserire nero su bianco nel programma di Giunta anche molte delle proposte che tu hai avanzato. So che il dott. Benedikter non faceva parte della delegazione trattante, è vero, lo confermo, ma ciò non toglie nulla al fatto che la Südtiroler Volkspartei avrebbe potuto discutere la propria posizione e farsi forte del peso politico dato da ben ventidue consiglieri per sottoporre queste posizioni in maniera adeguata, non solo come carte private, alla Presidenza. La Presidenza ha condotto le trattative e certamente avrebbe tenuto conto dell'opinione di ventidue Consiglieri, se non ha tenuto conto dell'opinione di un singolo consigliere Benedikter. ...Dottor Benedikter, non vorrei ora cadere in un dialogo a due. Ma non si tratta di dire che la Presidenza dovrebbe chiedere le opinioni degli altri, si tratta di dire che ventidue Consiglieri eletti rappresentano e rappresentavano un "forum" e che per mesi, dal novembre dello scorso anno, quest'organo non si è mai riunito e pertanto non ha mai espresso il proprio peso politico.

La maggioranza della SVP, tuttavia - ma qui non vorrei precorrere il collega Brugger, che certamente illustrerà in sede di dichiarazione di voto l'atteggiamento della SVP verso la Giunta - sostiene questo coraggioso passo di apertura, che la stessa popolazione giudica favorevolmente. Ho già citato, tra i fatti di importanza storica, la posizione della Chiesa e l'incontro tra i Presidenti delle due Province, ma aggiungo ancora un altro fattore sicuramente molto importante: si tratta dell'opinione pubblica, che trova la sua espressione nella stampa. Il quotidiano "Dolomiten", che nelle questioni inerenti l'autonomia si è sempre mosso con la massima coerenza e cui di certo non si può minimamente imputare di aver mai abbandonato a se stessi i sudtirolesi per quanto riguarda la politica di tutela delle minoranze ma che anzi ha sempre perseguito con coerenza questa linea, è intervenuto sulla questione con un articolo di fondo firmato dal caporedattore dott. Josef Rampold. Credo valga la pena di leggerlo. Il "Dolomiten" parte dal seguente presupposto - cito letteralmente: "Questo nuovo clima non va frainteso. Vi fu a suo tempo un preciso assetto politico astutamente costruito da Degasperi che da parte sudtirolese

ha indubbiamente giustificato in senso politico il mai dimenticato 'Los von Trient'." L'articolo analizza poi gli eventi storici, richiamando anche la positiva collaborazione tra Trentino e Sudtirolo. Vorrei citare il passaggio - lentamente, perché anche la traduttrice possa seguire: "Come sempre la storia insegna. Ai tempi delle grandi migrazioni dei popoli i confini tra nord e sud erano ancora molto fluidi. Chi vuol rendersene conto basta visiti la Val dei Mocheni o i Sette Comuni o i Tredici Comuni, oppure si dedichi alla toponomastica e alla cartografia antica. Un'ulteriore fase caratterizza poi quell'epoca in cui per la prima volta cominciò a delinearsi una grande Europa spirituale - da allora purtroppo irripetuta in quella forma - espressa nell'unità del Sacro Romano Impero della nazione germanica che condusse ad una grandiosa compenetrazione e fusione del pensiero del nord con quello del sud. Nella nostra provincia tutto questo si realizzò nell'aristocrazia, che era sovranazionale. La nostra provincia e il Trentino, come pure la diocesi di Trento, erano caratterizzate da quella funzione sovranazionale di ponte della quale oggi ritorniamo a sognare. Chi desidera approfondire questi aspetti provi a visitare i castelli del Trentino e capirà tutto questo molto chiaramente. Ad onta di tutte le beghe di natura esteriore è sempre esistito un collegamento nella letteratura, nell'arte, nella scienza e nella ricerca: basta sfogliare gli "Studi Trentini" o lo "Schlern" per rendersene conto. Ma ciò che più conta" - e con questo ho concluso la citazione - "è che in fondo gli uomini di queste due diverse culture ed aree linguistiche non si sono lasciati rovinare dalla politica". Fine della citazione.

E qui mi aggancio ad un aspetto essenziale di quella che fu la politica regionale dopo il 1948, un aspetto segnato da un atteggiamento ostile all'autonomia, a scapito soprattutto dei sudtirolesi. Si potrebbe pensare che siano stati i Trentini a portare avanti quel genere di politica, ma non è vero: in Trentino operava a quel tempo l'"Associazione Studi Autonomistici Regionali", la cosiddetta ASAR, che con i suoi 100.000 iscritti e oltre - dunque come espressione di popolo - lavorava, a differenza della classe dirigente, in stretta collaborazione con i politici sudtirolesi per il raggiungimento di un'autonomia comune. Questa fu l'autentica dimensione storica. Passo al punto successivo. Perché la Südtiroler Volkspartei ha tanto insistito in sede di trattative per la Giunta affinché gli eredi dell'ASAR, l'odierno Partito autonomista trentino-tirolese, l'odierno PATT, avessero parte alle responsabilità di governo nel momento in cui siamo in grado

- con questo "anticipo di fiducia" di cui parlavo poc'anzi
- di ritrovare l'antico ruolo storico? Noi abbiamo insistito che anche il PATT fosse associato alle responsabilità di governo per questa regione quale segno esteriore di questa nuova evoluzione, e l'abbiamo anche detto espressamente in sede di trattativa. Questo è anche il motivo per cui il negoziato si è protratto così a lungo. Lo dico a tutti coloro che - sia con interrogazioni sia durante il dibattito - hanno lamentato a ragione l'eccessiva lunghezza delle trattative per la formazione di una Giunta in sé e per sé non certo ricca di competenze. La Südtiroler Volkspartei ha negoziato fino all'ultimo per ottenere l'inserimento dei trentino-tirolesi quale espressione della dimensione storica dell'antico Tirolo. L'esito della trattativa non lo ha consentito. Il perché - perché non sia stato possibile - non dovete chiederlo a noi, collega Rella, ma ai partner della maggioranza di governo che non l'hanno consentito. Forse stavolta i sudtirolesi sono stati più rapidi nel superare talune difficoltà storiche degli ultimi decenni. Forse il Presidente Andreolli aveva ragione quando affermava che le trasformazioni hanno interessato sia il Trentino che il Sudtirolo ma forse in modo maggiore quest'ultimo. Così si era espresso il collega Andreolli. La domanda va rivolta comunque ai partner che non erano d'accordo. La Südtiroler Volkspartei si è trovata davanti ad un bivio: o scegliere di rimanere rigidamente sulle proprie posizioni, non sottoscrivere alcun accordo di coalizione - la presenza in Giunta a titolo etnico l'avremmo garantita in ogni caso, sia ben chiaro, perché ciò è espressamente previsto dallo Statuto, comunque avremmo avuto la possibilità di rinunciare sulla base dello Statuto a qualsiasi altro tipo di collaborazione che non fosse quello formale-giuridico della presenza in Giunta - oppure, alternativa due, accettare un compromesso. La politica sta anche nel riconoscere quand'è il momento di muovere qualche passo incontro all'altro e di mostrare la propria disponibilità, altrimenti le chiacchiere sul "nuovo clima" restano sempre e solo chiacchiere. La Südtiroler Volkspartei ha scelto questa seconda strada, ha preferito la strada del compromesso a quella dell'ostinatezza e dell'autoesclusione, ma solo perché questo compromesso è un compromesso dignitoso che trova espressione nella presidenza di questo Consiglio, nella carica ricoperta dal collega Tretter quale rappresentante e titolare di questa dimensione storica. Un compromesso - credo - che nonostante le difficoltà del nostro partito nel dover rinunciare alle sue richieste originali trova tuttavia una sua espressione

dignitosa e costituisce un primo passo sulla strada di un futuro congiunto.

E passo con questo al prossimo punto: in che cosa consiste dunque, dopo questo "anticipo di fiducia", dopo tutti questi sforzi, la nuova strada che la Regione deve percorrere e che noi insieme vogliamo percorrere? Sicuramente consiste anche nel gestire in modo buono e appropriato le competenze che sono da gestire - e su questo mi soffermerò più tardi, nell'ultima parte del mio intervento. Ma sarebbe troppo poco. Di certo non basterebbe a giustificare la Regione, anzi da un punto di vista puramente oggettivo e tecnico-amministrativo, e sulla base di queste poche riflessioni anche da un punto di vista politico bisognerebbe anzi dire che per gestire il libro fondiario, il settore del credito, le camere di commercio e le poche competenze ordinamentali e di vigilanza rimaste per alcuni settori, non c'è davvero più bisogno dell'istituzione Regione: basterebbe trasferire in qualche modo queste poche competenze alle due Province, ed avremmo un pesante apparato burocratico in meno e un po' di immediatezza in più a tutto vantaggio del cittadino. La nuova strada consiste certamente nell'impegnarci, partendo dalla storia comune, per valorizzare, difendere e rivitalizzare il ruolo delle autonomie locali nel nostro territorio regionale e nello Stato in cui viviamo. C'è molto da fare a questo proposito, e come sudtirolesi siamo profondamente grati che il Trentino ricambi - così almeno speriamo - l'"anticipo di fiducia" col quale ci apprestiamo ad entrare in questa Giunta, battendoci al nostro fianco per ottenere tutto ciò di cui ha parlato stamane il collega Benedikter e da cui siamo ancora molto distanti; sappiamo tutti infatti che il clima attuale in Italia non è certo un clima favorevole alle autonomie e che dopo una prima vampata di regionalismo la ruota ha già ripreso da tempo a girare all'incontrario. L'espressione più eclatante di questa involuzione è già stata segnalata a buona ragione dal collega Benedikter e non vi è altro da aggiungere, se non semplicemente sottolineare come il Governo, contro il disposto costituzionale e contro gli sforzi delineati nel DPR 616, non abbia certo in testa progetti di regionalismo. Il lamento contro la facoltà di indirizzo e coordinamento è un lamento comune, e a questo proposito ci attendiamo che tutte le forze che concorrono realmente all'autonomia e che testimoniano la volontà di concorrervi si battano assieme a noi contro questa prerogativa del Governo.

Come Vicepresidente fresco di nomina ha avuto occasione di partecipare tempo fa, al posto del Presidente Tononi, ad un convegno dei Presidenti dei Consigli

regionali tenutosi a Firenze alla fine di gennaio di quest'anno. Ci onorò della sua presenza il Ministro delle regioni Maccanico, il quale si sforzò ovviamente, in conformità al pubblico convenuto, di testimoniare la fede del Governo nelle autonomie. Per questa nuova versione Maccanico scelse però un esempio molto infelice richiamando tra l'altro la legge di riordinamento della Presidenza del Consiglio dei Ministri, come se tale legge fosse in un certo senso l'uovo di Colombo col quale procedere al potenziamento delle autonomie. In tale occasione io ricordai al Ministro - come sempre hanno fatto i nostri rappresentanti, in testa a tutti il dott. Benedikter, in occasioni analoghe durante i convegni dei Presidenti delle Giunte regionali - che proprio questo punto costituisce la limitazione più drastica dell'autonomia. Sappiamo che purtroppo la Corte costituzionale ha ribadito in una sua sentenza la legittimità costituzionale di questo potere governativo, cosicché la possibilità di eliminarlo è affidata al legislatore e alle forze politiche, non al giudice. Ma un famoso giudice della Corte Costituzionale, il giudice Paladin, ha affermato testualmente il 22 febbraio 1985, cito il testo originale: "Da noi per contro si è inventata con legge ordinaria ed attuata con leggi delegate una funzione come quella di indirizzo e coordinamento che nella Costituzione non trova alcun chiaro riscontro". La stessa Corte costituzionale che purtroppo ha ribadito la legittimità di questa competenza del Governo lamenta però nella stessa sentenza: "Si tratta di una penetrante ingerenza nella sfera dell'autonomia speciale, rispettivamente di un'ulteriore compressione dell'autonomia". Ma accanto a questo incisivo strumento ne esistono altri che purtroppo hanno trovato applicazione ultimamente e certo non testimoniano un atteggiamento incoraggiante del Governo nei confronti delle Regioni. Forse anche le stesse Regioni hanno un po' di responsabilità in questo. In passato ho avuto occasione di partecipare ad alcuni incontri - vi sono quelli dei Presidenti delle Giunte e quelli dei Presidenti dei Consigli regionali - dispendiosi nell'allestimento e fastosi nel loro svolgersi, dietro i quali però non si intravede molta consistenza politica. Ai rappresentanti delle Regioni che lamentavano questo fatto e anche al sottoscritto il ministro Maccanico ha risposto semplicemente: Non dimenticate che nel 1977 il Governo e il Parlamento hanno testimoniato con il DPR 616 la loro buona volontà, ma che nelle singole Regioni - non parlava della Regione Trentino - Alto Adige ma della maggioranza delle Regioni italiane - questo pensiero non è stato poi molto

ripreso, e si sono creati apparati e orpelli senza però mettersi al lavoro con la concretezza del buon amministratore.

Accanto alla facoltà di indirizzo e coordinamento lamentiamo poi l'alta percentuale di rinvii governativi che colpiscono in particolare le leggi provinciali: nella scorsa legislatura abbiamo raggiunto il triste record italiano del 30 per cento di leggi rinviate dal Governo. E ancora: lamentiamo che continuamente, con legge statale, venga predeterminato l'ambito di applicazione delle assegnazioni finanziarie. Per la nostra autonomia ciò è particolarmente evidente nel settore della sanità e in quello dell'industria. Se lo Stato dice "questi fondi io li destino all'industria e voi non potete utilizzarli per nessun altro settore", se la stessa cosa succede per la sanità e nei settori più disparati, l'autonomia gestionale si riduce davvero ai minimi termini. Altre Regioni poi lamentano che attraverso l'insediamento di commissari speciali - come ad esempio nel caso di terremoti - vengono aggirate anche quelle poche competenze rimaste in capo alle regioni a statuto ordinario, e che viene istituito un numero sempre maggiore di ministeri i quali abbracciano competenze costituzionalmente riservate alle regioni. Perciò il nostro compito in questa legislatura - ed è questa appunto che chiamavo la nuova grande strada che si apre dinanzi alla Regione - è quello di far sentire la nostra voce in tutti gli organi e le assemblee in cui siamo presenti, con il peso politico che i singoli nostri politici hanno a Roma - soprattutto gli esponenti dei partiti di maggioranza, della Democrazia Cristiana, del Partito Socialista Italiano e di tutti gli altri partiti di governo - di farci sentire singolarmente ma anche come istituzione regionale e lottare perché questo clima abbia a cambiare, perché possiamo avviarci su una diversa strada in cui sia davvero garantita la partecipazione e il coinvolgimento della popolazione. "Autonomia" deriva dal greco *autos* e non significa altro che l'espressione di una certa autogestione, di una certa autolegislazione, di una certa autoamministrazione a vantaggio della gente, ed è un qualcosa che parte dal basso, dalla gente stessa, e non qualcosa che parte dall'alto in cui la gente fa solo da destinatario degli ordini altrui: un concetto moderno da ribadire con particolare vigore - su questo tornerò più tardi - anche alla luce della nuova Europa.

Un ulteriore aspetto meritevole di particolare sottolineatura in questo contesto è sicuramente il settore dell'informazione. Sappiamo tutti che la Corte costituzionale con alcune famose pronunce nel 1975 e negli

anni successivi ha abolito il monopolio RAI consentendo di fatto lo sviluppo di un gran numero di emittenti radiotelevisive private. In conseguenza di questo fatto anche la RAI si è sforzata di operare una certa decentralizzazione istituendo delle filiali, per così dire, nelle singole regioni, ossia la terza rete. E così oggi abbiamo l'emittenza privata, che funziona bene a livello nazionale e meno bene a livello locale, ed abbiamo la RAI con le sue filiali, le chiamo volutamente in questo modo. Ma che fine ha fatto lo spirito di quelle sentenze, che puntava a far sì che anche la popolazione potesse aver parte direttamente al processo di formazione dell'opinione pubblica? Che fine ha fatto lo spirito di quelle sentenze nelle emittenti private, nell'emittente pubblica? Nelle emittenti radiotelevisive private gli sviluppi sono evidentissimi e inarrestabili: praticamente sopravvivono ormai solo i grandi network dotati di sufficienti capitali, in grado di raggiungere tutto il territorio italiano e quindi significativi ed interessanti anche dal punto di vista pubblicitario, mentre le piccole emittenti locali, a beneficio delle quali era destinata in effetti la pronuncia della Corte, muoiono una dopo l'altra. Questo è il settore privato. Quello pubblico, la RAI, ha tenuto conto della concorrenza, ha aperto delle filiali. Ma che fine ha fatto il coinvolgimento della base, della gente? Per queste due domande c'è un'unica risposta possibile: dare attuazione a quanto ci compete statutariamente come province autonome di Trento e di Bolzano, nello spirito della sentenza della Corte costituzionale, e cioè alla cogestione della comunicazione. So che questa mia affermazione non è destinata a trovare unanimità di consensi. Eppure è questo il nostro compito, se vogliamo riconoscere che la politica è influenzata sensibilmente anche dal modo in cui la gente viene inondata di informazioni e dall'identità di chi controlla tale "pioggia" di informazioni. Certo non si può parlare di una disciplina autonoma, di una disciplina autenticamente democratica e tesa al consenso e alla partecipazione della gente se in Italia l'informazione è gestita a livello privato solamente dai grandi network e a livello pubblico solamente da mamma RAI che apre dall'alto le sue filiali. L'unico debolissimo tentativo di cogestione dell'informazione è rappresentato dai comitati regionali per il servizio radiotelevisivo, che alcune regioni hanno già istituito e che sarebbero in sé e per sé previste dalla legge proprio per garantire alla popolazione questa possibilità di partecipazione e cogestione. Ma si tratta di possibilità molto modeste. Io stesso ho avuto occasione di partecipare nel dicembre 1987, quale rappresentante

dell'Ufficio di Presidenza del Consiglio provinciale, ai lavori di questi comitati. Anche in quella circostanza il ministro delle regioni Gunnella ci onorò della sua presenza e si sforzò in tutti i modi di far capire che questi comitati praticamente non hanno nessuna funzione, anzi stanno addirittura lottando per sopravvivere. E tale è rimasta la situazione fino ad oggi. La provincia di Bolzano - e per quanto mi risulta anche la provincia di Trento - non ha provveduto fino ad oggi ad insediare questo comitato, ma così come stanno le cose non ha neppure senso farlo. E' necessario piuttosto riconoscere che il diritto della popolazione a partecipare e cogestire è garantito solo se si ha il coraggio di trasferire le relative competenze alla sfera autonoma regionale e nel nostro caso provinciale. La possibilità ci sarebbe. Gli appigli giuridici nello Statuto ci sono, se solo c'è la volontà politica. E questa volontà politica è quanto noi chiediamo in questo momento.

Dopo queste poche riflessioni di carattere politico - ma non vorrei approfittare eccessivamente del tempo a disposizione, non si possono e non si devono dire tutte le cose insieme, ho già fatto presente i punti più importanti, quelli a cui maggiormente tenevo - vorrei ora prendere posizione su alcuni temi concreti che riguardano l'operato della Regione nell'ambito dei suoi strumenti. Uno di questi strumenti ha perso nel corso della passata legislatura molta della sua incisività, e di questo dobbiamo ricordarci se vogliamo che non ne perda ulteriormente o che rimanga anche solo allo stato attuale ma piuttosto ritorni a dare i suoi frutti: mi riferisco allo strumento del voto e del disegno di legge-voto. Sappiamo che al di là delle competenze in materia di catasto, camere di commercio, e delle competenze ordinamentali in una serie di settori il Consiglio regionale ha la possibilità di influire sulla legislazione statale tramite i voti e i disegni di legge-voto. E' indubbiamente seducente per tutti - e in questo noi della Südtiroler Volkspartei non ci differenziamo dagli altri - prendere posizione con un voto o un disegno di legge-voto su tutti i temi possibili e immaginabili attualmente al centro delle discussioni a livello nazionale. Ma quanti più ne abbiamo prodotti - e ne abbiamo prodotti molti - tanto più questo strumento è andato perdendo la propria incisività e tanta più polvere è andata ad accumularsi sulle nostre proposte depositate nei cassetti romani. Io pregherei perciò di prendere davvero sul serio questo strumento ed utilizzarlo solo - ma allora con acutezza e determinazione - quando si tratta veramente di grandi problemi che riguardano la

nostra regione, come del resto è sancito nell'art. 35 dello Statuto di autonomia. Un problema in particolare è stato toccato e sollevato più volte con questo strumento sia nella legislatura 1973-78, sia nella legislatura 1978-83, sia in quella appena conclusa, ed è il problema della creazione in Bolzano di una sezione autonoma del Tribunale dei Minorenni. Spero che il problema non abbia più bisogno di essere risolto in questa maniera - perché in questo modo non viene affatto risolto - ma che la forza politica, il peso politico sia ora sufficientemente forte per poter portare avanti la legge statale attualmente giacente in Parlamento sull'istituzione di una sezione della Corte d'appello e quindi automaticamente del Tribunale dei Minorenni in Bolzano. Si tratta di un problema molto importante per la gente della nostra provincia, per i giovani e per le loro famiglie che oggi devono fare i conti con una realtà molto problematica. Attualmente i giovani della provincia di Bolzano vengono condotti davanti al Tribunale dei Minorenni di Trento, strappati in questo modo al loro ambiente sociale e posti a confronto con grandi problemi che sono "anche" di natura linguistica ma non solo di natura linguistica, sono molto semplicemente problemi di sradicamento perché un giovane - si tratta sempre di giovani sotto i 18 anni - che vive un momento così delicato come quello legato ad un delitto o ad un reato ha sempre bisogno di un particolare appoggio e di un particolare sostegno sociale. C'è un preciso impegno politico in questo senso, contenuto espressamente nel programma della coalizione. Presidente Andreolli, mi permetto di raccomandarle anche personalmente di verificare anche in sede romana, alla prima occasione, che si realizzino le condizioni per concretizzare questo punto del programma.

Un secondo ambito concreto che mi preoccupa e che, come il precedente, ha bisogno di un'adeguata azione in sede romana è l'ambito del credito. Come Lei sa, è una delle poche competenze in mano alla Regione, così come stabilito all'art. 5 punto 3 dello Statuto di Autonomia: "ordinamento degli enti di credito fondiario e di credito agrario, delle casse di risparmio e delle casse rurali nonché delle aziende di credito a carattere regionale". Precisa l'art. 2 delle relative norme di attuazione n. 234/77: "Ai fini del precedente articolo 1 e dell'articolo 11 del Decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, sono considerati a carattere regionale tutti gli enti e gli istituti e tutte le aziende di credito che abbiano la sede legale e sportelli esclusivamente nel territorio regionale". Sappiamo tutti ciò che succede: basta aprire uno sportello fuori dai confini regionali e la

competenza della Regione su quella cassa di risparmio, su quella banca è in pericolo, svanisce. Ebbene, io sono dell'avviso che introducendo questa riserva, vincolando cioè alla competenza regionale solo gli istituti di credito regionali, il legislatore delle norme di attuazione abbia voluto semplicemente dire che la Regione non doveva certo controllare un Banco di Roma, che ha sede a Roma, non un Credito Italiano o un Banco di Sicilia, ma per l'appunto le banche locali che operano a livello regionale. Solo che nel frattempo la realtà è mutata anche per le banche regionali. Siamo in una fase di sviluppo in cui anche le banche regionali allargano la propria sfera d'attività aldilà e oltre l'ambito regionale e cercano di aprire degli sportelli anche nelle province vicine, anche fuori dai confini della regione, con la spiacevole conseguenza di ridurre praticamente a zero la competenza della Regione in materia. Chiedo perciò che si intervenga presso il Governo per arrivare ad una modifica della vigente norma di attuazione nello spirito dello Statuto nel senso di sostituire la parola "esclusivamente" con un'altra parola che potrebbe essere ad esempio "prevalentemente". Questo era del resto il senso e lo spirito della norma, garantire cioè che le banche operanti prevalentemente nel territorio regionale venissero seguite e controllate dalla Regione, soprattutto in funzione dell'Europa unita e dei movimenti che interessano questo settore in vista della scadenza del 1992.

Ed ora un terzo argomento concreto. Del Tribunale dei Minorenni ho già parlato, del credito pure. Competenze in materia di assistenza e assicurazioni sociali: qui devo dire qualcosa. Probabilmente per paura di gonfiare eccessivamente la Regione, per timore - forse era questa la causa - di creare a discapito delle due Province autonome qualcosa che non corrispondesse allo spirito del "Los von Trient" abbiamo tralasciato di assumere una competenza molto importante che lo Statuto riserva alla Regione, pur se solo quale competenza terziaria, vale a dire il settore degli interventi sociali. E' questo l'unico punto oltre all'assistenza sociale, riservata alle Province, in cui l'autonomia viene espressamente trasferita alla responsabilità locale, come prevede l'art. 6 dello Statuto. Detto articolo prevede peraltro una competenza soltanto terziaria, la cosiddetta competenza integrativa, ma nonostante questa riserva - è possibile soltanto integrare la legislazione statale - essa è pienamente efficace dal punto di vista giuridico. Cito: "Nelle materie concernenti la previdenza e le assicurazioni sociali la Regione ha facoltà di emanare norme legislative allo scopo di

integrare le disposizioni della legge dello Stato ed ha facoltà di costituire appositi istituti autonomi e agevolarne la istituzione". Se prendiamo la relativa norma di attuazione, la n. 58 del 1978, vediamo che l'art. 1 conferma il disposto costituzionale e l'art. 2 addirittura entra nel concreto, ne leggo il testo: "Agli istituti autonomi costituiti secondo..." ecc. ecc. "su richiesta della regione o in caso di decentramento generale di funzioni del sistema previdenziale possono essere attribuite anche funzioni esercitate dall'INPS, dall'INAIL e da altri enti o istituti operanti nel settore della previdenza e delle assicurazioni sociali." Ciò significa che non soltanto possiamo operare in integrazione alle leggi statali...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Signor Peterlini, Le comunico che Lei ha pochi minuti per terminare il Suo intervento, avendo occupato il Suo tempo...

PETERLINI: Concludo. Prego semplicemente di dar corso al disposto costituzionale contenuto all'art. 6 dello Statuto di autonomia. Prego la nuova Giunta regionale di mettersi concretamente al lavoro per creare un istituto che consenta di accogliere le richieste avanzate stamane - ne hanno parlato la collega Franzelin e il collega Kaserer, la Südtiroler Volkspartei ha presentato in proposito una mozione che non cito più, c'è un documento a firma Ferretti, Benedikter, Bazzanella che ribadisce l'impegno assunto nella mozione di estendere l'assegno di natalità anche alle casalinghe che non svolgono altra attività professionale - ma anche di studiare dei sistemi che consentano di assicurare alle casalinghe opportune coperture previdenziali. Siamo in grado di farlo. Siamo in grado di creare un istituto che percorra nuove strade nella politica di tutela della famiglia, e io chiedo che questo strumento venga usato e sfruttato fino in fondo.

Sto per concludere davvero questo mio intervento. Volevo soltanto dire ancora alcune cose sul rapporto tra istituzioni e cittadino. Spero che anche il nostro comune contributo, Presidente Tretter - mi riferisco ora al Consiglio regionale - possa servire a rendere questa istituzione democratica, quale organo parlamentare di questo nostro territorio, quanto più trasparente e più vicina possibile, nel suo operato, alle istanze dei cittadini, aprendosi alla partecipazione dei cittadini e soprattutto dei giovani. Una Regione dunque che si avvia

verso una nuova fase di lavoro, forte di un "anticipo di fiducia" in un clima che a questa fiducia vuole sicuramente dare una risposta positiva. Noi vogliamo impegnarci a non rompere con la nostra storia, ma anzi a proseguire questa storia in un cammino comune, sulla base delle comuni radici che ci uniscono nello sforzo di raggiungere e garantire più autonomia, più partecipazione della gente nello Stato italiano e anche nell'Europa futura. La ringrazio, signor Presidente!)

PRESIDENTE: Prima di dare la parola al prossimo oratore, il cons. Ferretti, ribadisco che il collegio dei capigruppo nella seduta di mezzogiorno ha stabilito di esaurire il dibattito entro le ore 18.00 di questa sera. Si prega pertanto gli oratori di cercare di contenere i loro interventi, al fine di permettere a tutti di parlare entro tale ora.

La parola al cons. Ferretti.

FERRETTI: Signor Presidente, signori colleghi, ci pare che il taglio intrapreso dal dibattito sulla formazione della nuova Giunta regionale sia estremamente costruttivo. I contributi forniti dai vari consiglieri, anche quando non condividono l'impostazione del Presidente designato circa l'attività della nuova Giunta, sono contributi aperti, appassionati, finalizzati ad evidenziare una volontà costruttiva, un rapporto nuovo nei confronti della Regione, che noi apprezziamo e che noi consideriamo quale svolta rispetto ad un quadro del passato, in cui si manifestava la ricerca, che peraltro si è manifestata anche questa volta - successivamente dirò qualche cosa a proposito di questo aspetto - a distinguersi, mentre attualmente si cerca di esprimere le proprie individualità, le proprie aspirazioni e quando anche critica c'è, ci pare che generalmente sia una critica che vuole portare a maggiore sviluppo ed a rendere più pregnante l'attività della Regione.

Anche se non detto così espressamente come ora enuncerò, mi pare che la stragrande maggioranza del Consiglio abbia capito - poi le voci isolate perseguono la libertà e l'indipendenza - che questa Regione non poteva che nascere e non potrà che nascere in futuro, se non dopo le due Province autonome. Il dibattito programmatico fondamentale, quello che determina il futuro delle due Province e quello che avviene a livello di trattativa delle Province stesse non ce lo possiamo nascondere, ed il fatto che in ambedue le Province si siano raggiunte alleanze omogenee è stata una premessa forte e determinante, affinché si ripercorresse anche in Regione la medesima

strada. Considerando le esitazioni iniziali, le velleità, le accelerazioni improprie - a tal proposito penso all'intervento del collega Andreotti - giustamente si era capito che questa componente politica non era ancora matura per partecipare al Governo regionale e se c'era bisogno della prova, i due interventi del collega Andreotti hanno dimostrato come questa forza, che si dice autonomista, concepisca ancora in termini eccessivamente schematici e topici l'autonomia e non sia in grado di compiere quei voli, non dico pindarici che sarebbero sempre ragguardevoli perché poetici, i maggiolini ora sono di moda in Alto Adige...

(Interruzione)

FERRETTI: Non sapevo che il collega Rella apprezzasse il P.A.T.T., metteremo in inventario anche questo...

(Interruzione)

FERRETTI: Novanta chili, purtroppo, in crescere!

(Interruzione)

FERRETTI: Colleghi, sono così tranquillo oggi e tutti mi interrompete, non vi riconosco più!

Dicevo che gli interventi di Andreotti testimoniano come aspirazioni settentrionali, rispetto alla parte meridionale della regione, di emancipazioni a livello governativo, siano un attimino eccessive e come la collocazione che si è trovata, che rimane di minoranza, seppure a livelli di elevata responsabilità istituzionale, si rilevi una posizione attraverso la quale si potranno raggiungere ulteriori confronti e con il partito e con le persone.

L'essere arrivati anche per la Giunta regionale ad un accordo programmatico estremamente concreto, preciso e dettagliato, sottoposto a valutazioni sul merito, ma che non contiene, come qualcuno per volersi distinguere, per esempio il collega Benedikter ha detto: l'affermazione che siamo arrivati alla conclusione del Pacchetto, ci dimostra che siamo nella fase che può portare alla chiusura. Siamo consapevoli che rimangono ancora aperte misure fondamentali, sia pure dopo che altre essenziali sono state approvate, siamo consapevoli che ancora c'è bisogno di misurarsi a livello istituzionale ed a livello politico nazionale ed internazionale per arrivare alla conclusione della controversia.

Le leggo la parte a cui mi riferisco, collega Benedikter, perché lei conosce l'italiano meglio di me, avendo studiato legge a Napoli; io ho studiato a Bologna, ma non legge...

(Interruzione)

FERRETTI: ...per il momento sì. Leggo il punto 1) a pagina 1: "Il primo e principale impegno per i partiti costituenti la maggioranza di governo della Regione è quello di concorrere nell'azione politica, determinabile in tutte le sedi, alla fase di una soddisfacente chiusura del Pacchetto".

Wenn Sie möchten kann ich es auf deutsch lesen, damit Sie genau verstehen was hier geschrieben steht.

(Se desidera posso dare lettura in lingua tedesca del passo specifico, per una sua precisa conoscenza del contenuto.)

Also: "Die erste wichtigste Verpflichtung der Mehrheitsparteien in der Regionalregierung besteht darin in ihrer auf allen Bereichen festzulegende politische Tätigkeit für einen zufriedenstellenden Abschluß des Paketes beizutragen."

Il che significa dare un contributo alla fase conclusiva del Pacchetto, ma il Presidente designato, che non è sprovveduto, anche nella parte non programmatica, afferma nella seconda riga del punto n. 1. "La legislatura che si apre ha di fronte a sé un quadro politico-istituzionale ormai vicino ad un assetto definitivo". Quindi creda, collega Benedikter, che il Presidente ha usato prudenza, lungimiranza ed atteggiamento di apertura e disponibilità come gli compete, non può essere che il Presidente di questa Regione trascuri l'importanza del fatto di avere all'interno della sua Giunta un partito con 22 consiglieri che rappresenta in modo larghissimo la minoranza di lingua tedesca dell'Alto Adige, quindi non è vero. Quando si accentuano certe tematiche, quando si ritorna con pervicacia, pertinacia su determinati argomenti che peraltro continuano a ripetersi, segno di una fantasia contenuta e che nel tempo non si evolve, noi diciamo che sono argomentazioni che testimoniano il cambio del tempo, perché non sono più espresse a titolo generale, ma a titolo personale che trovano il consenso dell'Heimatbund e quindi stanno a significare una riduzione di immagine, una

riduzione di proposta. Invece gli interventi della collega Franzelin, estremamente circostanziati ed interessanti sul piano sociale e familiare e dei conss. Brugger, Peterlini, e Kaserer - non posso riferirmi al cons. Frasnelli, che interverrà in seguito, ma conoscendolo posso immaginare l'apertura e la disponibilità che dimostrerà - dimostrano un avanzamento innovativo. Dopo simili considerazioni, posso immaginare che nell'ambito di una poliedricità di contributi provenienti dal S.V.P., l'intervento isolato del collega Benedikter testimoni questo mutamento.

Invito il Consiglio ad una riflessione a proposito di questa evoluzione: il fascino che deriva dalle mutazioni, dagli accordi raggiunti a Bolzano, da un'apertura diversa dimostrata anche dai conss. Langer e Boato rispetto al programma di coalizione, dalle proposte avanzate per una politica congiunta di respiro regionale ed europeo, che si incentra spesso o troppo spesso solamente sugli aspetti di carattere linguistico o di carattere culturale della minoranza altoatesina nazionale di lingua tedesca o delle minoranze locali del Trentino, può comportare, se noi non rimediamo per tempo, una distorsione dell'interpretazione stessa dell'autonomia regionale. Gli interventi del cons. Craffonara, così disinformati, testimoniano come quanto è stato affermato possa rappresentare un pericolo in particolare per i trentini, rilevando la novità di questo Consiglio regionale solamente nel comportamento diverso dell'Alto Adige e del S.V.P., in un'apertura e in una disponibilità nell'abrogazione sostanziale del "Los von Trient" e non accorgendosi che questo potrebbe essere il momento per i trentini, ma anche per noi, di parlare in senso regionale della Regione nella prospettiva nazionale ed internazionale e quindi europea.

La Regione talvolta viene troppo spesso considerata come un'occasione di dibattito sui problemi dell'Alto Adige, dove tutti ci insegnano quello che dobbiamo fare o ci dicono qual è la nostra situazione di conseguenza, sviati forse da un comportamento assunto da alcuni decenni e che ha portato a questo nuovo Statuto di autonomia ed alle vicende degli ultimi anni, non riflettiamo più compiutamente sulla portata della Regione per una politica di carattere generale, in cui la convivenza non sia solo la convivenza tra cittadini italiani, tedeschi e ladini dell'Alto Adige, ma sia una convivenza a livello regionale.

Questo istituto può e deve svolgere un suo ruolo, certo i segnali importanti emersi dagli incontri dei due Presidenti o di altri amministratori delle due Province, ci debbono indurre ad evitare che nel tempo questi incontri

vengano considerati quasi come un confronto a livello di piccoli stati e non invece un episodio all'interno di un discorso che si svolge, si sviluppa e prosegue negli organi propri. So anche che da questo mio dire si rileva di per sé un implicito pericolo, che è quello che la Regione si possa sovrapporre in una qualche misura alle Province e addirittura possa, in un dibattito con le caratteristiche a cui mi riferisco, entrare e toccare, almeno sotto il profilo dialettico e retorico, le competenze provinciali. Pure nella relazione del Presidente si riscontra in un certo qual modo un certo imbarazzo, nel momento in cui considera la Regione come un foro di confronto, ma accetto questo rischio, che del resto in passato abbiamo corso assieme qualche volta, approvando determinate mozioni ed assumendo determinate iniziative, piuttosto che quello di fare del Consiglio regionale solamente un'occasione accademica per verificare lo stato di realizzazione dell'autonomia nei rapporti con l'Alto Adige. Certi atteggiamenti che si registrano nel Trentino, per esempio nei confronti delle misure ancora da attuare - mi riferisco alle norme di attuazione, che rappresentano le misure nel confronto con lo Statuto, anche se ci sono delle misure da realizzare con legge in rapporto al Pacchetto - certi atteggiamenti anche personali delle varie parti politiche, di destra come di sinistra, nei confronti di queste misure, ci fanno pensare che il Trentino tutto sommato pensi più al nord che alla sua situazione, proprio per non togliersi certi privilegi.

Faccio alcuni esempi, sollecitando in tal modo ulteriori discussioni, ma non può essere che il tempo ci limiti in questo confronto, che in fondo normalmente nella nostra Regione avviene una volta ogni 5 anni. La misura 111 è una misura che l'Alto Adige ritiene indispensabile, affinché abbia pieno adempimento l'autonomia. Non può accadere che l'equivalente di due popolazioni di oltre 400.000 abitanti abbiano una due senatori e l'altra cinque, è già un insulto all'istituzione Repubblica il fatto che da 41 anni noi ci troviamo in questa situazione. Pur sapendo che la Costituzione fu approvata nel 1948, quando in Alto Adige per via delle conseguenze di certe vicende belliche la popolazione era minore, noi non riteniamo ammissibile questo e ci stupisce lo stupore di coloro, che passano anche attraverso la nostra parte politica e che non comprendono la misura 111, tendente a garantire una rappresentanza più congrua alla popolazione di lingua italiana dell'Alto Adige, a livello di collegi senatoriali, affinché vengano previsti tre senatori certi a Bolzano e tre a Trento o eventualmente quattro a Bolzano e tre a

Trento, mentre attualmente sono cinque a Trento ed uno a Bolzano; preciso a tal proposito che il sen. Bertoldi, pur essendo nostro concittadino, è eletto nella circoscrizione di Trento, non in quella di Bolzano. Ebbene, quando noi vediamo che questa misura viene tanto criticata sulla stampa, sul giornale "Adige" e sul "Mattino" da esponenti di rilievo di Commissioni, di partiti ed a livello anche di atteggiamenti più o meno pubblici di consiglieri e responsabili politici, rileviamo come il Trentino non dimostri quella maturità di autonomia che dovrebbe possedere nei confronti dell'Alto Adige. Timeo sed dona ferentes, dicevano, per cui quando si affrontano le problematiche dell'Alto Adige, dimostriamo una certa comprensione, ma successivamente - citerò in seguito la misura della norma finanziaria - quando si tratta di esprimere una solidarietà effettiva e rileviamo una certa tendenza a sfuggire dai problemi concreti, ci preoccupiamo.

Noi riteniamo che non si arriverà alla piena realizzazione dell'autonomia, se a quella che in termini locali è una minoranza, quella di lingua italiana in Alto Adige, non si darà la possibilità di avere una rappresentanza effettiva, in quanto quei 130.000 o 140.000 abitanti dell'Alto Adige sono da quarant'anni, per quanto riguarda il collegio senatoriale, tributari del Trentino, portano al Trentino un senatore senza avere mai avuto una risposta.

Il discorso è difficile e forse non si sarebbe dovuto sollevare in questa sede, ma intendo testimoniare anche con la mia viva voce, non solo con le parole del Presidente designato che erano già chiare, che i problemi non sono conclusi e definiti. In Alto Adige, anche attraverso un confronto defatigante, delicato, circostanziato, ma completo, siamo riusciti a suo tempo a far sì che la norma finanziaria, che si andava ad impostare a livello regionale, mantenesse la Provincia e quindi la Regione ad un livello di Stato, che seguisse l'andamento dello Stato nel bene e nel male ed in particolare che venisse prevista una parte variabile della quota, che viene assegnata annualmente alle Province ed alla Regione. Ebbene, dopo una trattativa piuttosto delicata e complessa con il S.V.P., in cui sembravamo addirittura masochisti - perché comodo sarebbe stato avere una quota fissa, a noi sempre tutto, muoia Sansone con tutti i filistei, se poi nel resto del territorio nazionale le vicende finanziarie non fossero andate bene - ottenemmo che una parte di questa quota fosse variabile, innanzi tutto per trattare e quindi condurre un discorso politico, non matematico ed inoltre per vivere la realtà del nostro Paese nel bene e nel male e

perché in prospettiva si potesse ottenere qualcosa in più, ma non trovammo una equivalente corrispondenza da parte del Trentino.

Vi sottopongo altri esempi in tal senso: neppure sulla questione del Tribunale dei minorenni, o della Corte di appello il confronto si è rivelato sempre equivalente. Quando sento il collega Craffonara parlare in termini, che nemmeno più il M.S.I. usa in Alto Adige, per abbindolare gli elettori, di famiglie, di esodi, di numeri, di censimento, di calo degli italiani, allora mi chiedo - certo una rondine non fa primavera, voglio dire che il cons. Craffonara non è emblematico del Trentino - se questo interesse non sarà strumentale per non parlare dei problemi effettivi, non sarà piuttosto un modo attraverso il quale, danao sed dona ferentes, si portano apparentemente dei doni non so a quali orecchie. Ne consegue che le tematiche riguardanti la conclusione della controversia altoatesina possono ancora trovare in noi, attraverso strumenti propri, per esempio le leggi-voto sono degli strumenti propri, degli interlocutori che promuovono ad un livello di estensione democratica maggiore anche provvedimenti da parte del Parlamento; certo che se dal Parlamento arrivano segnali disparati, per cui il Governo presenta ed ha presentato già due o tre volte la misura III in un modo e poi tutti cercano di demolirla, non si costruisce l'autonomia.

(Interruzione)

FERRETTI: Il collega Mitolo, per coloro che non fossero informati, intende dire che dovrebbe accadere che chi ha dei voti in senso relativo - e così poi arriverò alla collega Klotz - maggioritari, ha diritto di avere in Alto Adige il senatore, anche se non raggiunge il quoziente che gli è dovuto. Allora il collega Mitolo deve sapere che la democrazia ha alcune leggi, alcune regole ferree e la misura III prevede che nel caso in cui un partito ottenga un rappresentante eletto in uno dei collegi senatoriali, non in Alto Adige, ed il corrispondente simbolo in Alto Adige ottenesse voti tali da risultare possibile come partito maggioritario con il quoziente realizzato tra Alto Adige e Trentino, l'eletto non sia quello che ha ottenuto eventualmente più voti nel Trentino, ma quello che lo segue, eletto in Alto Adige e che in tal modo lo scalza dal posto. Una simile procedura è stata peraltro adottata con il cons. Demetz, che come ladino ha scalzato uno di lingua tedesca del S.V.P., ed è stato eletto al posto del compianto collega provinciale Martiner, la qual cosa non ha

creato scandalo, poiché riguardava la D.C. o il S.V.P., cons. Mitolo, ma se toccasse - e spero che i tempi cambino ed in fretta - la carne di qualche altro, immediatamente la misura non diventerebbe più democratica, faremo i conti fra qualche tempo...

(Interruzione)

FERRETTI: Cons. Mitolo, la tua battuta denuncia il tuo livello, per arrivarci dovrei abbassarmi troppo!

(Interruzione)

FERRETTI: Quando si parla di democrazia e di pluralismo, come ha fatto la collega Klotz, che poi è compagna di ala del camerata Mitolo...

(Interruzione)

FERRETTI: Siete lì, uno nel gruppo di lingua tedesca e l'altro nel gruppo di lingua italiana! Uno non potrebbe esistere senza l'altro...

(Interruzione)

FERRETTI: ...E' uno dei risultati che almeno riesco a conseguire! Credimi che il sorriso appartiene alle persone intelligenti e quindi a tutti.

Quando la collega Klotz dice che sarebbe in contraddizione con se stesso il nostro Presidente, perché non ci sarebbe pluralismo nella sua proposta di stabilire una soglia - questa è la parola che usa il Presidente designato -, dico che la democrazia ed il pluralismo non possono essere individualismo, anarchia e rappresentanza di carattere pressoché personale. Nei paesi democratici collega Klotz, accade normalmente che ci sia una soglia, anzi anche nelle altre Regioni di questo Stato viene stabilita normalmente una soglia, perché altrimenti nel regime vigente potrebbe succedere che gente come lei o come altri in questo Consiglio provinciale venga eletta con qualche migliaio di voti, mentre altri debbano venire eletti con decine di migliaia di voti, pur essendo nello stesso numero; il collega Sfondrini l'unico rappresentante in Alto Adige, pur avendo ottenuto il suo partito dodici o tredicimila voti, mentre lei, grazie al suo partito, è stata eletta con meno preferenze e quindi non possono esserci queste contraddizioni.

(Interruzione)

FERRETTI: Quindi quando questa legge verrà studiata, cercando di raccogliere anche un'adesione che vada al di là dello stretto ambito di Giunta, noi avremo un quadro politico più stabile, semplificato, perché non sarà portatore di interessi individuali...

(Interruzione)

FERRETTI: ... Collega, non so se saremo poveri o ricchi con la sua assenza, qualora accadesse, certamente sarà un'assenza determinata dagli elettori e che andrà rispettata.

E' una questione di democrazia dei paesi progrediti, la soglia a volte è del 3%, a volte del 5%, talvolta arriva addirittura al 35%, in Francia, quando si va al ballottaggio per votare il Presidente della Repubblica, od in Grecia vengono eliminate decine di per cento di voti e si lasciano emergere soltanto i primi due eletti, si desidera in particolare una stabilità, si desidera un confronto che avvenga non sulle tematiche marginali, settoriali, talvolta di carattere corporativo, ma si desidera un confronto di carattere fondamentale e tu sai che da quella parte cominciano a respirare soltanto adesso aria nuova!

Quindi noi crediamo che il dibattito che si sta svolgendo, ripeto, che noi consideriamo in modo estremamente positivo, deve compiere un ulteriore passo in avanti verso un confronto, un'autonomia che espliciti tutte le sue potenzialità a livello effettivamente regionale, per alcune tematiche ho detto che l'attenzione dovrà essere nostra verso il Trentino, per altre tematiche il confronto dovrà venire dal Trentino verso l'Alto Adige.

Si è parlato molto del diritto elettorale attivo e passivo, già abbiamo avuto modo di intervenire nella passata legislatura, è assolutamente normale che il diritto di voto attivo sia soggetto a limitazioni, qui nessuno lo discute, ne prendiamo atto, è sancito peraltro in termini normativi, i quattro anni di residenza per chi vota non vengono discussi. Si discute intorno al diritto di voto passivo, alla possibilità di venire eletto, tematica affrontata da questo Consiglio regionale a Bolzano nel 1983, senza che nessuna voce si alzasse, né in Commissione né in aula, in contraddizione. La normativa è stata approvata cinque anni e mezzo fa dal Consiglio regionale, non ricordo bene se con uno o due voti contrari, non si sa di chi, ma nessuno ha parlato, né in sede di discussione

generale, né sull'articolo, né in sede conclusiva ed allora c'era la rappresentanza di tutti i partiti attuali, tranne l'Heimatbund. Le elezioni si tennero nel novembre del 1983, la legge venne approvata nell'autunno del 1983, nessuno sollevò questa questione. In Val d'Aosta non sono previsti quattro anni, ma due, in altre Regioni un anno, comunque in tutte le Regioni c'è l'obbligo della residenza, quindi Mr. Maurizio Costanzo o quell'altro non possono venire votati né in Alto Adige né da altre parti, in quanto non sono residenti.

A livello europeo - e lo abbiamo già sottolineato in un'altra occasione - si sta studiando, proprio per via dei movimenti che creerà il Mercato unico nel 1992, una normativa, secondo la quale nelle elezioni regionali e nelle elezioni locali chi vota dovrebbe avere 5 anni di residenza e chi viene votato 10, quindi riteniamo - attenta signora Klotz che non arrivo alle sue conclusioni - che la normativa esistente sia supportata da attese a livello europeo e da legislazioni anche nazionali, che rendono corrispondenti i due periodi.

Tuttavia, riteniamo che questa misura possa essere trattata e discussa, vorrei dire in buona fede, come corrispettivo, senza peraltro che diventi una tagliola, una griglia attraverso la quale selezionare gli eleggibili dell'Alto Adige. Se questo è diventato un elemento di contraddizione e di discussione che ingenera tensioni, si devono trovare i modi per sgomberare questo elemento e del resto il Presidente nell'accordo di coalizione prevede un approfondimento su questa tematica. Vado un attimo oltre, dato che esprimo l'opinione soltanto del mio partito in questa sede e quindi posso spingermi in un'interpretazione più avanzata, nel senso che siamo disponibili a trattare in buona fede con le forze politiche, che sono animate da spirito costruttivo, un atteggiamento che possa portare anche una modifica di questa legge, perché riteniamo che l'argomento non può rimanere in campo come elemento di contraddizione.

Un altro aspetto toccato dal Presidente designato riguarda il censimento del 1991. Non vorrei tornare indietro, il censimento del 1981 per molti aspetti, per le caratteristiche che ha avuto è stato un po' il padrino di certi fenomeni elettorali che si sono verificati in questo decennio, ma quando il Presidente designato ricorda che per il censimento del 1991 bisogna trovare una norma per consentire ai ladini di dichiararsi, implicitamente pone un'attenzione sui problemi che riguardano quelli che non si riconoscono nei tre gruppi linguistici. A tal proposito noi, come partito della D.C., riteniamo che debba rimanere

la libertà di non identificarsi nei tre gruppi linguistici per chi con scrupolo, con coscienza - lo dicevamo nel 1980 e nel 1981 questo - in un atteggiamento che è fondamentalmente vero, non strumentale afferma "io, per la mia educazione, per la mia cultura, per il mio vivere, per la mia lingua non mi riconosco nei tre e voglio essere libero di non essere nei tre", ebbene costui deve mantenere i diritti attivi, passivi, tutti i diritti che sono garantiti dalla Costituzione e potersi dichiarare ed avere un riscontro negli atti conseguenti.

Queste tematiche possono essere affrontate, attraverso gli strumenti che sono dati al Consiglio regionale, non più solamente in senso ipotetico, ma in senso concreto e dirò che dopo un primo ascolto, che mi era apparso un attimo non così sicuro, ho apprezzato l'atteggiamento assunto dal cons. Langer, che parla di un ecosistema alpino da costruire, da rispettare, dando atto, sia in Provincia di Bolzano che in questa sede, di una sensibilità diversa, di una apertura e di un'attenzione verso l'ambiente assolutamente diversi rispetto al contesto nazionale ed anche oltrealpino dell'Alto Adige e del Trentino. Quando parla di un ecosistema alpino ed individua delle misure, sulle quali discutere - si può essere critici, non si può essere persuasi - mi pare si noti una tensione, in cui nel rispetto di una situazione oggettiva, anche nel rispetto delle alleanze che si sono costituite, si cerca di dare dei contributi per arrivare ad una maggiore e migliore salvaguardia territoriale.

Il discorso sostenuto dal cons. Langer tra i rapporti nord e sud, tra l'import e l'export e l'informatica, lì per lì mi ha lasciato perplesso. Dopo una più attenta riflessione però, è inteso come volontà di evitare occasioni di movimento, cercando di trovare altri strumenti per muovere le idee, senza chiudersi in modo autarchico nei propri ambiti, in maniera tale che ognuno diventi autosufficiente in tutto, per cui le mele sono solo quelle dell'Alto Adige e non quelle della Germania o della Spagna, se questo vuol dire ragionare con la fantasia del tempo e con la fiducia nello sviluppo della tecnologia e della scienza - guardate quello che sta accadendo in questi giorni, che mai nessuno di noi avrebbe sperato potesse accadere, a proposito della fusione nucleare fredda - se questo vuol dire mettersi in uno stato di attesa razionale e trovare attraverso l'esistente ciò che in futuro può attenuare i danni, allora lo colgo come un elemento costruttivo, un ulteriore atto di riflessione. Del resto il cons. Langer non finisce mai di sorprenderci, perché è un uomo estremamente sensibile ai tempi, ha una capacità

autocritica notevole, le sue mutazioni, che penso non siano legate a strategie strumentali di carattere contingente, ma ad un travaglio personale, le sue ultime riflessioni ci paiono anche a livello politico dare atto di risultati che si stanno ottenendo nella funzione della maggior convivenza, della collaborazione, della decantazione di certe tematiche, che un tempo fomentavano tensioni. Noi - guardo il collega Sfondrini che sta sorridendo con me - siamo compiaciuti di questi atteggiamenti, perché noi, che siamo gli antesignani di questa politica anche quando il S.V.P. non aveva i conss. Durnwalder e Frasnelli, ma aveva i conss. Magnago e Benedikter, portavamo avanti queste idee e dicevamo che poteva essere possibile una collaborazione diversa, che era più facile trovarsi sui temi concreti che sulle astratte elucubrazioni di carattere giurisdicistico. Oggi ci confortiamo da un consenso che traspare anche quando c'è dissenso, un dissenso di parole ma che poi non è argomentato nei fatti, e diciamo che siamo in stato di fiduciosa attesa - volevo dire soddisfatti, ma mi trattengo perché poi bisogna verificare - su questi atteggiamenti, che producono in noi fiducia e ci danno forza, per l'azione che stiamo compiendo a livello regionale ed a livello provinciale, di perseverare.

La baldanza dimostrata anche oggi dal collega Mitolo per il M.S.I. non ci piace, perché noi sappiamo che lui può ancora avere consenso sulle tematiche frustrate dei rapporti etnici, degli esodi, dei bilinguismi e delle proporzionali, ma nella misura in cui anche in quest'aula non si è parlato di queste cose e si guarda avanti, si guardano i temi concreti che sono stati prospettati nella relazione anche criticandoli, allora a noi pare che si è compiuto quel passo avanti. Ma se si è fatto incombere su di noi, ma anche sugli organi che rappresentiamo presso l'opinione pubblica, attraverso la radio, la televisione, i giornali, una responsabilità notevole, che è quella di portare anche al di fuori delle aule un clima diverso, questa fiducia che l'autonomia è per tutti e di tutti, che i vantaggi e gli svantaggi inevitabili derivanti poi dalle istituzioni delle leggi si possono trasfondere su tutta la popolazione e che effettivamente siamo in una fase di avvio, non ci troviamo ancora in una fase di mutazione, dove si può andare verso un'autonomia più convissuta, si può andare verso una sempre migliore convivenza. Se questa responsabilità riuscisse ad essere condivisa dalle diverse parti, ma finché ci sono Craffonara, Klotz e Benedikter è difficile che questo sia un fatto corale, ma tuttavia può essere un fatto di notevole corallità, se questo accadesse credo che effettivamente noi imboccheremmo per i prossimi

anni un modo di vivere l'autonomia, la Regione e le Province assolutamente costruttivo e che ci renderebbe esemplari a livello europeo ed a livello internazionale, in un momento in cui le minoranze più che in passato stanno scoppiando, non solo nell'Unione Sovietica, in cui ci sono le gatte da pelare che avrà Gorbaciov nei prossimi lustri, ma anche a livello mondiale. Pensate al problema dell'uso della lingua negli Stati Uniti, ormai negli U.S.A. la lingua spagnola è la lingua maggioritaria ma qual è la lingua ufficiale: l'inglese o lo spagnolo? C'è il problema di quale lingua parlare negli ospedali, nelle scuole e nei tribunali, questo è un altro dei problemi reali; ebbene non dobbiamo sgomberare il campo dai problemi esistenti, quasi non esistessero, i problemi ci sono, vanno affrontati, c'è la possibilità di portarli a compimento e se poi la quietanza liberatoria sarà un atto unilaterale dell'Austria e l'Italia riterrà una sua misura propria, non conseguente all'Accordo di Parigi, le norme di attuazione e tutti gli atti conseguenti, cosa importa?

Il risultato finale è quello della pacificazione tra le nostre genti, quello finalmente dell'abbraccio tra due Paesi, ed è questo il risultato che deve importare, né si illuda nessuno che noi possiamo pervenire nel tempo ad una pacificazione totale, non ci sarà mai la parola fine, l'evoluzione dei tempi comporterà sempre aggiornamenti di Statuto - e così qualcuno può subito gridare allo scandalo perché il capogruppo della D.C. ha detto tanto quest'oggi - di norme e di misure.

L'esplosione del Mercato Comune europeo, che interesserà il prossimo Consiglio regionale nel 1993 - 1994, è indubbio che porterà a delle modifiche nel tempo, ma siamo innamorati della misura che abbiamo individuato tra il 1965 ed il 1969 o siamo innamorati degli effetti che una misura può produrre? Noi siamo innamorati delle misure che consentono la tutela della minoranza di lingua tedesca, che rimarranno ancora per tempo, ma che nel tempo possono ancora mutare, purché mantengano la tutela del gruppo di lingua tedesca, ma nel momento in cui muteranno e non saranno così dirompenti come le misure relative in particolare alla proporzionale, che viene strumentalizzata da talune forze politiche, noi avremo ulteriori occasioni di convivenza. E' solo mettendoci con questo atteggiamento democraticamente dinamico che noi possiamo prospettare un reale futuro di convivenza e di intese, se noi invece assumiamo una mentalità notarile, per cui quello che fu scritto nel '65 o nel '66 o nel '68 deve diventare vangelo - e voi sapete che esistono anche dei Vangeli apocriefi, che talvolta hanno molti riferimenti interessanti - noi

rischiamo...

(Interruzione)

FERRETTI: ...noi rischiamo di fare un torto a quegli stessi obiettivi che vogliamo conseguire.

Ecco quindi che il dibattito dimostra questa possibilità, questa attesa con la volontà di contribuire a realizzarla. In conclusione, facciamo presente al Presidente designato, che certamente saprà cogliere i segnali ed i segni concreti derivanti dall'attuazione del suo programma, che può avere dinanzi cinque anni tra i più determinanti, dopo quelli che furono gli anni che portarono alla nuova autonomia, cinque anni in cui si può costruire un discorso trasversale in Regione, non solo per argomenti che riguardano l'Alto Adige, ma per argomenti che riguardano il Trentino e l'Alto Adige. Quindi questo periodo, in attesa della mutazione dei tempi, e considerato che ci siamo interessati tanto - e dovremmo continuare a farlo - all'Europa, ai rapporti con le Regioni confinanti, può comportare per lui un'attenzione sui problemi locali e sulle questioni delle due Province, che torneranno di sicuro vantaggio alla Regione e che la renderanno anche più autorevole nel contesto locale ed in quello nazionale ed internazionale.

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Leveghi. Ne ha facoltà.

LEVEGHI: Vorrei fare una brevissima considerazione, prima di entrare nel merito del mio intervento, in merito alla sensazione che si ha nel seguire questo dibattito sulle dichiarazioni programmatiche del dott. Andreolli e cioè che effettivamente i riflettori sull'ente Regione siano spenti. Non basta o non serve solo prendere in esame delle valutazioni, che già sono state espresse in questa sede da molte forze politiche, sulla risibilità delle competenze regionali, sul fatto che l'aspetto gestionale di questa Regione sostanzialmente è ridotto ai minimi termini. Non credo che questo sia un aspetto molto importante, se pensiamo o siamo convinti che la Regione possa comunque svolgere una funzione importante dal punto di vista della promozione politica e quindi del rapporto e della convivenza fra le varie etnie presenti nell'ambito del territorio regionale, se riteniamo quindi di dare forza e smalto a questa competenza squisitamente politica e poco gestionale che ancora appartiene alla Regione, perché altrimenti il passo successivo sarebbe quello di avere due

Regioni distinte, cioè il Trentino da un lato e l'Alto Adige dall'altro.

Credo che le dichiarazioni programmatiche e l'accordo politico, che stanno alla base di queste dichiarazioni, del quale noi non facciamo parte e sul quale peraltro non ci riconosciamo, mettono in evidenza i limiti dell'azione politica che si vuol dare all'ente Regione, pur con qualche dichiarazione di principio sicuramente accettabile. Ritengo comunque che - anche se questa proposta potrà apparire provocatoria - se vi è la consapevolezza anche da parte di forze maggioritarie, che si sono dichiarate in questo Consiglio, che l'aspetto gestionale è ormai ben poca cosa, mentre un ruolo potrebbe essere assunto dalla Regione proprio dal punto di vista della promozione politica, ebbene, allora forse sarebbe stato meglio proporre una sorta di governo istituzionale, in cui tutte le forze politiche che vi si fossero identificate, formassero un accordo, per svolgere quella funzione di promozione della pacifica convivenza, non coesistenza, all'interno del territorio regionale e delle diverse etnie, da quella italiana, tedesca, cimbra, mochena e ladina.

E' stata scelta una strada diversa e soprattutto con una soluzione stiracchiata, che si è trascinata per mesi, che ha visto il P.A.T.T. trascinato da una forza politica verso la Giunta, poi escluso con la soluzione della Presidenza del Consiglio regionale, che ha portato a scaricare il collega Betta, il quale in qualche modo era stato indicato da alcune forze politiche come candidato a questa Presidenza.

Nell'ambito, dicevo, dell'attività di gestione, così come viene proposta nelle dichiarazioni al Consiglio dal candidato alla Presidenza, non si rilevano elementi su cui aprire un dibattito, che non sia sostanzialmente astratto e che non riguardi solamente i principi generali, sull'applicazione dei quali non vengono fornite precisazioni concrete. Si rileva però un punto, sul quale si è soffermato poco fa anche il collega Ferretti, che, sebbene non ancora precisato, lascia presagire atti legislativi che il P.S.D.I. non può assolutamente accettare, come ad esempio l'istituzione di una soglia percentuale minima di voti per l'elezione al Consiglio regionale. Un simile progetto, al di là ed al di sopra di sterili ragionamenti di parrocchia e di basso impero, non potrà che trovarci in ogni sede contrari, la difesa dei diritti delle formazioni minori in ogni campo e non solo in quello politico, ci ha sempre storicamente trovati in prima linea, ecco perché qualunque operazione di mutilazione

elettorale sarà dal mio partito estremamente combattuta. Gli accorpamenti, che in tal modo si cercherebbe di proporre, tenderebbero al mero rafforzamento dei partiti maggiori - e qui secondo me sta il ragionamento di "bottega" -, a discapito di forze che, seppure minoritarie, sono state e sono essenziali per la storia e la tradizione democratica del Paese. I processi di semplificazione, se è questo l'obiettivo cui vogliamo tendere, riteniamo si costruiscano dal basso, in maniera dialettica e partecipata, non certo con tagliole antidemocratiche volte a ridurre od annientare il pluralismo, sul quale si è sempre basato il nostro sistema.

Se invece a giustificazione di tale intendimento si vuole portare l'esigenza di assicurare, come è stato detto, una maggiore stabilità politica costituzionale è fin troppo facile ribattere che tale stabilità non è mai mancata, pur in presenza di più d'uno dei partiti cosiddetti minori e ciò ci conforta nella duplice direzione, da un lato nella convinzione che il progetto in questione tenderebbe quindi unicamente al rafforzamento elettorale di alcuni gruppi politici a danno di altri, senza che questo porti ad un autentico rafforzamento delle istituzioni e ad una più solida ed efficiente governabilità, e per un altro verso nell'idea che non sarà facile inaridire un discorso di identità politica nei confronti dei partiti rappresentati, anche in quest'aula, con dignità politica certamente non inferiore a quella di chi, numericamente più consistente, ipotizza futuri monopoli.

Detto questo, vorrei soffermarmi brevemente sull'aspetto che accennavo prima, riguardante la promozione, le possibilità offerte dall'articolo 35 dello Statuto di autonomia, a cui lo stesso Presidente designato ha fatto riferimento esplicito nel suo intervento, in merito alla pacificazione tra i gruppi etnico-linguistici e la tutela delle minoranze a raccordo tra le due Province; un argomento certo di ampio respiro, sul quale si è dibattuto e si potrà dibattere sicuramente a lungo. Qui stanno le vere funzioni della Regione, qui la Regione dovrebbe spendere tutte le energie, le disponibilità e le competenze. Il raccordo tra le due Province, così diverse ma così vicine, il costruttivo rapporto tra le diverse etnie costituisce a mio parere compito principale, difficile certo, ma quanto mai stimolante nella nostra così particolare Regione. Non possiamo del resto nasconderci come la ragione della nostra stessa autonomia, quell'autonomia che tanto ci privilegia nel contesto italiano, stia proprio nella capacità di cercare e di

trovare condizioni di costruttiva convivenza tra popolazioni diverse. Non possiamo dire fino ad oggi di esserci riusciti, di aver vinto la sfida che è stata intrapresa.

La tutela assicurata alla minoranza linguistica tedesca in Alto Adige è sicuramente forte, ma nonostante questo il percorso per giungere ad una convivenza costruttiva, capace di offrire una vita serena alle popolazioni dell'Alto Adige non è stata completata. Rigurgiti oltranzisti hanno gettato ulteriori ombre sugli spazi di luce che costellano l'orizzonte della convivenza in Alto Adige, sarà quindi necessaria la convergenza di tutte le forze politiche, per chiudere la vertenza ancora aperta sulla questione altoatesina e sulle norme di attuazione mancanti.

Ciò non significa che norme di legge o lo stesso Statuto debbano considerarsi definitive, a fronte di una società che muta tanto velocemente nelle sue condizioni, nei suoi bisogni. Non si può peraltro sottolineare come l'applicazione della proporzionale etnica nelle assunzioni segni talvolta in modo marcato la difficoltà anche per chi si può definire minoranza di lingua italiana in Alto Adige ed è soprattutto il carattere, credo, permanente, definitivo, anziché provvisorio, attribuito alla proporzionale etnica, che determina quest'imbarazzo.

Tutto ciò, non dimentichiamolo, dà solo fiato a spinte neonazionalistiche, che oggi non possono non preoccupare seriamente tutti i democratici e che nessuno può in tutta onestà sottovalutare. Alla luce di questi fatti, non si vede come il ruolo della Regione ed il raccordo tra le diverse etnie non venga meglio e più fortemente utilizzato per un progetto non di coesistenza, ma di convivenza vera e reale, vissuta giorno per giorno dagli uomini di qualunque lingua, tenendo peraltro in considerazione le esigenze della popolazione altoatesina di lingua italiana, che nell'attuale attuazione del Pacchetto, talvolta per un'interpretazione strumentale del Pacchetto stesso, sembra essere divenuta minoranza da tutelare.

Affermiamo questo nella consapevolezza che per garantire una reale convivenza è necessario, come afferma Piero Agostini, non dimenticare mai le ragioni degli altri.

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Meraner, prego, consigliere. Non vedo il cons. Meraner, per cui dò la parola al cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente e colleghi, innanzi tutto mi preme osservare che anche in questa occasione abbiamo

affrontato questo dibattito con una procedura irrituale, avendo confuso il messaggio demitiano, messaggio elettorale, attraverso il quale si proponeva un programma e sul quale si chiedeva l'adesione dell'elettorato, con una fase istituzionale attraverso la quale un membro dell'assemblea legge o presenta il proprio programma, al fine di raccogliere l'adesione del Consiglio. Questo è veramente un teorema che si è andato diffondendo ed è diventato prassi in tutte le assemblee ed in tutte le istituzioni, anche se - e lo voglio sottolineare - questo metodo appare quanto meno irrispettoso, sul piano della forma e delle norme previste anche dallo Statuto, ma evidentemente non si può soltanto limitarsi a sostenere criticamente questa posizione, se non ricordiamo a noi stessi che ci sono voluti cinque mesi per arrivare alla convocazione di quest'assemblea, per ascoltare le dichiarazioni programmatiche e per giungere poi alla votazione degli organi preposti al governo di questa Regione. Cinque mesi ci sono voluti per un accordo di 12 pagine e per una relazione di pagine 26 e qui non è il caso di scomodare altri regolamenti o altri statuti nel ricordare norme o prassi, che si sono consolidate in altre realtà politiche ed istituzionali, non abbiamo bisogno di tempi prefissati, così come sono previsti nel contiguo Land del Tirolo.

C'è e doveva esserci la volontà e la sensibilità politica di arrivare al dibattito in tempi rapidi e celeri, anche perché - e non credo di dover affermare una cosa fuori della realtà - se l'accordo e le dichiarazioni programmatiche sono il risultato di 12 pagine e 26 pagine, questa constatazione rende ancora più evidente la mancanza o l'assenza di volontà e sensibilità politica, per anticipare i termini entro tempi ritenuti legittimamente giusti e corretti.

In merito al punto 1) di pagina 1 si delinea già una contraddizione politica, in quanto si cerca di distinguere forze politiche che appartengono all'arco autonomistico ed evidentemente forze politiche che non vi appartengono, ma a questo proposito è necessario sottolineare un aspetto importante, dato che non si tratta di distinguere tra coloro che credono nell'autonomia e coloro che non ci credono, perché allora il dilemma sarebbe tra una visione dottrinarica o ideologica, che appartiene ai partiti, ed una questione meramente oggettiva, che è determinata dal problema etnico. Su questo punto quindi noi non possiamo che sottolineare il nostro completo disaccordo.

Per quanto riguarda invece le funzioni ed i

compiti che dovrebbero essere riservati alla Regione, ho letto con attenzione tanto le 12 che le 26 pagine ed ho potuto estrapolare dal totale di 38 pagine solamente tre concetti: che la Regione è un istituto culturale, un osservatorio e un crogiuolo. Ritengo sia doveroso che mi forniate delucidazioni su tali affermazioni. Se è un istituto culturale, lo dobbiamo trattare al pari degli altri istituti culturali presenti sul nostro territorio; potrebbe essere un qualcosa che assomigli all'Istituto Trentino di Cultura, per cui l'ente Regione potrebbe essere Istituto Culturale della Regione Trentino-Alto Adige. Secondo questo modo di vedere le cose, potremmo rilevare come noi consiglieri regionali contiamo alla stessa stregua dei consiglieri che un tempo facevano parte della Regione, con la differenza che mentre noi per assolvere a queste funzioni riceviamo le indennità, quelli che un tempo svolgevano le nostre stesse funzioni ricevevano un vitalizio; ecco la differenza tra la nostra posizione e quella di coloro che un tempo avevano i nostri stessi compiti.

Altre cose penso di non doverle rilevare in questo ragionamento, che mi permetto di fare e di rivolgere alla vostra attenzione.

Leggo testualmente quanto affermato sia a pagina 1 dell'accordo che nelle dichiarazioni programmatiche, per conferma di quanto ho detto in precedenza: "La Regione, nell'ambito delle proprie competenze iscritte nello Statuto di autonomia, si conferma come sede di rappresentanza e di dibattito di iniziativa dei gruppi linguistici presenti nel territorio, al fine di convalidare ulteriormente il significato dell'ordinamento autonomistico." Inoltre, per rafforzare il concetto e quindi per rafforzare il significato di questo ente, che dovrebbe sovrintendere a tantissime cose, si arriva a sostenere come sia necessario mettere nella condizione questo ente di poter meglio operare, attraverso una modifica regolamentare. In tal senso sono convinto che arriviamo a definire in modo regolamentare quelle competenze che né nell'accordo, né nelle dichiarazioni programmatiche sono state messe in evidenza. Come possiamo pensare che questa Regione possa dialogare a destra ed a sinistra, al nord come al sud, ed arrivare a rafforzare questa posizione, attraverso la modifica del Regolamento? E' un'assurdità che non comprendo.

E' vero, l'unica questione che sul piano politico ha rilevanza è la cosiddetta riforma elettorale, che qualcuno ha cercato di dimostrare come necessaria e fondamentale per dare a questo istituto dignità,

possibilità di lavorare e non essere intralciato da rappresentanze minoritarie, che avrebbero come obiettivo esclusivo di sedere in quest'aula per contrastare una maggioranza che, come è stato ricordato, ammonta a 47 consiglieri. Ritengo che queste affermazioni non meritino nemmeno di essere sottolineate, se è vero come è vero che in altra parte del programma e dell'accordo si vuole dare significato e rilevanza politica alle minoranze nel quadro della convivenza, quando poi attraverso una legge che definisco legge-truffa, ricordando la precedente nazionale, si vuole cancellare dalla scena politica partiti e forze politiche che non sono in grado di superare la soglia o il limite, che chiamerei a questo punto le forche caudine, perché allora per fare politica bisogna iscriversi o alla D.C. o al S.V.P.. Questo non è pensabile, è una contraddizione in termini politici, ma anche in termini morali, perché va a contrastare tutte le affermazioni che i documenti, l'accordo delle 12 pagine e le dichiarazioni programmatiche, mettono in evidenza.

Noi evidentemente non ci riconosciamo in questa posizione, attueremo tutte le misure ed useremo tutti gli strumenti a disposizione per contrastare un'iniziativa, che non abbiamo alcun timore a definire liberticida, e contestiamo anche il diritto alla Regione di modificare la legge elettorale per quanto riguarda la situazione dei Comuni della provincia di Trento, in quanto non si capisce il perché si debbono attuare delle modifiche in tal senso in provincia di Trento, mentre nulla si sa per quanto riguarda la provincia di Bolzano. Pure quello che voi attribuite alla Regione, come ente unitario, nella gestione delle popolazioni esistenti sul territorio, viene ad essere sconfessato da un'iniziativa che non soltanto è liberticida, ma anche è discriminatoria tra le due realtà provinciali.

Altra questione che mi preme sollevare è quella del potere di indirizzo. Da più parti ed anche nel documento si contesta il principio del cosiddetto potere di indirizzo che lo Stato dovrebbe avere sull'ordinamento delle Regioni, non soltanto delle Regioni a Statuto ordinario, ma anche delle Regioni a Statuto speciale. Noi abbiamo una concezione dello Stato che è contrapposta alla vostra, noi crediamo nell'unità dello Stato e quindi saremo a fianco di coloro che sostengono la legittimità del potere di indirizzo nei confronti non soltanto delle Regioni a Statuto ordinario, ma anche di quelle a Statuto speciale; del resto, mentre contestate il diritto dello Stato, nei fatti contestate anche alla Regione il diritto di indirizzo a livello delle Province e quindi anche qui ci troviamo di

fronte ad una contraddizione politica e di termini, che abbiamo il dovere di rimarcare e di porre alla vostra attenzione.

Sul piano storico ci sono delle inesattezze, più o meno volute, desidero ricordare al cons. Andreolli che l'affermazione riportata e riferita a Wallnöfer è vera, ma per metà; non c'è storia tirolese senza storia del Trentino, questo è assolutamente vero, non è vera invece l'altra parte. A tal proposito mi pare giusto spendere due minuti per ribadire questa mia convinzione, nel senso che desidero ricordare a me stesso, ma anche a voi che mi ascoltate, che sul piano storico il Principe Vescovo esisteva prima dei Conti del Tirolo e se è vero che i Conti del Tirolo erano gli avvocati vescovili, è altrettanto vero che con l'usurpazione da parte dei Conti del Tirolo, anche attraverso la nomina del Capitano vescovile, pagato con i fondi del Principe Vescovo, i trentini, rispetto al potere temporale esercitato dai Conti del Tirolo, si trovavano nella condizione di sudditi rispetto appunto a questa autorità.

Cosa ha detto e cosa ha scritto inoltre il cons. Andreolli per argomentare l'importanza del ruolo di questo istituto e per dargli vigore? Ha parlato persino di un presunto riconoscimento rivolto all'Austria e quindi di un auspicio, affinché questo Paese possa partecipare alla Comunità Europea. Tralascio le argomentazioni di ordine diplomatico o di ordine di diritto internazionale, perché sappiamo che l'Austria è un Paese neutrale e quindi si dovrà superare questo ostacolo, ma al di là di questo, cons. Andreolli e colleghi, voglio ricordare che la politica estera dovrebbe essere fatta dal Ministro degli Esteri, ora è pur vero che il nostro Ministro degli Esteri si chiama Andreotti, ma da qui a confondersi con un altro Ministro degli Esteri che si chiama Andreolli il passo è lungo, anche perché sappiamo benissimo che il Ministro degli Esteri Giulio Andreotti proviene dalla Ciociaria, mentre sappiamo altrettanto bene che il nostro Presidente in pectore proviene da Brentonico, quindi anche qui bisogna sentire i limiti delle situazioni in cui la Regione si colloca e non si può usurpare, a meno che non facciamo come i Conti del Tirolo nei confronti del Principe Vescovo, competenze, che evidentemente non ci possono competere.

Alla fine del mio argomentare, breve del resto, perché non voglio portare via tempo a nessuno, rilevo come a pagina 22, punto 14) - questo lo voglio leggere, perché se prendessi in considerazione gli appunti si potrebbe pensare che operi un falso -, dopo tutte queste belle premesse, si arriva alla conclusione che "Nell'obiettivo di

sottolineare ciò che ci unisce, nel valutare solidarietà e difese, la Giunta ed il Consiglio regionale potranno porre attenzione anche a gravi problemi che oggi non conoscono confini: sono quelli ad esempio che riguardano le migrazioni, le tematiche della pace e della povertà, i traffici, l'incidenza dei gruppi economici multinazionali, la sfida delle nuove tecnologie, la difesa della terra dalla minaccia degli inquinamenti e della sua possibile distruzione per l'incapacità degli uomini a coniugare progresso tecnologico e salvaguardia del patrimonio naturale."

Collegli, proprio in queste settimane, siamo stati sollecitati dal problema dell'emergenza Adige esistente in provincia di Trento, ma penso interessi anche la provincia di Bolzano, anzi, sembra che dalla documentazione che la Provincia autonoma di Trento ci ha distribuito il problema in provincia di Bolzano sia ancora più grave. Se per affrontare per esempio l'emergenza Adige si deve ricorrere all'istituzione di un'autorità di bacino, che altro non è che l'antico magistrato delle acque, allora dobbiamo pensare che siamo già nell'impossibilità di affrontare problemi concreti, mentre invece abbiamo l'ambizione di affrontare e risolvere problemi che sono quasi di interesse generale e planetario. E' necessario quindi porsi una misura, bisogna essere più modesti, più umili, anche perché, signori consiglieri, questi sono temi che vanno bene nei circoli parrocchiali, ma in politica, se non trovano concretezza ed una progettualità, sono parole abbandonate a loro stesse senza alcun significato positivo. Qualora questi argomenti o queste competenze dovessero essere avocate alla Regione, ci troveremmo immediatamente in contestazione con le due Province, arrivando di conseguenza - e non è una battuta - ad una proliferazione di assessorati; ne abbiamo già fin troppi, forse è meglio che ci limitiamo a quelli che abbiamo.

In conclusione, signor Presidente e signori consiglieri, ritengo che il programma e l'accordo che ci è stato distribuito, sia un programma vuoto, tutt'al più potrebbe essere assimilato al paziente lavoro di qualche vecchio marinaio, il quale si ingegna a costruire la nave dentro una bottiglia. Questo mi pare che sia il significato di tutto quello che avete posto alla nostra attenzione, per cui, se questo è il significato, concludo affermando che la elegenda Giunta è già morta, così, come afferma il poeta, morto era quel cavaliere che andava combattendo.

PRESIDENTE: Prima di dare la parola al prossimo oratore iscritto a parlare, voglio ricordare che nel corso della

riunione di mezzogiorno i capigruppo si erano impegnati a fare opera di persuasione nei confronti dei colleghi di gruppo, per arrivare ad esaurire il dibattito entro le ore 18.00. Informo il Consiglio che è intenzione del Presidente concludere la discussione sulle dichiarazioni programmatiche questa sera, dando peraltro modo a tutti gli iscritti di svolgere il loro intervento. Quindi pregherei i consiglieri di limitare il loro intervento, perché intendo proseguire i lavori oltre le ore 18.00.

Ha chiesto la parola il cons. Frasnelli.

FRASNELLI: Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eingangs gleich etwas klarstellen, und zwar im Zusammenhang mit dem, was Kollege Ferretti zum Ausdruck gebracht hat, nämlich als er doch etwas despektierlich sagte: "Heute gäbe es bestimmte Leute und gestern hat es einen Magnago und einen Benedikter gegeben". Es muß ganz klar sein - und dies ist nicht nur müßige Solidarität in Richtung eigene Fraktion -, daß, glaube ich, wir alle heute, was unsere Art zu sprechen, unsere Art zu argumentieren anlangt, ob wir nun der deutschen und wohl auch der italienischen Volksgruppe angehören, sei es des Trentino wie auch aus Südtirol, - diese Interventionen nicht machen könnten, wenn es in unserem Lande, in unserer Region, nicht Personen gegeben hätte wie Magnago und Benedikter und diese Generation, die die statutarischen Voraussetzungen dafür geschaffen haben, daß wir heute mit einem sicherlich größeren Freiheitsgrad bestimmte politische Dinge zum Ausdruck bringen können als früher. Das möchte ich gegenüber dem Kollegen Ferretti mit aller Deutlichkeit klargestellt haben.

Nun zu den Ausführungen des designierten Präsidenten. Ich möchte meinerseits persönlich anerkennen, daß die Art und Weise der Abfassung des programmatischen Berichtes wie auch der Stil ein neuer ist. Wir machen einen neuen Stil ausfindig. Wir machen eine neue Terminologie auch aus, wenn wir die programmatischen Erklärungen etwas genauer analysieren. Wir machen auch eine neue Zurückhaltung aus, eine notwendige Zurückhaltung, gegenüber dem, was die Region sein soll, sein kann. Ich meine, daß wir dies anerkennen sollen. Dies ist ein Stil, dies ist eine Art der Darlegung sehr heikler politischer Dinge, die wir positiv zur Kenntnis nehmen wollen. Allerdings ist klar, daß im gleichen Atemzuge auch wir zum Ausdruck bringen, daß es nach wie vor notwendig ist, mit Realismus eine Analyse der Aufgaben der Institution Region vorzunehmen. Ich glaube, ohne Realismus davon auszugehen, würde bedeuten, ziemlich im trüben zu fischen.

Ich meine nun in Richtung PATT - und das gehört auch noch zu den Prämissen dazu -, daß vielleicht dieser neue Stil, diese neuen Terminologien, dieses neue verstärkte Ja zur Autonomie etwas markanter, um nicht zu sagen etwas glaubwürdiger zum Ausdruck hätte gebracht werden können, wenn es gelungen wäre, auch die Trentiner Autonomisten in die Regierung, in die Mehrheit, einzubauen. Und dies nicht so sehr, weil man sich vielleicht ideologisch völlig deckungsgleich mit dem sieht, was ideologisch innerhalb der Trentiner Tiroler Volkspartei oder dem PATT angesiedelt ist. Nein, vor allen Dingen was die Tradition in autonomistischen Dingen anlangt. Hier und auf der Grundlage dieser Überlegungen, glaube ich, hätte ein Einbau des PATT sicherlich diesem neuen Antlitz nicht geschadet. Mich wundert es persönlich, daß es insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der sozialistischen Partei Italiens waren, die in so heftiger präjudizieller Form den Einbau der Trentiner Autonomisten abgelehnt haben. Dies um so mehr, da doch vor Jahrzehnten die sozialistische Partei Italiens sehr differenzierte, sehr feinfühlig Positionen gegenüber der damals anstehenden Frage der Annexion Südtirols an Italien und all das, was drumherum geschehen ist, zum Ausdruck gebracht haben. Namen wie Turati, Salvemmini, Bisolati können wir einfach bis in die heutigen Tage herauf nicht vergessen.

Des weiteren ist es uns unverständlich, Kollege Betta, daß der Partito Repubblicano Italiano sich gewissermaßen gesträubt hat - es ist uns nicht ganz klar geworden, aus welchem Grunde - in diese Regierung mit einzutreten und damit als offene fortschrittliche Partei dieses Staates, vielleicht auch als echt liberale Partei zum Unterschied des Partito Liberale Italiano mit einzutreten, um diesen neuen Diskurs der Autonomie aus der Sicht dieser besonderen Konstruktion Region mit uns mitzutragen. Es wäre dem Partito Repubblicano und wahrscheinlich auch ihnen persönlich sehr gut angestanden. Wir hätten nicht ohne weiteres auf die qualifizierte Mitarbeit des Partito Repubblicano verzichten wollen.

Nun glaube ich, ist es sinnvoll, nach diesen Prämissen und aufgrund der Tatsache, daß es sehr viele Kollegen gibt, die in diesem Regionalrat neu hineingewählt worden sind, und zwar aus dem Trentino, die Position Südtirols zur Frage Südtirol und seiner Autonomie und damit zusammenhängend mit dem Europa, dem wir uns entgegenbewegen, kurz zum Ausdruck zu bringen. Ich glaube, daß dies in diesem Raume auch nicht einigermaßen dezidiert geschehen ist.

Dies nur deshalb, damit Sie unsere Position, wie

wir die Entwicklung der Autonomie unseres Landes sehen, mit Blick auf Europa usw., damit Sie die zur Kenntnis erhalten. Wir meinen, daß Europa sich als Solidargemeinschaft zu bewähren hat, und in diesem Rahmen bestimmt die europäische Integration die Entwicklung Südtirols und der Länder, die drumherum angesiedelt sind, ganz wesentlich mit. Sie erleichtert uns - die europäische Integration - den Zugang zu einem gemeinsam historisch kulturellen Hintergrund, der über den deutschen Kulturraum hinausreicht, wenn wir es wollen, wenn wir ihn suchen. Wir brauchen und wir suchen diese Impulse dieser Kommunikation für unsere Entwicklung. In diesem Austausch ist unser Beitrag auch ein Gradmesser für die Lebendigkeit und für den Erfolg der eigenen kulturellen Anstrengungen in Südtirol. Wir müssen uns vermehrt um europäisches Denken bemühen und unsere Position Südtirol, autonomes Land, in diesem Europa der Solidargemeinschaft definieren. Von uns wird ein Denken verlangt, das die Autonomie nicht als etwas endgültiges hinstellt, sondern das Erreichte als Ausgangspunkt für weitere Entwicklungen nimmt. Gleichermaßen läßt sich unsere Verantwortung nicht in den Landesgrenzen Südtirols festschreiben. Wir müssen uns als Europäer weiterreichenden Verantwortungsfragen stellen und nicht zuletzt uns erteilen können, uns auch sehr wohl über den europäischen Raum hinaus unter Beweis stellen können. Südtirol muß neben einer eigenständigen Entwicklung auf lokaler Ebene und im Staatsgefüge eine aktive Rolle in Europa suchen. Und wenn wir dies sagen, dann wissen wir sehr wohl, daß ein Weg zum Finden zu dieser aktiveren Rolle der Weg über die Region geht. Nun werde ich mir dann erlauben, meine Vorstellungen von der Region zum Ausdruck zu bringen, denn - sei es was Kollege Ferretti gesagt hat, sei es was Kollege Robol gesagt hat und andere - dies wäre eine Definition der Region, die für mich und wahrscheinlich für viele andere in der Fraktion einen zu reduzierenden Charakter hat. Das ist nicht der Weg, der Endpunkt, an dem wir bei der Definition um einen Begriff wie Region stehenbleiben wollen und stehenbleiben können. Die sprachlich kulturelle Vielschichtigkeit und die geographische Lage unseres Landes Südtirol weisen von vornherein diesem Land und uns eine besondere Funktion zu. Südtirol muß imstande sein, die Chancen als Drehscheibe zwischen Europas größten Wirtschaftsräumen und als Wirtschaftstransitland zu nutzen. Wenn wir uns an europäischen Maßstäben orientieren, vermögen wir jedoch jenseits der provinziellen Aufschaukelung des kulturellen Führungsanspruchs die kreativen Möglichkeiten einer zukunftsgerichteten integrierenden Gemeinschaft zu entdecken. Das Nahziel

europäischer Binnenmarkt beinhaltet für unser Land nicht nur Chancen wirtschaftlicher Expansion und Integration. Es wird auch zur Kraftprobe für unseren teilweise strukturell unterbelichteten Wirtschaftsraum. Die Südtiroler Volkspartei wird darauf achten, daß das Ineinandergreifen der europäischen und der landespolitischen Zahnräder eine möglichst organische, soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung gewährleistet. Die Südtiroler Volkspartei will also kein Europa der Nationalstaaten und kein Europa der Konzerne. Wir wollen unseren Platz in einem Europa der Regionen, und ich werde mich bemühen, meine Vorstellungen von Region, der wir eines Tages angehören sollen, zu entwickeln.

Ich bin der Meinung, daß es ohne Zweifel möglich sein muß, in diesem Europa der Regionen auch minderheitenpolitische Sonderregelungen beizubehalten und fortzuentwickeln. Das Europa der Europäischen Gemeinschaft der Zukunft wird eine europäische Charta der Minderheiten entwickeln müssen. Sicher ist, daß wir, daß die Region im engeren Sinne des Wortes, daß Italien in Brüssel, also auf europäischer Ebene, auf diesbezügliche Sonderbestimmungen nicht nur bestehen wird müssen, sondern auch Vorschläge einbringen wird müssen. Der Landesregierung aus unserer Sicht in Südtirol, aber das gilt gleich wahrscheinlich auch für das Trentino, zumindest für die Region, und unseren Parlamentariern fällt die Aufgabe zu, energisch darauf hinzuweisen, daß die italienische Regierung dieser minderheitenpolitischen Verpflichtung konsequent nachkommt. Natürlich auch auf europäischer Ebene müssen dafür geeignete politische Schritte unternommen werden. Dies zur Perspektive Europa.

Nun die Lage in Südtirol selbst. Wir Südtiroler begrüßen die erfolgreiche Wiederaufnahme des Dialoges zwischen Minderheit und Staat. Dies sei mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Die große Mehrheit der Südtiroler begrüßt den erzielten Kompromiß beim Ausbau unserer Selbstverwaltung. In der angespannten politischen Lage der letzten Jahre, in der Extremisten auf italienischer und deutscher Seite durch Haßpropaganda und Attentate das Klima im Lande zu vergiften trachteten, ist dieser Kompromiß ein Erfolg der Besonnenheit und der Vernunft. Er ist eine Absage an nationalistische Spekulationen und ein Signal für den Friedens- und Verständigungswillen der Bevölkerung in Südtirol aller drei Sprachgruppen. Die zukünftige Entwicklung wird um so fruchtbarer sein, je breiter die Basis in der Bevölkerung ist, die diese Entscheidung aktiv mitträgt. Die politischen Entscheidungsträger müssen deshalb alles tun, um das was

durch den politischen Kompromiß gewonnen wurde, zur Errungenschaft für alle zu machen, daß es zur Identität für uns alle wird und das was verbesserungsbedürftig bleibt bzw. noch ansteht, zum Anliegen gemeinsamer Anstrengungen wird.

Sehen Sie, im Sinne dieser Überlegungen glaube ich sagen zu können, daß wir in Südtirol ein Zeitalter herbeiwünschen, in dem Sicherheit und Schutz der Minderheit aber auch Dialog, Achtung und Wertschätzung zwischen den Volksgruppen zur alltäglich erfahrbaren und bestimmenden Realität werden. Daraus wollen wir, weil die Dinge noch nicht abgeschlossen sind, was die Absicherung der Autonomiepolitik anlangt, folgendes zum Ausdruck bringen und an Forderungen in den Raum stellen.

Erstens: Das "Ja" zum Paketabschluß wird gegeben, wenn die in den Beschlüssen der Südtiroler Volkspartei des vergangenen Jahres gestellten Bedingungen seitens der italienischen Regierung erfüllt worden sind. Welches sind diese Bedingungen, die wir gestellt haben? Und ich muß dies etwas detaillierter ausführen, weil mein Fraktionskollege Benedikter Dinge zum Ausdruck gebracht hat, von denen ich meine, daß sie doch allzusehr auf der Ebene der persönlichen Ansichten angesiedelt sind und nicht einigermaßen umfassend die Position unserer Partei, unserer Fraktion, wiedergeben. Wir haben ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß die noch offenen Durchführungsbestimmungen verabschiedet, genehmigt, registriert und in Kraft treten müssen. Welche? Gleichstellung der deutschen mit der italienischen Sprache im Verkehr der Bürger mit der öffentlichen Verwaltung und in den Gerichtsverfahren sowie Gebrauch des Ladinischen. Lange hat es hierzu nach einer ersten Genehmigung im Ministerrat Diskussionen gegeben, und es hat uns sozusagen leid getan, als bekannt geworden ist, in Südtirol, daß im Zusammenhang mit dem Problem der Errichtung der Autonomen Sektion des Oberlandesgerichtes und damit angeschlossenen des Jugendgerichtes in der Provinz Bozen, es gewisse und bedeutende juristische Kreise des Trentino gewesen sind, die einmal gegenüber dem Ministerrat zum anderem gegenüber dem Rechnungshof jede nur erdenkliche Initiative gesetzt haben, um die Verabschiedung der globalen Norm der Gleichstellung, aber insbesondere was die Errichtung dieser Sektionen des Oberlandesgerichtes und des Jugendgerichtes anlangt, zu verhindern. Dies wäre nicht neuer Geist, der im Rahmen einer Autonomiediskussion in einer europäisch gesinnten Region bestimmendes Element sein dürfte.

Zweitens: Einschreibung der Schüler in den Schulen Südtirols. Eine Sache, die genehmigt ist.

Bergbau, Mineral- und Thermalwässer, Gesetzgebungsbefugnis auf dem Sachgebiet der Hochschulfürsorge, Neustrukturierung des Rechnungshofes, Abänderung der Durchführungsbestimmungen über das Wahlrecht der Region im Sinne des Verfassungsgerichtshofurteiles, Abänderung des für den Regionalrat vorgesehenen Quorums für die Abänderung der Gemeindeabgrenzungen.

Des weiteren: daß die Finanzregelung für die Autonomie Südtirols im Sinne der Vereinbarungen genehmigt wird; daß Fach- und Beratungsgremien auf Staatsebene nicht nur funktionieren - etwa die 6er und die 12er Kommission, von der wir heute feststellen müssen, daß sie immer noch nicht sozusagen wiederum zum Leben erweckt worden ist, wie auch die Einsetzung der Kommission gemäß Paketmaßnahme 137, einer Kommission, der die Südtiroler Volkspartei über das Weiterbestehen der 6er und 12er Kommission hinaus nicht unerhebliche politische Bedeutung zumißt, weil dies eine Kommission sein wird, die jene ganzen Entwicklungen, die es ja immerhin geben wird, - die Entwicklungen vor uns, um uns herum und in unserem Lande werden nicht stehenbleiben -, die müssen autonomistisch aufgenommen werden und etwa über Beratung dieser Kommission auch an das Ministerratspräsidium und über das Ministerratspräsidium gegebenenfalls an die 6er und 12er Kommission wieder weitergeleitet werden. Denn die sind es, die die juristische Befähigung haben, Durchführungsbestimmungen, Abänderungen von Durchführungsbestimmungen und ähnlichem zu verabschieden.

Des weiteren warten wir mit großem Interesse und immer drängender gewissermaßen, daß der Ministerrat, das Ministerratspräsidium, die 6er- und 12er Kommission wieder einberuft, parallel praktisch jetzt zu diesen Entscheidungen, zu diesen Genehmigungen, so wie es mit dem italienischen Staat vereinbart worden ist und so wie es auch in den Resolutionen im römischen Abgeordnetenhaus und im Senat wiederzufinden ist, daß gleichzeitig und parallel zur Verabschiedung der von mir genannten Durchführungsbestimmungen auch jene Durchführungsbestimmungen, die schon einmal genehmigt worden waren, aber aufgrund von Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes nun eine Abänderung erfahren müssen, daß die jetzt auch aufgearbeitet werden und nicht - wie es damals Regionenminister Gunnella zum Ausdruck gebracht hat - "successivamente", ich zitiere ihn wörtlich, nach einer allfälligen Abgabe der Streitbeendigungserklärung. Hier geschieht nichts. Und wenn wir notwendigerweise im Rahmen von Autonomieüberlegungen zum Thema Region und darüber hinaus von der Notwendigkeit eines gesunden Realismus

sprechen, dann müssen diese Dinge ohne Polemik selbstverständlich, aber mit völliger Klarheit auch hier auf den Tisch gelegt werden.

Dazu gehören selbstverständlich die Frage der Nachfolge der Provinzen in die Güter und Rechte des öffentlichen Gutes und des Vermögens des Staates. Befugnisse auf dem Sachgebiet Hörfunk und Fernsehen. Eine entscheidende und sehr wichtige Bedeutung, wie Sie sich vorstellen können, für eine ethnische Minderheit, für ein Land, wie das unsere, für ein dreisprachiges Land, wie Südtirol es nun einmal ist. Gleichstellung des ASGB, eine ~~unzumutbare Diskriminierung einer Gewerkschaft~~ aufgrund einer Durchführungsbestimmung, die ja direkte Durchführungen von Verfassungsgesetzen sind.

Und nicht zuletzt die Abschaffung der Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnisse bzw. die weitestgehende Beschränkung und Einengung derselben. Hier hat Landesrat Benedikter nur einen Teil dessen gesagt, was im Beschluß der Südtiroler Volkspartei im November oder Dezember letzten Jahres verabschiedet worden ist. Es heißt dort, es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um die Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis, die Ersatzvornahme und die außerordentliche Annullierung auszuschalten oder weitestgehend zu beschränken, wobei immer der Schutz der örtlichen deutschen und ladinischen Sprachminderheiten als nationales Interesse Vorrang haben muß. Die Verabschiedung von dazu geeigneten Maßnahmen wird von dieser Landesversammlung zur Bedingung für den Paketabschluß gemacht.

Kein Wort hat Kollege Benedikter über diese Beschlüsse gefunden und sie doch sehr einseitig und abschwächend hier in die Diskussion eingebracht. Senatswahlkreise, Maßnahme 125 des Paketes, das mit dem deutsch-italienischen Abkommen zu tun hat, Eisenbahn und Proporz. Der Kollege Craffonara ist jetzt weggegangen. Er hat aber im Rahmen seiner Diskussion, seines Diskussionsbeitrages, zum Ausdruck gebracht - man hat ja gemerkt, er ist in der Sache Südtirol nicht drin und auch aus diesem Grunde habe ich mir erlaubt, ein bißchen näher unsere Positionen darzulegen -: "Ja, die italienischen Mitbürger müßten das Köfferchen packen und aus dem Lande wegziehen" (Nehmen wir uns die Zeit, Kollege Langer, es ist nicht nur der Kollege Craffonara, der hier neu ist, aber er hat es in sehr markanter Weise an den Tag gelegt) Wenn zum Beispiel eben dieser Kollege zum Ausdruck gebracht hat, daß das Köfferchen zu packen sei usw., ja wohin? Wir in Südtirol haben eine Arbeitslosenrate zwischen 4,5 und 5 Prozent. Bereits in unserer Nachbarprovinz - wenn man das

so sagen darf - liegt die Arbeitslosenrate, ich glaube, zwischen 7 und 9 Prozent. Ich weiß es nicht ganz genau, aber soweit ich informiert bin, in jener Größenordnung. Im übrigen Italien liegt sie zwischen 9, 11 und 12 Prozent und wenn wir in das südliche Italien gehen... Aber wohin wandern eigentlich die Italiener Südtirols etwa unter dem Gesichtspunkt des Arbeitsplatzes aus, wenn sie nicht in Südtirol bleiben, wo die niedrigste Arbeitslosenrate ist? Und einen Beitrag leisten, daß die Arbeitslosenrate nach wie vor so niedrig bleibt, kann und muß der Staat, indem er endlich im Rahmen der Dienststellen etwa bei der Eisenbahn jene Hunderte und Tausende von Stellen schrittweise ausschreibt, die seit Jahren nicht besetzt sind. Aus diesem Grunde: Hier wäre auch ein Diskurs, der - sei es von Südtirol ausgehend, aber auch von Trient oder der Region ausgehend - gegenüber dem Staate so zu beschreiben ist,...Kollege Holzmann, ich habe Sie nicht verstanden, deswegen kann ich Ihnen jetzt nicht auf... proporzionale hin, proporzionale her antworten. Das wäre eine ganz konkrete Gelegenheit, um nach wie vor einen Beitrag zu leisten, daß das Niveau der Arbeitslosenrate Gott sei Dank so relativ niedrig ist wie bei uns. Natürlich müssen wir den Italienern verstärkt sagen: Ja, begrenzt euch, beschränkt euch nicht auf die Diskussion des Proporztes bei den Staatsstellen oder in der öffentlichen Verwaltung, denn der ganze private Bereich ist da - auf dem gilt natürlich die Proporzüberlegung nicht, sondern hier ist die Zweisprachigkeit mehr und mehr gefragt -. Deswegen müssen wir ein Klima schaffen, dahingehend, daß die italienischen Mitbürger mehr und mehr die zweite Sprache erlernen, weil sie Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, die sie bisher noch nicht gehabt haben. Das ist der Weg, den die Südtiroler Volkspartei prospektiv in Richtung der drei Sprachgruppen selbstverständlich gehen will.

Sehen Sie, natürlich wollen wir auch vom italienischen Staate - und dies ist zuerkannt worden - eine verbindliche Erklärung, daß jene Maßnahmen zum Schutze der ethnischen Minderheiten, wie sie im Paket, im Autonomiestatut und in dessen Durchführung zum Ausdruck gekommen sind, nicht ohne Einvernehmen mit der Minderheit abgeändert werden. Auch diese Erklärung ist noch nicht auf dem Tisch.

Sehen Sie, man könnte also gegenüber dem Landesrat Benedikter oder den Kollegen des Trentino, die vielleicht nicht so exakt und detailliert in der Materie drin sind, zum Ausdruck bringen, daß Realismus notwendig ist. Sie sehen, sehr viele Schritte harren noch einer konkreten Lösung. Wir wollen - so wie vereinbart - diese

Schritte ohne Verzögerungen realisieren und herbeiführen. Und dann, wenn dies einmal der Fall sein sollte, wenn gemäß Resolution der Landesversammlung und somit in Vereinbarung mit dem italienischen Staate unsere Schutzmacht Österreich die Streitbeendigungserklärung abgeben wird, dann wird sie einen Tag vorher den IGH-Vertrag in Kraft gesetzt haben und dann tags darauf die Streitbeendigungserklärung abgeben können, unter der Voraussetzung, daß all dies genehmigt ist. Es ist sicherlich sehr gefährlich, heute allzu leichtfertig über diese Streitbeendigungserklärung zu reden und so zu tun als ob sie schon da wäre. Wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, dann wird Südtirol Österreich gegenüber sagen und empfehlen: Österreich, du kannst die Streitbeendigungserklärung abgeben. Die Südtiroler Volkspartei - andere werden das Ihre tun -, der Südtiroler Heimatbund wird auch eine Meinung zum Ausdruck bringen, der Kollege Meraner wird auch das Seine sagen, die Südtiroler Volkspartei, die 92 bis 93 Prozent der deutschen Bevölkerung vertritt, etwas weniger bei den ladinischen Mitbürgern, wird auch hierzu ihre Meinung zum Ausdruck bringen. Es heißt also, wenn alles über die Bühne ist, ohne Verzögerungen - von unserer Seite nicht, aber hoffentlich auch von seiten des Staates nicht -, soll es dazu kommen, dann wird die Autonomie in jene neue Dimension hineingebracht werden können, vor allen Dingen psychologisch und somit gesamtklimatisch, die sich heute bereits abzeichnet.

Ich gehöre seit Jahren, nicht erst seit Monaten zu jenen, die dieses neue Klima, diesen neuen Dialog, diese neue politische Kultur in Südtirol herbeiführen wollen. Dazu will ich mit aller Deutlichkeit auch hier zum Ausdruck bringen, daß über die Sicherung der deutschen und ladinischen Volksgruppe auf der Grundlage des Pariser Abkommens, des Art. 6 der Italienischen Verfassung und des Autonomiestatutes hinaus, diese Autonomie in Südtirol als Gestaltungsinstrument - die Kollegen aus Südtirol werden diesen Begriff mittlerweile kennen, ich war auch in der Lage, diesen Begriff im Koalitionsprogramm zu verankern - als Gestaltungsinstrument zum Bau und zur Entwicklung der Zukunft für alle drei Sprachgruppen zu verstehen. Es ist die Methode bei der Durchführung der Autonomie, die Methode der Verwaltung und der Vertretung der Interessen der drei Volksgruppen, aller sozialen Schichten. Denn das Autonomiestatut muß zu wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt beitragen und dies sieht man noch nicht auf allen Ebenen und in ausreichendem Maße, es muß eine aktive, gemeinschaftliche Verwaltung all dieser Belange sein. Wir werden in Südtirol keine wahre Entwicklung sichern können,

wenn wir nicht dazu den Beitrag an Ideen und Vorschlägen von seiten aller drei Volksgruppen annehmen. Durch vermehrte Mitbestimmung wird vermehrte Verantwortung aller für unser autonomes Südtirol resultieren. Daraus kann für alle die zur Geborgenheit nötige Identifizierung mit dem Lande und seinem Reichtum an Vielfalt erwachsen, kann jeder in ihr seine Identität finden.

Sehen Sie, mit all diesen Überlegungen sehen wir die zukünftige Autonomieentwicklung. Und mit diesen Überlegungen verwoben ist die weitere Durchführung des Operationskalenders zur Verwirklichung des Südtirolpaketes.

An diesem Punkte angelangt, muß ich mit aller Deutlichkeit einige Positionen der Südtiroler Volkspartei hinsichtlich der völkerrechtlichen Verankerung des Paketes und derlei Dinge zum Ausdruck bringen, weil ein Vorredner aus unserer Fraktion hier einiges doch an mißverständlichen Dingen zum Ausdruck gebracht hat.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich sagte Operationskalender. Was sind die konkreten Folgen des Operationskalenders? Was ergibt sich aus der Durchführung des Operationskalenders? Aus der Durchführung des Operationskalenders ergibt sich die Frage nach der Befassung politischer Gremien in Zukunft mit Fragen, die die Südtiroler Autonomie anlangen. Die österreichische Position hierzu ist folgende: daß bei Durchführung des Operationskalenders durch das Inkrafttreten des IGH-Vertrages und der Abgabe der Streitbeendigungserklärung beide Seiten, beide Vertragspartner, nämlich Italien und Österreich, berechtigt wären, aber keineswegs verpflichtet, den IGH zur Entscheidung über Streitfälle anzurufen. Österreich behielte dabei sehr wohl das Recht unbeschadet der Schlußerklärung, die Vereinten Nationen mit einem neuen Südtirol betreffenden Streitfall zu befassen. Dies gilt auch für Streitigkeiten wegen Rücknahme von Paketbestimmungen seitens des italienischen Staates, die die Schlußerklärung gegenstandslos machen würden. Trotzdem könnte eine Befassung der Vereinten Nationen oder anderer politischer Institutionen (Europarat und KSZE) durchaus zweckmäßig sein, da dort gegenüber Italien erhobene Vorhaltungen diesem Staate sicherlich unter Umständen noch unangenehmer wären.

Sehen Sie, dies ist die Position Österreichs und da wird gesagt: Nein, wir lassen den IGH-Vertrag nicht in Kraft treten. Wir lassen die Streitbeendigungserklärung nicht abgeben. Wir sollen jetzt zum IGH gehen und die Frage der völkerrechtlichen Verankerung des Paketes, des Autonomiestatutes, betreiben. Derjenige, der nun aufmerksam die Resolutionen der Vereinten Nationen aus dem Jahre 60

und 61 durchliest, wird feststellen - wenn ich sie gleich finde, dann werde ich diesen Passus verlesen, sonst werde ich aus dem Gedächtnis zitieren -, hier ist sie: Die Resolution 1497 von 1960 bringt zum Ausdruck: Erstens: "Fordert die beiden Parteien nachdrücklich auf, wieder Verhandlungen aufzunehmen, um eine Lösung..." und so weiter und so fort. Zweitens: "Empfiehl den beiden Parteien, falls die oben im Absatz 1 erwähnten Verhandlungen innerhalb einer angemessenen Frist zu keinem befriedigendem Ergebnis führen sollten..." Also hier ist die Conditio: Falls die oben erwähnten Verhandlungen innerhalb einer angemessenen Frist zu keinem befriedigendem Ergebnis führen sollten, die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, eine Lösung ihrer Differenzen durch jedes in der Satzung der Vereinten Nationen vorgesehene Mittel einschließlich der Anrufung des Internationalen Gerichtshofes zu versuchen. Italien und Österreich haben sich aber geeinigt auf das Paket und auf den Operationskalender, der nicht nur in Italien, sondern auch durch den österreichischen Nationalrat genehmigt worden ist. Somit fällt die Conditio. Im übrigen könnte Südtirol auch juristisch, aus meiner Sicht, oder Österreich, Dinge in Zusammenhang mit der Südtirolautonomie im Moment nicht vor den IGH bringen, weil der IGH-Vertrag als Teil des europäischen Übereinkommens zur Schlichtung von Streitfällen eine Abänderung erst noch erfahren muß durch das Inkrafttreten und erst dadurch ermöglicht wird, daß die Dinge, die bereits geschehen sind, dort hingebacht werden können, die derzeit noch nicht vor den IGH gebracht werden könnten. Dies als juristische Begründung, aber es besteht nach wie vor eine juristisch-politische Begründung, nämlich daß die UNO empfohlen hat, vor den IGH zu gehen, für den Fall, daß Italien und Österreich sich nicht einigen sollten. Italien und Österreich haben sich aber geeinigt und das Ergebnis dieser Einigung war Paket und Operationskalender.

Nun zur Befassung des IGH, zur konkreten Befassung des IGH, immer in Durchführung des Operationskalenders: War bei der Vereinbarung des Operationskalenders 1969 die Möglichkeit einer Befassung des IGH vorwiegend im Interesse Italiens gelegen, so hat das Völkerrecht und die Spruchpraxis des IGH mittlerweile eine solche Entwicklung genommen, die grundsätzlich eher ein österreichisches Interesse an der Befassung des IGH erwarten läßt. Durch die nunmehr wesentlich stärkere Betonung des Vertrauensschutzprinzips kann nämlich davon ausgegangen werden - dies ist die österreichische Position - daß der IGH neben sonstigen Quellen des allgemeinen Völkerrechts auch den Text des Pariser Abkommens und auch

den Paketinhalt als völkerrechtlich verbindlich ansehen wird, da er die übereinstimmende Praxis des Pariser Abkommens darstellt. Dies ist nicht nur die Position der Südtiroler Volkspartei. Dies ist auch die Position des österreichischen Nationalrates, der im Juni 1988 in einer beeindruckenden Debatte festgestellt hat, - und eine entsprechende Resolution ist verabschiedet worden - daß der Nationalrat beschließen wolle - und er hat beschlossen:

Erstens: Die Bundesregierung wird ersucht, sich die Auffassung des Nationalrates zu eigen zu machen, laut der auf dem Vertrag betreffend die Abänderung des Art. 27 lit. a) des europäischen Übereinkommens zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten im Verhältnis zwischen Österreich und Italien - das ist der IGH-Vertrag - als Schutzobjekt u.a. auch alle im Zuge der Paketdurchführung erlassenen Maßnahmen, insbesondere Gesetze und Durchführungsbestimmungen, zurückgegriffen werden muß.

Und zweitens: Die Bundesregierung wird darüberhinaus ersucht, vor dem Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem oben erwähnten Vertrag die Durchführung des Südtirolpaketes im Einvernehmen mit den Vertretern Südtirols auf ihre Vollständigkeit hin zu prüfen und dem Nationalrat über das Ergebnis dieser Prüfung zum ehestmöglichen Zeitpunkt, jedenfalls vor Abgabe der Streitbeendigungserklärung Bericht zu erstatten. All diese Dinge hat hier mein Kollege Benedikter nicht zum Ausdruck gebracht. Ich will nicht sagen bewußt verschwiegen, aber ich glaube, daß es notwendig war, im Rahmen einer Diskussion wie der heutigen, hier diese Dinge ganz klar zu bringen. Wir sind auch der Meinung, als Südtiroler Volkspartei, daß unsere Schutzmacht Österreich in geeigneter Weise Italien gegenüber vorstellig werden soll - dieses Vorstelligwerden soll sich ruhig an die diplomatischen Gepflogenheiten halten -, um von Italien nun in Kenntnis gesetzt zu werden, was die Durchführung des Autonomiestatutes anlangt, um dann an dem Tage X feststellen zu können - nach einer sehr ausführlichen sorgfältigen Prüfung - Italien hat im Sinne der Vereinbarung Paket-Operationskalender tatsächlich das Paket und die Autonomie durchgeführt. Diese Dinge, werte Damen und Herren, sind, wie gesagt, mit aller Klarheit als unsere Position hier zum Ausdruck zu bringen, und wir warnen daher an dieser Stelle vor jenen Aposteln, die weiß machen wollen - auch in der eigenen Partei - man solle vom Operationskalender abgehen. Hierzu ist die Position der Südtiroler Volkspartei ganz klar. Ein Abrücken Österreichs vom Operationskalender würde Italien auch hinsichtlich der ordnungsgemäß durchgeführten Teile des Paketes, denen

Südtirol immerhin den hohen Stand seiner heutigen Autonomie verdankt, aus seiner internationalen Verantwortung entlassen. Damit entfielen... (...Kollege Meraner, das ist die Position Österreichs, die die unsere ist...) ein wesentliches Element der politischen Absicherung gegen eine Rücknahme bereits durchgeführter Paketbestimmungen. Wenn Österreich durch die Nichtbeendigung des Operationskalenders die vorgesehene Gegenleistung für das Paket verweigert, kann es sich nicht einer späteren einseitigen Rücknahme von Paketmaßnahmen widersetzen. Sowohl vor den Vereinten Nationen als auch vor jedem anderen internationalen Gremium, sei es der Europarat, sei es die KSZE-Konferenz, wäre Italien dann - unter Hinweis auf seine bereits gesetzten Maßnahmen - in einer wesentlich besseren Verhandlungsposition, da es Österreich klaren Wortbruch vorwerfen könnte. Mit dem Zusammenbruch des Operationskalenders werden somit die aus ihm und aus dem Paket resultierenden italienischen Verpflichtungen nicht mehr international abgesichert. Die Autonomie Südtirols befände sich dann in einer sehr prekären Lage. Dies ist die Haltung der Südtiroler Volkspartei zur Frage der völkerrechtlichen Verankerung, zur Frage der Notwendigkeit der weiteren Durchführung des Operationskalenders, der weiteren Durchführung des Paketes und die Warnung nach allen Seiten hin - sicherlich auch in die eigene Richtung - von der weiteren Durchführung des Operationskalenders abzugehen.

Es tut mir leid, daß Landesrat Benedikter derzeit von verschiedenster Seite Sirenenklänge entgegengebracht werden. Es tut mir leid für ihn, wenn er dabei ist, abgehalfteten SVP-Politikern, abgehalfteten Heimatbund-Politikern, abgehalfteten Funktionären oder Sympathisanten der Partei der Unabhängigen, auf den Leim zu gehen, daß sie imstande sind, ihn aufs Eis zu führen. Ein Mann, der so viel für die Autonomie geleistet hat, ein Mann, der demokratische Entscheidungen in unserer Partei einfach auch wie jeder andere zur Kenntnis nehmen sollte. Und jemand, der es ehrlich meint mit dieser historischen Person, sollte ihn kameradschaftlich, aber echt kameradschaftlich, auf diese Dinge aufmerksam machen. Ich habe es heute getan. Und wenn Leute aus eurer Ecke redlich interessiert wären, daß ein Mann wie Benedikter mit all seinem Können und all seinem Engagement nach wie vor für die Sache Südtirol sich einsetzen sollte und einsetzen könnte, dann sollten sie ablassen, ihn sozusagen für diese Dinge jetzt zu mißbrauchen, da doch jeder weiß, daß sie - diese Initiativen - nicht erfolgreich zu Ende geführt werden können. Kollegin Klotz und Kollege Meraner, das sei - sieht

man das Bild von der heutigen Tageszeitung Dolomiten an - gerade in Eure Richtung hin gesagt. Wenn ihr ein Minimum an politischer Anständigkeit habt, dann laßt ab von diesem Menschen, daß er sich weiterhin für die Sache Südtirol einsetzen kann.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe...

(Unterbrechung)

PRESIDENTE: Prego i Consiglieri di fare silenzio. Lasciate continuare...

(Unterbrechung)

FRASNELLI: Ich habe zur Frage der völkerrechtlichen Verankerung einige klare Positionen zum Ausdruck gebracht. Ich habe das neue Klima angesprochen, das wir in Südtirol, in unserem Lande, dauerhaft errichten wollen und dabei nicht hinter den Berg gehalten, daß wir Autonomie in dynamischem Sinne zu interpretieren haben und Autonomie in dynamischen Sinne interpretieren wollen. Da ist es klar, daß die soziale, wirtschaftliche, technologische Innovation, die sich in Südtirol sicherlich auch nach wie vor einstellen wird, daß diese Innovationen autonomistisch aufgefangen werden müssen. Ich glaube, daß folgender Weg gerade einer Partei wie der unseren gut ansteht, nämlich daß wir, wenn wir über den Ausbau der Autonomie reden, folgendes mehr und mehr berücksichtigen:

Autonomie kann nicht da sein und darf nicht da sein, damit die Mehrheit einer Volksgruppe gegen die Mehrheit der anderen Volksgruppe irgend etwas, was die Sache der Autonomie anlangt, sozusagen durchsetzen will. Es ist ein Autonomiediskurs zu machen, weil wir die Autonomie als dynamisches Instrument sehen und wir durch einen schwierigen Prozeß der gegenseitigen Information, Aufklärung und Überzeugungsarbeit die Mehrheit jeder Volksgruppe dazu bringen möchten, zu den neuen Dingen der Autonomie Ja zu sagen. Ich bin überzeugt, wenn die italienische Volksgruppe in Südtirol einmal die Identität sich erarbeitet hat, die wir wollen, daß sie sie bekommen möge, daß wir dann gemeinsam diesen Weg der dynamischen Autonomie, aber nicht der Autonomie etwa einer Volksgruppe gegen die andere, sondern der Autonomie aller Volksgruppen zusammen verstärkt gehen können. Die Arbeit der 137er Kommission sehe ich persönlich ganz klar als in diese Richtung gehend.

Und nun zur Frage der Region, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gesagt, daß mit großem Realismus

einerseits, aber mit neuem Stil, mit neuer Terminologie, der designierte Präsident die Aufgaben der Region beschrieben hat. Ich meine, die Region ist institutionell vom Staate vorgesehen. Wir werden dies nicht ändern können. Ich glaube, es hat auch keinen Sinn, eine Änderung politisch zu versuchen. Wir nehmen also zur Kenntnis, welche Kompetenzen die Region Trentino-Südtirol hat und meine, daß die Region die eigenen Kompetenzen im Interesse der Gesamtbevölkerung ausüben muß, daß die Region ihre eigenen Kompetenzen vor allen Dingen auch im Interesse der beiden autonomen Länder Trentino und Südtirol ausüben muß. Und ich möchte in diesem Zusammenhang anregen oder zum Ausdruck bringen, daß gerade die Kompetenzen im sozialpolitischen Bereich energischer als bisher angepackt werden sollen, vielleicht auch ausgewogener angepackt werden sollen als bisher, und der designierte Präsident hat da das eine und das andere anklingen lassen. Meine Kollegin Franzelin hat es bereits präzisiert und ich schließe mich diesen Ausführungen vollinhaltlich an. Es ist klar, daß die Region auch die notwendigen Geldmittel bekommen muß, um diese Aufgaben und diese Kompetenzen im Interesse der beiden autonomen Länder Trentino und Südtirol und somit im Interesse der Bürger dieser beiden Länder und der Region auszuüben.

Ganz neu wird der Einsatz belegt werden müssen, den die Region zu entwickeln hat für den Erhalt dessen, was an Autonomie für die beiden Länder und für die Region bisher erarbeitet werden konnte. Aber ich bin der Meinung, daß diese Region auch Impulsgeber sein muß für eine verstärkte Diskussion, die auf gesamtstaatlicher Ebene in der Frage der Reform der italienischen Institutionen, in der Frage des italienischen Regionalismus derzeit zu führen ist. Hier, Herr Präsident, kommt Ihnen, Ihrer Regierung und der Institution der Region eine bisher sicherlich noch nicht voll wahrgenommenen Aufgabe zu. Ich meine aber, daß die Region, wenn man vom engeren institutionellen Moment absieht, nämlich daß die italienische Verfassung, die die Region Trentino-Südtirol usw. vorsieht, daß das Autonomiestatut bestimmte Kompetenzen der Region überarbeitet hat, es noch eine andere Dimension der Diskussion um die Region geben muß angesichts der historischen Vergangenheit und der historischen Gemeinsamkeiten, die ich nicht im einzelnen anführen will, weil es bereits andere Kollegen getan haben, und mit Blick auf das zusammengehende Europa und im Zusammenhang mit der Aussage, die ich mir erlaubt habe zu machen, daß wir ein Europa nicht der Nationalstaaten, sondern ein Europa der Regionen wollen. Wie sieht die Region aus, die wir als

europäische Region wollen? Ist dies Südtirol alleine? Ist dies eine enge Zusammenarbeit zwischen Südtirol und dem autonomen Land Trentino, was sich jetzt abgezeichnet hat durch den Diskurs Malossini und Durnwalder? Ist dies die Region Trentino-Südtirol, so wie sie von der italienischen Verfassung vorgesehen ist? Ist diese europäische Region das heutige Südtirol und das heutige Nordosttirol mit seinen gemeinsamen Landtagssitzungen? Oder ist diese europäische Region, die in Umweltfragen, die in der Transitfrage, in verkehrspolitischen Fragen, in der Frage von Kommunikation, von Information im weiteren Sinne des Wortes, so viele gemeinsame Problemstellungen hat? Oder könnte so eine Region oder müßte so eine Region angesichts der gemeinsamen Geschichte nicht folgende sein, daß Nordosttirol, Südtirol, Trentino zusammen als diese europäische Region angesehen werden soll, die sich anschickt, auch ruhig außerhalb der institutionellen Gremien, wie sie in den Verfassungen usw. festgelegt sind, stärker zusammenzuarbeiten, um die diversesten Fragen, die mit und ohne europäische Einigung auf diese Länder zukommen, besser zu bewältigen. Ob es dazu der Errichtung z.B. eines Rates der europäischen Region Tirol - Tirolo und der Hinzunahme all dieser Länder braucht oder ob das andere Formen der Zusammenarbeit sind, lasse ich dahingestellt sein.

Ich möchte aber zum Ausdruck bringen, daß ein Festnageln der Diskussion Region in die Richtung, wie sie auch etwa Ferretti und teilweise, so ist es mir zumindest erschienen, Robol gemacht hat, nicht ausreicht. Was die institutionelle Sache anlangt - sicherlich sind uns derzeit Grenzen gesetzt, aber wir sollten über diese institutionellen Grenzen hinausgehen - sollten wir den Diskurs, so wie ich mir ihn erlaubt habe, auch zum Ausdruck zu bringen, doch anpacken. Kollege Langer hat das eine und andere - wenn ich ihn richtig verstanden habe - auch so in diese Richtung zum Ausdruck gebracht. Ob wir so einen Rat der europäischen Region Tirol - Tirolo erst angehen einzurichten, nachdem wir vielleicht in all diesen Ländern eine Art Volksbefragung abgehalten haben, oder ob sich einfach die Regierungen der genannten Länder mehr und mehr bereit finden oder die Parlament dieser Länder bereit finden, enger zusammenzutreten, wie analog, wie in den gemeinsamen Landtagssitzungen, dies sei dahingestellt. Eines muß aber auch in diesem Falle klar sein, wenn wir aus der Geschichte lernen wollen, dann müßte so etwas, so eine erweiterte Diskussion der europäischen Region Tirol - Tirolo, natürlich ausgerichtet sein auf das Lösen von Problemen dieses Gebildes, dieser Länder und auch dort das Prinzip gelten, das nie und nimmer Entscheidungen, wie

immer sie fallen mögen, getroffen werden, derart, daß etwa eine Volksgruppe gegen andere Volksgruppen, daß es geradezu ein Grundsatz bei solchen Arbeiten sein müßte, daß nur Beschlüsse oder nur Vereinbarungen getroffen werden könnten, wenn sich die Mehrheit von den drei Volksgruppen, die in diesem Bereich leben würden, sich damit einverstanden erklärten, um das Unheilvolle, was es in der Geschichte gegeben hat ein für alle Mal auszuschalten.

Nun, Sie werden sagen, das sind Überlegungen, die doch sehr diffus hier in den Raum gestellt sind. Das mag auch sein. Nur kann ich mich nicht anfreunden mit einer all zu beengten Definition, wie sie derzeit durch die institutionalisierte Region Trentino-Südtirol vorgegeben ist. Mit dieser Überlegung mag ich mich persönlich nicht anfreunden.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich komme zum Schluß. Sehr geehrter Herr Präsident! Ich habe meine Ausführungen einmal aus dem Grunde so dargelegt, weil es mir notwendig schien, in der Frage der Autonomiepolitik, in der Frage autonomiepolitischer Instrumente einige Dinge klarzustellen und zum zweiten um zum Ausdruck zu bringen, daß eine reduzierte Vision der Region für mich - und soweit ich informiert bin, für viele andere in der Fraktion - nicht ausreicht, politisch nicht ausreicht.

Mit diesem Blickwinkel stimme ich den Überlegungen, den programmatischen Erklärungen des designierten Präsidenten zu. Danke, Herr Präsident!

(Signor Presidente, colleghe e colleghi!) Innanzi tutto vorrei mettere nella giusta luce ciò che il collega Ferretti ha detto in modo sprezzante, ovvero che "oggi ci sono certe persone, mentre ieri c'erano un Magnago e un Benedikter". Deve essere chiaro - e non lo dico per mera solidarietà nei confronti del mio gruppo - che oggi non avremmo potuto fare simili affermazioni, esprimendoci e parlando nel modo in cui lo facciamo - sia che apparteniamo al gruppo etnico tedesco che a quello italiano del Trentino o del Sudtirolo -, se alle spalle non ci fossero state persone come un Magnago, un Benedikter e la loro generazione. Queste persone hanno creato le premesse statutarie perché noi oggi potessimo esprimere certe opinioni politiche con maggiore libertà rispetto al passato. Questa è una cosa che mi premeva chiarire circa le affermazioni del collega Ferretti.

Ora vorrei fare riferimento alle dichiarazioni del Presidente designato. Personalmente apprezzo il modo in cui è stata redatta la relazione programmatica; anche lo stile è nuovo; si è veramente cercato di trovare un nuovo

stile. Se si analizzano accuratamente le dichiarazioni programmatiche, si può constatare anche una nuova terminologia; possiamo accertare anche una nuova riservatezza, la riservatezza necessaria nei confronti di quello che deve e può essere la Regione. A mio avviso dovremmo apprezzare tale cosa. Prendiamo atto positivamente di questo stile e del modo in cui sono state illustrate certe delicate questioni politiche. Sia chiaro però che anche noi riteniamo sia necessario fare nel contempo un'analisi realistica dei compiti dell'ente Regione. A mio avviso affronteremo le cose con poca chiarezza se non mettessimo un certo realismo alla base di tutto ciò.

Per ciò che riguarda il PATT - anche questo fa parte delle premesse - vorrei ribadire che questo nuovo stile, questa nuova terminologia, questo rinforzato "Sì" all'autonomia avrebbe potuto essere più accentuato - per non dire più credibile -, se gli autonomisti trentini avessero potuto partecipare alla Giunta, alla maggioranza. Questo non lo dico tanto per il fatto che ci troviamo ideologicamente forse sulla stessa linea del Partito Popolare Trentino Tirolese o del PATT, ma soprattutto a causa della tradizione che essi hanno in questioni autonomistiche. Per questo motivo l'inclusione del PATT avrebbe certamente favorito quest'aspetto. Personalmente mi meraviglia che soprattutto i colleghi del Partito Socialista Italiano abbiano rifiutato in modo talmente deciso e prevenuto l'inclusione degli Autonomisti trentini. Mi meraviglia assai, in quanto decenni fa il Partito Socialista Italiano aveva assunto posizioni ben differenti e alquanto comprensive riguardo alla situazione di allora, relativa all'annessione dell' Alto Adige all'Italia e a tutto quello che successe intorno a tale questione. Non possiamo certo scordare nomi come Turati, Salvemini, Bisolati.

Inoltre non comprendiamo la ragione per la quale, collega Betta, il Partito Repubblicano Italiano si è in un certo qual modo rifiutato di far parte della Giunta - non ci è chiaro per quale motivo, visto che si tratta di un partito progressivo e veramente liberale a differenza del Partito Liberale Italiano - e di partecipare a questa nuova discussione sull'autonomia che è basata su di una particolare costruzione della Regione. Avrebbe dato prestigio sia al Partito Repubblicano sia presumibilmente anche alla sua persona. Non avremmo voluto dover rinunciare alla collaborazione qualificata del Partito Repubblicano Italiano.

Penso che dopo queste premesse sia opportuno illustrare brevemente - dato che ci sono molti colleghi

nuovi del Trentino in questo Consiglio - la posizione dell'Alto Adige in merito alla questione sudtirolese, alla sua autonomia in connessione con l'Europa verso la quale ci stiamo muovendo. Secondo me questo aspetto non è stato ancora evidenziato qui in modo sufficientemente dettagliato.

Vorrei illustrare la nostra posizione, il nostro modo di vedere lo sviluppo dell'autonomia nella nostra provincia in prospettiva dell'Europa unita ecc. Riteniamo che l'Europa debba affermarsi come una Comunità di solidarietà. In questo quadro l'integrazione europea sarà determinante per lo sviluppo del Sudtirolo e delle province, Länder e regioni attigue. Essa - l'integrazione europea - ci darà accesso, se noi lo vorremo e se tenderemo a questo fine, a una comune area storica e culturale che va ben oltre l'area culturale di lingua tedesca. Noi abbiamo bisogno e quindi cercheremo gli impulsi di questa comunicazione per il nostro sviluppo. In considerazione di questo scambio il nostro contributo rappresenta l'indice per misurare la vitalità e il successo degli sforzi culturali compiuti in Alto Adige. Dobbiamo quindi sempre più adoperarci affinché si crei una mentalità europea e venga definita la posizione dell'Alto Adige-come provincia autonoma - all'interno di questa Europa, quale comunità di solidarietà. Dobbiamo introdurre una mentalità che non consideri la situazione raggiunta come qualcosa di definitivo, ma come punto di partenza per ulteriori sviluppi. Contemporaneamente la nostra responsabilità non può essere limitata entro i confini del Sudtirolo. Quali cittadini europei dobbiamo confrontarci con questioni di grande responsabilità, che dovremo affrontare e che ci metteranno alla prova anche a livello internazionale. L'Alto Adige deve cercare oltre ad un autonomo sviluppo a livello locale e nazionale anche un suo ruolo attivo all'interno dell'Europa. E dicendo questo sappiamo bene che la strada che conduce a un tale ruolo più attivo passa attraverso la Regione. Ora cercherò di esporre le mie riflessioni sulla Regione, poiché - sia in riferimento a quanto affermato dal collega Ferretti, Robol e altri - quello che ne risulta è un concetto di Regione che per me come per altri colleghi del mio gruppo è troppo riduttivo. Non è questa la via, il punto finale al quale intendiamo e vogliamo fermarci nel definire un concetto come quello della Regione. La varietà culturale e linguistica e la posizione geografica del Sudtirolo assegnano a questa provincia e a noi un particolare compito. Il Sudtirolo deve essere in grado di sfruttare al meglio le possibilità che gli si offrono quale piattaforma al centro delle maggiori

aree economiche europee e quale paese di transito economico. Se adottassimo dei parametri europei, scopriremmo che al di là di una spinta di tipo provinciale verso la rivendicazione di supremazia culturale ci sono le possibilità creative di una comunità integrata e rivolta al futuro. L'obiettivo molto vicino di un Mercato Unico Europeo offre alla nostra provincia non solo possibilità di espansione ed integrazione economica, ma diventa anche un banco di prova per la nostra area economica parzialmente poco sfruttata dal punto di vista strutturale. La Südtiroler Volkspartei si adopererà affinché le ruote dentate di questo sistema europeo e quelle della politica provinciale si muovano in un ingranaggio che garantisca uno sviluppo sociale, ambientale ed economico possibilmente organico. La Südtiroler Volkspartei non vuole quindi un' Europa di stati nazionali o un' Europa delle multinazionali. Noi vogliamo avere un nostro posto nell'ultima Europa delle regioni ed in questo senso io mi adopererò per chiarire la mia posizione circa una regione come quella di cui faremo parte un giorno.

Sono dell'avviso che anche in questa Europa delle regioni sarà senza dubbio possibile mantenere e sviluppare ulteriormente norme speciali a tutela delle minoranze. La futura Europa della Comunità europea dovrà elaborare una Carta europea a favore delle minoranze. E' fuori dubbio che noi, la Regione nel senso stretto della parola, e l'Italia, quale essa è rappresentata a Brüssel - quindi a livello europeo - dovranno non solo insistere su queste norme speciali, ma dovranno anche fare delle proposte in merito. Il compito di fare osservare energicamente al Governo italiano questo impegno nei confronti delle minoranze spetta alla Giunta provinciale dell'Alto Adige - secondo noi -, ai nostri Parlamentari e forse anche alla Regione per ciò che riguarda il Trentino. Naturalmente vanno intrapresi adeguati passi politici anche a livello europeo. Questo è quanto volevo dire in merito alla prospettiva Europa.

Ora giungo alla situazione in Alto Adige. Noi sudtirolesi siamo lieti che si sia ripreso con successo il dialogo tra la minoranza e lo Stato. E questo va sottolineato chiaramente. La grande maggioranza dei sudtirolesi accoglie con favore il compromesso raggiunto nell'ambito della nostra autonomia. Alla luce della situazione politica degli ultimi anni carica di tensioni, quando estremisti italiani e tedeschi cercarono attraverso la propaganda dell'odio e per mezzo di attentati di avvelenare il clima di questo paese, questo compromesso rappresenta un segnale di ponderazione e ragionevolezza.

Rappresenta quindi il rifiuto di tutte le speculazioni nazionalistiche ed un segnale di volontà di pace e comprensione della popolazione altoatesina di tutti e tre i gruppi linguistici. Lo sviluppo futuro sarà tanto più positivo, quanto più ampia sarà la base della popolazione che appoggerà attivamente questa decisione. Gli esponenti politici devono quindi fare quanto in loro potere, affinché ciò che è stato raggiunto attraverso il compromesso politico possa diventare una conquista per tutti, affinché tutti si identifichino in questa scelta e affinché ciò che ancora rimane da migliorare o deve ancora essere raggiunto diventi il centro di sforzi comuni.

Ebbene, alla luce di queste considerazioni penso di poter affermare che noi in Alto Adige auspichiamo l'avvento di un'era nella quale non solo la sicurezza e la tutela della minoranza, ma anche il dialogo, il rispetto e la stima reciproca fra i gruppi etnici diventino una realtà quotidiana determinante. Quindi proprio perché la questione non è ancora conclusa, vogliamo specificare e rivendicare le seguenti cose:

Primo. Il "sì" alla conclusione del pacchetto verrà rilasciato quando sarà data attuazione da parte del Governo italiano a quelle condizioni contenute nelle deliberazioni della Südtiroler Volkspartei dell'anno scorso. Quali sono queste condizioni? Vorrei ora esporle in modo dettagliato poiché il collega Benedikter ha espresso opinioni che secondo me si basano un po' troppo su considerazioni personali e non riflettono in modo sufficientemente chiaro la posizione del nostro partito, del nostro gruppo. Abbiamo chiaramente evidenziato che le norme di attuazione ancora aperte dovranno essere varate, approvate, registrate ed poi entrare in vigore. Quali sono? Dunque : equiparazione della lingua tedesca con quella italiana nei rapporti dei cittadini con la Pubblica Amministrazione e nei procedimenti giudiziari; lo stesso vale per la lingua ladina. Dopo una prima approvazione da parte del Consiglio dei Ministri non ci sono state lunghe discussioni in merito; per cui ci siamo molto dispiaciuti in un certo qual senso quando in Alto Adige si è venuti a sapere che in relazione al problema dell'istituzione di una sezione autonoma della Corte di appello e di un Tribunale per i minorenni nella Provincia di Bolzano sono stati proprio certi influenti ambienti giuridici del Trentino ad intraprendere ogni iniziativa possibile in sede di Consiglio dei Ministri e della Corte dei Conti per impedire l'emanazione di una norma globale sull'equiparazione delle lingue e soprattutto l'istituzione di questa sezione della Corte di appello e del Tribunale per i minorenni. Questo

non é certo lo spirito che dovrebbe animare in modo nuovo la discussione sull'autonomia in una regione con ambizioni europee.

Secondo. Iscrizione alle scuole sudtirolesi. Questa cosa é già stata approvata. Miniere, acque termali e minerali; competenza legislativa in materia di assistenza scolastica, riorganizzazione della Corte dei Conti, modifica delle norme di attuazione sul diritto elettorale in regione in base alla sentenza della Corte costituzionale, modifica del quorum previsto in Consiglio regionale per la modifica delle circoscrizioni comunali. Inoltre che la regolamentazione finanziaria per l'autonomia sudtirolese venga approvata secondo gli accordi presi; che organi tecnici e di consulenza a livello nazionale funzionino veramente, come la Commissione dei 6 e dei 12, che come possiamo constatare non sono ancora state per così dire richiamate in vita; questo vale anche per l'istituzione di una commissione secondo la norma del pacchetto n. 137 alla quale la SVP attribuisce grande importanza politica (come anche alla sopravvivenza della Commissione dei 6 e dei 12), proprio perché sarà questa una commissione che affronterà tutti gli sviluppi che ci attendono e che non si fermeranno davanti alla nostra provincia. Questi dovranno essere recepiti in modo autonomistico e dopo una consultazione in questa commissione i risultati dovranno essere trasmessi alla Presidenza del Consiglio dei Ministri ed eventualmente alla Commissione dei 6 e dei 12 - poiché sono questi gli organi che hanno la competenza giuridica ad emanare norme di attuazione, modifiche di norme di attuazione ecc.-.

Attendiamo inoltre con grande interesse e con sempre maggiore premura che il Consiglio dei Ministri, la Presidenza del Consiglio dei Ministri convochi nuovamente la Commissione dei 6 e dei 12 parallelamente a queste decisioni, a queste concessioni, così come era stato concordato con lo Stato italiano e come era previsto anche dalle risoluzioni della Camera dei Deputati e del Senato; ovvero che contemporaneamente e parallelamente al varo delle norme di attuazione innanzi citate vengano riviste anche quelle norme di attuazione già approvate che necessitano di una modifica secondo quanto stabilito dalle sentenze della Corte Costituzionale. Noi auspichiamo che ciò avvenga parallelamente e non "successivamente" al rilascio della quietanza liberatoria come asserì invece il Ministro per le Regioni Gunnella. In questo senso per ora non sta succedendo niente. E se ora noi parliamo della necessità di un sano realismo nell'ambito delle considerazioni autonomistiche sulla Regione, allora

dobbiamo anche dire queste cose apertamente e senza polemica.

Tra queste cose va annoverata anche la questione del trasferimento alle Province dei beni demaniali e patrimoniali dello Stato; inoltre competenza in materia di trasmissioni radiotelevisive che ha un'importanza notevole - come potete ben immaginare - per la minoranza etnica, per una provincia trilingue come la nostra.

Poi: equiparazione dell'ASGB, dove é in atto una discriminazione insostenibile sulla base di una norma di attuazione - le norme di attuazione in sostanza danno attuazione direttamente a dettami costituzionali -. E per ultimo anche l'abolizione della facoltà di indirizzo e coordinamento, oppure la più ampia limitazione e compressione di questa facoltà. E qui il consigliere Benedikter ha detto solo una parte di ciò che fu deciso nelle deliberazioni della SVP nel novembre o dicembre scorso. In queste si affermò che dovranno essere trovati mezzi e vie opportune per escludere o almeno limitare il più possibile la facoltà di indirizzo e coordinamento, l'esecuzione sostitutiva e l'annullamento straordinario, dando così sempre priorità alla tutela delle locali minoranze linguistiche tedesche e ladine quale interesse nazionale. L'approvazione di idonei provvedimenti atti a consolidare questa tutela costituisce condizione per la chiusura del Pacchetto. Il collega Benedikter non spese troppe parole su queste deliberazioni e le ha menzionate in questa discussione in modo unilaterale e parziale.

Circoscrizioni senatoriali, provvedimento n. 125 del Pacchetto che concerne l'accordo italo-tedesco, ferrovie e proporzionale. Purtroppo il collega Craffonara ormai se ne andato. Comunque in sede di discussione egli affermò - e da questo ne risulta che non conosce a fondo la situazione altoatesina ed é per questo che mi sono permesso di approfondire l'argomento -: "Tutti i cittadini di lingua italiana dovranno prima o poi far le valigie ed andarsene da questa provincia." (Prendiamoci un po' di tempo e analizziamo queste affermazioni, collega Langer; non é solo il collega Craffonara infatti che é nuovo qui e che pensa queste cose, ma lui le ha dette in modo molto chiaro). Se questo collega dice che si dovrà far fagotto, ebbene, per andare dove, se in Alto Adige c'è un tasso di disoccupazione tra il 4,5 e il 5%? Già nella provincia vicina - se ci é consentito dirlo - il tasso di disoccupazione é tra il 7 e 9%. Non lo so con certezza, tuttavia per quanto ne sia informato il tasso dovrebbe essere intorno a questo ordine di grandezza. Nel resto dell'Italia é tra il 9,11 e 12%, senza considerare l'Italia

meridionale. Dove andrebbero dunque a lavorare questi italiani costretti ad emigrare se in Alto Adige c'è ancora il tasso di disoccupazione più basso? E lo Stato può (e deve) contribuire a che' questo tasso di disoccupazione rimanga a tali livelli se bandisce finalmente concorsi per centinaia e migliaia di posti rimasti vacanti per anni nell'ambito delle ferrovie. Perciò: anche questo sarebbe un discorso che dovrebbe venir fatto dal Sudtirolo, ma anche da Trento o dalla Regione allo Stato.....collega Holzmann, io non l'ho compresa, quindi non posso rispondere a questa sua domanda sulla proporzionale....Questa sarebbe comunque una buona opportunità per contribuire a tenere il tasso di disoccupazione relativamente basso nella nostra provincia. Naturalmente agli italiani dobbiamo dire ancora una volta: Ebbene, nella discussione sulla proporzionale non limitatevi a considerare solo gli impieghi statali o l'amministrazione pubblica, poiché c'è anche tutto il settore privato, dove non vige la regolamentazione della proporzionale, anche se si richiede sempre più spesso una buona conoscenza della seconda lingua. Per questo dobbiamo creare un clima che faccia sì che i cittadini di lingua italiana imparino sempre meglio la seconda lingua; ciò offrirà loro maggiori possibilità sul mercato del lavoro rispetto a quelle che avevano in passato. Questa è la via che la SVP intende percorrere in futuro a favore dei tre gruppi linguistici.

Poi vogliamo naturalmente che lo Stato italiano - e questo ci è stato riconosciuto - si impegni con una dichiarazione vincolante affinché quelle norme a tutela delle minoranze etniche che sono contenute nel Pacchetto, nello Statuto di autonomia e nelle norme per la sua attuazione, non possano venire modificate senza il consenso della minoranza stessa. Anche questa dichiarazione non è ancora disponibile.

Per queste ragioni va detto al collega Benedikter o ai colleghi del Trentino (che non sono stati troppo esatti oppure non conoscono a sufficienza la situazione altoatesina) che ci vuole un certo realismo. Come avete avuto modo di sentire molte cose debbono ancora essere realizzate. Noi intendiamo - così come è stato concordato - realizzare e concretizzare queste cose senza esitazione. E poi se esse giungeranno a una conclusione e se la nostra nazione protettrice, l'Austria, in base alla risoluzione del Consiglio provinciale e in accordo con lo Stato italiano dovesse rilasciare la quietanza liberatoria, un giorno prima essa farà entrare in vigore il trattato sul ricorso alla Corte internazionale dell'Aja e il giorno dopo rilascerà la quietanza liberatoria, a condizione però che

si sia adempiuto a tutti questi impegni. E' certamente molto pericoloso ed anche superficiale parlare oggi della quietanza liberatoria come se fosse già stata concessa. Se sarà data attuazione a tutte le condizioni, allora il Sudtirolo dirà all'Austria: Austria, ora puoi rilasciare la quietanza liberatoria. La SVP, che rappresenta oggi il 92-93% della popolazione tedesca ed un po' meno della popolazione ladina, ma anche altri come il Südtiroler Heimatbund, ed il collega Meraner esprimeranno poi la loro opinione in merito. Quindi quando tutto questo si realizzerà, senza ritardi - almeno non da parte nostra e auspicabilmente nemmeno da parte dello Stato -, allora l'autonomia entrerà in quella nuova dimensione soprattutto psicologica e generale, i cui contorni si iniziano a delineare sin d'ora.

Io faccio parte - ormai da anni, non solo da mesi - di coloro che auspicano l'avvento di questo nuovo clima, di questo nuovo dialogo, di questa nuova cultura in Alto Adige. Ed in questa occasione mi preme specificare che al di là della tutela del gruppo etnico tedesco e ladino in base all'accordo di Parigi, all'art. 6 della Costituzione italiana e allo Statuto di autonomia, questa autonomia in Alto Adige va vista come un strumento di gestione - e i colleghi sudtirolesi ormai conoscono questo concetto, poiché mi è stato possibile inserirlo persino nel programma di coalizione -, quindi uno strumento di gestione per costruire e plasmare il futuro dei tre gruppi linguistici. Esso rappresenta il metodo per attuare l'autonomia, il metodo per amministrare e rappresentare gli interessi dei tre gruppi linguistici di tutti i livelli sociali. Lo Statuto di autonomia deve infatti contribuire al progresso economico e sociale e questo non lo traspare ancora a sufficienza in tutti i settori; dev'essere quindi un'attiva, comune gestione di tutte queste cose. Noi in Alto Adige non potremo garantire un vero sviluppo, se non accettiamo il contributo di idee e proposte di tutti e tre i gruppi linguistici. Una maggiore partecipazione di tutti comporterà una maggiore responsabilità nei confronti dell'Alto Adige. Da questo dipenderà la identificazione necessaria a riconoscersi con la propria terra e con la sua molteplice varietà; in questo modo ognuno ritroverà la sua identità.

Noi vediamo il futuro sviluppo dell'autonomia alla luce di queste considerazioni che sono collegate anche alla ulteriore attuazione del calendario operativo del pacchetto sudtirolese.

E giunti a questo punto ritengo doveroso chiarire alcune posizioni della SVP concernenti l'ancoraggio

internazionale del Pacchetto ecc., poiché l'oratore del mio gruppo che mi ha preceduto ha forse esposto le cose in modo tale che si possono fraintendere.

Colleghe e colleghi! Io ho parlato di calendario operativo. Quali sono oggi le conseguenze concrete del calendario operativo? Che cosa ne consegue dall'attuazione del calendario operativo? Conseguenza diretta dell'attuazione del calendario operativo è il ricorso futuro a istituzioni politiche su questioni che concernono l'autonomia sudtirolese. La posizione dell'Austria in merito è la seguente: che, in attuazione al calendario operativo con la conseguente entrata in vigore del trattato sul ricorso alla Corte internazionale dell'Aja e il rilascio della quietanza liberatoria, ambedue le parti - ovvero l'Austria e l'Italia -, siano legittimate, ma in nessun caso obbligate, a ricorrere alla Corte internazionale dell'Aja nel caso di nuove controversie. All'Austria sarebbe comunque riservato il diritto di appellarsi, nonostante la quietanza liberatoria, alle Nazioni Unite per una nuova vertenza sull'Alto Adige. Questo anche nel caso di controversie dovute al mancato rispetto da parte dello Stato italiano di norme del Pacchetto, che renderebbero in questo modo inefficace la quietanza liberatoria. Sicuramente il ricorso alle Nazioni Unite o ad altre istituzioni politiche (Consiglio d'Europa e CSCE) potrebbe essere opportuno, in quanto ammonimenti di questi organi allo Stato italiano gli sarebbero senz'altro poco graditi.

Questa è dunque la posizione dell'Austria. E qui qualcuno dice: No, non facciamo entrare in vigore il trattato sul ricorso alla Corte internazionale; non permettiamo che venga rilasciata la quietanza liberatoria; dobbiamo rivolgerci ora alla Corte internazionale dell'Aja e sollevare la questione dell'ancoraggio del Pacchetto, dello Statuto al diritto internazionale.

Ma se si leggono attentamente le risoluzioni delle Nazioni Unite degli anni 1960 e 61 si potrà constatare - ora guardo se le trovo così leggerò la parte in questione, altrimenti cercherò di ricordarla a memoria - ecco ora l'ho trovata: La risoluzione 1497 del 1960 dice: Primo. "Richiede espressamente ad ambedue le parti che vengano riprese le trattative per addivenire ad una soluzione...ecc." Secondo. "Raccomanda ad ambedue le parti, nel caso le trattative di cui al comma 1 non dovessero portare entro un termine congruo ad alcun risultato soddisfacente..." (qui c'è dunque la condizione: nel caso le trattative non dovessero portare entro un termine ragionevole ad alcun risultato positivo)" di considerare

l'eventualità di risolvere le loro controversie facendo ricorso ad ogni strumento previsto dallo Statuto delle Nazioni Unite, incluso il ricorso alla Corte internazionale." L'Italia e l'Austria hanno comunque trovato un accordo sul Pacchetto e sul calendario operativo, che non è stato solo ratificato dall'Italia, ma anche dal Consiglio nazionale austriaco. La condizione di cui prima si parlava viene dunque a cadere. Per il resto il Sudtirolo o l'Austria, dal mio punto di vista, ora come ora non potrebbe giuridicamente fare ricorso alla Corte internazionale nel caso di controversie sul problema altoatesino, poiché il trattato in questione, come parte di un accordo europeo per comporre eventuali controversie, dovrà essere ancora soggetto ad una modifica dovuta alla sua stessa entrata in vigore. Esso sarà reso operativo solo quando certe cose, che sono già avvenute e che non hanno potuto essere portate davanti alla Corte internazionale, approderanno in quella sede.

Questa era la motivazione giuridica; poi c'è anche una motivazione di ordine giuridico-politico, ovvero che l'ONU ha raccomandato il ricorso alla Corte internazionale nel caso l'Italia e l'Austria non dovessero trovare un accordo. Tuttavia l'Austria e l'Italia hanno trovato un'intesa e il risultato di questo accordo è stato appunto il Pacchetto e il calendario operativo.

Ora per quanto concerne il ricorso alla Corte internazionale, sempre in attuazione al calendario operativo: Se nel 1969, al momento dell'accordo sul calendario operativo, la possibilità di un ricorso alla Corte internazionale era prevalentemente interesse dell'Italia, ora il diritto internazionale e le sentenze della Corte internazionale dell'Aja hanno ribaltato questo dato di fatto, mostrando che è ora più nell'interesse dell'Austria fare ricorso alla Corte internazionale. A causa di un sempre maggiore peso dato al principio della tutela si può concludere - e questa è la posizione austriaca - che la Corte internazionale dell'Aja considererebbe vincolante dal punto di vista del diritto internazionale non solo le fonti generali di diritto internazionale, ma anche il testo dell'accordo di Parigi e il contenuto stesso del Pacchetto redatto in conformità all'accordo di Parigi. Questa non è solo la posizione della SVP, ma anche del Consiglio nazionale austriaco che nel giugno del 1988 ha stabilito in un dibattito memorabile - approvando la relativa risoluzione - che:

Primo : Si invita il Governo federale ad adottare il parere del Consiglio nazionale, secondo il quale si deve far ricorso al trattato concernente la modifica dell'art.27

lit. a) dell'accordo europeo sulla composizione pacifica di vertenze tra l'Austria e l'Italia (e questo é il trattato sul ricorso alla Corte internazionale dell'Aja) se non verranno tutelate tra le altre cose anche tutte le norme emanate in attuazione del Pacchetto, ed in particolar modo leggi e norme di attuazione.

Secondo: Si invita il Governo federale a verificare d'intesa con i rappresentanti sudtirolesi la piena attuazione del Pacchetto prima dello scambio dei documenti di ratifica circa il trattato suddetto e di informare quanto prima, ad ogni modo prima del rilascio della quietanza liberatoria, il Consiglio nazionale sui risultati di questa disamina.

E di tutte queste cose il collega Benedikter non ha fatto menzione. Non voglio dire che lo abbia fatto di proposito, comunque ritenevo doveroso fare queste precisazioni nell'ambito di una discussione come quella odierna. La SVP é anche dell'avviso che la nostra nazione protettrice, l'Austria, debba intervenire presso gli organi competenti italiani - tranquillamente anche in sede diplomatica - affinché la si informi sull'attuale stato di attuazione dello Statuto di autonomia e affinché possa un giorno - dopo un'attenta e scrupolosa disamina - verificare che l'Italia ha adempiuto ai suoi obblighi nei confronti del Pacchetto e dell'autonomia ai sensi dell'accordo sul Pacchetto e sul calendario operativo. Queste cose, illustri signori e signore, vanno dette chiaramente in questa sede per chiarire la nostra posizione; noi quindi diciamo di diffidare di quegli apostoli - anche nel proprio partito - che vogliono convincerci a non attenersi al calendario operativo. La posizione della SVP in merito é molto chiara. Se l'Austria non dovesse attenersi al calendario operativo, anche l'Italia verrebbe esonerata dalla sua responsabilità internazionale per ciò che concerne le parti regolarmente attuate del Pacchetto e alle quali l'Alto Adige deve dopotutto il suo alto grado di autonomia. (...collega Meraner, questa é la posizione austriaca, la nostra é...). Con ciò verrebbe quindi meno un elemento essenziale di garanzia politica nel caso di un mancato rispetto delle norme del Pacchetto già attuate. Se l'Austria rifiuta di dare la sua contropartita al Pacchetto a causa della mancata ultimazione del calendario operativo, essa non potrà opporsi un domani al ritiro unilaterale di norme del Pacchetto. Sia davanti alle Nazioni Unite che davanti ad ogni altro organo internazionale - Consiglio d'Europa o la CSCE - l'Italia si troverebbe così - considerando anche i provvedimenti già adottati - in una posizione di negoziazione molto migliore, in quanto potrebbe accusare

l'Austria di essere venuta meno ai suoi obblighi. Non attenersi al calendario operativo significherebbe sostanzialmente che gli obblighi dello Stato italiano risultanti da questo e dal pacchetto non sarebbero più vincolanti a livello internazionale. In questo modo l'autonomia altoatesina si troverebbe in una situazione assai precaria. Questa é la posizione della SVP riguardo all'ancoraggio internazionale, alla questione della necessit  di attenersi ulteriormente al calendario operativo e di attuare ulteriormente il Pacchetto, diffidando tutti a non dare ascolto a coloro - sicuramente anche nel nostro partito - che vogliono fare in modo che non ci si attenga al calendario operativo.

Mi dispiace che l'assessore provinciale Benedikter si trovi attualmente nel bel mezzo di canti delle sirene. Mi dispiace per lui che si fa influenzare da politici ormai usciti di scena della SVP o del Heimatbund o da funzionari o simpatizzanti del Partito degli indipendenti, che in tal modo lo porteranno su di un terreno molto pericoloso; un uomo come lui che si é prodigato tanto per l'autonomia e che dovrebbero prendere atto come tutti gli altri delle scelte democratiche che vengono prese all'interno del partito! E chiunque voglia essere leale nei confronti di questo personaggio "storico", dovrebbe amichevolmente fargli notare queste cose. Io oggi ho cercato di farlo. E se certe persone come quelle sedute l  fossero sinceramente interessate a che' un uomo come Benedikter con tutto il suo sapere ed il suo impegno si adoperasse ancora per la questione altoatesina, non approfitterebbero della sua persona per questi bassi fini, dato che tutti sanno come queste cose poi vadano a finire. E se si legge oggi il Dolomiten, queste parole, collega Klotz e collega Meraner, siano rivolte proprio a voi. Se voi aveste un minimo di decenza politica, allora lascereste in pace questo uomo, affinche' si possa adoperare anche in futuro per la questione altoatesina.

Illustri signori e signore ! Ho....

(interruzione)

PRESIDENTE: Prego i Consiglieri di fare silenzio. Lasciate continuare...

(interruzione)

FRASNELLI: Ho espresso alcune chiare valutazioni circa l'ancoraggio internazionale; ed ho parlato anche del nuovo clima che vogliamo instaurare in modo duraturo in Alto

Adige, nella nostra provincia. Non abbiamo fatto mistero di voler e dover interpretare l'autonomia in senso dinamico. E' quindi chiaro che tutte le innovazioni economiche e tecnologiche che si instaureranno sicuramente anche in Alto Adige dovranno essere recepite in modo autonomistico. E ritengo che la seguente via si addica particolarmente ad un partito come il nostro, ovvero che nel dibattito sull'autonomia si consideri sempre più quanto segue:

L'autonomia non deve e non può esistere solo perché la maggioranza di un gruppo etnico imponga le sue scelte autonomistiche sulla maggioranza di un altro gruppo etnico. Bisogna fare un discorso serio sull'autonomia, poiché l'autonomia è secondo noi uno strumento dinamico e vorremmo convincere la maggioranza di ogni gruppo etnico - attraverso il difficile processo di informazione reciproca, di educazione e di opera di convincimento - ad essere d'accordo sulle nuove istanze dell'autonomia. Io sono convinto che quando il gruppo etnico italiano in Alto Adige avrà fatto propria quella identità che noi desideriamo acquisti, noi potremo percorrere insieme la via di un'autonomia dinamica; quindi non l'autonomia di un gruppo etnico contro un altro, ma l'autonomia di tutti i gruppi etnici insieme. E in questa direzione vedo svolgersi i lavori della Commissione 137.

E ora ritorno al tema Regione. Colleghe e colleghi! Ho affermato innanzi che il nuovo Presidente designato ha descritto i compiti della Regione con grande realismo da un lato, ma anche con un nuovo stile, con una nuova terminologia. La Regione del resto è prevista istituzionalmente dallo Stato. E questa realtà non la potremo cambiare di certo. Ritengo anche che non abbia senso cercare politicamente una modifica. Prendiamo quindi atto delle competenze che spettano alla Regione Trentino-Alto Adige; riteniamo che la Regione debba esercitare le proprie competenze nell'interesse dell'intera popolazione e debba esercitare queste competenze anche nell'interesse delle due Province autonome. Vorrei in merito sollecitare che proprio le competenze nell'ambito politico-sociale vengano esercitate in modo più energico rispetto al passato e forse anche più equilibrato; il Presidente designato ha già accennato all'una o all'altra cosa. La mia collega Franzelin vi ha fatto pure riferimento ed io condivido pienamente le sue asserzioni. E' chiaro che per far ciò la Regione avrà bisogno dei necessari mezzi finanziari; solo così potrà adempiere ai suoi compiti e alle sue competenze nell'interesse delle due Province autonome, Trentino e Alto Adige, e nell'interesse di tutti i cittadini di questa Regione e delle nostre due province.

E completamente nuovo dovrà essere l'impegno della Regione per mantenere ciò che è stato accordato in materia di autonomia sino ad ora alle Province e alla Regione. Sono inoltre dell'avviso che questa Regione debba produrre anche nuovi impulsi per una ravvivata discussione a livello nazionale in materia di riforme istituzionali e di regionalismo italiano. In questo senso, signor Presidente, alla sua Giunta e alla sua istituzione spetta sicuramente un compito sinora non pienamente esercitato. Ritengo peraltro che - se prescindiamo dal più stretto significato istituzionale della Regione fondato sulla Costituzione italiana, che prevede la Regione Trentino-Alto Adige ecc., e sullo Statuto di autonomia - la Regione abbia certe competenze, ma che dovrebbe esserci anche un altro tipo di discussione intorno alla Regione alla luce del passato storico e degli aspetti comuni (che non intendo elencare specificatamente poiché lo hanno già fatto altri colleghi prima di me) in considerazione di un'Europa unita e in relazione alla dichiarazione che ho fatto, ovvero che non vogliamo un'Europa degli Stati nazionali, ma un'Europa delle regioni. Quale assetto avrà questa regione europea che noi desideriamo? Sarà costituita dall'Alto Adige solamente? O sarà caratterizzata da una stretta collaborazione tra l'Alto Adige e la Provincia autonoma di Trento, sul tipo di quella che si sta delineando per opera di Malossini e Durnwalder? O sarà forse la Regione Trentino-Alto Adige così come è stata prevista dalla Costituzione italiana? Oppure questa regione europea sarà composta dall'Alto Adige e dal Tirolo con le loro sedute consiliari congiunte ? O sarà piuttosto una regione europea che affronterà i problemi comuni, come le questioni ambientali, di transito e di traffico dal punto di vista socio-politico, di informazione e comunicazione nel senso lato della parola? O una tale regione europea non potrebbe o dovrebbe essere forse composta - alla luce del passato comune - da Tirolo, Sudtirolo e Trentino e considerata come una regione che si appresta a collaborare sempre più attivamente, anche al di fuori degli organi istituzionali quale quelli previsti dalle rispettive costituzioni, alla soluzione dei problemi più diversi come quelli che ci attendono con e senza la unificazione europea? Lascio aperta la questione se all'uopo sia necessaria l'istituzione di un Consiglio della regione europea Tirolo/Tirol che comprenda tutti questi paesi o se non siano più opportune altre forme di collaborazione all'interno della stessa.

Vorrei comunque sottolineare che affrontare una discussione sulla Regione da un solo punto di vista, come

ha fatto il collega Ferretti e almeno in parte, mi é sembrato, il collega Robol, non basta. Per ciò che concerne l'aspetto istituzionale - sicuramente in questo momento ci troviamo di fronte a certe limitazioni; tuttavia dovremmo almeno cercare di andare oltre i limiti istituzionali - dobbiamo per lo meno affrontare la discussione che io mi sono permesso di portare in questa sede. Il collega Langer - se ho ben compreso - ha affrontato anche alcuni aspetti che vanno in questa direzione. Lascio aperta la questione, se debba venire istituito un Consiglio della Regione europea Tirolo/Tirol sulla base di un referendum popolare effettuato in questi paesi in merito oppure se non sia più opportuno che i Governi, ovvero i Parlamenti di questi paesi trovino una più stretta forma di collaborazione, analogamente a quanto accade ora per le sedute congiunte del Consiglio provinciale di Bolzano con quello del Land Tirolo. Una cosa deve essere comunque ben chiara se vogliamo trarre insegnamento dalla storia, ovvero che una tale discussione allargata della regione europea Tirolo/Tirol dovrebbe essere da un lato sempre tesa alla soluzione di problemi comuni di questi paesi e dall'altro dovrebbe far valere sempre il principio che le decisioni, quali esse siano, non vanno mai prese a favore di un gruppo etnico contro un altro. All'interno dei lavori di questa regione dovrebbe vigere sempre e comunque il principio che deliberazioni e accordi possono essere solo presi se sono d'accordo la maggioranza di tutti e tre i gruppi etnici abitanti in questa regione; solo in tal modo non si ripeterá ciò che di funesto ci ha portato il passato.

Ebbene, Voi direte che queste considerazioni sono già state ampiamente esposte in questa sede. Può darsi. E'che non posso accettare una funzione così limitativa della Regione come quella che é stata attribuita ora alla Regione Trentino-Alto Adige. Personalmente non posso accettare questa definizione della Regione.

Illustri colleghi e colleghe! Ora concludo. Illustre signor Presidente! Ho esposto qui le mie considerazioni, perché mi sembrava necessario chiarire innanzi tutto alcuni concetti nell'ambito della politica autonomistica e degli strumenti politici a disposizione; e poi perché volevo sottolineare che una visione così riduttiva della Regione non é accettabile secondo me - e per quanto ne sono informato, nemmeno da molti altri del mio gruppo -.

Alla luce di queste considerazioni, do il mio consenso alle dichiarazioni programmatiche del Presidente designato. Grazie signor Presidente!).

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Montali, prego, cons. Montali.

Sono cose che abbiamo concordato nella conferenza dei capigruppo, consiglieri, quindi cercate di non mettere in difficoltà la Presidenza, che non fa altro che rispettare la volontà espressa nella conferenza dei capigruppo di mezzogiorno.

Ripeto che chiuderò i lavori di questa seduta dopo che tutti gli iscritti saranno intervenuti.

Cons. Montali, lei ha la parola.

MONTALI: Prendo la parola, Presidente, ma essendo iscritti dopo di me i colleghi Rella e Meraner e siccome mi è parso che l'accordo del capigruppo fosse diverso, in quanto si stabiliva di chiudere la seduta alle ore 18.00 continuando il dibattito giovedì prossimo...

(Interruzione)

MONTALI: Dispiace anche a me prendere la parola in un'aula quasi deserta, non che le mie parole abbiano diritto o meritino ascoltatori ben più numerosi...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Collega Montali, lei ha la parola!

MONTALI: Va bene, grazie. Signor Presidente e colleghi, che siete ancora in aula, dei piccoli incidenti di carattere procedurale mi fanno prendere la parola a quest'ora, pur essendo stato preventivato il mio intervento prima di quello del collega Taverna, per una certa conseguenza delle esposizioni politiche che il nostro gruppo voleva fare, però questo incidente di percorso mi ha dato anche la possibilità del tutto incidentale di parlare dopo l'intervento dei cons. Ferretti e Frasnelli.

Questa opportunità di parlare dopo questi due autorevoli portavoce di partiti che sostengono la cosiddetta maggioranza, che si presenta attraverso il documento programmatico del Presidente designato Andreolli, mi ha fortificato in merito al modo in cui intendevo da parte del nostro gruppo inquadrare questo rituale della discussione del documento programmatico sulla candidatura del cons. Andreolli. Questo è veramente il senso in tema legislativo di quello che stiamo facendo: c'è un candidato designato, che ha enunciato un suo programma e ce l'ha distribuito stampato, molto gentilmente, allegandovi pure il cosiddetto programma di coalizione.

In sede provinciale abbiamo svolto - vogliamo ripeterla qui - una certa considerazione ed osservazione sulla ritualità di questo tipo di discussione. Il riferimento, che non vuole peraltro mettere in difficoltà il carattere regolamentare, ordinamentale e legislativo, è quello del Parlamento, dove il signor Andreolli, in veste di Presidente del Governo, sarebbe stato designato dall'alto ed incaricato a comporre una sua maggioranza ed a presentarsi al Parlamento con un suo programma, sul quale chiedere la fiducia. Qui non avviene nulla di tutto questo, ripeto, non illegalmente, abbiamo un esimio signor Andreolli - quando faccio nomi i riferimenti evidentemente sono di tutto rispetto ed incidentali - che è stato presentato dal cons. Giordani in questo modo: "noi proponiamo come Presidente della Giunta il signor Andreolli", dopo di che erano pronti i documenti, il programma etc. Oggi quindi ci troviamo in questo consesso nell'anomala, atipica situazione che dobbiamo decidere se votare il signor Andreolli, in funzione di questo documento programmatico, che non è però suo personale, è il documento di quella che dovrebbe essere - e noi non sappiamo ancora ufficialmente quella che sarà - la maggioranza e quindi l'espressione del Governo, degli assessori e via dicendo.

Questa premessa, che potrà sembrare una perdita di tempo, vuole essere una precisazione anche sul tipo di interventi, di critiche, di osservazioni, di contributi positivi o delle posizioni negative nei confronti del signor Andreolli.

Il punto 3) dell'ordine del giorno recita: "Elezione del Presidente della Giunta" e noi su tale punto ci stiamo dibattendo da ieri mattina e continueremo fino a stasera, poi ci saranno le repliche del Presidente su una relazione programmatica, che è un documento politico di un consesso che deve essere ancora eletto. Credo che l'anomalia di queste posizioni sia risultata evidente da questa modesta esposizione.

Tutto ciò premesso, siccome dobbiamo, siamo costretti e vogliamo parlare su questo documento, mi accodo a quanti qui dentro hanno affermato che si sta determinando non una discussione programmatica, ma esaurendo il solito rituale. Poniamo il caso che nessuno dei consiglieri intervenuti nel dibattito avesse voluto prendere la parola, dato che a mio avviso queste prese di posizione non hanno alcuna possibilità di inficiare la nomina del cons. Andreolli - attenzione non il suo programma, non l'accordo di coalizione, perché l'argomento riguarda la votazione sul nome del Presidente della Giunta designato - se quindi nessuno fosse intervenuto, dal cons. Tonelli che è stato il

primo, al cons. Meraner che sarà l'ultimo, ieri mattina alle dieci e un quarto saremmo andati alle urne e sarebbe stato eletto, ammesso che non ci fossero stati dei franchi tiratori che nell'ambiente di queste vostre correnti di maggioranza possono sempre esserci, il Presidente della Giunta; il programma l'avremmo avuto in tasca, consegnato in bella edizione e non sarebbe cambiato assolutamente nulla, ecco perché qualcuno, e non a torto, afferma che si tratta del solito rituale. Il rituale sarebbe stato diverso se dalle critiche e dalle possibili creazioni di maggioranze, di dissidenza eccetera, avessimo potuto affermare: "Sì, cons. Andreolli, le diamo la fiducia in funzione delle cose che ci ha detto e sulle quali si impegna a lavorare".

Dal rituale passiamo a quella che è la realtà vera del dibattito sostenuto in quest'aula e a tal proposito sono venuti in aiuto ed a sostegno gli interventi soprattutto di due consiglieri; ecco perché ho espresso la mia soddisfazione per il fatto che per un incidente procedurale ho potuto prendere la parola dopo i cons. Ferretti e Frasnelli che sono due personaggi eminenti, senza che questo diminuisca la qualità, la positività ed il valore di tutti i componenti di questo Consiglio. Il primo dei due consiglieri ha detto che siamo davanti al vuoto di questa Regione, non cito il nome per non creare polemiche, e l'altro collega nel suo intervento notevole e sostanzioso ha affermato che questa Regione, che fa finta di esistere, è alla ricerca di un suo ruolo. Purtroppo non posso omettere di fare un riferimento ad un personaggio esterno, chiamato in causa questa sera dal collega Frasnelli, il signor Magnago, Presidente - non so per quanti anni, mi perderei nel tempo - della Giunta provinciale di Bolzano e del partito che oggi ha condizionato la composizione della nuova maggioranza e del suo nuovo programma, il quale ha affermato: "la nostra posizione sulla Regione non è cambiata rispetto agli anni passati, non l'abbiamo mai voluta e non la vogliamo ora, prendiamo solo atto che esiste." Questa dichiarazione non risale al 1936, ma al 12 aprile 1989.

Alla luce di questo tipo di introduzione, io ed i miei colleghi ci siamo sentiti personalmente non isolati, ma a nostro agio, nel porci di fronte alle sue dichiarazioni programmatiche, signor Andreolli, e ad una valutazione generale che, intervenendo alla fine, abbiamo potuto anche fare. Prima di entrare in questo bellissimo Consiglio, pensavo che dovessimo venire qui a parlare della Regione, a discutere in merito ai suoi compiti, ai programmi, all'avvenire della Regione, ed a quanto questo

ente potrà fare in futuro. Dopo la lettura del suo programma ed uditi i primi interventi, personalmente sono uscito dall'aula alla ricerca di un indirizzo, di una tabella, che riportasse la notizia che ieri, mercoledì, ed oggi, giovedì, in questa sede dignitosissima, si sarebbe discusso sulla Regione, sulla nomina del suo Presidente e sui programmi della Giunta che si andranno a verificare ed a votare, in quanto mi sono sorti dei grossi dubbi.

I dubbi mi sono venuti leggendo il suo programma, signor Presidente designato, sono andato a verificarli, in quanto mi sembrava di aver sbagliato indirizzo. Infatti questa mi pareva la sede della Commissione dei Sei o della Commissione dei Dodici, dove viene trattata la chiusura del Pacchetto dell'Alto Adige, ma poi, mi sono dovuto ricredere, dato che ad occhio e croce qui dentro siamo almeno in 40.

Ma di che cosa parla il suo programma? Il cons. Ferretti mi ha dato ragione nel momento in cui ha affermato circa un'ora fa che tutto il discorso ha dato luogo ad una distorsione in funzione della Regione; attenzione, perché il suo programma parla da solo, lo verifichi. Fra qualche minuto andrò a leggere le sue pagine, interrompendo un certo tipo di discorso, che con letture e citazioni indubbiamente non assumerà significati e costruzioni letterarie come mi sarebbe piaciuto. In questo documento programmatico che riguarda i programmi della Regione, lei parla solo del Pacchetto dell'Alto Adige e della convivenza fra i cittadini dell'Alto Adige, quelli di lingua tedesca e quelli di lingua italiana, come se fosse questo l'unico problema. Successivamente mi permetterò di rileggere anche altre dichiarazioni, perché non voglio ipotecare od interpretare certe questioni a modo mio, come peraltro ritengo sia facile che accada. Il cons. Ferretti ha affermato - ed il cons. Ferretti docet - che questa discussione è una distorsione, in quanto si è parlato solo dell'Alto Adige; mentre diceva queste cose, mi sono permesso di scrivere - non può ora sentirmi in quanto assente, ma l'importante è che gli altri ascoltino il cons. Ferretti mentre egli non ha bisogno di ascoltare le altre voci - comunque, ribadisco, su questo foglio avevo annotato: "Caro cons. Ferretti, ma perché non l'hai detto al cons. Andreolli? Lo vieni a dire qui, lo dovevi dire al cons. Andreolli, prima che ti preparasse questo documento cosiddetto programmatico!"

(Interruzione)

MONTALI: ...il cons. Frasnelli afferma: "La Regione porti

avanti le competenze che ha.", ma il cons. Frasnelli è troppo intelligente per non sapere che la Regione non ha competenze! Le funzioni riguardano il catasto, il libro fondiario, la cooperazione, il credito bancario e basta! Allora, cons. Frasnelli, quali competenze deve portare avanti la Regione? Caro collega Frasnelli, falle presenti al cons. Andreolli, perché lui ha voglia di portarle avanti, anche se si tratta solo di poesia, di fantasia e di intenzioni che ora andremo a verificare. Portando avanti le competenze che non ha, la Regione promuoverà anche delle iniziative positive a favore delle Province; comunque, a parte certi toni ironici, che però forse alleggeriscono quest'atmosfera delle ore 18.35, noi riteniamo doveroso verificare le effettive funzioni della Regione.

Caro Presidente designato - non è proprio una battuta, ma potrei anche dire disegnato, perché lei fa parte dei disegni politici di questa maggioranza che si è concretata e l'altro giorno le contestavano addirittura la funzione che le è stata attribuita con la sua candidatura - lei presenta un programma che investe il ruolo della Regione senza sapere quale sia, perché dopo aver letto le sue pagine della relazione si evince come né lei, né la maggioranza, che si creerà successivamente intorno al suo nome, non siete riusciti ad individuare il ruolo di questa Regione. Dagli interventi dei cons. Franzelin, Kaserer, Peterlini, Brugger, Benedikter e Frasnelli, che cosa si rileva in appoggio di una Regione, ad esclusione dei possibili allargamenti, che riguardano solo l'Alto Adige, nell'interesse di certe posizioni politiche, nell'interesse di certe tendenze, che, signor Andreolli, è stato lei con il suo documento programmatico ad indicare, a tracciare, a determinare, a tipicizzare? Dov'è la Regione?

Da questo punto di vista vorrei cominciare questo raffronto con le sue dichiarazioni e con quella che dovrebbe essere effettivamente la realtà di questo programma regionale. A pagina 2 afferma: "Come lunga e articolata è stata la storia che ha legato la comunità sudtirolese e trentina nel passato, così, certamente, il futuro riserverà grandi e mutevoli occasioni di incontro, di confronto e di collaborazione." Ancor prima del cons. Craffonara, mi si è paventata l'idea che una buona parte di questa relazione sia stata tradotta dal tedesco, si tratta comunque di un fatto di carattere letterario, sul quale non voglio insistere. Ripeto: "Il futuro alla nostra Regione riserverà grandi e mutevoli occasioni di incontro, di confronto e di collaborazione". Ora questo Consiglio è formato da 70 consiglieri, 35 della Provincia di Bolzano e 35 della Provincia di Trento e lei sulla nuca - non vorrei

citare altre parti anatomiche poco adatte - prevede un futuro che riserverà le precitate occasioni, ma allora fino adesso che cosa ci ha offerto il passato? Voi che siete sempre stati al governo di questa Regione, non avete mai avuto occasione di incontro, di collaborazione? Mi fermo a questa constatazione, perché a questo punto penso allargherà le braccia anche il cons. Frasnelli...

(Interruzione)

MONTALI: Allora non dico che il futuro avrà occasioni, ma che rinnoverà le occasioni che si sono avute in passato e che sono state sprecate, signor Frasnelli, abbiate il coraggio di dire che da 15 anni tutte le occasioni di incontro e di collaborazione vengono ignorate. Perché oggi dovremmo credere al cons. Andreolli e perché non avremmo dovuto credere a suo tempo al cons. Bazzanella? Perché non era nelle condizioni politiche, morali, personali di appoggio politico, perché ce l'aveva con lei? Scusate, qui stiamo giocando sull'equivoco, oltre che sulle parole.

Il cons. Andreolli prosegue affermando che è compito nostro saper studiare i mezzi, affinché queste grandi e mutevoli occasioni di incontro siano volte al benessere piuttosto che all'incomprensione reciproca, onde sfruttare appieno la ricchezza istituzionale che lo Statuto di autonomia ci ha garantito. Prendiamo atto che evidentemente fino a questo momento i governi che hanno preceduto quello che potremmo chiamare il governo Andreolli, non hanno promosso queste iniziative.

La relazione continua: "In questo contesto - un po' mi vergogno perché questo contesto appartiene ad un certo tipo di definizioni che facenti parte del politichese di bassa lega - è però necessario uno sforzo coraggioso per dare contenuti concreti alla pacifica convivenza tra diversi gruppi etnici. Una certa cultura di democrazia centralista - non so da quale parte politica provenga - si è adoperata, per molti anni, nel descrivere forme e proposte di convivenza confuse e devianti, perché non sfuggivano alla tentazione di scambiare la convivenza con la integrazione, con l'assorbimento delle culture e delle radici." Non so a quali periodi storici, signor Andreolli lei riferisca questa fase, ma comunque prendo atto anche che i precedenti governi della Regione - non li conosco tanto, perché sono entrato da poco nell'agone, ma il collega Mitolo mi potrebbe aiutare - hanno svolto queste devianti forme di interpretazione dell'autonomia regionale.

Lei ritiene inoltre che "Le genti del Sudtirolo e del Trentino non sono un campionario del folclore

turistico; sono un popolo che porta dentro di sé la propria storia, le diversità che vengono da forti valori morali, da radici spirituali, da una cultura di umanità. Per tali ragioni vanno respinte tutte le tentazioni che sono rivolte, in modo palese od occulto, verso progetti di integrazione, di assimilazione, di assorbimento e di cancellazione delle diversità." A tal proposito mi sono fatto un piccolo appunto, sono friulano, ma sono da 50 anni in Alto Adige e lei pensa che sia solo il popolo sudtirolese e trentino che porta nell'ambito del nostro Stato e della nostra nazione valori morali, radici spirituali, cultura di umanità? Sembra che solamente il Sudtirolo ed il Trentino abbiano queste qualità, ma, signor Andreolli, non sono queste le motivazioni che distinguono il tipo di politica che dovrebbe svilupparsi nei confronti delle istituzioni che regolano le popolazioni e le genti del Trentino. Non lo vada a raccontare ai veneti, ai friulani, ai sardi o ai piemontesi, crede che non abbiano anche loro una storia, delle diversità, valori morali, radici spirituali e cultura di umanità. Mi consenta, cons. Andreolli, anche qui andiamo a finire nelle tematiche classiche che riguardano l'Alto Adige: la paura dell'integrazione, dell'assimilazione, dell'assorbimento, della cancellazione delle diversità, che, se riferita a certi uomini assume una certa caratteristica, ma tutte le popolazioni della nostra, come delle altre nazioni in senso regionale, in senso locale, in senso circoscritto, in senso tradizionale sono orgogliose delle loro radici morali, spirituali e di umanità. I friulani considerano il Friuli la piccola Patria, non so se a torto o a ragione, se con tutte le validità storiche, ma con questo ammettono subito che, se il Friuli è la piccola Patria esiste anche una Patria più grande. Ne facciamo un esempio per andare a verificare quelle che sono le problematiche dell'Alto Adige, che guarda caso, fanno capo, per quanto abbiamo sentito ed anche per quanto da lei esposto, al cosiddetto concetto - e ve ne siete accorti vent'anni dopo o trenta - dell'elettorato passivo, senza i quattro anni di residenza. Si tratta di una parentesi, perché fa riferimento a questa paura dell'integrazione e dell'assimilazione, mi pare che abbiano ripreso questa osservazione anche i cons. Ferretti e Craffonara, che ha svolto un bellissimo intervento, ma che su questo aspetto non ha trovato adesione di consenso da parte nostra, in quanto ha affermato che i candidati devono conoscere la storia, per cui non possono essere eletti i consiglieri comunali senza tale cognizione.

Noi riteniamo più importante invece la libertà del voto attivo, che il cons. Ferretti questa mattina o

questo pomeriggio ha confuso elencando soglie e non soglie, anni e non anni, e rileviamo come decine di migliaia di voti nulli e di schede bianche alle elezioni di ogni genere rappresentino evidentemente non le astensioni degli sprovveduti, ma un documento di estrema coscienza di questi elettori, i quali dicono: noi siamo qui da quattro anni, ma non siamo ancora così maturi da aver capito come si deve votare in questa Regione ed allora coscientemente votiamo scheda bianca per non influenzare. Su entrambi gli aspetti, sia dell'elettorato passivo, affrontato anche nella sua dichiarazione, che dell'elettorato attivo, sul quale il M.S.I. da secoli si sta battendo perché è la cosa più anticostituzionale del mondo, lasciamo a voi la responsabilità della valutazione che intendete dare.

Qui incomincia il discorso sulla convivenza, contenuto credo in cinque pagine del suo intervento, Presidente designato Andreolli. E' un mio grossissimo difetto ripetere quanto già sollevato, perché parto dalla mia modesta ed umile presunzione di non essere chiaro e di non farmi comprendere, mentre altri questa mia ripetitività la considerano un'offesa.

Sono grato al cons. Craffonara che ha sollevato tale questione, perché noi veniamo da sempre accusati - ed a tal proposito ci troviamo sul banco degli imputati - di essere i nemici della convivenza. Quando lei per dodici pagine parla della convivenza, si riferisce solo alla convivenza in Alto Adige, non mi risulta che nel Trentino ci siano problemi di convivenza, semmai avrebbe dovuto affrontare la questione in merito alla posizione che le popolazioni trentine avrebbero dovuto assumere, quando a pagina x le invita alla responsabilità. A tal proposito mi permetterei di sottolineare come simile aspetto non rientri nelle funzioni del Presidente della Regione; questo problema ce lo ritroviamo abbastanza sulle spalle noi, come Provincia, per cui non lasci nelle nuvole o nella nebbia 20 delle sue 25 pagine.

Voi parlate di convivenza, ma, scusate, chi ha creato gli steccati in Alto Adige? Guardi che la parola steccati non è contenuta nel nostro vocabolario, gli steccati e le gabbie etniche sono esclamazioni di Langer, di Tribus, vale a dire degli alternativi. Cons. Andreolli, lei cita addirittura le Chiese, ma noi abbiamo le messe separate, non è colpa delle Chiese, sarà colpa di Paolo VI, che avendo abolito il latino, ha impedito che italiani e tedeschi si recassero a messa insieme, come avveniva fino a quel momento, in quanto il latino bene o male veniva compreso anche dai poveracci, dagli ignoranti, anche gli analfabeti conoscevano l'Ave Maria ed il Pater Noster in

latino. Attualmente gli orari delle messe sono diversi e lei dice che le Chiese hanno e stanno contribuendo a questo tipo di convivenza, lascio a lei il giudizio.

Sussistono inoltre altri problemi, come ad esempio la separazione per gruppi linguistici delle case IPEA e delle scuole, in merito alle quali ritengo sia logico separare la scuola in cui viene insegnata la lingua tedesca, da quella italiana, ma non addirittura, in caso di istituti contigui, porre la divisione delle recinzioni per la zona ricreativa comune. E' inutile quindi propalare la convivenza, quando gli estremi base non sono voluti da una certa parte, dopo di che i nemici della convivenza e della contrapposizione etnica, come si usa dire, siamo noi, perché vogliamo la modifica di uno Statuto di autonomia nelle parti che riteniamo assurde, anticostituzionali, abbiette e razziste, mi aggiungono. Il nostro punto di vista risale al 1971, ed oggi tutti ci dicono che siamo contro l'autonomia, no, noi siamo contro le motivazioni, le storture di questa autonomia che impediscono la convivenza, unite peraltro alle iniziative di una parte politica o linguistica che creano, hanno creato e vogliono la separazione; il dogma dell'assessore Zelger è ancora inviolabile: vivere separati per comprenderci meglio. Quindi saremmo noi i nemici dell'autonomia e della convivenza? Ma lei, signor Presidente Andreolli, la convivenza crede di crearla a parole? Mi dispiace toccare questi aspetti che potevano essere evitati in un programma di una Giunta chiamata a governare la Regione per i prossimi cinque anni. Del resto in che modo, in base a quale funzione ritiene la Regione di poter favorire la convivenza fra i gruppi in Alto Adige? Questo non viene spiegato nelle dichiarazioni programmatiche, lei continua a dire che è necessario provvedere in tal senso, per cui la invito ad informarci in maniera concreta sul modo con cui intenderebbe attuare questo principio della convivenza in Alto Adige, non dica che deve essere promossa a livello familiare l'autoconvinzione, l'autoadesione al concetto della convivenza. Lei vuole illudere se stesso o vuole convincere gli altri della bontà di questi principi e di queste idee?

Abbandoniamo un momentino questo dato di fatto, che è stato riconosciuto pure dal cons. Ferretti, quando ha affermato che questa discussione è una distorsione generale, in quanto si parla solo dell'Alto Adige. Mi sono permesso di invitare il collega Taverna, che avrebbe dovuto parlare dopo di me, a farsi portavoce della funzione della parte trentina rispetto a questo programma. Vorrei sapere qual è il contributo fornito dalla Provincia di Trento su

questo programma, visto che non la si menziona. Infatti viene preso in considerazione solo l'Alto Adige, con i problemi della convivenza e del bilinguismo, ecco perché ho detto che qui non stiamo discutendo il programma del Consiglio regionale, ma è come se ci trovassimo nella Commissione dei Sei, che deve chiudere il Pacchetto con la quietanza liberatoria da parte dell'Austria. E' Magnago che va a trattare con il Ministro per le Regioni la chiusura del Pacchetto, quindi sono organi istituzionali diversi che trattano questo problema.

Per il mio intervento di questa sera mi sono ispirato alle affermazioni di vari colleghi, ma avrei potuto ripetere l'intervento svolto 5 anni fa; in effetti che cosa è cambiato? La stessa coalizione di governo di 5 anni fa, fatta eccezione della presenza socialista, ha presentato le medesime prospettive, ma almeno in passato il candidato Bazzanella non ha svolto tutte queste considerazioni di carattere istituzionale, che riguardano la problematica esistente in Alto Adige, della quale alla Regione nulla importa. Scusate, ho sbagliato verbo, gliene importa molto, ma non può fare nulla come intervento di carattere istituzionale nella trattativa con gli organi di governo, se non a livello dei singoli politici del partito della D.C. o del P.S.I., ma non in rappresentanza della Regione come istituzione e su questo mi pare non ci siano dubbi.

A pagina 3, signor Presidente, lei dichiara che la Regione deve rappresentare il garante della specificità e della promozione delle forme dell'autonomia. Non so se questo è il ruolo della Regione, farsi garante nei confronti di chi? La specificità dell'autonomia di questa Regione è data dalla divisione delle competenze, che sono passate completamente alle due Province, ad esclusione di quelle che mi sono permesso di citare poc'anzi, ma se quelle dovessero essere le garanzie della Regione, sarebbe bene che la Regione facesse finta di non ricordarsele. Garanzia nei confronti di chi, signor Andreolli?

Il M.S.I., che noi rappresentiamo, si è trovato e si trova nella posizione particolarissima di aver lottato, naturalmente politicamente, contro l'istituzione dell'ente Regione, non della Regione Trentino-Alto Adige, ma in generale, per due specifici motivi, che a distanza di 30 anni si rivelano ancora validissimi.

In primo luogo perché ritenevamo tale istituzione un elemento di frazionamento e quindi di distacco dall'unità dello Stato ed in secondo luogo, perché, a nostro avviso, invece di rappresentare come avrebbero dovuto il decentramento delle funzioni amministrative

delegate dallo Stato e quindi un avvicinamento ai problemi ed alle esigenze dei cittadini, si sono rivelate un peso, una moltiplicazione della burocrazia dello Stato in periferia. La Regione Trentino-Alto Adige non rientra in questa valutazione generale, in quanto tutte le competenze sono date alle Province che cercano di esercitarle nel modo migliore. Attualmente in questa sede ci troviamo nella condizione di dover difendere la Regione Trentino-Alto Adige nei confronti di un concetto proveniente da altre parti, che la vorrebbe vedere cancellata, come ha affermato Magnago, data l'assenza di funzioni, ragion per cui non si può governare, né indirizzare e né coordinare.

Noi ci saremmo aspettati da parte sua, cons. Andreolli, l'individuazione dei compiti della Regione, ed un suo ruolo potrebbe essere quello del coordinamento, più che dell'indirizzo delle attività delle due Province, in quanto, come qualcuno dei colleghi ha ricordato, siamo due Province con caratteristiche simili, soprattutto nel campo dell'ambiente, dell'energia, dei trasporti e delle comunicazioni. Quindi il coordinamento potrebbe rappresentare una delle vostre competenze, signori della Regione, ma come potete sostenere il coordinamento, quando avete impugnato la facoltà di indirizzo e di coordinamento dello Stato! Contro queste impugnative gli unici voti contrari a Trento, a Bolzano ed in Regione sono stati quelli del M.S.I. e non ce ne vergognamo, caro cons. Meraner,...

(Interruzione)

MONTALI: ...Non ci vergognamo, ci fa onore. Nel momento in cui ricordiamo che riconosciamo gli indirizzi, il coordinamento di carattere nazionale, che potrebbe essere qui di carattere regionale, noi difendiamo le prerogative dello Stato, che con un determinato Governo emana determinate leggi.

(Interruzione)

MONTALI: ...Oggi, caro collega Meraner, quando difendiamo certe posizioni non difendiamo le posizioni interpretate a livello di Governo dalla D.C. e dal P.S.I., quindi ci si potrà riconoscere la buona fede nella difesa di un certo concetto di Stato, di unità, di coordinamento di indirizzo e su questo non accettiamo ironie, caro cons. Meraner.

Lei dice che sono al Governo ed hanno ragione di difendere i loro indirizzi, noi non siamo al Governo, ma al servizio di un senso dello Stato non solo sul piano ideale,

caro cons. Andreolli; l'indirizzo ed il coordinamento sono strumenti, che non finiscono a Borghetto, a Salorno o al Brennero, infatti determinati aspetti, come le comunicazioni, le strade, le ferrovie, l'inquinamento dei fiumi e dell'ambiente non conoscono confini, per cui mi pare che lo Stato abbia il diritto di indirizzo e di coordinamento su tali questioni. Questo è sembrato a voi come una *diminutio capitis*, una limitazione dell'autonomia, ma se fate delle cose buone, perché lo Stato vi dovrebbe limitare? In merito a questo indirizzo di coordinamento, il cons. Peterlini lamenta che lo Stato ha respinto tanti disegni di legge, ma questo significa limitare l'autonomia? A tal proposito sono state fornite delle motivazioni: fate delle buone leggi! Fate delle leggi che non siano in contrasto con la parità di diritti di tutti i cittadini di questo Stato, nei confronti del dettato giuridico e poi non vi lamenterete ed il Governo non vi solleverà alcuna obiezione.

Il senso complessivo che volevamo dare al nostro intervento, signor Presidente, è che, come peraltro è stato affermato dal cons. Tonelli, ci troviamo davanti al vuoto non intellettuale, non lirico, ma al vuoto nei confronti di quanto è o dovrebbe essere la Regione e se voi alla Regione non saprete dare il ruolo e non saprete utilizzare, anche parzialmente, le competenze sulle quali potreste lavorare, ebbene, voi continuerete ad essere, come ha detto il cons. Langer, una Regione che fa finta di esistere. Questa è la visione che diamo anche noi su questa istituzione, continuate a fare finta di esistere, vi nascondete dietro a 25 pagine di parole e cercate di scusarci, se la nostra posizione nei vostri confronti evidentemente non sarà né sorridente e nemmeno molto indulgente, in quanto è una posizione di chi assiste a questo vostro ruolo, che non sapete darvi e per il quale non potreste nemmeno chiedere apporti di valutazioni positive e crediti in banca, nella banca della valutazione politica.

PRESIDENTE: Onorevoli colleghi, si era deciso di proseguire oltre le ore 18.00, in quanto la Presidenza non voleva togliere la possibilità ai consiglieri di intervenire. Ricordo nuovamente che in sede di conferenza dei capigruppo si era concordato di esaurire il dibattito entro le ore 18.00 di questa sera, però prima di dare la parola al cons. Meraner, ultimo iscritto a parlare, chiedo se qualcun altro ha intenzione di prendere la parola.

Cons. Mitolo.

MITOLO: Il dibattito che si è svolto credo abbia una sua

importanza ed una sua caratteristica peculiare e mi spiace si debba concludere alla presenza di dieci persone, per cui ritengo sia bene sospendere la seduta e rinviare a giovedì prossimo l'intervento del collega Meraner, essendo l'ultimo oratore iscritto a parlare. Mi pare sia intervenuto anche il collega Rella, ma comunque non si possono accettare altre iscrizioni in seguito, a meno che non vengano sollevati fatti personali. Questo per un atto di considerazione verso i colleghi, dato che a mio avviso non è dignitoso intervenire alla presenza al massimo del Presidente designato; qualcuno di noi, avendo degli impegni, si dovrà assentare per forza, quindi si ridurrà a poche persone la presenza in quest'aula, non so quanto sia intenzionato a parlare il cons. Meraner, ma credo sicuramente che non abbia intenzione di parlare meno di un'ora, come gli spetta di diritto.

PRESIDENTE: Collega Mitolo, era prevista la seduta notturna e se avessimo proseguito i lavori questa sera, alle ore 20.00, ci saremmo trovati...

(Interruzione)

PRESIDENTE: ...Non voglio insistere, cons. Mitolo, però prima con il cons. Meraner abbiamo concordato che trattandosi dell'ultimo intervento, sarebbe intervenuto se altri consiglieri non avessero preso la parola. Quindi propongo di concludere la discussione sulle dichiarazioni programmatiche del Presidente con l'intervento del cons. Meraner, se altri non si prenotano, al fine di dare modo al Presidente designato Andreolli di svolgere la propria replica giovedì mattina. Informo peraltro che ogni gruppo ha la possibilità di intervenire in sede di dichiarazioni di voto, avendo a disposizione 10 minuti, perciò non è mia intenzione limitare e condizionare nessuno.

Ha chiesto la parola il cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich möchte auch geltend machen, was jetzt der Abg. Mitolo geltend gemacht hat: Man kann doch nicht sagen, wir gehen bis 18.00 Uhr und dann wird weitergemacht, jetzt sind wir um 19.18. Das ist doch nicht in Ordnung, meiner Ansicht. Ich melde mich jedenfalls noch zu Wort. Aber nicht jetzt, weil es hat geheißen: bis 18.00 Uhr.

(Io desidero sostenere quel che ha affermato il cons. Mitolo: non si può dire che si lavorerà fino alle ore 18 e poi prolungare la seduta. Ora sono le ore 19.18. Questo non va, a mio parere. Io prenderò comunque ancora la

parola. Però non ora, perché si è detto appunto fino alle ore 18.)

PRESIDENTE: Cons. Benedikter, ha ancora sette minuti di tempo, non posso impedirle di esaurire l'ora a sua disposizione, però ribadisco, in quanto lei non era presente in sede di capigruppo, che era stata concordata una certa linea. Pregherei pertanto i colleghi di comprendere che la Presidenza deve attenersi a quanto concordato a mezzogiorno.

Sull'ordine dei lavori ha chiesto la parola il cons. Mitolo, prego.

MITOLO: Signor Presidente, capisco che lei è alle prime armi e che quindi si trova un po' impacciato, mi scusi, nel presiedere quest'Assemblea, ma non ce l'ha ordinato il dottore di chiudere il dibattito oggi, come non ha ordinato ai signori della maggioranza di presentarci le dichiarazioni programmatiche dopo sei mesi dall'elezione del Consiglio regionale. Quindi anche se si aspetta una settimana in più, credo non caschi il mondo. Non intendo fare altri commenti a quelli che ha già esposto il collega Montali, ma mi pare che si possa prendere atto di una situazione che si è venuta a determinare - certamente non per colpa dei presenti, perché questi hanno almeno il diritto di protestare - rinviando, date le cause di forza maggiore, a giovedì prossimo il termine della discussione, in maniera tale che il Presidente Andreolli replichi nel pomeriggio. Visto che probabilmente gli interventi da rinviare sono solamente due, ritengo sarà in grado di concludere la sua replica giovedì prossimo. Lo conosciamo per uomo capace non solo di questo, ma di ben maggiori prese di posizione...

(Interruzione)

PRESIDENTE: La parola al cons. Frasnelli.

FRASNELLI: Kolleginnen und Kollegen! Sie haben sich heute für den Fortgang der Arbeiten eine bestimmte Interpretation zugrunde gelegt. Diese Interpretation hat dazu geführt, daß bis 19.21 Uhr jetzt gearbeitet worden ist. Sie haben des weiteren, so wie Sie es kundgetan haben, auch mit dem Kollegen Meraner ins Auge gefaßt, daß er jetzt noch seine Redezeit in aller Ruhe zu Ende bringen kann. Ich würde Sie ersuchen, bei dieser Interpretation zu bleiben und dem Präsidenten am Donnerstag der kommenden Woche die Möglichkeit zu geben, ausführlich - so wie es von der

Geschäftsordnung vorgesehen ist - zu replizieren.

(Colleghe e Colleghi! Oggi avevamo stabilito una determinata interpretazione per il prosieguo dei lavori, e sulla base di questa interpretazione abbiamo lavorato fino alle ore 19.21. Inoltre, come lo stesso Presidente ha comunicato, si era concordato che anche il collega Meraner potesse concludere con comodo il proprio intervento nel corso della seduta odierna. Pregherei pertanto di attenersi a questa interpretazione e dare la possibilità al Presidente designato di esporre compiutamente - come prevede il Regolamento - la sua replica nella seduta di giovedì prossimo.)

PRESIDENTE: Se nessun altro collega prenota il proprio intervento, dò la parola al cons. Meraner.

MITOLO: Chiedo il rinvio della seduta e voglio che sia votato.

PRESIDENTE: Su tale proposta possono intervenire due a favore e due contro. Mi pare che il cons. Frasnelli abbia dichiarato di continuare la seduta. Qualcun altro prende la parola?

Cons. Frasnelli.

FRASNELLI: Wenn ich mich akustisch daran recht erinnere, was Sie gesagt haben, so haben Sie nach einer Wortmeldung dem Kollegen Meraner das Wort gegeben. Kollege Meraner hat etwas gezögert, das Wort zu ergreifen, und dieser Übergabe des Wortes an Meraner ist der Kollege Mitolo gegen die Bestimmungen des Reglements dazwischengefahren. Ich würde Sie daher ersuchen, die Aufforderung an Meraner zu erneuern, und nachher kann Kollege Mitolo allfällige Verschiebungen der Sitzung verlangen. Aber Sie haben ganz klar dem Kollegen Meraner das Wort gegeben und Mitolo hat sich nocheinmal dazwischengemischt.

(Se mi ricordo bene quanto ha detto, signor Presidente, Lei ha dato la parola, dopo l'intervento di un collega, al collega Meraner. Quest'ultimo ha esitato un attimo prima di iniziare il suo intervento e in quell'istante si è inserito il collega Mitolo, violando in questo modo le norme del nostro Regolamento. La prego perciò di rinnovare l'invito al collega Meraner, dopodiché il collega Mitolo potrà anche chiedere eventuali aggiornamenti della seduta. Ma Lei, signor Presidente, ha dato chiaramente la parola al collega Meraner, e Mitolo si

è intromesso.)

MITOLO: Se mi consente, il Regolamento è chiarissimo, la mia richiesta di votazione ha la precedenza assoluta, tanto più che il Presidente ha acconsentito che io formulassi la proposta.

PRESIDENTE: Prima di concedere la parola al cons. Meraner, ho chiesto se qualcun altro prenotava qualche intervento. Mentre facevo questa proposta, il cons. Mitolo ha avanzato una richiesta precisa all'aula. Constatata l'impossibilità di rispettare un accordo concordato con i capigruppo, rilevo la mancanza del numero legale per poter procedere alla votazione, quindi chiudo i lavori di questa seduta.

Il Consiglio sarà riconvocato per giovedì 27 aprile dalle ore 9.00 alle ore 14.30 al fine di esaurire alcuni interventi, il primo sarà quello del cons. Meraner.

La seduta è tolta.

(ore 19.25)

